





Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erbringt als Stabsstelle des Regierungsrates Leistungen, die zum reibungslosen Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde beitragen. Sie übernimmt die Vor- und Nachbereitung seiner Sitzungen, leistet Rechtsberatung und Rekursinstruktion, bereitet die strategische Planung und Berichterstattung vor, unterstützt ihn in seinen Aussenbeziehungen und organisiert seine Anlässe. Weiter unterstützt sie den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit. Sie leistet Medienarbeit und -beobachtung, betreut die amtlichen Publikationsorgane und den Internetauftritt des Kantons und wirkt bei der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) mit. Für die Verwaltung wirkt sie entwickelnd, koordinierend und unterstützend. Sie leitet direktionsübergreifende Gremien, fördert und koordiniert das E-Government, betreut die Inhalte im Intranet, führt den Postdienst der Verwaltung und den Weibeldienst.

Public Corporate Governance als neue Herausforderung

Die Einbindung der Beteiligungen in das Controlling des Regierungsrates ist Gegenstand der Public Corporate Governance. Der Regierungsrat hat am 31. März und 2. September zwei Arbeitspapiere dazu diskutiert und der Staatskanzlei den Auftrag erteilt, einen Projektantrag zur Klärung der offenen Fragen im Bereich der Public Corporate Governance vorzulegen.

Elektronische Abwicklung öffentlicher Leistungen

Eine Zielrichtung der E-Government-Strategie ist der Auf- und Ausbau des elektronischen Transaktionsangebotes, das die medienbruchfreie und vollständig elektronische Abwicklung von öffentlichen Leistungen ermöglicht. Mit der Inbetriebnahme der Transaktionsplattform «ZHservices» wurde hierzu eine wichtige Erweiterung der kantonalen E-Government-Infrastruktur geschaffen.

Abbruch des Projekts Corporate Design

Der Regierungsrat hatte als Legislaturziel für die Amtsdauer 2007–2011 beschlossen, ein einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einzuführen, und beauftragte die Staatskanzlei mit der Projektleitung. Mit Blick auf die angespannte Finanzlage des Kantons erachtete der Regierungsrat einen anfänglichen Mehraufwand für nicht vertretbar und entschied am 24. Juni, auf die verwaltungsübergreifende Einführung neuer Corporate-Design-Grundlagen zu verzichten und das vor einem Jahr begonnene Projekt nicht weiterzuverfolgen.

Relaunch Webauftritt in Vorbereitung

Der Abbruch des Projekts Corporate Design hatte auch Auswirkungen auf den geplanten Relaunch des Webauftritts des Kantons. So musste das Gestaltungskonzept an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Es berücksichtigt weiter die gesetzlichen Anforderungen an die Zugänglichkeit sowie ein zeitgemäßes Erscheinungsbild und verbessert die Benutzerfreundlichkeit. Die Umsetzung ist für 2010 zusammen mit dem geplanten Releasewechsel des CMS geplant.

Festakt zur Eröffnung der Westumfahrung Zürich

Nach jahrzehntelangen Planungs- und Bauarbeiten wurde im Berichtsjahr die Westumfahrung von Zürich dem Verkehr übergeben. Die Staatskanzlei war in enger Zusammenarbeit mit der Baudirektion für die Organisation und Durchführung des Eröffnungsakts vom 23. April verantwortlich. Am Festakt im Tagbautunnel, im sogenannten Bauwerk 713, hielten Bundesrat Moritz Leuenberger und Baudirektor Markus Kägi vor rund 900 geladenen Gästen die Eröffnungsansprachen. Weitere Höhepunkte waren dann die Eröffnung des Uetlibergtunnels am 4. Mai und das «West-Fest» vom 24. bis 26. April. Am Freitag, 13. November, fand schliesslich die Verkehrsfreigabe für die Nationalstrasse A4 Knonaueramt im Bereich der neuen Autobahnraststätte in Affoltern am Albis statt. Die Staatskanzlei war wiederum mit der Organisation und Durchführung des Anlasses betraut.

Neuer Geschäftsbericht des Regierungsrates

Im Berichtsjahr wurde der neu konzipierte Geschäftsbericht 2008 (einschliesslich Staatsrechnung) erstellt und am 15. April vom Regierungsrat verabschiedet. Der vorliegende Geschäftsbericht 2009 (einschliesslich Umstellung auf IPSAS) wurde vorbereitet. Das bestehende Erscheinungsbild des Geschäftsberichts wurde beibehalten.

Erstmals erschien zum Geschäftsbericht auch eine Kurzversion. Sie richtet sich in erster Linie an die interessierte Bevölkerung und die Medien. Die Auswahl der Themen erfolgte gestützt auf die Texte der Direktionen für den integralen Geschäftsbericht nach politischen Schwerpunkten und Querschnittsthemen. Dies widerspiegelt die Zielsetzung des Regierungsrates, in dieser Legislatur vermehrt über die Direktionsgrenzen hinweg die Aufgaben gemeinsam zu lösen.

Legislaturziele

Die Staatskanzlei ist zuständig für die Massnahmen 3.2, 5.1, 5.2, 5.3, 5.6, 6.1 und 6.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen berichtet. In diesem Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Staatskanzlei.

Legislaturziel	1 Unterstützung des Regierungsrates in Planung und Steuerung verstärken
Massnahme	1.1
Stand	Planmässig
Kommentar	Mitte April erschien erstmals der neu konzipierte Geschäftsbericht mit integrierter Jahresrechnung. Am 13. Mai hat der Regierungsrat einen ersten Controllingbericht zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Erarbeitung des KEF 2010–2013 wurden ihm im Juni und Juli zwei Arbeitspapiere zu den Prioritäten in Budget und Planung und ihren Kosten vorgelegt. Das Konzept des Controllingberichts wurde weiterentwickelt und im Dezember vom Regierungsrat verabschiedet. Am 31. März und 2. September wurden zudem zwei Arbeitspapiere zum Thema der Public Corporate Governance vorgelegt, welche den Umgang mit den verselbstständigten Betrieben und Beteiligungen des Kantons behandeln. Zudem wurde eine Zusammenstellung der wichtigsten Planungen, Strategieberichte und Evaluationen vorbereitet.
Legislaturziel	2 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (LZ RR 6.6)
Massnahme	2.1
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Erscheinungsbild der kantonalen Verwaltung vereinheitlichen (LZ RR 6.1)
Massnahme	3.1
Stand	Verzicht
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Pendenzen und Aufwand der Rekursabteilung verkleinern
Massnahme	4.1
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurden befristet drei zusätzliche Juristinnen bzw. Juristen eingestellt. Diese haben ihre Arbeit im Dezember des Berichtsjahres bzw. Januar 2010 aufgenommen. Die Massnahme kann sich daher erst ab 2010 auswirken.
Legislaturziel	5 Interessenwahrnehmung in den Aussenbeziehungen verbessern
Massnahme	5.1
Stand	Planmässig

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,2	1,1	1,2	0,1
Aufwand	–21,5	–22,4	–20,3	2,1
Kreditübertragungen aus 2008		–0,5		
Saldo	–19,3	–21,4	–19,2	2,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–1,2			
Saldo	–1,2			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	67,0	71,8	69,6	–2,2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,1 Mio. Franken oder 9,1% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0,1 Mio. Mehrertrag für die Eishockey-WM aus dem Lotteriefonds

Der Aufwand liegt um 2,1 Mio. Franken oder 9,4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+1,7 Mio. Minderaufwand im Bereich E-Government durch Verzögerung von Projekten

+0,9 Mio. Das Projekt Corporate Design wurde eingestellt

+0,3 Mio. Verzögerte Einstellung von Personal für die Rekursabteilung

+0,3 Mio. Weniger Abstimmungsvorlagen im Rechnungsjahr

–0,4 Mio. Einkaufsbeitrag Beamtenversicherungskasse neues Regierungsmitglied

–0,5 Mio. Neuberechnung Renten Alt-Regierungsräte

Personal

Der Personalumfang liegt 2,2 Vollzeitstellen unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

Durch die verzögerte Einstellung von Personal für die Rekursabteilung wurde der Beschäftigungsumfang gegenüber dem Budget 2009 um 2,2 Vollzeitstellen unterschritten.

Leistungsgruppen

1000 Staatskanzlei

Hauptereignisse

Die Stabsstelle E-Government hat im Berichtsjahr das Konzept für das Controlling der E-Government-Strategie umgesetzt. Am 14. Juli konnte das Online-Angebot des Amtes für Militär und Zivilschutz für Dienstverschiebungsgesuche und Gesuche um Auslandsurlaube erfolgreich in Betrieb genommen werden. Der Kanton bietet dieses Angebot als erster in der Schweiz im Rahmen einer Transaktionsplattform an (ZHservices). Zudem hat der Regierungsrat den Aufbau eines Online-Steuerportals des kantonalen Steueramtes bewilligt, welches im Jahr 2012 eingeführt wird und es den Steuerpflichtigen und ihren Treuhändern ermöglicht, die Steuererklärungen elektronisch einzureichen. Weitere Informationen zur Tätigkeit im Bereich E-Government erfolgen im Kapitel «Funktions- und Querschnittbereiche».

Das Regierungscontrolling hat seine Aufgabe als Kompetenzzentrum für Planung und Steuerung in verschiedenen Projekten und Produkten wahrgenommen: Im KEF 2010–2013 wurde eine bessere Erfassung der gesetzlichen Aufgaben der Leistungsgruppen sowie der Leistungen, Wirkungen und Wirtschaftlichkeit in den Indikatoren eingeleitet und für den folgenden KEF wurden weitere Verbesserungen vorbereitet. In Pilotprojekten mit einzelnen kantonalen Ämtern und Fachstellen wurden zudem die Aufgabenbeschreibungen und die Leistungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitsindikatoren weiterentwickelt.

Im Berichtsjahr wurde auf den Ersatz eines eigenen Fileservers verzichtet und der Service an die Baudirektion ausgelagert. Im Rahmen des direktionsübergreifenden Projektes «ZHcom» (Standardisierung Mail-Plattform und Groupware) wurden der Mailservice sowie das Hosting der Lotus-Notes-Applikationen des Regierungsrates an das neue Servicecenter der Justizdirektion übertragen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Als Stabsstelle des Regierungsrates hat die Staatskanzlei diejenigen Leistungen zu erbringen, die ein reibungsloses Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde garantieren (Sitzungsvorbereitung, Rechts- und Politikberatung, Controlling, Veranstaltungsorganisation, Informationstätigkeit, Rekursinstruktion). Sie erbringt zudem Dienstleistungen für die Verwaltung (Postdienst, Informatik und E-Government).</p> <p>Für den KEF 2010–2013 hat die Staatskanzlei eine klarere Darstellung ihrer Aufgaben erarbeitet. Diese lauten neu: A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen; A2 Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen; A3 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken. Zudem wurde eine Aufstellung der Leistungen beigefügt.</p>
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Aufbau und Umsetzung eines Regierungscontrollings Planmässig Die Schwerpunkte der Tätigkeit des Regierungscontrollings im Berichtsjahr sind in der Berichterstattung zum LZ 3.2 des Regierungsrates und zum LZ 1 der Staatskanzlei, im Überblick zur Staatskanzlei und im Überblick zur Leistungsgruppe 1000 Regierungsrat und Staatskanzlei dargestellt.	2011
E2	Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten (LZ RR 3.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E3	Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government) (LZ RR 6.6) Verzögert Gemäss Erhebung des Strategiecontrollings E-Government (RRB Nr. 1062/2009) kann dieses Ziel bis 2011 nur teilweise erreicht werden. Der Antrag des kantonalen Steueramts für den Aufbau des Online-Steuerportals ist bewilligt. Die Transaktionsplattform ZHservices ist produktiv und für die Verwendung für andere E-Government-Angebote bereit. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E4	Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1) Verzicht Angesichts der angespannten Finanzlage hat der Regierungsrat am 24. Juni entschieden, auf die sofortige verwaltungsübergreifende Einführung neuer Corporate-Design-Grundlagen zu verzichten und das vor einem Jahr begonnene Projekt nicht weiterzuverfolgen. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E5	Befristete Kapazitätserweiterung in der Rekursabteilung Planmässig Im Berichtsjahr wurden drei zusätzliche Juristinnen bzw. Juristen eingestellt.	2011
E6	Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen (LZ RR 5.1) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E7	Kantonsinterne und -externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln (LZ RR 5.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E8	Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren (LZ RR 5.3) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E9	Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten (LZ RR 5.6) Verzögert Die Massnahme wird 2010 in Angriff genommen. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,2	1,1	1,2	0,1
Aufwand	-19,7	-22,4	-20,3	2,1
Kreditübertragungen aus 2008		-0,5		
Saldo	-17,4	-21,4	-19,2	2,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,2			
Saldo	-1,2			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	67,0	71,8	69,6	-2,2

Erfolgsrechnung

- +1,7 Mio. Minderaufwand im Bereich E-Government durch Verzögerung von Projekten
- +0,9 Mio. Das Projekt Corporate Design wurde eingestellt
- +0,3 Mio. Verzögerte Einstellung von Personal für die Rekursabteilung
- +0,3 Mio. Weniger Abstimmungsvorlagen im Rechnungsjahr
- 0,4 Mio. Einkaufsbeitrag Beamtenversicherungskasse neues Regierungsmitglied
- 0,5 Mio. Neuberechnung Renten Alt-Regierungsräte

Durch die verzögerte Einstellung von Personal für die Rekursabteilung wurde der Beschäftigungsumfang gegenüber dem Budget 2009 um 2,2 Vollzeitstellen unterschritten.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Leistungen						
L1	Anzahl Regierungsratsbeschlüsse	P	2 055	1 900	2 146	246
L2	Umfang Regierungsratsprotokoll in Anzahl Seiten	P	9 677	9 000	9 743	743
L3	Anzahl Ausfertigungen von Regierungsratsbeschlüssen	P	132 679	150 000	162 709	12 709
L4	Anzahl durch den Regierungsrat erledigte Rekurse	P	906	920	902	-18
L5	Ungedeckte Kosten pro erledigten Rekurs in Franken	max.	2 949	2 820	3 143	323
L6	Abgehende externe Postsendungen	P	5 234 535	5 150 000	5 250 897	100 897
L7	Ankommende externe Postsendungen	P	1 650 300	1 600 000	1 658 400	58 400
L8	Intern beförderte Postsendungen	P	538 450	525 000	532 000	7 000
L9	Erstellte Publikationsseiten	P	24 730	20 000	23 770	3 770
L10	Umfang des Amtsblattes in Zeitungsseiten	P	2 407	1 450	2 674	1 224

Abweichungsbegründungen

- L3 Durch die höhere Anzahl Regierungsratsbeschlüsse (siehe L1) hat sich die Anzahl der Ausfertigungen der Regierungsratsbeschlüsse erhöht.
- L10 Wie im Vorjahr erhöhte sich die Anzahl Seiten des Amtsblattes durch umfangreichere Kommissionanträge und Vorlagen an den Kantonsrat.

Die Staatskanzlei hat ihre Indikatoren im Rahmen der Planung überarbeitet und im KEF 2010 eingestellt. Da der Geschäftsbericht das Gegenstück zum KEF bildet, wird diese neue Struktur erst im Geschäftsbericht 2010 übernommen. Als Vorinformation hier die neuen Indikatoren: W1 Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag; W2 Rang des Kantons Zürich im Kantonsvergleich der Studie Zufriedenheit im E-Government der Universität Basel; L1 Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse; L2 Anzahl vorbereitete Rekurse; L3 Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung; L4 Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen; L5 Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den eidg. Räten; L6 Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe; L7 Anzahl Medienkonferenzen; L8 Anzahl Medienmitteilungen; L9 Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5; L10 Anzahl geleitete überdirektionale Koordinationsgremien; L11 Anzahl koordinierte E-Government-Projekte; L12 Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern und extern); B1 Ungedeckte Kosten pro erledigten Rekurs.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	641 620.90	102 191.25	0	539 429.65	-102 191.25

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 102 191.25

- davon Fr. 89 682.00 für Einmalzulagen Personal
- davon Fr. 12 509.25 für Anlässe mit Mitarbeitenden der Staatskanzlei





Direktion der Justiz und des Innern

Die Aufgabenschwerpunkte der Direktion der Justiz und des Innern liegen bei der Strafverfolgung von Erwachsenen und Jugendlichen, beim Justizvollzug und beim Gemeindegewesen. Die Direktion der Justiz und des Innern ist aber auch zuständig für die Bereiche Kultur und Beziehung zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Zur Direktion gehören 15 Ämter und Fachstellen sowie weitere angegliederte Bereiche. Um die Führbarkeit dieses heterogenen Gebildes sicherzustellen und die Dienstleistungsorientierung zu verstärken, gelten als Leitideen die Gewährleistung der Möglichkeit flexiblen, raschen und proaktiven Handelns, die Gewährleistung der selbstständigen Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen und die Orientierung an den Bedürfnissen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit.

Die strategischen Ziele des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans bildeten die Grundlage für die Arbeiten im Berichtsjahr. Wichtige Entwicklungen gehen aber auch über diese hinaus.

Die Vorlagen zur Anpassung des kantonalen Verfahrensrechts sowie der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die Bundesgesetzgebung und die Kantonsverfassung wurden vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlagen 4600 und 4611). Die weitere Umsetzung auf Verordnungsstufe wurde in Angriff genommen.

Unter Federführung der Direktion der Justiz und des Innern wurde die Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden erarbeitet. Sie wurde vom Regierungsrat auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Die Arbeiten an der Gesetzesvorlage für ein neues Finanzausgleichsgesetz wurden abgeschlossen und die Vorlage vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 4582).

Verschiedene Gesetzgebungsprojekte wurden sodann abgeschlossen oder einen wichtigen Schritt weitergebracht. So wurden nach Erarbeitung der jeweiligen Vorlagen durch die Direktion der Justiz und des Innern vom Regierungsrat die Revision des Opernhausgesetzes und der Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz verabschiedet. Wichtige Fortschritte erfolgten bei den Arbeiten an der Totalrevision des Gemeindegesetzes. Ein Konzeptentwurf zur Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuchs im Bereich Erwachsenenschutz, Personen und Kindesrecht wurde in die Vernehmlassung gegeben. In Anpassung an die bundesrechtlichen Vorgaben wurden sodann die Betreuungskreise neu festgelegt.

Die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe wurde in allen 13 Gemeinden, in denen E-Voting durchgeführt wird, auf alle in diesen Gemeinden stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und -schweizer ausgedehnt.

Mit dem «Zwischenbericht über die Ausländer- und Integrationspolitik des Kantons Zürich» und der «Studie zur Stellung der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich» wurden zwei wichtige von der Direktion der Justiz und des Innern in Auftrag gegebene Grundlagen zur Weiterführung des Schwerpunktthemas Integration erarbeitet.

Gestützt auf § 60 der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und die kantonale Verwaltung (VOG RR) hat die Direktion der Justiz und des Innern im Herbst eine Organisationsverordnung (JIOV) in Kraft gesetzt, die erstmals die organisatorischen Vorgaben des Direktionsvorstehers für das Generalsekretariat und die Verwaltungseinheiten zu den Führungsinstrumenten sowie zur Information und Kommunikation der Direktion in einem Erlass zusammenfasst.

Schliesslich wurden vom Regierungsrat am 1. Juli (RRB Nr. 1068/2009) die Schwerpunkte für die Strafverfolgung für die Jahre 2009–2012 festgelegt. Im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) konnten die Sanierungsarbeiten in der offenen Abteilung im Frühsommer planmässig abgeschlossen werden. Im Herbst konnte mit den Bauarbeiten zum Aus- und Umbau der geschlossenen Abteilung begonnen werden.

Legislaturziele

Die Direktion der Justiz und des Innern ist zuständig für die Massnahmen 7.1, 7.2, 7.3, 7.4, 7.5, 13.1, 13.2, 15.1, 16.3, 16.4, 16.5 und 16.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. In diesem Kapitel folgt die Berichterstattung über die zusätzlichen Legislaturziele der Direktion der Justiz und des Innern.

Legislaturziel	1 Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention
Massnahme	1.1 Ämter- und fachübergreifende Zusammenarbeit in den Bereichen Repression und Prävention
Stand	Planmässig
Kommentar	Die interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung mit anderen Direktionen, Behörden und zivilen Partnern wurde weiter verstärkt. Die Zusammenarbeit zwischen der Oberstaatsanwaltschaft und dem Amt für Justizvollzug wurde intensiviert. Im Amt für Justizvollzug konnten die umfangreichen Vorarbeiten zum Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» abgeschlossen und die Umsetzung in Angriff genommen werden. Mit diesem Projekt soll das Risikomanagement über die verschiedenen am Sanktionenvollzug beteiligten Stellen hinweg verbessert werden. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates 16.3, 16.5 und 16.6
Massnahme	1.2 Wirkungsevaluation der Bemühungen zur Rückfall- und Gewaltprävention in den Institutionen des Justizvollzugs
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der erfolgten Ausdifferenzierung der internen Kennzahlenerfassung und dem Start der Datenerhebung für das Projekt «Rückfallquotenbezogene Geschäftsberichterstattung» wurden die Grundlagen für verschiedene Evaluationsvorhaben geschaffen. Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 16.5
Massnahme	1.3 Sicherstellung des Vollzugs der jugendstrafrechtlichen Sanktionen nach neuem Recht mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur (Aus- und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon)
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Massnahmenzentrum Uitikon konnten die Sanierungsarbeiten in der offenen Abteilung im Frühsommer planmässig abgeschlossen und im Herbst konnte mit den Bauarbeiten zum Aus- und Umbau der geschlossenen Abteilung begonnen werden. Bis die geplanten geschlossenen Vollzugsplätze zur Verfügung stehen, muss nach wie vor auf ausserkantonale Einrichtungen und die Jugendabteilung des Gefängnisses Horgen bzw. Limmattal zurückgegriffen werden. Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 16.5 und 16.6
Legislaturziel	2 Mit verbesserter gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken
Massnahme	2.1 Weiterführung Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung», bis eine nationale Informationskampagne 2011/2012 umgesetzt werden kann
Stand	Planmässig

Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 13.1
Massnahme	2.2 Aktive Integrationsbereitschaft fordern (LZ RR 13.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 13.2
Legislaturziel	3 Mit der konsequenten Umsetzung der Kantonsverfassung die integrative Funktion des Rechts verstärken und den Zusammenhalt in der Bevölkerung verbessern
Massnahme	3.1 Neuordnung kantonale Behördenorganisation und kantonales Verwaltungsverfahrenrecht (Rechtsweggarantie und Kantonsverfassung)
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 29. April verabschiedete der Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates das Gesetz über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrenrechts (Vorlage 4600). Die weitere Umsetzung auf Verordnungsstufe wurde in Angriff genommen.
Massnahme	3.2 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 16.4
Massnahme	3.3 Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Am 18. November hat der Regierungsrat den Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz an den Kantonsrat überwiesen.
Massnahme	3.4 Revision Kindes- und Erwachsenenschutzrecht
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Juli wurde ein Konzeptentwurf zur Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches im Bereich Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht in die Vernehmlassung gegeben.
Legislaturziel	4 Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken
Massnahme	4.1 Totalrevision Gemeindegesetz
Stand	Planmässig
Kommentar	Die wichtigsten Regelungsgegenstände des Gemeindegesetzes wurden in einem Vorentwurf erarbeitet und mit Gemeindevertretern im Rahmen von Arbeitsgruppen aus politischen und fachlichen Blickwinkeln besprochen. Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 7.1
Massnahme	4.2 Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 7.2
Massnahme	4.3 Berichterstattung zur Stellung der Gemeinden (Gemeindebericht)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 7.3

Legislaturziel	5 Die Bestrebungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie koordinieren
Massnahme	5.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie als integralen Bestandteil der Personalpolitik der Direktion der Justiz und des Inneren verankern und umsetzen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Dies ist in der Organisationsverordnung der Direktion der Justiz und des Innern (JIOV) geregelt. Die Federführung ist je nach Thema unterschiedlich und wird laufend festgelegt. Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 12
Massnahme	5.2 Etablierung und Unterstützung Koordinationsgremium zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 12
Massnahme	5.3 Die Bevölkerung und die Wirtschaft für die Thematik Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch gezielte zielgruppenadäquate Massnahmen sensibilisieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Promotorin und der Promotor, die vom Koordinationsgremium zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt werden, haben durch zahlreiche Aktivitäten den Kontakt zur Wirtschaft verstärkt. Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 12
Legislaturziel	6 Förderung eines breiten und hochstehenden Kulturangebots
Massnahme	6.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt kommunale Eigeninitiativen/regionale Zentren erarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 15.1
Massnahme	6.2 Umsetzung der Kulturlastenvereinbarung bei Inkrafttreten 2010 (Kantone Luzern, Schwyz, Zug, Uri, Aargau und Zürich)
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachdem das Soll der beigetretenen Kantone für die Inkraftsetzung der Kulturlastenvereinbarung erreicht wurde, wurde das Beitrittsgesetz zur Kulturlastenvereinbarung vom Regierungsrat auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	513,8	449,4	564,6	115,3
Aufwand	-1 106,8	-1 072,4	-1 142,7	-70,2
Nachtragskredite		-3,0		
Kreditübertragungen aus 2008		-2,9		
Saldo	-593,0	-623,1	-578,0	45,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,3	1,4	1,0	-0,4
Ausgaben	-7,7	-15,4	-11,5	3,9
Saldo	-6,4	-14,1	-10,5	3,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 443,7	1 540,4	1 509,6	-30,8

Erfolgsrechnung

Abweichungsbegründung Ertrag in Mio. Franken:

- +111,0 höhere Steuerkraftausgleichszahlungen von Gemeinden
- +4,4 Mehreinnahmen an Gebühren, Bussen und Geldstrafen in der Strafverfolgung Erwachsene

Abweichungsbegründung Aufwand in Mio. Franken:

- 111,0 höhere Steuerkraftausgleichszahlungen an Gemeinden
- +24,5 weniger Steuerfussausgleichsbeiträge an Gemeinden (+1,4) und mehr Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen von Gemeinden (+23,1)
- +7,7 Abnahme der kulturellen Beiträge (+7,2) und der übrigen Staatsbeiträge (+0,5)
- +7,7 Minderausgaben im Bereich Sachaufwand, Dienstleistungen Dritter (davon Amt für Justizvollzug +2,9)
- +5,0 weniger Personalkosten (Vakanzen, verzögerte Stellenbesetzungen usw.)
- +1,6 weniger Kosten für Dolmetscher und Stadtpolizei bei Strafverfolgung Erwachsene

Abweichungsbegründung Saldo:

Ohne die ausserordentlich hohen Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen wurde das Budget insgesamt um 21,9 Mio. Franken unterschritten.

Investitionsrechnung

Abweichungsbegründung:

Weniger Investitionsbeiträge an Gemeinden (+0,9 Mio. Franken), Verschiebung von Informatikprojekten (+0,6 Mio. Franken) sowie weniger Investitionsaufwand infolge verzögerten Projektbeginns des Nachfolgeprojektes von Opus One (+2,0) führten zur ausgewiesenen Budgetunterschreitung.

Personal

Abweichungsbegründung:

Da es sich beim Bestand der Rechnung 2009 um den durchschnittlichen Personalbestand handelt, ist die Abweichung insbesondere auf Vakanzen, verzögerte Stellenbesetzungen usw. zurückzuführen. Eine grössere Budgetunterschreitung verzeichnet das Amt für Justizvollzug mit 32 Stellen, die mit der verzögerten Stellenbesetzung bei den verspäteten Inbetriebnahmen des Gefängnisses Limmattal und der Forensisch-Psychiatrischen Abteilung begründet ist. Eine Budgetüberschreitung weist lediglich das Handelsregisteramt mit 4,1 Stellen auf. Bei den übrigen Leistungsgruppen liegen die Abweichungen unter 3 Stellen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	3,4	29,6	3,4	26,2

Leistungsgruppen

2201 Generalsekretariat JI

Hauptereignisse

Auf Jahresbeginn wurden Personaldienst, Logistik, Finanzen und Controlling sowie Generalsekretariat im engeren Sinn in der Leistungsgruppe 2201 zusammengezogen. Ab dem selben Zeitpunkt erfolgte die Führungsunterstützung im Bereich Support Führung und Recht (SFR) in zwei Fachteams mit spezialisierten Leistungsaufträgen.

Die Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte an die Kantonsverfassung wurde abgeschlossen. Der Entwurf für ein Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht wurde vom Regierungsrat an den Kantonsrat verabschiedet. Die grossen Gesetzgebungsprojekte zur Umsetzung der Bundesverfassungsgesetze (Bundesgerichtsgesetz, Schweizerische Zivilprozessordnung, Schweizerische Strafprozessordnung) und der Kantonsverfassung wurden auf der formellgesetzlichen Ebene ebenfalls beendet. Die weitere Umsetzung auf Verordnungsstufe wurde bereits in Angriff genommen. Das Konzept für die Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht) wurde in die Vernehmlassung gegeben. Die Arbeiten an den 2008 begonnenen Richtlinien zum Rechtsetzungsverfahren wurden weitergeführt. Der Gesetzgebungsdienst begleitete zudem 54 Rechtsetzungsprojekte. Die Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden wurde verabschiedet.

Das Generalsekretariat war in 40 parlamentarischen Geschäften federführend. In dreimal so vielen Fällen erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 334 Rekurse (einschliesslich Begnadigungen). Die Rekurskommission der Gebäudeversicherung erledigte im Berichtsjahr von 15 eingegangenen Rekursen 11 (Vorjahr 11). Bei der Rekurskommission für Grunderwerb gingen 4 (2) Beschwerden neu ein. Am Jahresende waren noch alle 4 Beschwerden anhängig. Bei der Schlichtungsstelle nach Gleichstellungsgesetz wurden im Berichtsjahr 20 (14) Schlichtungsbegehren eingereicht, von denen in 10 Fällen eine Einigung erzielt werden konnte.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Gewaltschutzmassnahmen etwas gesenkt (1008; Vorjahr 1065). Gewalt in Haushalten mit Kindern ist stark verbreitet (insgesamt 54% aller betroffenen Haushalte). Die Einstellungsrate der Strafverfahren ist im Verhältnis zu den polizeilich rapportierten Vergehen und Verbrechen sehr hoch (insg. 784; Vorjahr 841). Entsprechend tief waren auch die strafrechtlich angeordneten Lernprogramme «Partnerschaft ohne Gewalt PoG» (insgesamt 23; Vorjahr 36).

Wegen der starken Betroffenheit der Kinder und der nachgewiesenen schädlichen Auswirkung auf deren Entwicklung wurden in einer interdirektionalen Zusammenarbeit zwei Pilotprojekte für eine zeitnahe Kinderansprache entwickelt. Mit dem elterlichen Einverständnis wird unmittelbar nach dem Polizeieinsatz mit den Kindern Kontakt aufgenommen.

Der Personaldienst konnte neben der Umsetzung der in den Vorjahren gestarteten Projekte die Ergebnisse aus der Personalbefragung vorstellen. Die Bereiche haben, unterstützt von den Personalverantwortlichen, hieraus erste Massnahmen eingeleitet. Neben der Arbeit auf Direktionsebene engagierte sich der Personaldienst im gesamtkantonalen Projekt «PULS ZH» sowie in der interdirektionalen Führungsschulung.

Am 15./16. April hat die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme das Audit des neuen Qualitätsmanagementsystems der Abteilung Informatik der Direktion durchgeführt. Die Informatik der Direktion Justiz und Inneres ist nun nach der anerkannten Norm ISO 9001:2008 zertifiziert.

Die Vorarbeiten zur Erneuerung des Rechtsinformationssystems (RIS) werden termingerecht abgewickelt. Nach Abschluss der Istanalyse wurden die Bedürfnisse der Bereiche und der Stellen aufgenommen und ausgewertet. Diese Auswertungen bilden die Grundlage für den Projektantrag, der 2010 vorgelegt werden soll.

Das Projekt der Langzeitarchivierung von digitalen Daten (DIAS) im Staatsarchiv wurde im dritten Quartal gestartet. Als «proof of concept» soll nun im Kanton Zürich zusammen mit Spezialisten der Firmen IBM und scope ag und unter Begleitung der KOST (Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen) eine Pilotinstallation eingerichtet werden, damit die erarbeiteten Abläufe mit produktiven Archivdaten getestet werden können.

Das Servicecenter Lotus Notes der kantonalen Verwaltung hat sein erstes Betriebsjahr abgeschlossen. Nach einigen migrationsbedingten Anlaufproblemen und Störungen werden nun über 3800 Nutzer und rund 850 Applikationen über die zentrale Infrastruktur gehostet und von einem dreiköpfigen Team erfolgreich betreut. Das Ziel des Kantonalen Informatik-Teams (KIT) von jährlich wiederkehrenden Einsparungen von rund einer Million Franken für den Notes-Mail-Betrieb der kantonalen Verwaltung konnte im ersten Betriebsjahr bereits erreicht werden. Auch der Push-Mail-Betrieb mit rund 350 Nutzern (Regierungsräte und Kader) läuft störungsfrei.

Der Schwerpunkt des PKI-Servicecenters lag bei der Umsetzung des gemeinsamen IT-Sicherheitsprojektes der Direktion der Justiz und des Innern und der Kantonspolizei. Das PKI-Servicecenter bietet weiterhin betriebliche Unterstützung bei Benutzern der kantonalen Verwaltung in Bezug auf das Smartcard-Management (Erstausstellungen, Zertifikatserneuerungen, Chipkartenersatz und PIN-Entsperrungen).

Bisher wurden über 4000 Zertifikate in der zentralen kantonalen Verwaltung abgegeben. Das PKI-Servicecenter beteiligte sich auch in verschiedenen Arbeitsgruppen (SIK-Strategiegruppe zur Intergration der Suisse-ID in den Kantonen, PKI-Koordinationsstagnung, PKI-Erfahrungsgruppe Bund-Kantone).

Für das Rechnungswesen/Controlling war das Jahr neben den Kernaufgaben geprägt von der Einführung der neuen Rechnungslegung IPSAS, welche verschiedene Anpassungen im operativen Rechnungswesen und an den Softwares (IRIS/RIS) erforderte. Flächendeckend wurde in der Direktion das Interne Kontroll-System (IKS) eingeführt. Das Direktionscontrolling bearbeitete vielfältige Aufgaben im Bereich Konsolidierung, Führungsinformationen, finanzielle Berichterstattung und nahm zu verschiedenen Vorlagen Stellung. Projektmässig stand die Umsetzung der neuen Geschäftsberichterstattung im Vordergrund.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Generalsekretariat unterstützt den Direktionsvorsteher in seiner Führungsaufgabe (Stabsfunktion). Es bearbeitet parlamentarische Geschäfte, führt Rechtsmittelverfahren in Direktionskompetenz und bereitet die Entscheide vor. Zudem unterstützt das GS die einzelnen Organisationseinheiten der Direktion.
A2	Es führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst sowie die Koordinationsstelle für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. Des Weiteren ist ihm die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt angegliedert.
A3	Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Stellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und beim -marketing. Er berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Kader. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig.

A4	Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
A5	Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb Servicecenter Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), Servicecenter PKI (Public-Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und E-Voting Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E1	Betrieb der Koordinationsstelle Umsetzung neue Kantonsverfassung Planmässig Abschluss für 2011 vorgesehen	2010
E2	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Verzögert Das Registerharmonisierungsgesetz bzw. die Revision des Gemeindegesetzes werden abgewartet. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt des Entwicklungsschwerpunktes von 2010 auf 2011 verschoben.	2010
E3	Neuordnung Rechtspflege und Gerichtsordnung Abgeschlossen Die formellen Gesetze sind verabschiedet worden, die Arbeiten werden auf Verordnungsstufe weitergeführt.	2010
E4	Rückgaben Kirchenliegenschaften Planmässig	2012
E5	Qualitätsförderung der Führungsarbeit Planmässig Engagement des Personaldienstes in der kantonalen Führungsschulung	2010
E6	Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit Abgeschlossen	2009
E7	Projekt neues Rechenzentrum PJZ (Planung, Ausführung) Planmässig Das Projekt wurde redimensioniert und in die Gesamtplanung des PJZ-Projekts integriert	2012
E8	Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Straf- und Zivilsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes anpassen (LZ RR 16.4) Abgeschlossen Die formellen Gesetze wurden verabschiedet, die Arbeiten werden auf Verordnungsstufe weitergeführt.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	12,8	12,3	14,3	2,0
Aufwand	-18,7	-20,2	-20,2	0,1
Kreditübertragungen aus 2008		-0,3		
Saldo	-5,9	-8,0	-5,9	2,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0,6		0,6
Saldo		-0,6		0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	49,3	53,6	54,2	0,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Zusätzliche, verrechenbare Arbeitsplätze in den Ämtern sowie der fürs Berichtsjahr nicht budgetierte Ertrag des SC Lotus Notes führen zu einem erheblichen Mehrertrag.

Aufwand:

Der Mehraufwand ist durch den im Berichtsjahr ausgerichteten Beitrag an die israelitische Cultusgemeinde (erst 2010 budgetiert) sowie den Mehraufwand bei den Personalkosten (Rückstellung für Frühpensionierungen) begründet. Positive Abweichungen zum Budget sind auf die restriktive Ausgabenpolitik im Bereich Dienstleistungen Dritter zu verzeichnen.

Da ein erheblicher Teil der geplanten Dienstleistungen für die Umsetzung von RIS 2 sowie der HR Strategieumsetzung erst 2010 erbracht werden können, wurde eine Kreditübertragung beantragt.

Saldo:

Die Jahresrechnung 2009 schliesst mit einer erfreulichen Budgetunterschreitung.

Investitionsrechnung

Keine Investitionsausgaben infolge Miete von Informatikstruktur und Projektverschiebung

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteher	min.	>gut	>gut	>gut	–
W2	Zufriedenheit Supportfunktion durch Ämter (Rückmeldungen)	min.	>gut	>gut	>gut	–
W3	Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden	P	< 10%	< 10%	< 10%	–
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Personalumfrage alle 3 Jahre)			–	–	–
W5	– allgemein (ganze Direktion)	min.	gut	–	–	–
W6	– Personaldienst	min.	gut	–	–	–
W7	– ReWe/Controlling, Logistik	min.	gut	–	–	–
W8	– IT	min.	90%	–	–	–
W9	– Support Führung und Recht	min.	gut	–	–	–
W10	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren	P	< 10%	< 10%	< 10%	–
Leistungen						
L1	Rekurs erledigungen (einschliesslich Begnadigungen)	min.	165	150–200	334	134
L2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte	min.	98	100	100	–
L3	Anzahl spezifisch geschulter Führungskräfte in Prozenten Gesamtführungskräfte	min.	85%	90%	90%	–
L4	Personalreporting durchführen	min.	1x	1x	1x	–
L5	Betreuung PC-Arbeitsplätze	P	1450	1422	1470	48
L6	Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (ab 2009)	P	–	28	28	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten)		22 Tage	1	1	0
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz DJI (ab 2008)		1750	1750	1814	64
B3	Gesamtkosten PC-Arbeitsplatz DJI		8350	7960	7600	360

Abweichungsbegründung

Rekurs erledigungen (einschliesslich Begnadigungen) sind begründet durch diverse Stimmrechtsbeschwerden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	238 010	58 085	134 500	314 425	76 415

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 43 282 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Jahresrechnung 2009 schliesst mit einer erfreulichen Budgetunterschreitung, resultierend aus Einsparungen beim Aufwand (bei Einbezug Kreditübertragung 2008) und vor allem aus Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen sind einerseits auf die effiziente Leistungserbringung der Abteilung Informatik zurückzuführen. Diese betreute mit gleichem Personalbestand zusätzliche IT-Arbeitsplätze in der Direktion. Das Service Center ZH-Com hat mit kleinem Personalbestand eine wesentlich grössere als geplante Leistung erbracht und damit Mehreinnahmen erzielt. Auf der Aufwandseite führte der im Berichtsjahr ausgerichtete Beitrag an die israelitische Cultusgemeinde (erst 2010 budgetiert) zu Mehrkosten.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Hauptereignisse

Zusätzlich zur möglichst sorgfältigen Durchführung des Kerngeschäftes wurden die Aktivitäten rund um die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung weiter intensiviert. Neben der Überarbeitung der Weisungen für die Untersuchungsführung und der Planung von Ausbildungsveranstaltungen für alle Mitarbeitenden wurden in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen vereinheitlichte Formulare geschaffen. Unter Federführung des Kantons Zürich wird zudem ein elektronisches Ausbildungstool entworfen.

Der Regierungsrat legte am 1. Juli die Schwerpunkte für die Strafverfolgung für die Jahre 2009–2012 fest. Neu aufgenommen beziehungsweise beibehalten wurden die Schwerpunkte Wirtschaftskriminalität, Vermögensentziehung, urbane Kriminalität, Internetkriminalität und Jugendgewalt.

Ein Meilenstein in der Debatte rund um die Sterbehilfe war die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Sterbehilfeorganisation Exit und der Oberstaatsanwaltschaft.

Um die Arbeiten noch effizienter ausführen zu können, wurden Vorgaben aus verschiedenen Quellen zusammengefasst, u. a. im «Handbuch für Finanzbelange», im «Handbuch Zusammenarbeit mit dem Amt für Justizvollzug» oder im «Ordner für Aktenverwaltung».

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsverfassungsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung und entscheidet bis 2010 über Verfahrensrekurse.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als ein Jahr; Pendenzen älter als zwei Jahre) Planmässig	2011
E2	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundesanwaltschaft Planmässig	2011
E3	Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen (LZ RR 16.3) Abgeschlossen Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 16.3	2009
E4	Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Strafprozessordnung Planmässig	2010
E5	Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen (LZ RR 16.4), (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates 16.4	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23,9	19,6	23,2	3,6
Aufwand	–90,1	–86,3	–83,5	2,8
Saldo	–66,1	–66,7	–60,3	6,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,2		0,2
Saldo		–0,2		0,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	309,7	315,1	314,2	–0,9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag bei den Bussen/Geldstrafen und Gebühren überstieg den Budgetwert um 4,1 Mio. Franken. Bei den Beschlagnahmungen wurde das Budget um 0,8 Mio. Franken unterschritten.

Aufwand:

Das Budget wurde um 2,8 Mio. Franken unterschritten, hauptsächlich wegen den Dienstleistungen Dritter (einschliesslich Dolmetscher), wo das Budget um 1,6 Mio. Franken nicht ausgeschöpft wurde. Das Budget unterschritten wurde auch beim Personalaufwand (0,4 Mio. Franken) und bei den übrigen Sachaufwendungen (0,6 Mio. Franken).

Investitionsrechnung

Im Jahr 2009 wurden keine Investitionen getätigt.

Personal

Der Personalbestand enthält auch die über Rücklagen finanzierten Mitarbeitenden sowie Aushilfen.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen (ab 2007)	P	34,5%	≤ 35%	33,9%	–
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle (ab 2007)	P	78,6%	≥ 75%	79,0%	4,0%
W3	Zugelassene Anklagen (ab 2007)	min.	98,5%	≥ 95%	97,3%	2,3%
Leistungen						
L1	Anklagen	P	2 369	2 000	2 282	282
L2	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Sistierungen)	P	9 198	8 000	9 064	1 064
L3	Strafbefehle	P	12 028	11 500	12 317	817
L4	Total der Erledigungen (Summe L1–L3)	P	23 595	21 500	23 663	2 163
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	P	150	200	143	–57
L6	Pendenzen insgesamt	max.	8 229	10 000	8 552	–1 448
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr	max.	11,9%	12,5%	11,2%	–1,3%
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre	max.	3,2%	3,6%	3,0%	–0,6%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 2007)	P	2 476	2 741	2 463	–278
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr. (ab 2007)	P	19 884	23 806	21 438	–2 368
B3	Bruttoaufwand pro erledigten Fall insgesamt in Fr. (ab 2007)	P	3 611	4 015	3 530	–485
Abweichungsbegründungen						
L4	Das Erledigungstotal ist leicht höher als im Vorjahr mit einer Verlagerung zur Erledigungsart Strafbefehl.					
L7+ L8	Bei den Pendenzen ist ein Anstieg zu verzeichnen. Erfreulich entwickelt sich das Alter der Pendenzen, sowohl bei den Pendenzen älter als 1 Jahr als auch bei den Pendenzen älter als 2 Jahre.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	3 093 373	340 100	0	2 753 273	–340 100

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 52 900 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 281 029 für Finanzierung Projekt Vermögensabschöpfung (2 Stellen)

Bildung von Rücklagen 2009

Die Strafverfolgung Erwachsene beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Hauptereignisse

Das Jahr war geprägt durch eine anhaltend hohe Geschäftslast. Erneut war bei den Jugendanwaltschaften eine leichte Zunahme (+ 3%) der Geschäftseingänge zu verzeichnen (12 361; Vorjahr 12 000).

Die Jugendanwaltschaften erliessen 3942 (3917) Erziehungs- und Strafverfügungen; in 105 (86) Fällen wurde Anklage bei den Jugendgerichten erhoben.

Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 233 (218) Schutzmassnahmen und 3920 (3973) Strafen ausgesprochen. Am 31. Dezember befanden sich 108 (94) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 429 (378) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme. Als Strafen wurden ausgesprochen: 1757 (1714) Verweise, 1445 (1556) Persönliche Leistungen, 495 (431) Bussen, 223 (177) Freiheitsentzüge. In 55 (44) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 37 (36) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und die Jugendgerichte 54 (51) Erwachsenenstrafen an.

Die Anstrengungen zur Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität führten zu einer anhaltend hohen Zahl von Interventionen im Bereich der Untersuchung und des Straf- und Massnahmenvollzugs. Bis zur Inbetriebnahme des Jugendgefängnisses Limmattal und der Schaffung neuer geschlossener Plätze im Massnahmezentrum Uitikon gestaltet sich die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen sowohl in der Untersuchung als auch im Vollzug nach wie vor als aufwendig und schwierig.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Erziehungsverfügung, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
A2	Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität Planmässig	bis 2011
	Insbesondere bei jugendlichen Gewalttätern wurde verstärkt auf die Senkung des Rückfallrisikos hingewirkt.	
E2	Vorbereitungsarbeiten Eidgenössische Jugendstrafprozessordnung (Teilprojekt zu E8 Generalsekretariat) Planmässig	2010
	Die Eidgenössische Jugendstrafprozessordnung wird voraussichtlich am 1. Januar 2011 in Kraft treten.	
E3	Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren (LZ RR 16.6) Planmässig	2011
	Die Anstrengungen bei den «Jungen Intensivtätern» wurden unvermindert weitergeführt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Direktionen, Behörden und zivilen Partnern wurde weiter verstärkt.	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,1	2,5	2,9	0,4
Aufwand	–43,1	–45,1	–46,5	–1,4
Nachtragskredite		–3,0		
Saldo	–41,0	–42,6	–43,6	–1,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			–0,1	–0,1
Saldo			–0,1	–0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	73,8	79,6	77,9	–1,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Die höher als budgetiert eingegangenen Ersatzleistungen an Schutzmassnahmen verbesserten den Ertrag.

Aufwand:

Die vermehrte Anordnung von jugendstrafrechtlichen Schutzmassnahmen, insbesondere vorsorglicher Schutzmassnahmen, mehr Strafuntersuchungskosten die abgeschrieben werden mussten und Mehrkosten für Untersuchungs- und Sicherheitshaften erhöhten den Aufwand. Durch Minderausgaben in einzelnen Bereichen, insbesondere bei den Personalkosten aufgrund verzögerter Stellenbesetzungen, konnte nur ein Teil des Mehraufwandes kompensiert werden.

Saldo:

Im Saldo weist die Rechnung 2009 der Jugendstrafrechtspflege, unter Berücksichtigung des bewilligten Nachtragskredites von 3 Mio. Franken, eine Abweichung von –2,2% gegenüber dem Budget 2009 aus.

Investitionsrechnung

Durch die Zusammenlegung der Jugendanwaltschaften der Bezirke Dietikon/Affoltern und Horgen am neuen Standort in Dietikon entstehen Mobiliarkosten welche aufgrund ihrer Höhe und der geltenden Rechnungslegungsvorschriften über die Investitionsrechnung abgerechnet werden müssen. Budgetiert wurden sie in der Erfolgsrechnung.

Personal

Der tiefere durchschnittliche Personalbestand in der Rechnung 2009 ist insbesondere auf vorübergehende Vakanzen und verzögerte Stellenbesetzungen zurückzuführen.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmevollzug Entlassenen)	P	65%	> 60%	65%	–
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel einschliesslich Rechtsbehelfe)	P	1,8%	< 5%	1,9%	–
Leistungen						
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche)	P	4 003	3 750	3 942	192
L2	Anklagen an das Jugendgericht (ab 2009)	P		60	105	45
L3	Einstellungen der Verfahren (einschliesslich Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen) (ab 2009)	P		2 200	2 888	688
L4	Verfahrenserledigungen (Anzahl erledigte Verfahren)	P	13 324	12 000	13 107	1 107
L5	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	P	128	150	142	–8
L6	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen)	P	484	400	576	176
L7	Vorsorgliche Schutzmassnahmen (Neuanordnungen und Versetzungen im vorläufigen Vollzug von ambulanten oder stationären Schutzmassnahmen)	P	413	350	417	67
L8	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens)	P	201	170	204	34
L9	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens)	P	150	80	149	69
L10	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche	P	1 556	1 000	1 445	445
L11	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen	P	5 866	4 000	5 838	1 838
L12	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	P	153	215	189	–26
L13	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	P	657	320	906	586
L14	Pendenzen pro Jugendanwalt/-anwältin	P	89	< 105	94	–
L15	Durchschnittliches Pendenzalter in Tagen	P	195	< 180	162	–
L16	Anteil der Pendenzen > 750 Tage		3%	0%	0%	–
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen)	P	181	< 130	166	36
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen	P	66%	> 75%	71%	–4%

Abweichungsbegründungen

L1–L4	Durch die im vergangenen Jahr erfolgte Erhöhung des Stellenplans konnten mehr Verfahren erledigt werden.
L5	Da einige Verfahren noch bei den Jugendgerichten ausstehend sind, werden diese Fälle bei den vorsorglichen Schutzmassnahmen ausgewiesen.
L6–L9	Die verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität führten zu einer höheren Anzahl von Schutzmassnahmen.
L13	Die Zunahme der Schutzaufsichten ist eine Auswirkung des JStG, welches bei bedingten Strafen die Anordnung einer Begleitung vorsieht.
B1	Die Erledigung umfangreicher und lange andauernder Strafuntersuchungen belastete die durchschnittliche Untersuchungsdauer.
B2	Da vorrangig umfangreiche und seit mehr als einem Jahr ausstehende Untersuchungen bearbeitet wurden konnte die Vorgabe noch nicht vollständig erreicht werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	155 689	25 713	0	129 976	–25 713

Auflösung Rücklagen 2009

Fr. 25 713 für Personalanlässe, Büromaschinen und Geräte

Bildung von Rücklagen 2009

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2206 Amt für Justizvollzug

Hauptereignisse

Im Herbst feierte das Amt für Justizvollzug (JuV) sein zehnjähriges Bestehen mit einem Jubiläumsanlass für alle Mitarbeitenden. Der organisatorische Zusammenschluss der Anstalten und Gefängnisse sowie der Bewährungs-, Vollzugs- und Psychiatrisch-Psychologischen Dienste in einem gemeinsamen Amt hatte zu jenem Zeitpunkt Pioniercharakter und bewährt sich bis heute als erfolgreiches Modell für eine integrierte Aufgabenerfüllung.

Verschiedene neue Aufgabenstellungen und Herausforderungen haben das JuV in Anspruch genommen. Als Konsequenz der Revision des Jugend- sowie des Erwachsenenstrafrechts müssen im Justizvollzug neue Plätze einerseits für den Vollzug von Freiheitsstrafen für Jugendliche und andererseits für den stationären Massnahmenvollzug nach Art. 59 Abs. 3 für Erwachsene geschaffen werden. Im Jugendbereich wurden im August der Umbau und die Erweiterung der geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon in Angriff genommen und bereits im September konnte die neue Forensisch-Psychiatrische Abteilung innerhalb der Strafanstalt Pöschwies mit gesamthaft 24 Plätzen für den Massnahmenvollzug an Erwachsenen nach Art. 59 Abs. 3 eröffnet werden. Das Behandlungsangebot, welches intensive deliktorientierte Therapien mit einem milieuthérapeutischen Umfeld verbindet, wurde dabei als Teil eines konkordatären Verbundsystems konzipiert. Ebenfalls als neues Angebot konnte im Gefängnis Dielsdorf im Rahmen der baulichen Sanierungen eine Mutter-Kind-Abteilung eingerichtet werden.

Für den Ersatz des auf Ende Jahr befristeten Betriebs des Vollzugszentrums Urdorf bewilligte der Regierungsrat im Sommer einen Kredit für die Sanierung der Kolonie Ringwil. Ab 2010 wird diese offene Anstalt unter dem neuen Namen «Vollzugszentrum Bachtel» in die Organisationseinheit der Gefängnisse Kanton Zürich (GKZ) übergeführt und sie übernimmt die Zuständigkeit für den Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen. Ebenfalls an diesem Standort befindet sich neu die Bussen- und Geldstrafenadministration.

Mit dem vom Bundesamt für Justiz als Modellversuch unterstützten Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) soll in den Bewährungs- und Vollzugsdiensten das Risikomanagement (standardisiertes Fallscreening, Risikomonitoring, Interventionsplanung) verbessert und ausgebaut werden. Dazu wurden im Berichtsjahr die konzeptionellen Grundlagen entwickelt, auf Grundlage derer die organisatorischen und inhaltlichen Prozesse 2010 gestaltet und systematisiert werden können.

Zwei übergeordnete Umfeldentwicklungen haben sich im Justizvollzug ausgewirkt. Einerseits stellten die Massnahmen zur Pandemievorsorge die Mitarbeitenden besonders in den Anstalten und Gefängnissen vor besondere Herausforderungen. Andererseits bekam auch das JuV die Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren. So mussten die Gewerbebetriebe trotz verstärkter Akquisitionsbemühungen einen Rückgang bei den Arbeitsaufträgen registrieren. In den Gefängnissen wurde zudem seit Beginn des Jahres ein kontinuierlicher Anstieg der Belegung verzeichnet, welcher schliesslich in der zweiten Jahreshälfte zu Überbelegungen in einzelnen Betrieben führte.

Über alle JuV-Institutionen hinweg wurden bei einer Auslastung von 94,4% gesamthaft 474 500 Aufenthaltstage gezählt. Die leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist dabei hauptsächlich auf eine Zunahme beim Strafvollzug und der Untersuchungs- und Sicherheitshaft zurückzuführen. Während die Notfalleinsätze des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes trotz höherer Belegung leicht abnahmen, mussten wieder mehr Klinikeinweisungen aus den Anstalten und Gefängnissen heraus veranlasst und im Oktober leider auch von einem Suizid im Gefängnis Horgen Kenntnis genommen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
A2	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
A3	Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
A4	Betrieb und Planung der notwendigen Anstalten und Therapie-/Behandlungsformen
A5	Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken (LZ RR 16.5) Planmässig Mit der Eröffnung der Forensisch-Psychiatrischen Abteilung innerhalb der Strafanstalt Pöschwies und der Erarbeitung der Grundlagen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» der Bewährungs- und Vollzugsdienste konnten wichtige Teilschritte zur Verstärkung der Gewalt- und Rückfallprävention umgesetzt werden.	2011
E2	Anpassung der Infrastruktur an die Belegungssituation und die Vollzugsanforderungen Planmässig Verschiedene bauliche und organisatorische Projekte konnten massgeblich vorangetrieben, abgeschlossen oder initiiert werden (Mutter-Kind-Abteilung im Gefängnis Dielsdorf, Gefängnis Limmattal, Umbau und Erweiterung Massnahmenzentrum Uitikon, Neuorganisation Vollzugszentrum Bachtel).	2013
E3	Wirkungsevaluation der JuV-Leistungen Planmässig Unter anderem wurde mit der Datenerhebung für das Projekt «Rückfallquotenbezogene Geschäftsberichterstattung» begonnen, von welchem 2010 die ersten Ergebnisse erwartet werden.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	47,5	49,0	48,2	–0,8
Aufwand	–184,0	–193,8	–192,2	1,6
Kreditübertragungen aus 2008		–0,2		
Saldo	–136,5	–144,8	–144,0	0,8

Investitionsrechnung

Einnahmen	1,3	1,4	1,0	–0,4
Ausgaben	–5,7	–10,7	–10,2	0,4
Saldo	–4,4	–9,3	–9,2	0,1

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	728,7	794,3	762,1	–32,2
----------------------------------	-------	-------	-------	-------

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Beim Ertrag wirkt sich die Wirtschaftskrise deutlich aus. Die budgetierte Summe wird um rund 0,8 Mio. Franken verfehlt. Der Umsatz erfährt bei den Gewerbebetrieben der Anstalten und Gefängnissen einen deutlichen Einbruch von rund 3 Mio. Franken. Ferner wurden die ursprünglich als Erträge budgetierten Erlöse aus ärztlichen Tätigkeiten des PPD in der Rechnung mit rund 1,5 Mio. Franken als Aufwandminderung verbucht (Vorgabe der IPSAS-Rechnungslegung).

Aufwand:

Der Aufwand fällt um rund 1,6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Diese Differenz ist im Wesentlichen auf Einsparungen beim Personalaufwand von rund 2,9 Mio. Franken und die Budgetüberschreitung beim Sachaufwand (Kontengruppen 31 und 39) um rund 1,1 Mio. Franken zurückzuführen. Die Belegung der JuV-Institutionen stellt den wichtigsten kostentreibenden Mengenindikator dar. Bei diesem Indikatorenwert wurde mit 474 500 Aufenthaltstagen praktisch ein Gleichstand im Vergleich zum Budget mit 480 000 Tagen erreicht (-1,1%). Die Steigerung der Intensität und der Dauer der stationären klinischen Massnahmen und die tieferen Beitragsleistungen der Krankenkassen an die stationären Massnahmen führten zu einer deutlichen Aufwanderhöhung. Als kostensparend wirkten sich die verzögerten Inbetriebnahmen der Forensisch-Psychiatrischen Abteilungen in der Strafanstalt Pöschwies und des Gefängnisses Limmattal aus. Aber auch durch eigene Anstrengungen konnten bedeutende Aufwandminderungen erreicht werden. Im Speziellen durch die verzögerte Neu- und Wiederbesetzung von Stellen, verbunden mit einer konsequenten Prozess- und Arbeitsplanung und dank hoher Flexibilität der Mitarbeitenden. Die Abschreibungen weisen infolge der neuen IPSAS-Berechnung eine Budgetüberschreitung von rund 0,5 Mio. Franken auf.

Saldo:

Die Erfolgsrechnung 2009 weist bezüglich Gesamtsaldo ein befriedigendes Resultat auf. Das Budget wird insgesamt um 0,8 Mio. Franken unterschritten. Berücksichtigt man zusätzlich, dass rund 1,2 Mio. Franken des ausgewiesenen Aufwandes durch Rücklagengelder finanziert werden, so beträgt die effektive Budgetunterschreitung rund 2 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

Die Investitionen konnten mehrheitlich planmässig realisiert werden, sodass im Vergleich zum Budget bei den Nettoinvestitionen eine bescheidene Einsparung von Fr. 66 000 resultiert.

Personal

Der durchschnittliche Beschäftigungsumfang 2009 beträgt gesamthaft 762,1 Stellenprozent, bei einem Budget von insgesamt 794,3 Stellen, welches somit nicht ausgeschöpft wurde. Die effektive Differenz beträgt rund -32,2 Stellen. Diese Differenz ist im Wesentlichen auf die bewusst verzögerte Stellenbesetzung bei den verspäteten Inbetriebnahmen des Gefängnisses Limmattal und der Forensisch-Psychiatrischen Abteilung zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Anzahl Urlaube aus dem Strafvollzug	P	2 318	1 800	1 498	-302
W2	– davon korrekt zurückgekehrt in %	min.	99,4	99	97,2	-1,8
W3	Anzahl Ausbrüche aus Strafvollzug	max.	0	0	0	–
W4	Anzahl Ausbrüche aus Untersuchungshaft	max.	0	0	0	–
W5	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in %	P	80,4	80	76,5	-3,5
W6	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	P	519	625	364	-261
W7	Anzahl Suizide	max.	1	<2	1	–
W8	Anzahl Übergriffe auf Personal	max.	12	<12	8	–
Leistungen						
L1	Anzahl Aufenthaltstage	P	467 691	480 000	474 500	-5500
L2	– davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft	P	161 431	150 000	164 655	14 655
L3	Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in %	P	92,2	95	94,4	–
L4	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	P	12 081	13 000	12 001	-999
L5	Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) / (neu ab Berichtsjahr):					
L6	– Freiheitsstrafen / (neu ab Berichtsjahr)	P	–	2 900	2 679	-221
L7	– Stationäre Massnahmen / (neu ab Berichtsjahr)	P	–	410	403	-7
L8	– Ambulante Massnahmen / (neu ab Berichtsjahr)	P	–	640	559	-81
L9	– Gemeinnützige Arbeit / (neu ab Berichtsjahr)	P	–	560	533	-27
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettokosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken:					
B2	– Strafanstalt Pöschwies	P	192	200	217	17
B3	– Gefängnisse Kanton Zürich	P	128	125	135	10
B4	– Massnahmenzentrum Uitikon	P	430	440	527	87
B5	– Vollzugszentrum Urdorf	P	198	140	196	56
B6	– Halbgefängenschaft Winterthur	P	101	80	96	16
B7	Kostendeckungsgrad Psychiatrisch-Psychologischer Dienst in %	P	30	30	26	-4
B8	Geleistete Stunden Gemeinnützige Arbeit	P	86 812	110 000	78 380	-31 620

Abweichungsbegründungen

W1	Der Rückgang bei den Urlauben aus dem Strafvollzug und die damit einhergehende Budgetunterschreitung ist einerseits auf eine restriktivere Urlaubspraxis und andererseits auf das reduzierte Platzangebot im offenen Vollzug wegen Sanierungsarbeiten in der Kolonie Ringwil zurückzuführen.
W2	Aufgrund einer differenzierteren Erfassung der Vorfälle und Verspätungen im Zusammenhang mit Urlauben wird eine leicht unter dem Budget liegende Quote ausgewiesen.
W6	Der Rückgang und die Abweichung gegenüber Budget bei den bedingten Entlassungen korrespondieren mit den abnehmenden Geschäftserledigungen bei den Freiheitsstrafen, einer Zunahme der teilbedingten Strafen (keine bedingte Entlassung möglich) und einer leicht höheren Abweisungsquote bei den Gesuchen um bedingte Entlassung.
L1–L3	Die Zahl der Aufenthaltstage und die Auslastung über alle Institutionen des Justizvollzugs erreichen trotz wegfallender Kapazitäten im offenen Vollzug (Sanierung Kolonie Ringwil, Schliessung Vollzugszentrum Urdorf) den budgetierten Wert knapp. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte wurden hohe Belegungen beim geschlossenen Strafvollzug und der Untersuchungs- und Sicherheitshaft verzeichnet.
L4	Als Folge der im Berichtsjahr nicht umgesetzten Übernahme der psychiatrischen Grundversorgung im Polizeigefängnis Zürich wurden im Vergleich zum Budget weniger psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen gezählt.
L6	Aufgrund des erneut rückläufigen Bestandes bei den Freiheitstrafen wurde der prognostizierte Wert für das Berichtsjahr leicht unterschritten.
B1–B6	Verschiedene Faktoren führten zu einer leichten Kostensteigerung pro Aufenthaltstag. Die schwierige wirtschaftliche Lage führte zu bedeutenden Ertragsausfällen in den Gewerbetrieben. Die Auslastung war leicht geringer als letztes Jahr. Insbesondere bei den Lebensmitteln sowie bei der Ent- und Versorgung mussten höhere Kosten in Kauf genommen werden.
B4	Das Massnahmenzentrum Uitikon befindet sich in einer mehrjährigen Umbauphase.
B5	Ende des Berichtsjahres wurde das Vollzugszentrum Urdorf geschlossen.
B8	Trotz mehr Neueingängen hat die bereits im Vorjahr erkennbare Entwicklung, wonach die in gemeinnützige Arbeit umgewandelten Bussen tendenziell weniger Arbeitsstunden aufweisen als direkt vom Gericht angeordnete gemeinnützige Arbeit, auch im Berichtsjahr zu einem Rückgang der geleisteten Stunden und zu einer Unterschreitung der prognostizierten Werte geführt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 432 263	1 234 709	685 000	3 882 554	-549 709

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 535 000 Löhne für temporäre Anstellungen
- davon Fr. 275 000 Kosten für gesundheitsfördernde Massnahmen für die Mitarbeitenden
- davon Fr. 175 000 Führungswerkstatt für JuV-Führungspersonen
- davon Fr. 30 000 Ausbildungsprogramm für Insassen in Affoltern
- davon Fr. 130 000 10-Jahre-JuV-Jubiläum
- davon Fr. 40 000 Anschaffung von Mobiliar bei den BVD und im HGW
- davon Fr. 49 709 Diverses

Bildung von Rücklagen 2009

Die Rechnung 2009 weist ein befriedigendes Resultat auf. Das Budget wird insgesamt um 0,8 Mio. Franken unterschritten. Berücksichtigt man, dass rund 1,2 Mio. Franken des ausgewiesenen Aufwandes durch Rücklagengelder finanziert werden, so beträgt die effektive Budgetunterschreitung rund 1,8 Mio. Franken.

Effiziente Leistungserbringung:

Eigene, entschlossen umgesetzte Sparmassnahmen wirken sich deutlich aus und erhöhen die Effizienz der Leistungserbringung. So sind die Anschaffungen äusserst restriktiv behandelt worden. Entschädigungen und Rückforderungen von Arbeitspartnern, Versicherungen und Krankenkassen sind – durch Optimierung der Abläufe – in hoher Konsequenz und Genauigkeit realisiert worden. Ganz besonders macht sich die verzögerte Wieder- und Neubesetzung von Stellen bezahlt. Durch eine konsequente, effiziente Prozess- und Arbeitsplanung und dank hoher Flexibilität in der Bewältigung der anfallenden Arbeiten sind auf diese Weise bedeutende Einsparungen erzielt worden.

2207 Amt für Gemeinden

Hauptereignisse

Der Regierungsrat genehmigte 88 Neufassungen und 50 Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, 66 Neufassungen von Zweckverbandsstatuten, die Vereinigung von zwei Schulgemeinden sowie von 11 Zivilgemeinden mit ihrer politischen Gemeinde und die Vereinigung von einer Primar- und einer Oberstufenschulgemeinde zu einer neuen vereinigten Schulgemeinde. Weiter erfolgten Vorprüfungen von 79 Entwürfen für Gemeindeordnungen und 76 Entwürfen für Zweckverbandsstatuten.

Zur Fortbildung von Behördenmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden im Bereich der Haushalts- und Rechnungsführung organisierte das Gemeindeamt 13 Kurse. Insgesamt nahmen 269 Personen daran teil. Auf besonderes Interesse stiess das neue Prüfungshandbuch für Rechnungsprüfungskommissionen. Anlässlich des Gemeindeforums 2009 konnten sich rund 400 Interessierte über wichtige Revisionspunkte des neuen Gemeindegesetzes informieren.

Im Zivilstandswesen wurden rund 2500 Entscheide im Zusammenhang mit Ehen und Vaterschaftsanerkennungen in der Schweiz sowie rund 4550 Entscheide im Zusammenhang mit Zivilstandsvorfällen im Ausland gefällt. Im Zivilstandsregister wurden rund 3250 Berichtigungen und Löschungen vorgenommen und rund 1000 Namensänderungsgesuche behandelt. 15 der 25 Zivilstandsämter wurden inspiziert, wobei festgestellt werden konnte, dass die Beurkundungen auf einem professionellen Niveau vorgenommen werden. Im Berichtsjahr erfolgten 5 Amtsübergaben, wurden 9 Beschwerden behandelt und 1 Disziplinarverfahren gegen eine Zivilstandsbeamtin durchgeführt.

Im Geschäftsbereich der ordentlichen Einbürgerungen konnten im Vergleich zum Vorjahr mehr Gesuche durch Erteilung des Kantonsbürgerrechts abgeschlossen werden (5288/+5,6%). Diese Gesuche umfassten mehr Ehepartnerinnen und -partner sowie Kinder, weshalb die Zahl der insgesamt eingebürgerten Personen eine deutliche Steigerung erfuhr (9709/+16,1%). Da vom Bundesamt für Migration weniger Gesuche um erleichterte Einbürgerung bzw. Wiedereinbürgerung zur Bearbeitung überwiesen wurden (2089/-17,6%), das Erledigungsniveau aber annähernd gehalten werden konnte (2622/-3,1%), ergab sich für diesen Geschäftsbereich ein kräftiger Pendenzenabbau (787/-40,4%).

In Ausführung des Legislaturziels des Regierungsrates 7.3 und § 14 a des Gemeindegesetzes erarbeitete das Gemeindeamt erstmals einen Gemeindebericht, der vom Regierungsrat verabschiedet wurde. Der Bericht gibt Auskunft über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Das Gemeindeamt war sodann massgeblich an der Erarbeitung eines Konzeptentwurfs zur Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches im Bereich Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht beteiligt, der in die Vernehmlassung gegeben wurde. Schliesslich hat das Gemeindeamt an der Reorganisation des Betreuungswesens mitgewirkt und die Festlegung der neuen Betreuungskreise vorbereitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Gemeindeamt trägt durch Dienstleistungen und Beratung sowie Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht, Gemeindefinanzen, Vormundschafts-, Einbürgerungs- und Zivilstandswesen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei. Weiter erfüllt es die kantonalen Zivilstands- und Einbürgerungsaufgaben.
A2	Das Gemeindeamt betreut den Finanz- und Lastenausgleich, die in separaten Globalbudgets (2215, 2291 und 2292) publiziert werden. Es stellt damit sicher, dass alle Gemeinden ihre Grundaufgaben erfüllen können.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Erarbeiten eines Haushaltsführungs- und Rechnungslegungshandbuchs Planmässig Der HRM2-Kontenrahmen liegt in einer interkantonal und für die Zürcher Gemeinden konkretisierten Fassung vor. Vorschriften zum Anhang, zur Anlagebuchhaltung und zum Restatement sind entworfen und werden derzeit in einzelnen Gemeinden auf ihre Praxistauglichkeit geprüft. Im Bereich der Haushalts- und Rechnungsprüfung ist ein Handbuch für Rechnungsprüfungskommissionen fertiggestellt.	2009
E2	Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen (LZ RR 7.5) Verzicht Dieser Entwicklungsschwerpunkt wird vom Regierungsrat nicht weiterverfolgt.	2009
E3	Erlass eines Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht Planmässig Am 18. November hat der Regierungsrat den Entwurf für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz an den Kantonsrat überwiesen.	2010
E4	Gemeindestrategie erarbeiten (LZ RR 7.1) Verzicht Der Regierungsrat hat den Schlussbericht des Projekts zur Reform der Gemeindestrukturen zur Kenntnis genommen. Gestützt auf die Erkenntnisse des Berichts hat er Leitsätze für eine Reform der Gemeindestrukturen zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wird vom Regierungsrat nicht weiterverfolgt.	2010
E5	Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen (LZ RR 7.3) Abgeschlossen Das Gemeindeamt hat im Berichtsjahr erstmals einen Gemeindebericht erarbeitet. Er gibt Auskunft über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Bericht wurde vom Regierungsrat Ende Berichtsjahr verabschiedet.	2010
E6	Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen (LZ RR 7.4) Sistiert Die Arbeiten werden weitergeführt, sobald die Neugestaltung des kantonalen Finanzausgleichs geklärt ist.	2010
E7	Anpassung der Gemeindegesetzgebung an die neue Kantonsverfassung / Erarbeiten eines neuen Gemeindegesetzes Planmässig Die wichtigsten Regelungsgegenstände des Gemeindegesetzes wurden in einem Vorentwurf erarbeitet und mit Gemeindevertretern im Rahmen von Arbeitsgruppen aus politischen und fachlichen Blickwinkeln besprochen.	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6,8	6,4	7,1	0,7
Aufwand	–11,0	–11,6	–11,0	0,6
Saldo	–4,2	–5,2	–3,9	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	57,9	58,4	57,7	–0,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Beim wichtigsten Ertragsfeld, dem kantonalen Bürgerrecht, konnte das Budget deutlich übertriffen werden (detaillierte Erklärungen vgl. Indikatoren Anzahl abgeschlossene Fälle und Kostendeckungsbeitrag Einbürgerungen).

Aufwand:

Beim Aufwand lagen die Personalkosten unter den Vorgaben und als Folge von Eigenleistungen, insbesondere im Bereich der Gemeindeaufsicht, konnten auch Einsparungen bei den Beraterhonoraren erreicht werden. Der Abschluss erlaubt eine Beantragung von Rücklagen von Fr. 100 000, welche auf Effizienzsteigerungen (vgl. Rücklagenbegründung) basieren.

Saldo:

Bei den Revisionsdiensten konnte zwar auch ein Erlösüberschuss erzielt werden. Infolge umfangreicher Anpassungsarbeiten an die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen lag der Kostendeckungsgrad jedoch unter den Erwartungen. Die Rechnung des Gemeindeamtes zeigt insgesamt ein sehr erfreuliches Bild.

Personal

Der Ist-Wert liegt mit 57,7 leicht unter dem Budget von 58,4. Dies lag insbesondere daran, dass die geplanten Stellenausschöpfungen erst nach Prüfung der Auftragslage durchgeführt wurden.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1	Zufriedenheit Kursteilnehmer	min.	gut– sehr gut	gut– sehr gut	gut– sehr gut
W2	Aufhebung/Rückweisung gemeinderechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	0%	< 1%	17%
W3	Anzahl Websitebenützigungen «www.gaz.zh.ch»	P	204 863	260 000	207 408 –52 592
Leistungen					
L1	Anzahl Schulungstage für Behörden und Angeh. d. Kommunalverwaltung	P	21	26	25 –1
L2	Teilnehmerzahlen Kurse und Schulungen	P	437	420	576 156
L3	Anzahl abgeschlossene Fälle im Zivilstandswesen und bei den Einbürgerungen	P	20 743	20 650	20 552 –98
L4	Beantwortung telefonischer, juristischer Anfragen innert 24 Stunden	min.	97%	80%	91% 11%
L5	Verfahrensdauer bei Namensänderungen (in Monaten)	max.	1,2	2,5	1,9 –0,6
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kostendeckungsgrad Einbürgerungen	P	187%	154%	233% 79%
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste	P	104%	109%	103% –6%
Abweichungsbegründungen					
W1	Bei der Zufriedenheit der Schulungsteilnehmer wurden gute bis sehr gute Kursbeurteilungen (Themengebiete: Vormundschaftsrecht, öffentlicher Finanzhaushalt und Zivilstandswesen) gemessen.				
W2	Angesichts der kleinen Anzahl Entscheide, welche die Abteilung Gemeinderecht noch zu bearbeiten hat (Wert 2008: 14 Erledigungen, Wert im Berichtsjahr: 6), fällt ein einzelner Entscheid, der vom Bundesgericht aufgehoben wird, stark ins Gewicht.				
W3	Seit der Neugestaltung der Website im 2008 haben sich keine merklichen Steigerungen mehr gezeigt. Die Zahl der Website-Besuche scheint sich bei etwa 205 000 pro Jahr einzupendeln. Die Website hat sich klar zu einem Arbeitsinstrument für externe Verwaltungen und Behörden gewandelt. Am meisten werden Merkblätter, Wegleitungen und Orientierungsschreiben heruntergeladen. Bei den stabilen Zahlen können wir davon ausgehen, dass wir es mit einer «Stammkundschaft» zu tun haben.				
L1	Gemeinderecht: 6 (B 2009: 3), Gemeindefinanzen: 15 (B 2009: 8) und Zivilstandswesen: 4 (B 2009: 15).				
L2	Gemeinderecht: 109 (B 2009: 100), Gemeindefinanzen: 287 (B 2009: 120) und Zivilstandswesen: 180 (B 2009: 200).				
L3	Einbürgerungen: 8843 (B 2009: 8500) und Zivilstandswesen: 11 709 (B 2009: 12 150).				
L4	Die Anzahl telefonischer Anfragen ist vom bisherigen Spitzenwert im Jahre 2008 um 12% auf einen neuen Spitzenwert gestiegen. Trotzdem konnte in 91% der Fälle eine Anfrage innert 24 Stunden beantwortet werden.				
L5	Die Einführung einer neuen Geschäftskontrolle und neuer Verfahrensabläufe liess die durchschnittliche Erledigungsdauer im Vergleich zum Vorjahr ansteigen. Der Soll-Wert konnte jedoch erfüllt werden.				
B1	Im Bereich der ordentlichen Einbürgerungen konnten die Gebührenerträge trotz der praktisch unverändert gebliebenen Erledigungszahl gesteigert werden, da das Kantonsbürgerrecht vermehrt Ehepaaren mit doppelt anfallender Gebühr verliehen werden konnte. Im Bereich der erleichterten Einbürgerungen führten die in der zweiten Jahreshälfte des 2008 erfolgten, aber damals noch nicht entschädigten Mehrerledigungen zu höheren Vergütungen durch das Bundesamt für Migration.				

B2 Durch die Inkraftsetzung der revidierten Verordnung über den Gemeindehaushalt auf den 1. Januar wurden diverse Anpassungen insbesondere der Revisionstools sowie der Auftragsabwicklung notwendig. Die Überarbeitung der schriftlichen Vereinbarung mit allen Kundinnen und Kunden benötigte ein Vielfaches an Mehraufwand als ursprünglich geplant war. Aufgrund der Analyse zeigte sich, dass viel mehr Organe und rechtlich-selbstständige Organisationen davon betroffen sind bzw. mehrere Auftraggeber in einem Auftrag enthalten sein können. Dazu mussten aufgrund der erhöhten Anforderungen an Mitglieder von Rechnungsprüfungskommissionen sehr viele Offertanfragen abgewickelt werden, was insgesamt zu einem neuen Prozess und zur Erstellung von neuen Unterlagen führte. Neben dem Kundenmanagement wurde der Installierung von neuen Instrumenten hinsichtlich der Qualitätssicherung viel Beachtung geschenkt. Es wurden neue Richtlinien entwickelt und eingeführt. Vermehrt wurden Ressourcen für die Ausbildung der Mitarbeitenden – neue fachliche Anforderungen – eingesetzt. Insgesamt brachten die gesetzlichen Änderungen eine erhebliche Unsicherheit bezüglich der bisher sehr stabilen Auftragslage. Diese Schwankungen werden sich im Jahr 2010 fortsetzen und erfordern einen grossen zusätzlichen Kundenbetreuungsaufwand. Eine effiziente Revisionsplanung wird dadurch erschwert und es muss mit einem weiteren Produktivitätsrückgang gerechnet werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	200 501	188 741	100 000	111 760	-88 741

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 143 207 für Finanzierung Mobilienbezüge

Bildung von Rücklagen 2009

Die in Auftrag gegebenen Reformen konnten planmässig bearbeitet werden (Details vgl. Kommentar zu den Entwicklungsschwerpunkten). Bei diesen Aufgaben wurden Berater eingespart, was den Sachaufwand senkte. Die Eigenleistungen und die fachlichen Kompetenzen der Gemeindeaufsicht führten somit zu Minderausgaben bei den Beratern. Damit eine Verstärkung des Ressourceneinsatzes in Projekten möglich war, mussten Effizienzsteigerungen im Tagesgeschäft der beiden im Aufsichtsthema involvierten Fachabteilungen Gemeinderecht und Gemeindefinanzen vorgenommen werden. So wurde bei Auskünften auf eine prompte sowie speditive Erledigung geachtet und etliche Arbeitshilfen (z. B. Kalkulationsmodell für die Berechnungen des neuen Finanzausgleiches) wurden auf der Website publiziert. Die damit frei werdenden Ressourcen konnten in Reformvorhaben (z. B. neues Gemeindegesetz) investiert werden, was dazu führte, dass weniger Berater eingesetzt wurden. Dieses Vorgehen bildete somit die Grundlage für die Einsparungen bei den Expertenonoraren.

2215 Finanz- und Lastenausgleich

Hauptereignisse

Es stellten 22 Gemeinden ein Gesuch um Zusicherung von Steuerfussausgleichsbeiträgen für das Jahr 2010. Nach Prüfung der Voranschläge und Verhandlungen mit Vertretern der Gemeinden wurde provisorisch ein Beitrag von 81,1 Mio. Franken (Vorjahr 78,6 Mio. Franken) zugesichert. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge für 2008 aufgrund der Jahresrechnungen wurden 51,1 Mio. Franken zurückgefordert bzw. verrechnet.

Die Abgeltung der Sonderlasten an die Stadt Zürich für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe wurde für die Periode 2008–2010 neu berechnet und beträgt 103,3 Mio. Franken. Die grossen Kunst-institute der Städte Zürich und Winterthur erhielten Beiträge in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug und Entwicklung des Steuerfussausgleichs, Einlagen in den Investitionsfonds, Lastenausgleich an die Stadt Zürich in den Bereichen Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren (LZ RR 7.2) Planmässig	bis 2010
	Der Regierungsrat hat ein Finanzausgleichsgesetz zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Das Gesetz wird derzeit in der zuständigen Kommission für Staat und Gemeinden vorberaten.	

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung					
Ertrag					
Aufwand		–159,9	–163,1	–138,6	24,5
Steuerfussausgleichsbeiträge			–52,0	–27,5	24,5
Lastenabgeltung an Stadt Zürich			–103,3	–103,3	0
Saldo		–159,9	–163,1	–138,6	24,5
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte					

Erfolgsrechnung

Aufwand:

Der Minderaufwand ist einerseits damit begründet, dass einige Gemeinden kein Gesuch um Steuerfussausgleich mehr stellten und die Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen durch gute bis sehr gute Rechnungsergebnisse der Gemeinden höher als erwartet ausfielen.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Akzeptanz von Empfehlungen und Entscheidungen / Ergreifung von Rechtsmitteln	max.	0%	< 3%	0,9%	
W2 Aufhebung / Rückweisung von Entscheiden	max.	0%	< 1%	0%	
W3 Lastenabgeltung für die Stadt Zürich (Ortspolizei, Kultur und Sozialhilfe)	P	erfüllt	erfüllt	erfüllt	
Leistungen					
L1 Steuerfussausgleich (Anträge)	P	21	33	22	-11
L2 Lastenausgleich Zürich (Verfügung)	P	1	1	2	1
Abweichungsbegründungen					
W1	Die Ergreifung von Rechtsmitteln durch die Gemeinden soll unter 3% der Anzahl ausgestellter Verfügungen liegen. Gegen die im Berichtsjahr ausgestellten 224 Verfügungen wurden zwei Rechtsmittel ergriffen. Ausgestellte Verfügungen: 170 Steuerkraftausgleich 2009, 4 nachträgliche Kürzungen Steuerkraftausgleich 2007, 22 Steuerfussausgleichszusicherungen für 2010, 26 Kürzungen Steuerfussausgleichsbeiträge 2008, 2 Lastenausgleich Stadt Zürich.				
W2	Die Beschwerde im hängigen Rechtsmittelverfahren 2007 wurde durch das Verwaltungsgericht abgewiesen. Die zwei verbleibenden Rechtsmittelverfahren sind noch hängig.				
W3	Die Lastenabgeltung für die Bereiche Kultur, Polizei und Sozialhilfe leistet einen Beitrag für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt der Stadt Zürich. Der Beitrag an die Sonderlasten betrug für das Berichtsjahr Fr. 103 280 000 (Kultur Fr. 25 549 000, Sozialhilfe Fr. 28 313 000, Polizei Fr. 49 418 000) gemäss Regierungsratsbeschlüssen Nrn. 950/2008 und 2012/2009.				
L1	Die guten Steuererträge bei den Gemeinden führten zu weniger Anträgen um Steuerfussausgleich. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Anzahl der gesuchstellenden Gemeinden von 21 auf 22.				
L2	Der Regierungsrat legte den Beitrag an die Sonderlasten für die drei Abgeltungsperioden 2008–2010 fest.				

2221 Handelsregisteramt

Hauptereignisse

Das Jahr war geprägt von der Umsetzung des am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen neuen GmbH- und Revisionsrechts. Im Jahre 2008 hatten noch wenige Gesellschaften von der Möglichkeit, auf die eingeschränkte Revision verzichten zu können (Opting-out), Gebrauch gemacht. Der Fristablauf (30. Juni 2009) für das vereinfachte Opting-out-Verfahren bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat dann zu einem massiven Anstieg an Eintragungsgesuchen geführt. Auf Ende des Berichtsjahrs haben rund 13 500 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, rund 8500 Aktiengesellschaften sowie rund 300 Genossenschaften ein Opting-out erklärt. Gegenüber dem Vorjahr war damit eine massiv erhöhte Anzahl von Eintragungen ins Tagesregister (knapp 51 000 Eintragungen) zu verzeichnen. Diese Arbeitslast konnte dank der Mitwirkung von Aushilfskräften bewältigt werden.

Im Handelsregisteramt Kanton Zürich eingetragene Unternehmen 2009

Bezeichnung	Bestand per 1.1.2009	Bestand per 31.12.2009
Einzelunternehmen	25 972	26 139
Kollektivgesellschaften	2 457	2 385
Kommanditgesellschaften	627	610
Aktiengesellschaften	30 035	30 565
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	20 684	22 447
Genossenschaften	1 365	1 340
Vereine	1 332	1 394
Stiftungen	3 496	3 427
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz Schweiz	1 122	1 174
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz im Ausland	638	685
Andere Rechtsformen	29	35
Total	87 757	90 201

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich bedeutsamer Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Gegenwärtig nachgeführtes und wahres Register Planmässig	bis 2012
----	---	-------------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	13,3	12,7	15,7	3,0
Aufwand	–10,4	–10,6	–10,9	–0,3
Saldo	3,0	2,1	4,8	2,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	53,8	53,5	57,6	4,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Die Mehrerträge sind auf den unerwartet hohen Anstieg an Geschäftsfällen zurückzuführen (vgl. Leistungsindikatoren). So haben insbesondere rund 8500 Aktiengesellschaften von der für sie seit 1. Januar 2008 neuen Möglichkeit des Verzichts auf eingeschränkte Revision (Opting-Out) Gebrauch gemacht.

Aufwand:

Der Mehraufwand ist insbesondere auf die höheren Abgaben an den Bund, korrelierend zu den höheren Erträgen, zurückzuführen (Art. 23 Abs. 1 der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister)

Saldo:

Das positive Ergebnis ist auf den Mehrertrag zurückzuführen.

Personal

Der erhöhte Geschäftsanfall wie auch die gestiegene Komplexität erforderten die Beschäftigung von Zusatzpersonal (befristet).

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen	min.	87%	80%	0%	80%
W2	Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 2-jährlich Gesamtwertung	min.	gut	–	–	–
W3	Revisionsbericht EHRA	min.	sehr gut	–	–	–
W4	Kundenbefragung: Jur. Korrektheit, Beratungsqualität	min.	sehr gut	–	–	–
Leistungen						
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	273 488	277 000	280 860	3 860
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	25 306	19 500	30 170	10 670
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	37 925	37 500	50 907	13 407
L4	Anzahl Registerauskünfte	P	61 847	60 000	71 485	11 485
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt	P	130%	120%	144%	24%
Abweichungsbegründungen						
W1	Wegen der hohen Geschäftszahl musste die «Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen» ausgesetzt werden. Indirekt wird eine Aktualisierung des Registers durch die zahlreichen zusätzlichen Verfahren (Opting-Out usw.) erreicht.					
L1	Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.					
L2–L4	Die hohe Zunahme der Anzahl Rechtsauskünfte, Eintragungen ins Tagesregister und Registerauskünfte ist Folge der am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen zur GmbH sowie betreffend Revision der Gesellschaften.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	375 045	51 307	0	323 737	–51 307

Auflösung Rücklagen 2009

Fr. 51 307 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Das Handelsregisteramt beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2223 Statistisches Amt

Hauptereignisse

Im Rahmen der statistischen Grundversorgung beantwortete der Datashop über 2000 Anfragen in mündlicher oder schriftlicher Form. Zudem gingen von Privaten, Firmen und Verwaltungsstellen über 170 Aufträge für ergänzende Statistikdienstleistungen ein. Für die Website «www.statistik.zh.ch» wurden zwei neue, interaktiv nutzbare Applikationen entwickelt. Der Informationswert der Website konnte auch mit den neu zur Verfügung gestellten Quartalsdaten (Indikatoren), die eine schnellere und verfeinerte Analyse gegenwärtiger Entwicklungen ermöglichen, nochmals gesteigert werden. Die Webapplikation «loc@lisor» ermöglicht dem Nutzer die Evaluierung und kartografische Darstellung von persönlich bevorzugten Standorten aufgrund individuell gewichteter Faktoren. Der ebenfalls interaktiv nutzbare Strukturatlas ergänzt das bestehende Kartenangebot mit einer Fülle von Strukturkarten zu den Themen Bevölkerung, Soziales, Arbeit, Unternehmen, Bau, und Immobilien.

An vier Wochenenden wurden die Volksabstimmungen über insgesamt acht eidgenössische und drei kantonale Vorlagen sowie am 29. November die Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates durchgeführt. Dabei konnten die Stimmberechtigten von elf Gemeinden, zwei Kreisen der Stadt Zürich und einem Kreis der Stadt Winterthur die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe nutzen. Wie üblich wurden kurze Zeit nach Urnenschliessung erste Zwischenergebnisse und Hochrechnungen publiziert. Im Weiteren ist bei fünf Volksinitiativen und drei Volksreferenden das Zustandekommen (erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften) geprüft worden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessen guter Qualität
A2	Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
A3	Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Verzögert	2011
	Abwarten des Registerharmonisierungsgesetzes bzw. Revision des Gemeindegesetzes	
E2	Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u. a. für die Volkszählung 2010 Planmässig	2010
E3	Ausbau des Statistikangebots auf Internet Planmässig	2013
E4	Ausbau des E-Votings Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	0,4	0,9	0,4
Aufwand	-7,7	-8,9	-6,9	2,0
Kreditübertragungen aus 2008		-0,4		
Saldo	-6,9	-8,5	-6,0	2,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	29,4	31,0	29,4	-1,6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Dank effizienter und erfolgreicher Ausführung einer grossen Anzahl von Dienstleistungsaufträgen wurde der budgetierte Ertrag um über 0,4 Mio. Franken übertroffen.

Aufwand:

Trotz den teilweise exogen bedingten, die Kosten steigernden Faktoren (Teuerungsausgleich, Stufenanstiege usw.) und den Kosten für Aushilfen liegen die Personalkosten aufgrund der teilweisen Nichtbesetzung von Stellen deutlich unter dem Budget. Da sich die Verwirklichung des Projektes Registerharmonisierung mit Einführung einer amtlichen Wohnungsnummer verzögerte, wurden über 1,3 Mio. Franken des für das Berichtsjahr budgetierten Betrages und des aus dem Vorjahr übertragenen Kredits nicht beansprucht. Für diesen Betrag wurde wiederum eine Kreditübertragung auf das Jahr 2010 beantragt. Daneben konnten die Kosten für Dienstleistungen und Drucksachen deutlich unter dem Budget gehalten werden.

Saldo:

Vor allem aufgrund des Spitzenresultates bei den Erträgen aus Dienstleistungen, den Einsparungen bei den Personalkosten und wegen der massiv geringeren Beanspruchung von Dienstleistungen Dritter schliesst die Rechnung 2009 bei Berücksichtigung der Kreditübertragung aus dem Vorjahr um über 2,4 Mio. Franken unter dem Globalkredit ab.

Personal

Trotz der Einstellung von temporären Aushilfen für die Realisierung eines grossen Dienstleistungsauftrages konnte der Beschäftigungsumfang durch die zweitweise Nichtbesetzung von Plan- und Projektstellen um 1,6 Stellen unter dem Planwert gehalten werden.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen	P	108	> 50	73	23
W2	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Anwendungen auf Homepage	P	824 985	> 1 300 000	789 299	-510 701
W3	Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden)	P	86%	> 90%	98%	8%
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter sieben vergleichbaren Ämtern	P	-	< 4	-	-
W5	Zufriedenheitsgrad bei Wahlen und Abstimmungen der beteiligten Instanzen (in %)	P	-	> 80%	92%	12%
Leistungen						
L1	Anzahl geführte Statistiken	P	27	27	27	0
L2	Anzahl Statistikanfragen an Data Shop	min.	2 666	> 2 200	2 439	239
L3	Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen	min.	28	> 24	24	
L4	Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	P	570	> 500	421	-79
L5	Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500 je Fall	min.	85	> 40	92	52
L6	Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende	P	4	4	5	1
L7	Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses)	max.	6	< 15	4	11
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten)	P	97%	100%	-	-
Abweichungsbegründungen						
W2	Die im Verlaufe des Vorjahres vorgenommene Umstrukturierung der Website (Themenportale) führte zu einem veränderten Surfverhalten der Nutzer und zu einer verminderten Anzahl registrierter Besucher. Die im ganzen Jahr angewendete Zählung führte daher nochmals zu einer leicht reduzierten Anzahl Anwendung auf der Homepage. Die effektive Nutzung unserer Website ist jedoch kontinuierlich steigend.					
W4	Im Berichtsjahr wurde keine Befragung in Auftrag gegeben.					
L4	Aufgrund des stetig erweiterten Angebots von Statistikinformatoren auf der Website ist ein vermindertes Interesse an gedruckten Publikationen festzustellen.					
L5	Dank guter Kundenbetreuung und erfolgreicher Ausführung der Aufträge konnte die Anzahl der Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500 nochmals gesteigert werden.					
B1	Aufgrund interner Umstellungen kann der Kostendeckungsgrad für das Berichtsjahr nicht ermittelt werden.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008	Auflösung 2009	Antrag zur Bildung 2009	Bestand 31.12.2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	173 156	49 763	41 000	164 393	-8 763

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 23 603 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Mit der erfolgreichen Ausführung eines ausserordentlichen Grossauftrages und mit einer sehr hohen Anzahl weiterer Dienstleistungen konnte der budgetierte Ertrag um gegen 450 000 Franken übertroffen werden. Der gesamte mit Dienstleistungen erzielte Ertrag liegt deutlich über den Ergebnissen der Vorjahre. Das Spitzenergebnis wurde dank Effizienzsteigerung und dem speziellen Einsatz von Mitarbeitern erreicht.

Die gesamten Leistungen des Statistischen Amtes wurden erbracht, obwohl zeitweise nicht alle Stellen besetzt waren. Die Personalkosten liegen vor allem deshalb um über 300 000 Franken unter dem budgetierten Betrag.

Gesamthaft wurde das Rechnungsergebnis durch endogen bewirkte Faktoren um rund 800 000 Franken verbessert.

2224 Staatsarchiv

Hauptereignisse

In Hinblick auf die umfassende Online-Nutzung des Staatsarchivs standen verschiedene Projekte im Vordergrund. Als Schwerpunkte sind zu nennen:

- Überlieferungsbildung: Beteiligung an der Ablösung des Rechtsinformationssystems (RIS) und anderer Applikationen, Übernahme von elektronischen Altdaten, Definition von Geschäftsregeln für die neuen Systeme
- Aktenerschliessung: Aufbereitung der Findmittel für die Online-Publikation, Beginn des Abbaus der Zwischenarchivbestände und Restanzen (insgesamt zehn Laufkilometer Akten)
- Individuelle Kundendienste: Erarbeitung eines neuen Webauftritts, Online-Schaltung der Archivverzeichnisse
- Beständeerhaltung: Projekt Aufbereitung Karten und Pläne: Aufbereitung der ersten Lose für die Onlinepublikation, Beginn konservatorische Aufbereitung Bestand E IV (Kapitelsarchive der zürcherischen Geistlichkeit 14. Jh. bis 19. Jh.), Weiterführung Aufbau Kompetenzzentrum audiovisuelle Medien
- Editionsprojekte: Integration Kunstdenkmäler-Inventarisierung in die neu geschaffene Abteilung, Beginn des Projekts Transkription und Digitalisierung der Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse, Akquisitionsarbeiten für eine digitale Rechtsquellenedition Zürich

Ausserhalb des regulären Betriebs machte insbesondere das Projekt «Globus-Replik» von sich reden. Es konnte mit der Übergabe des Globus im August und der Publikation der Projektdokumentation im November abgeschlossen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Überlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2	Akten: Erschliessung der abgelieferten Unterlagen einschliesslich Restanzen
A3	Individuelle Kundendienste: Gewährleistung der Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Kunden
A4	Beständeerhaltung: Erhaltung und Pflege der Archivbestände

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Überlieferungsbildung: 1 Aktenführung in der Verwaltung (Records Management) / 2 Langzeitarchivierung elektronischer Akten Planmässig	bis 2011
E2	Aktenerschliessung: 1 Aktenerschliessung Akten 19. / 20. Jh. 2 Abbau Restanzen / Zwischenarchiv Verzögert Die Ressourcen sind noch nicht vorhanden.	2011
E3	Individuelle Kundendienste: Betrieb einer modernen Plattform für die historische Forschung Planmässig	2011
E4	Beständeerhaltung: 1 Konservierung Akten 19. / 20. Jh. 2 Aufbau Kompetenzzentrum / Konservierung / Restaurierung moderne Medien Verzögert Die Ressourcen sind noch nicht vorhanden.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,7	0,1	0,2	0,1
Aufwand	–7,6	–7,4	–7,3	0,2
Kreditübertragungen aus 2008		–0,5		
Saldo	–6,9	–7,3	–7,1	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,9		–0,1	–0,1
Saldo	–0,9		–0,1	–0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	27,2	30,7	32,4	1,7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Auf der Ertragsseite wird eine positive Abweichung von Fr. 81 000 verzeichnet. Diese Abweichung ist zurückzuführen auf den nicht budgetierten Beitrag des Lotteriefonds für das Projekt Transkription und Digitalisierung von Kantonsratsprotokollen und Regierungsratsbeschlüssen im Umfang von Fr. 106 000 und weniger Rückerstattungen Dritter in der Höhe von Fr. 25 000.

Aufwand:

Unter Berücksichtigung der Kreditübertragung aus 2008 ist der Aufwand der Rechnung 2009 im Vergleich zum Budget 2009 um Fr. 292 000 tiefer. Im Umfang von Fr. 329 000 wurden weniger Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen. Für den Unterhalt der Liegenschaft und Betriebsmaterial fielen Fr. 146 000 weniger Kosten an. Für das Projekt Globus-Replik wurden Fr. 40 000 weniger ausgegeben. Demgegenüber wurden für das noch nicht budgetierte Projekt Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse und nicht budgetierte Aushilfen Fr. 223 000 ausgegeben.

Saldo:

Unter Berücksichtigung der Kreditübertragung liegt ein positiver Abschluss vor.

Investitionsrechnung

Bei der Investitionsrechnung verzeichnen wir aufgrund einer dringenden Sanierung/Instandsetzung des Flachdaches (Wassereinbruch) einen nicht budgetierten Aufwand von Fr. 85 000.

Personal

Die Abweichung im Beschäftigungsumfang Rechnung 2009 zu Budget 2009 von 1,7 Stellen ist zurückzuführen auf projektbezogene Stellen ausserhalb des Stellenplans und Aushilfen.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit der Kunden (alle Segmente ausser Ämter) mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 2 Jahre)	min.	–	90%	90%	–
W2	Gesamtzufriedenheit Kundensegment Ämter mit den Leistungen des Staatsarchivs (Umfrage alle 3 Jahre)	min.	90%	–	–	–
W3	Anzahl erreichte potenzielle Leser: 100 000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	–
W4	Anzahl Internetbenützungen: 150 000	min.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	–
Leistungen						
L1	Anzahl Ablieferungen	min.	139	80	126	46
L2	Anzahl Ablieferungsvereinbarungen	min.	56	50	56	6
L3	Abgelieferte Mengen in Laufmetern	min.	1 018	700	920	220
L4	Neuzugänge innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst (Laufmeter)	P	75%	300	51%	–
L5	Abbau Restanzen Zwischenarchiv (Laufmeter) (ab 2009)	P	–	300	51%	–
L6	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen	min.	2 045	1 600	2 195	595
L7	Schriftliche Anfragen sind innert 3 Wochen beantwortet	min.	erfüllt	95%	95%	–
L8	Anzahl katalogisierte Neueingänge	min.	1 614	1 500	2 243	743
L9	Anzahl Konservierungsschachteln	min.	230	200	243	43
L10	Anzahl erstellter Mikrofilmaufnahmen	min.	174 450	400 000	125 900	–274 100
L11	Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände	min.	110	20	50	30
Abweichungsbegründungen						
W3	Die Medienpräsenz des Projektes Globus-Replik war erneut sehr hoch; der Indikator «Anzahl erreichte potenzielle Leser» wurde mit 3,8 Mio. x-fach übertroffen.					
L1–L3	Die Überlieferungsbildung übernahm mehr Ablieferungen als vorgesehen (126 mit 920 Laufmetern). Die Konsolidierung (wenn möglich grosse, strikte bewertete Ablieferungen im Mehrjahrestakt) ist im Gang.					
L4	Im Bereich Aktenschliessung wurde der geplante Wert von 100% «Neuzugänge sind innerhalb eines Jahres auf Endarchiv-Niveau erfasst» mit 51% wegen fehlender Personalressourcen erneut deutlich verfehlt. Die Erschliessungs-Restanzen sind damit im Berichtsjahr erstmals auf über 10 Laufkilometer angewachsen.					
L10	Der Zielwert des Indikators «Anzahl erstellter Mikrofilmaufnahmen» wurde mit 125 900 deutlich verfehlt. Aufgrund mangelnder Personalressourcen musste die Strategie der Beständeerhaltung geändert werden. Die bisher für die Mikroverfilmung eingesetzten Ressourcen werden bis auf Weiteres für dringende Schadensbegrenzungen gebraucht.					
L11	Der Indikator «Anzahl Aufsicht/Fachberatungen für Gemeinden/Zweckverbände» wurde deutlich übertroffen, weil die «Welle» der Erstbesuche der Zweckverbandsarchive noch 2009 und 2010 andauert.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	243 973	0	0	243 973	0

Bildung Rücklagen 2009

Das Staatsarchiv beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2225 Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war stark geprägt von der Thematik Unterdeckung von Vorsorgeeinrichtungen. Aufgrund der Jahresrechnungen 2008 sieht der finanzielle Zustand der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton wie folgt aus: 32,52% (Vorjahr: 1,80) der vom Amt beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz im Kanton Zürich, die dem Freizügigkeitsgesetz (FZG) unterstehen, wiesen Ende 2008 eine Unterdeckung auf. Der durchschnittliche Deckungsgrad dieser Vorsorgeeinrichtungen beträgt 93,24% (96,58).

Unter der Aufsicht des BVS stehen 1231 (1334) Personalvorsorgeeinrichtungen einschliesslich 552 (610) Wohlfahrtsfonds und reine Finanzierungsstiftungen mit Sitz im Kanton Zürich oder Schaffhausen, wobei die Einrichtungen mit reglementarischer Vorsorge Gesamtaktiven von 134,873 (151,960) Mrd. Franken verwalten, die Mittel der BVK im Umfang von 18,4 (21,7) Mrd. Franken nicht eingerechnet. Dazu kommen 616 (603) klassische Stiftungen mit Sitz im Kanton Zürich mit Gesamtaktiven von rund 3,8 (3,9) Milliarden Franken, 2 (1) Anlagestiftungen mit 9,5 (11,3) Mrd. Franken sowie 4 (4) Freizügigkeitsstiftungen und Stiftungen der dritten Säule mit 7,5 (7,1) Mrd. Franken Bruttovermögen. Am Jahresende umfasste das Register für die berufliche Vorsorge 452 (487) zur Durchführung des Obligatoriums registrierte Vorsorgeeinrichtungen.

Die Rechtserlasse der beaufsichtigten Einrichtungen (insbesondere die Reglemente) werden laufend gestützt auf die sich ändernden tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen Teilrevisionen unterzogen, die aufsichtsrechtlich zu prüfen sind. Insgesamt erliess das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen 606 (660) beschwerdefähige Verfügungen, davon 243 (309) Genehmigungen von Teilliquidationsreglementen. Die anderen Verfügungen betrafen zur Hauptsache aufsichtsrechtliche Genehmigungen (Urkundenänderungen, Fusionen, Verteilungspläne bei Gesamtliquidationen und Ähnliches).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und über die klassischen Stiftungen
A2	Wahrnehmung der Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge des Kantons Schaffhausen (ab 1.1.2007)
A3	Verstärkte Pensionskassenaufsicht wegen der Unterdeckungsproblematik
A4	Das BVS prüft als Aufsichtsorgan Pensionskassen und Stiftungen. Neben der Prüfung und Genehmigung von Bestimmungen und/oder Massnahmen gehören dazu auch die Kontrolle der Berichterstattungen der Einrichtungen und Rechtsmittelentscheide.
A5	Informations- und Beratungstätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Umsetzung neues Revisionsrecht (bis 2009) Abgeschlossen Die Umsetzung des neuen Revisionsrechts wurde planmässig abgeschlossen.	2009
E2	Übernahme Sammeleinrichtung vom BSV (bis 2010) Verzögert Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunkts von 2010 auf 2012 verschoben. Der Nationalrat wird das Differenzbereinigungsverfahren erst in der Frühjahrssession 2010 beenden, sodass die Übernahme der Sammeleinrichtungen vom Bundesamt für Sozialversicherungen (Strukturreform in der beruflichen Vorsorge) voraussichtlich erst ab 2011 beschlossen wird. Es ist wahrscheinlich, dass die Strukturreform gestaffelt in Kraft tritt und den Kantonen eine Übergangsfrist von bis zu drei Jahren gewährt wird.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,4	3,7	3,6	-0,1
Aufwand	-3,0	-3,4	-3,4	-0,0
Saldo	0,4	0,3	0,2	-0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0,1	-0,1
Saldo			-0,1	-0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	16,4	18,3	17,9	-0,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Geringfügig negative Abweichung gegenüber dem Budget. Mehreinnahmen aus Kursgeldern und Entschädigung des BVS aus BVK kompensieren die Mindereinnahmen bei den Gebühren für Amtshandlungen (die im E008 vorgegebene Erhöhung bei den Gebühren von Fr. 500 000 konnte u. a. aufgrund Verminderung der für die Gebühren massgebenden Bilanzsummen nicht verwirklicht werden).

Investitionsrechnung

Möbelinvestition aufgrund des Umzugs ins Kaspar-Escher-Haus

Personal

Stellenvakanz; die Evaluation eines geeignete Mitarbeiters erweist sich als schwierig. Das entsprechende Arbeitspensum wird vorläufig z. T. von Externen erledigt.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Teilnehmer mit BVS-Weiterbildungsveranstaltungen	min.	gut-sehr gut	gut	gut-sehr gut	-
W2	Aufhebung/Rückweisung aufsichtsrechtlicher Entscheide der Rechtsmittelinstanz	max.	0,15%	5%	0,16%	-4,84%
W3	Zufriedenheit der beaufsichtigten Vorsorgeeinrichtungen mit der Amtstätigkeit	min.	n.q.	gut	gut	-
W4	Anzahl Unterdeckungsfälle mit Problemen im Verhältnis zu den gesamten Unterdeckungsfällen (bis 2010)	max.	11%	10%	0,45%	-9,55%
Leistungen						
L1	Lückenlose Erfassung aller zu beaufsichtigenden Vorsorgeeinrichtungen: Vollständige Erfassung	P	100%	100%	100%	-
L2	Verfahrensdauer für spruchreife Rechtsgeschäfte: Verfahrensdauer (in Monaten)	max.	< 6	6	6	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad: PK- und Stiftungs-Aufsicht	P	113%	100%	105%	5%

Abweichungsbegründung

Bis auf den Kostendeckungsgrad wurden alle Zielwerte erreicht.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008	Auflösung 2009	Antrag zur Bildung 2009	Bestand 31.12.2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	58 243	52 893	0	5 350	-52 893

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 13 140 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 30 626 für Mobiliarbezüge
- davon Fr. 9127 für Personalaufwendungen

Bildung von Rücklagen 2009

Das BVS beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2232 Fachstelle Opferhilfe

Hauptereignisse

Der im Bereich der Opferberatungsstellen schon in den Vorjahren eingeleitete Konzentrationsprozess konnte abgeschlossen werden: Neu nehmen ab dem 1. Januar 2010 anstelle von elf noch neun Opferberatungsstellen den Beratungsauftrag gemäss Opferhilfegesetz wahr. Mit diesen Stellen wurden im Berichtsjahr wiederum für zwei Jahre Leistungsverträge abgeschlossen. Im Übrigen stand das Jahr mehrheitlich im Zeichen des am 1. Januar in Kraft getretenen revidierten Opferhilfegesetzes. Die Kantonale Opferhilfestelle hat massgeblich bei der Überarbeitung der interkantonalen Empfehlungen zum Vollzug des revidierten Opferhilfegesetzes mitgewirkt. Mit allen Opferberatungsstellen wurden sodann zu Beginn des Jahres halbtägige Schulungen durchgeführt. Die Richtlinien zur Schweigepflicht der Beratungsstellen wurden – unter Einbezug von Fachpersonen – mit Ausführungen zur Ausübung des neu eingeführten Melderechts zum Schutz Minderjähriger ergänzt.

Es wurden Leistungen in der Höhe von insgesamt Fr. 3 925 215 an Opfer ausgerichtet. Allein die Genugtuungszahlungen betragen Fr. 1 567 506. Die elf anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 4 727 993.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe, administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfeverfahren Planmässig	2012
E2	Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung Planmässig	2012

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung					
Ertrag			0,5	0,4	-0,1
Aufwand		-9,4	-9,5	-10,5	-1,0
Saldo		-9,4	-9,0	-10,1	-1,0
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		6,3	6,6	6,7	0,1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Trotz konsequenter Regresspolitik ist eine geringere Verbuchung von Erträgen zu verzeichnen.

Aufwand:

Der Mehraufwand ist auf die höheren, nicht beeinflussbaren direkten Leistungen an Opfer zurückzuführen. Demgegenüber stehen Einsparungen durch eine restriktive Ausgabenpolitik beim übrigen Sachaufwand.

Saldo:

Die Rechnung 2008 schliesst gegenüber dem Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss ab.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Beratungsstellen mit der administrativen Aufsicht (einschliesslich Finanzierung) und mit der Beurteilung der mithilfe von ihnen eingereichten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (messbar mittels Umfragen)	min.	–	gut	gut	–
W2	Anteil vom Sozialversicherungsgericht gutgeheissener Beschwerden gegen im Rechnungsjahr erlassene Entscheide der Opferhilfestelle	max.	10%	10%	10%	0
Leistungen						
L1	Anzahl der beurteilten Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe	P	507	500	579	79
L2	Anzahl der beurteilten Gesuche von Beratungsstellen	P	2	25	20	–5
L3	Anzahl der Pendenzen (spruchreife und nicht spruchreife Opferhilfegesuche) ohne sistierte Verfahren	max.	156	280	113	–167
L4	Durchschnittliche Dauer eines Opferhilfeverfahrens (ohne Dauer allfälliger Sistierung) in Monaten	P	3,6	2,5	3,1	–0,6
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle	P		100%	100%	0
B2	Kosten je Opferhilfeverfahren im Durchschnitt in Fr. (einschliesslich Leistungen an Opfer)	P		7500	7654	154
Abweichungsbegründung						
L3	Dank vermehrten Anstrengungen und gut eingearbeitetem Team konnten im Bereich der Opferhilfeverfahren Pendenzen abgebaut werden.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	38 350	17 349		21 001	-17 349

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 5564 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Kantonale Opferhilfestelle beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann

Hauptereignisse

Die Fachstelle hat zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann insgesamt 21 Projekte lanciert oder weitergeführt.

Zusammen mit UNIFEM (Entwicklungsfonds der vereinten Nationen für Frauen) Schweiz hat die Fachstelle zwischen dem 25. November und dem 10. Dezember eine Kampagne zur Prävention gegen Gewalt an Frauen durchgeführt, deren Schwerpunkt im Kanton Zürich lag. Ziele der Kampagne waren, die Sensibilität von Frauen und Männern gegenüber Gewalt an Frauen in ihrem Umfeld zu erhöhen sowie spezialisierte Beratungsfachstellen bekannter zu machen. Die Kampagne stiess auf erfreuliche Medienpräsenz und führte zu sehr vielen Zugriffen auf die Kampagnenwebsite mit nützlichen Informationen.

Zur Prävention von sexueller Gewalt wurde in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Kinder- und Jugendförderung okaj Zürich und der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich die Kampagne «Respekt ist Pflicht für alle» im Kanton Zürich durchgeführt. Die Kampagnenmaterialien, die in Jugendtreffs im Kanton Zürich erarbeitet worden waren, wurden in Kanton und Stadt Zürich gezielt an Schulen, Jugendarbeit, Gemeinden und Elternarbeit verteilt, unterstützt mit ergänzenden Informationen und Arbeitsmaterialien auf der für die Kampagne eingerichteten Website (www.respekt-zh.ch) und begleitet von verschiedenen lokalen Veranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene. Mit einem geschlechtsspezifischen Ansatz verfolgte das Projekt das Ziel, Diskriminierungen und im Besonderen sexualisierte Gewalt mit den Jugendlichen zu thematisieren, sie in ihrer Zivilcourage zu fördern und sie durch Ermächtigung in ihren Schutzfaktoren gegen sexuelle Gewalt zu stärken.

Im Rahmen des Nationalen Tochtertags, eines Kooperationsprojekts mit anderen Gleichstellungsfachstellen, haben im Kanton Zürich über 300 Mädchen das Angebot genutzt, sich einen eigenen Eindruck von der IT-Branche und von Technikberufen zu verschaffen. Knaben sind erneut der Einladung von rund 50 Alters- und Pflegeheimen sowie Kindertagesstätten gefolgt, den dortigen Arbeitsalltag kennenzulernen.

Die Leiterin der Fachstelle war Mitglied der Schweizer Delegation, die im Juli dem Ausschuss des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) den dritten Staatenbericht der Schweiz vorstellte, und ist an der Umsetzung der Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses auf kantonaler Ebene beteiligt.

Bei den Beratungen stand die Gleichstellung am Arbeitsplatz im Vordergrund. Am häufigsten wurden Beratungen in Zusammenhang mit sexueller Belästigung in Anspruch genommen, gefolgt von Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Lohndiskriminierungen. Der Anteil von Männern, die bei der Fachstelle Beratung in Anspruch nahmen, betrug rund ein Viertel.

Mit einem elektronischen Newsletter informiert die Fachstelle seit November fünf bis sechsmal pro Jahr über neue Projekte, Veranstaltungen, Publikationen und Aktivitäten zu Gleichstellungsthemen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung, Durchsetzung und Sicherung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
A2	Verbesserung der Erkenntnis- und Informationsgrundlage über die Defizite der Gleichstellung von Frau und Mann im Kanton Zürich
A3	Aufzeigen und Beseitigung von Diskriminierungen
A4	Unterstützung von Regierungs- und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der kantonalen Gleichstellungspolitik
A5	Sensibilisierung der Bevölkerung für Gleichstellungsfragen

A6	Förderung und Unterstützung einer gleichstellungskonformen Personalpolitik
A7	Gezielte Frauenförderung zur Verbesserung der beruflichen Stellung und Vertretung der Mitarbeiterinnen in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Gleichstellung von Frau und Mann im Sinne des Gender-Mainstreamings in der Verwaltung verankern (Gender-Mainstreaming bedeutet, Tätigkeiten und Vorhaben immer auf ihre eventuell geschlechts-spezifischen Auswirkungen zu prüfen) Planmässig	laufend
E2	Aktivitäten im Bereich «Vereinbarkeit Beruf und Familie» werden verstärkt (Art. 107 Abs. 2 KV) Planmässig	laufend

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	0,1	0,1	0,1	-0,0
Aufwand	-1,2	-1,4	-1,4	-0,0
Saldo	-1,1	-1,3	-1,3	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	4,1	4,9	4,9	0,0
----------------------------------	-----	-----	-----	-----

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Fr. 45 000 mehr Beiträge

Aufwand:

Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte und Personalwerbung sowie weniger Abschreibungen führten zu geringfügigem Minderaufwand, welcher durch einen kleinen Mehraufwand bei Dienstleistungen Dritter kompensiert worden ist.

Saldo:

Die Rechnung schliesst budgetkonform ab.

Indikatoren						
	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Direktion, Ämter, Abteilungen mit den Leistungen der FFG (bis 2009)	min.	–	gut	gut	–
W2	Zufriedenheit mit den Leistungen der FFG von anderen Leistungsempfängern/-innen / Umfrage alle 2 Jahre, nächstes Mal 2010	min.	–	gut	–	–
W3	Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen bei Sachgeschäften der Direktionen, Ämter und Abteilungen (ab 2010)	P	–	–	–	–
W4	Verbesserung des Wissens zu Gleichstellungsfragen; Umfrage alle 2 Jahre (ab 2010)	min.	–	–	–	–
Leistungen						
L1	Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr	min.	17	15	21	6
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (ab 2008)	min.	21	20	26	6
L3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Website (Durchschnitt/Mt.) (ab 2008)	min.	8649	4725	9700	4975
L4	Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (ab 2008)	min.	26	36	30	–6
Abweichungsbegründungen						
W2	Die Zufriedenheit mit den Leistungen der Fachstelle für Gleichstellung wird erst 2010 erhoben.					
L1+L2	Es wurden deutlich mehr Projekte durchgeführt und Stellungnahmen erarbeitet.					
L3	Die Besuche auf der Website haben dank intensiverer Öffentlichkeitsarbeit erneut beträchtlich zugenommen.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	36 448	5 392	3 400	34 456	–1 992

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 3371 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Rechnung 2009 schliesst gegenüber dem Voranschlag mit einer Saldoverbesserung ab. Verzicht auf temporäre Arbeitskräfte und Personalwerbung führten zu diesem Ergebnis. Der mit Dienstleistungen erzielte Ertrag liegt über den Ergebnissen der Vorjahre. Das gute Ergebnis wurde dank Effizienzsteigerung und dem speziellen Einsatz von Mitarbeiterinnen erreicht.

2234 Fachstelle Kultur

Hauptereignisse

Der Regierungsrat verlieh auf Antrag der Kulturförderungskommission den Kulturpreis in Höhe von Fr. 50 000 an den Regisseur Christoph Marthaler sowie den Förderpreis in Höhe von Fr. 40 000 an den Helsinki Klub Zürich. Mit der goldenen Ehrenmedaille des Regierungsrates wurde das Lebenswerk des James-Joyce-Experten Fritz Senn gewürdigt. Im Bereich Literatur wurden vier Auszeichnungen in der Höhe von jeweils Fr. 10 000 verliehen.

Aus dem allgemeinen Kulturkredit wurden rund 170 subsidiäre Beiträge und Defizitgarantien mit einer Gesamtsumme von 1,5 Mio. Franken für über 1500 Veranstaltungen aus den verschiedensten Kunstbereichen eingesetzt. Damit wurde ein reichhaltiges und interessantes Kulturleben auf dem ganzen Kantonsgebiet gefördert.

Die kantonale Kulturförderungskommission prüfte 444 Gesuche und entschied in 168 Fällen positiv: Im Bereich Bildende Kunst wurden 17 Veranstaltungen und Publikationen mit Projektbeiträgen von gesamthaft Fr. 84 000 unterstützt. An 14 im Kanton wohnhafte Kunstschafterinnen und Kunstschafter wurden Werkbeiträge von jeweils Fr. 18 000 (insgesamt Fr. 252 000) vergeben. Zudem wurden für die kantonale Kunstsammlung Werke von 43 Künstlerinnen und Künstlern im Wert von Fr. 476 042 angekauft. Aus den Musik-, Theater-, Literatur- und Tanzkrediten wurden Fr. 414 000 an 74 Musikprojekte, Fr. 462 500 an 43 Theaterproduktionen, 7 Literatur-Werkbeiträge mit einer Gesamtsumme von Fr. 220 000 sowie Fr. 168 000 an 13 Tanzproduktionen vergeben. Der Kanton Zürich ist im Tanzbereich zudem an einem kooperativen Fördermodell beteiligt: Zusammen mit der Stadt Zürich und der Kulturstiftung Pro Helvetia bestehen mit drei Zürcher Tanzkompanien kooperative Fördervereinbarungen. Der Anteil des Kantons betrug im Berichtsjahr Fr. 150 000. Für 34 Kulturinstitute, einschliesslich Opernhaus Zürich AG und Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich, wurden Subventionen in der Höhe von Fr. 83 723 115 gesprochen. In dieser Summe eingerechnet ist auch der jährliche Staatsbeitrag von Fr. 1 650 000 für die 2004 gegründete Zürcher Filmstiftung.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität
A2	Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten
A3	Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näherzubringen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen Planmässig Seit dem Berichtsjahr werden die Stiftung Fotomuseum Winterthur und Verein Kurzfilmtage Winterthur neu durch Staatsbeiträge unterstützt.	laufend
E2	Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten Planmässig	laufend
E3	Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche Planmässig	laufend
E4	Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten (LZ RR 15.1) Planmässig	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	32,9	40,0	33,7	-6,3
Aufwand	-121,0	-129,6	-123,6	6,0
Beitrag an Opernhaus Zürich		-79,5	-77,5	2,0
Saldo	-88,0	-89,6	-89,9	-0,3

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben		-2,0		2,0
Saldo		-2,0		2,0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	5,6	6,0	6,2	0,2
----------------------------------	-----	-----	-----	-----

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Ein Minderertrag von 3,0 Mio. Franken, da die Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen erst 2010 in Kraft treten wird, weniger Beiträge aus Lotteriefonds von 4,8 Mio. Franken für Kulturbeiträge sowie Mehreinnahmen aus Finanzausgleich für Kulturbeiträge an die Städte Zürich und Winterthur von 1,5 Mio. Franken führten zur ausgewiesenen Budgetunterschreitung.

Aufwand:

Teuerungsbedingte Minderaufwendungen bei den Subventionen an das Opernhaus Zürich und das Theater Kanton Zürich von insgesamt 2,1 Mio. Franken, der Verzicht auf Staatsbeitragszahlungen und weniger Projektbeiträge von 5,2 Mio. Franken, die höheren Finanzausgleichsbeiträge für die Kulturinstitute der Städte Zürich und Winterthur von 1,5 Mio. Franken sowie der Wegfall von Abschreibungs- und Verzinsungskosten (Umbewertung infolge IPSAS) von 0,2 Mio. Franken hatten eine Budgetunterschreitung zur Folge.

Saldo:

Die Rechnung 2009 der Fachstelle Kultur schliesst um Fr. 298 000 schlechter ab als budgetiert. Es konnte jedoch durch eine konsequente Kostenkontrolle die fremdbeeinflusste Verschlechterung des Rechnungssaldos gegenüber dem Budget auf 0,3% begrenzt werden.

Investitionsrechnung

Die vorgesehenen Investitionsausgaben von 2,0 Mio. Franken für das Opernhausparking (Nachfolgeprojekt Opus One) wurden wegen Verzögerungen beim Baubeginn nicht getätigt.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1	Publikumserfolg am Opernhaus, Publikumsumfrage mit Ergebnis «gut»	min.	–	–	–
W2	Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung	P	77,5%	74–78%	78,6%
W3	Zufriedenheit der Gesuchstellenden mit der Arbeit der Fachstelle Kultur mit Ergebnis mind. «gut» als Ziel geplant (Fragebogen, jährl. wechselnde Sparten)	min.	–	gut	–
W4	Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (neu ab 2008)	P	131	130	135
W5	Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mind. «gut»	min.	–	–	–
W6	Freie Kredite, Musik: Anzahl Uraufführungen, Neubearbeitungen, in % (neu ab 2008)	P	40	40	>40
W7	Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (neu ab 2008)	P	17	13	12
W8	Freie Kredite: Anzahl fremdsprachiger Veranstaltungen (neu ab 2008)	P	15	20	13
Leistungen					
L1	Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen	P	40	50	34
L2	Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur	P	1 580	1 800	1 900
L3	davon Kulturkredit: Anzahl Gesuche / Anzahl daraus ergebende subsidiär unterstützte Veranstaltungen in den Zürcher Gemeinden	P	202/1394	200/1400	218/1508
L4	davon in Zürich und Winterthur / in den übrigen Gemeinden (neu ab 2008)	P	408/986	590/610	355/1153
L5	davon Projektbeiträge Musik, Tanz, Theater, Literatur und bildende Kunst: Anzahl Gesuche / Anzahl genehmigte Projekte	P	576/164	500/200	537/168
L6	Anzahl Wiedererwägungsgesuche (neu ab 2008)	max.	3	≤ 30	5
L7	Anzahl Kunstschaaffende, von denen Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft werden	P	25	40	43

Wirtschaftlichkeit

B1	Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	P	45,8	44–46	43,9	–
B2	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Opernhaus	P	58,24	61,13	58,39	–2,74
B3	Jährliche Staatsbeiträge an die übrigen Institutionen (ohne Opernhaus, Mio. Franken)	P	7,48	12,93	8,10	–4,83
B4	Freie Kredite bildende Kunst, Musik, Tanz, Theater, Literatur, Kulturkredit (in Mio. Franken)	P	3,47	4,09	3,67	–0,42
B5	Freie Kredite (wie vorgängig) im Vergleich zu den regelmässigen Staatsbeiträgen in %	P	4,17	4,42	4,28	–
B6	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kt. Zürich am Saldo Kulturförderung	P	65,61	68,88	67,74	–1,14
B7	Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1,19	1,20	1,14	–0,06

Abweichungsbegründungen

L1 Im Rahmen des Erneuerungsverfahrens der Beitragsberechtigungen ab Berichtsjahr für weitere acht Jahre wurde die Verantwortlichkeit in sechs Fällen an andere Direktionen übertragen. Am Entwicklungsschwerpunkt E1 «Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen» wird festgehalten, die Arbeiten verlaufen planmässig.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	30 374	28 352	0	2 022	–28 352

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 6178 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 20 917 für Mobilienbezüge

Bildung von Rücklagen 2009

Die Fachstelle Kultur beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2241 Fachstelle für Integrationsfragen

Hauptereignisse

Das 2008 entwickelte Umsetzungsmodell konnte im Berichtsjahr weiterentwickelt und erstmals in der Pilotgemeinde Opfikon angewandt werden. Die Nachfrage der Gemeinden zur Teilnahme am Projekt übersteigt die Kapazität bereits. Die Sozialforschungsstelle der Universität Zürich wurde mit der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes beauftragt. Weiterhin wurden die Vorarbeiten für den 2010 erscheinenden Integrationsmodulkatalog geleistet.

Die in einem Submissionsverfahren neu ausgeschriebenen Sprachfördermassnahmen sind unter neuen Vorzeichen in über 20 Gemeinden erfolgreich gestartet. Dieses Verfahren ermöglichte einen Ausbau und eine Optimierung des Angebotes, die Nachfrage nach zusätzlichen Kursen ist gewachsen.

Ein zentraler Pfeiler der Integrationsarbeit war auch im Berichtsjahr die Förderung von Projekten aus privater Initiative. Unterstützt wurden über 100 kantonale und städtische Projekte, welche die sprachliche, berufliche und soziale Integration fördern. Die Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» wurde in Kooperation mit den Partnerkantonen fortgesetzt. Zusätzlich erschienen zwei Ausgaben der Migrationszeitung «MIX» zu den Themen «Sicherheit» und «Antirassismus».

Die ersten Erfahrungen mit den Integrationsvereinbarungen sind vielversprechend, die verbindliche Integrationsförderung gibt Migranten mit besonderen Integrationsdefiziten einen motivierenden Rahmen. Im Juni fand eine Medienorientierung hierzu statt. Eine Evaluation wurde bei der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag gegeben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern – verbindlich ab dem ersten Tag – zur Herstellung von Chancengleichheit
A2	Aktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und privaten Organisationen
A3	Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration
A4	Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben (Kompetenzzentrum Integration) Planmässig	laufend
E2	Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden Planmässig	laufend
E3	Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderungsangebote in den Regionen Planmässig Das Angebot wurde ausgebaut dank zusätzlicher Mittel für vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge, die neu in den Zuständigkeitsbereich der Fachstelle für Integrationsfragen fallen.	2012
E4	Aktivitäten zur Unterstützung des Bereichs Frühförderung verstärken Planmässig	2012

E5	Aktive Integrationsbereitschaft fördern (LZ RR 13.2): Umsetzung des Pilotprojekts Integrationsvereinbarungen und Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes Planmässig Die Fachstelle hat den Gesetzgebungsprozess in beratender Funktion begleitet.	2011
E6	Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen (LZ RR 13.1) Abgeschlossen Ab 2010 wird eine eigene Kampagne entwickelt.	2008

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,2	2,2	2,9	0,7
Aufwand	-2,0	-4,2	-4,9	-0,7
Kreditübertragungen aus 2008		-0,3		
Saldo	-0,9	-2,0	-2,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3,5	4,0	5,3	1,3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Erstmals konnten im Berichtsjahr spezielle Projekte für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge finanziert werden. Dafür konnten zusätzliche Bundesmittel (0,6 Mio. Franken) eingesetzt werden. Ausserdem hat der Bund mehr Gelder für Projektunterstützung und für eine Evaluation des Pilotprojekts «Integrationsmodule» (0,1 Mio. Franken) gesprochen.

Aufwand:

Alle Bundesmittel wurden zweckgebunden verwendet.

Saldo:

Dank strikter Budgetüberwachung und Ausgabendisziplin sowie der Kreditübertragung aus 2008 kann ein ausgeglichener Saldo präsentiert werden.

Investitionsrechnung

Die Fachstelle für Integrationsfragen führt keine Investitionsrechnung.

Personal

Der Personalbestand wurde erhöht, weil im Zuge der Einführung eines neuen Umsetzungsmodells für die Integrationsförderung in und mit den Gemeinden Bundessubventionen neu intern verwendet wurden. Im Berichtsjahr wurde die finanzielle Beteiligung an den «Antennen» – Aussenstellen in drei Gemeinden – verringert. Stattdessen wurden gemeindebezogene Dienstleistungen in der Fachstelle verstärkt (Projekte «Integrationsmodule» und «Integrationsvereinbarungen»). Die zusätzlichen, befristeten und projektbezogenen Stellen haben daher keinen Einfluss auf den Saldo der Erfolgsrechnung.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle zwei Jahre ab Berichtsjahr, erstmals 2010)	min.	–	–	–	
Leistungen						
L1	Prüfung von Beitragsgesuchen / Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten		77	90	116	26
L2	Information- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung-/Plakatkampagne) (ab Berichtsjahr)		–	2	2	0
L3	Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/ Neuzuziehende (ab Berichtsjahr)		–	20	17	–3
L4	Abschlüsse von Integrationsvereinbarungen (Pilot befristet 2009–2011)		–	40	51	11
L5	Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderungsprojekten (ab Berichtsjahr)		–	10	13	3
Abweichungsbegründungen						
L1	Die Nachfrage nach Projektunterstützung fiel höher als erwartet aus. Das Engagement im Integrationsbereich ist im Berichtsjahr weiter gewachsen.					
L3	Weniger Veranstaltungen wegen unfallbedingter längerer Abwesenheit der Verantwortlichen.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	21 913	5 351		16 562	–5 351

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 3531 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen beantragt keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2251 Bezirksräte

Hauptereignisse

Bei den Rechtsmitteleingängen war mit 1472 Eingängen gesamthaft ein Rückgang von 7% zu verzeichnen (Vorjahr 1578). Im Vergleich zum Jahr 2007 (1289) beträgt die Zunahme der Rechtsmitteleingänge im Berichtsjahr jedoch immer noch 14%. Diese Entwicklung steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der 2008 neu den Bezirksräten zugewiesenen Zuständigkeit für die Behandlung der Volksschulkurse. In acht Bezirken hat sich die Zahl der Rechtsmitteleingänge um 0,5% (Bezirk Bülach) bis 25,5% (Bezirk Dietikon) vermindert. In den vier Bezirken Affoltern (+11%), Hinwil (+5,5%), Pfäffikon (+24%) und Zürich (+11%) nahm die Zahl der Rechtsmitteleingänge auch im Berichtsjahr weiter zu.

Dank effizienter Geschäftserledigung entschieden die Bezirksräte im Geschäftsjahr 1506 Beschwerden und Rekurse. Trotz einer weiterhin hohen Komplexität der Fälle wurde mit 72% fristgerecht erledigten Rechtsmitteln die Zielsetzung von 68% deutlich übertroffen. Im Geschäftsjahr ist die Anzahl der erledigten Entscheide und Bewilligungen gesunken (-16%), während im Bereich Aufsicht und Genehmigungen eine leichte Zunahme (+2,9%) der behandelten Geschäfte zu verzeichnen war.

Die Anzahl der spruchreifen ausstehenden Geschäfte hat sich leicht erhöht (+7%). Eine nur geringfügige Zunahme erfuhr das Gesamttotal der ausstehenden Geschäfte auf Ende Geschäftsjahr (+2,8%). Die hohe Anzahl der erteilten Rechtsauskünfte an Gemeinden und Private (11132) überstieg das Niveau des Vorjahres um 3,6%.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Rechtspflegefunktion / Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden / Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren / Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27a Abs. 1 VRG) Planmässig	bis 2013
E2	Ausbildung einer einheitlichen Praxis VSG Planmässig	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,9	1,6	2,0	0,4
Aufwand	–9,1	–9,6	–9,1	0,5
Saldo	–7,2	–7,9	–7,1	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	37,5	39,3	38,8	–0,5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Mehrleistung durch das bestehende Personal sowie ein leichter Anstieg gebührenpflichtiger Rechtsgeschäfte.

Aufwand:

Einsparungen durch Nichtbesetzen einzelner Stellen sowie durch geschicktes Personalmanagement (Rotationsgewinne). Die Reduktion des Sachaufwandes resultiert generell aus zurückhaltender und kostenbewusster Praxis im Umgang mit den benötigten Sach- und Betriebsmitteln.

Saldo:

Die Rechnung 2009 konnte sowohl durch Ertragsverbesserung sowie durch Aufwandminderung verbessert werden.

Personal

Nichtbesetzen einzelner juristischer und administrativer Stellen mit Teilzeitpensum

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %)	P	13,38	14,67	11,80	–2,87
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Rechtsmittel	P	1 596	1 505	1 506	1
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	10 741	10 000	11 132	1 132
L3	Entscheide und Bewilligungen	P	1 289	1 155	1 078	–77
L4	Aufsicht und Genehmigungen: Jahresrech., Visitation u. Kontr.-Bericht	P	2 607	2 620	2 475	–145
L5	Aufsicht und Genehmigungen: Fürsorgebehörden, Heime, Stiftungen, Zivilstandsämter	P	740	767	762	–5

L6	Aufsicht und Genehmigungen: Berichte und Inventare Vormundchaftswesen	P	9 948	9 840	10 442	602
L7	Ausstehende Geschäfte: spruchreife Pendenzen	P	300	305	321	16
L8	Ausstehende Geschäfte: insgesamt Pendenzen	P	1 325	870	1 363	493

Wirtschaftlichkeit

B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittelverfahren gem. § 27a Abs. 1 VRG (in %)	P	74	68	72	4
----	---	---	----	----	----	---

Abweichungsbegründungen

L1	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2008 –90, zu Budget 2009 +1)
L2	Zunahme Anfragen durch rechtssuchende Bürger und Behördenmitglieder (zu Rechnung 2008 +391, zu Budget 2009 +1132)
L3	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2008 –211, zu Budget 2009 –77)
L4	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2008 –132, zu Budget 2009 –145)
L5	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2008 +22, zu Budget 2009 –5)
L6	Schwankungen im Eingang durch die Gemeinden betreffend Beurteilung im Vormundchaftswesen, nicht beeinflussbar. (zu Rechnung 2008 +494, zu Budget 2009 +602)
L7	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2008 +21, zu Budget 2009 +16)
L8	Grössere Arbeitslast durch erweiterte und zum Teil zeitintensive Aufgaben der Bezirksräte, Budgetierung entspricht nicht der tatsächlichen Entwicklung (zu Rechnung 2008 +38, zu Budget 2009 +493)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	283 883	106 497	119 000	296 386	+12 503

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 34 622 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 71 874 für Personal- und Teamentwicklung

Bildung von Rücklagen 2009

Die neue Bildung von Rücklagen wird aufgrund der Saldoverbesserung in der Rechnung 2009 durch Nichtbesetzen einzelner juristischer und administrativer Stellen sowie durch geschicktes Personalmanagement (Rotationsgewinne) und dem daraus resultierenden grossen Einsatz des bestehenden Personals sowie der zurückhaltenden und kostenbewussten Praxis beim Einkauf von Sach- und Betriebsmitteln begründet.

2262 Baurekurskommissionen

Hauptereignisse

Gegenüber dem Vorjahr waren 10% mehr Rekurseingänge zu verzeichnen. Da auch die Erledigungen gesteigert werden konnten, ergab sich auf Ende Jahr sogar eine minimal verringerte Zahl an Pendenzen. Erneut gestiegen ist die Anzahl der Verfahren, in denen auf Gesuch der Rekurrentschaften nach den verfahrensrechtlichen Ansprüchen zwingend ein zweiter Schriftenwechsel (Replik/Duplik) angesetzt werden musste. Sodann führten die vier Baurekurskommissionen insgesamt 370 Augenscheine vor Ort durch, welche in 40% dieser Verfahren eine einvernehmliche Lösung förderten. Die vorgegebene Behandlungsfrist (§ 27a Verwaltungsrechtspflegegesetz, Entscheid innert 60 Tagen seit Abschluss der Sachverhaltsermittlungen) konnte trotz allem in 89% der Fälle eingehalten werden. Die diese ablösende, auf den 1. Juli in Kraft gesetzte Behandlungsfrist gemäss § 339a Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Entscheid innert sechs bzw. sieben Monaten nach Eingang des Rechtsmittels) wird ab dem Berichtsjahr 2010 erhoben.

Gesamtübersicht über die Erledigungen

Übersicht	vom Vorjahr pendent	Eingänge	total zu erledigen	erledigt	pendent
Planungsrecht					
Bau- und Zonenordnung, Erschliessungsplan	14	21	35	14	21
Bau- und Niveaulinien, Ski- und Schlittellinien	5	19	24	6	18
Quartierplan, Grenzbereinigung	17	14	31	21	10
Natur- und Heimatschutz	27	121	148	90	58
Baupolizei-, Umweltschutzrecht und baurechtliches Verfahren	554	845	1 399	885	514
UVP-pflichtige Vorhaben	5	6	11	6	5
Vorhaben ausserhalb Bauzonen	74	85	159	99	60
Verschiedenes	1	11	12	4	8
Total	697	1 122	1 819	1 125	694

Pendenzen aus dem Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	1	4	3	4	2	14	20	70	576
davon sistiert	1	4	3	4	1	8	18	57	220

Erledigungsart	Formelle Erledigung		Materielle Erledigung		Total	
	Rückzug/ gegen- standslos	Nicht- eintreten	Abweisung	Gutheissung		
				ganz	teilweise	
Total Erledigungen	573	43	233	184	92	1 125

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie kantonaler Amtsstellen
A2	Qualitativ gute Rechtsprechung im Sinne eines hinreichenden Rechtsschutzes für die Rechtssuchenden
A3	Fristgerechte und für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung von Rekursverfahren (§ 27a VRG und Art. 18 KV)
A4	Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Erzielung von möglichst hohen Gebühreneinnahmen – unter Beachtung des von Art. 18 der Kantonsverfassung («wohlfeile Erledigung des Verfahrens») gesetzten Rahmens Planmässig
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,8	1,6	2,1	0,5
Aufwand	-5,6	-6,2	-6,0	0,2
Saldo	-3,8	-4,6	-3,8	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	24,9	27,0	28,4	1,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Die budgetierten Gebühreneinnahmen konnten erheblich übertroffen werden. Im Vergleich zur Rechnung 2007 (die diesbezüglichen Gebühreneinnahmen lagen dem Budget 2009 zugrunde) ist eine Steigerung von 29% zu verzeichnen. Der Grund hierfür liegt darin, dass im Berichtsjahr gegenüber der Rechnung 2007 rund 113 Urteile mehr gefällt wurden, wobei es sich in der Mehrheit um ertragsmässig ins Gewicht fallende materiell-rechtliche Urteile handelte. Zudem konnten nach durchgeführten und abgeschlossenen Rechtsmittelverfahren 26 BRK-Urteile mehr verrechnet und aufgrund des grösseren fallspezifischen Aufwands und Streitwerts der Fälle höhere Gebühren festgesetzt und einverlangt werden. Dies betraf insbesondere die an die Oberinstanz weitergezogenen Verfahren.

Aufwand:

Die personalbezogenen Ausgaben verringerten sich hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen, der verbuchten Lohnrückerstattungen (Entschädigungen der Erwerbsersatzordnung für Mutterschaft und Militär) und der Gewährung unbezahlter Urlaube. Durch die Reduktion der betragsmässig umgerechneten (Mehr-)Stundenguthaben der Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr resultierte diesbezüglich gar eine Aufwandminderung. Aufgrund dieser Einsparungen konnten die durch die hohe Zahl der Erledigung höher als budgetiert angefallenen Entschädigungszahlungen an die Mitglieder sowie die Lohnzahlungen an den Vizepräsidenten der Baurekurskommission III für die interimistische Übernahme des Präsidiums jener Kommission ohne Weiteres kompensiert werden. Zudem resultierten durch eine temporär gewährte Mietzinsreduktion infolge Baulärms (+ Fr. 65 400) sowie durch den sparsamen Umgang beim Sachaufwand weitere Minderausgaben.

Saldo:

Die Minderausgaben und die hohen Mehreinnahmen führen zur positiven Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget 2009 aufgeführte Beschäftigungsumfang von 27,0 Stellen bezieht sich nur auf die Stellen der Kanzlei. Die vom Kantonsrat gewählten Mitglieder mit total 2,5 Stellen sind darin nicht enthalten. Der vom Personalamt berechnete Beschäftigungsumfang für die Rechnung 2009 berücksichtigt hingegen auch diese 2,5 Stellen. Um diesen Beschäftigungsumfang berichtigt, ergibt das für die Kanzlei einen effektiven Beschäftigungsumfang von 25,9 Stellen. Die Abweichung von 1,1 Stellen gegenüber dem Budget 2009 ist die Folge von Vakanzen und unbezahlten Urlauben.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge (Beschwerden) ans Verwaltungsgericht	P	13,3%	< 15%	10,8%	–
W2	Vom Verwaltungsgericht korrigierte BRK-Entscheide	P	2,8%	< 5%	3,2%	–
W3	Abweisung von Beschwerden durch Verwaltungsgericht	P	71,8%	> 66%	65,7%	–0,3%
Leistungen						
L1	Einhaltung der Verfahrensdauer § 27a VRG	P	87,3%	> 80%	89,6%	9,6%
L2	Verhältnis Eingänge : Erledigungen	P	1.00 : 0.93	1 : 1	1 : 1	–
L3	Eingänge	P	1 014	1 240	1 121	–118
L4	Erledigungen	P	942	1 240	1 125	–115
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad		33,45%	26,3%	35,50%	9,2%
B2	Kosten je Rekursverfahren in Franken (netto)		4 056	3 675	3 415	–260
Abweichungsbegründungen						
L3–L4	Die budgetierte Anzahl von Eingängen und Erledigungen beruht auf einer zu optimistischen Einschätzung und wurde mit dem KEF 2010–2013 bereits auf je 1100 korrigiert. Verglichen damit schliesst die Rechnung 2009 leicht besser ab.					
B1–B2	Vergleiche hierzu die Kommentierung der Erfolgsrechnung. Bezugsgrössen der Wirkungsindikatoren:					
W1	Jahresausstoss der Baurekurskommissionen. Der Indikator lässt auf die Akzeptanz der BRK-Entscheide schliessen.					
W2	Jahresausstoss der Baurekurskommissionen					
W3	Alle durch das Verwaltungsgericht materiell beurteilten Fälle					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	289 714	–48 195		241 519	–48 195

Auflösung von Rücklagen 2009

– davon Fr. 25 064 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Baurekurskommissionen beantragen keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2263 Steuerrekurskommissionen

Hauptereignisse

Als Folge der nicht zustande gekommenen Erweiterung der Rechtsprechungskompetenz zur Wahrung der Rechtsweggarantie auf den 1. Januar konnte die angestrebte Anzahl Geschäftseingänge bei Weitem nicht erreicht werden. Die Anzahl eingegangener Geschäfte lag sogar deutlich unter den Werten der beiden Vorjahre und entspricht dem Wert von 2006. Wegen der geringen Geschäftslast verfehlten die Steuerrekurskommissionen auch die Vorgabe bei den Geschäftserledigungen deutlich. Die Anzahl Erledigungen entsprach dem Durchschnitt der Vorjahre und führte zu einem Abbau der Pendenzenlast. Der Anteil an Anfechtungen von Urteilen der Steuerrekurskommissionen bei Oberinstanzen sowie die Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen entsprachen den Erwartungen. Die geplanten Nettokosten pro Verfahren wurden markant überschritten. Begründet ist dies einerseits in der erheblich geringeren Erledigungszahl sowie damit verbunden mit deutlich unter dem Ziel liegenden Gebührenerträgen. Erhebliche Einsparungen insbesondere im Personalkostenbereich verhinderten, dass die Nettokosten pro Verfahren höher als im Durchschnitt der Vorjahre ausfielen. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad wurde aufgrund der markant unter den Erwartungen liegenden Fallerledigungen und Gebührenerträge deutlich verfehlt. Insgesamt wurde der für das Berichtsjahr eingestellte Saldo laufende Rechnung dennoch erreicht bzw. sogar leicht unterschritten.

Die Projektarbeiten für die Übertragung der administrativen Aufsicht von der Direktion an das Verwaltungsgericht sowie die damit verbundene Reorganisation der Steuerrekurskommissionen im Sinn der Umwandlung in ein Steuerrekursgericht sind im Berichtsjahr erfolgreich vorangetrieben worden.

Gesamtübersicht der Rekurse und Beschwerden sowie deren Erledigung

Steuerart	Vom Vorjahr pendent	Eingänge	Total	Erledigungen	Pendent
Staatssteuer	132	350	482	372	110
Verrechnungssteuer	1	6	7	6	1
Gemeindesteuer	6	0	6	0	6
Quellensteuer	0	1	1	1	0
Steuerbefreiung	1	2	3	3	0
Grundsteuern	55	73	128	90	38
Direkte Bundessteuer	106	224	330	232	98
Wehrpflichtersatz	1	1	2	2	0
Total 2009	302	657	959	706	253
Total 2008	261	753	1 014	712	302

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
A2	Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
A3	Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	<p>Neuordnung/Erweiterung Rechtsprechungszuständigkeiten</p> <p>Verzögert</p> <p>Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1947 vom 9. Dezember 2008 beschlossen, dass Rekursentscheide der Finanzdirektion oder des Regierungsrates in verschiedenen steuerrechtlichen Bereichen ab 1. Januar direkt an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden können. Eine allgemeine Neuordnung des Steuerjustizverfahrens auf Gesetzesstufe mit einer allfälligen Erweiterung der Rechtsprechungszuständigkeiten der Steuerrekurskommissionen ist – wenn überhaupt – nicht vor 2011 zu erwarten.</p>	2009
E2	<p>Reorganisation</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Rahmen des Projekts für die administrative Neuunterstellung unter das Verwaltungsgericht sind im Entwurf für die Revision der Steuergesetzgebung sowie im Entwurf der neuen Organisationsverordnung die Grundlagen einer flexibleren internen Organisation des künftigen Steuerrekursgerichts festgelegt worden. Vorbehalten bleibt der Entscheid des Kantonsrates.</p>	2011
E3	<p>Neuordnung der Administrativaufsicht (Verwaltungsgericht als neue Aufsichtsinstanz)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Projektarbeiten wurden in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht bereits Ende Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen.</p>	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,8	1,2	0,8	–0,4
Aufwand	–3,5	–4,1	–3,5	0,6
Saldo	–2,8	–2,9	–2,7	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	15,6	18,1	15,9	–2,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der geplante Ertrag wurde massiv verfehlt. Dies ist in erster Linie auf die nicht realisierte, indes in der Planung 2009 berücksichtigte Erweiterung der Rechtsprechungszuständigkeiten zurückzuführen (siehe auch Indikatoren L2 und L3). Zuzugabe der geringeren Anzahl expertisebedürftiger Geschäfte gingen weniger Rückerstattungen Dritter ein als prognostiziert.

Aufwand:

Aufwandseitig sparten die Steuerrekurskommissionen im Vergleich zur Planung insbesondere bei den Personalkosten (kein Einsatz externer Mitglieder, Nichtbesetzung einer vakanten Richterstelle, zeitlich verzögerte Wiederbesetzung einer weiteren Richtervakanz, teilweise Nichtbesetzung einer Vakanz im juristischen Sekretariat, Rotationsgewinne), aber auch bei den Sachkosten (Expertisekosten, Mobiliar, Verbrauchsmaterial).

Saldo:

Da die Aufwandeinsparungen die Mindererträge insgesamt deutlich übertrafen, wurde der erwartete Verlustsaldo zulasten der Erfolgsrechnung um rund Fr. 180 000 unterschritten.

Personal

Die in der Planung enthaltene, seit Januar 2007 vakante Richterstelle wurde aufgrund der nicht erfolgten Kompetenzerweiterung endgültig aus dem Stellenplan gestrichen. Eine weitere Richtervakanz per 1. April des Berichtsjahres wurde teilweise erst per 1. Oktober des Berichtsjahres wiederbesetzt. Die in der Planung enthaltene vakante Stelle im juristischen Sekretariat wurde teilweise wiederbesetzt. Zudem erhöhte sich das Pensum in der Administrativkanzlei zufolge Gewährung eines Mutterschaftsurlaubs mit Einstellung einer Nachfolgerin. Schliesslich wurden im juristischen Sekretariat unbezahlte Urlaube zwecks Weiterbildung gewährt.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Geringe Anzahl Weiterzüge (Akzeptanz der gefällten Urteile)	max.	18,33%	< 20%	19,83%	–
W2	Geringe Anzahl oberinstanzlicher Urteilsaufhebungen	max.	35	< 40	41	1
Leistungen						
L1	Verhältnis Eingänge/Erledigungen = 1:1	P	1: 0,94	1: 1	1: 1,075	–
L2	Eingänge	P	753	1000	657	–343
L3	Erledigungen	P	709	1000	706	–294
L4	Pendenzen	P	305	< 300	253	–47
L5	Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	max.	4,93	< 6	5,49	–0,51
L6	Anteil Dispositivurteile	min.	21,4%	> 30%	26,35%	–3,65%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten je Rekursverfahren im Durchschnitt (netto Fr.)		3899	2900	3891	991
B2	Kostendeckungsgrad		22,73%	29,1%	22,32%	–6,78%

Abweichungsbegründungen

W1	Die Anzahl Weiterzüge an Oberinstanzen blieb im Rahmen der Erwartungen.
W2	Die geplante Maximalanzahl Urteilsaufhebungen wurde – trotz der wesentlich geringeren Anzahl Verfahrenserledigungen als geplant – leicht überschritten.
L2–L4	Die angestrebte Anzahl Eingänge und Erledigungen konnte mangels Kompetenzerweiterung bei Weitem nicht erreicht werden. Während die Anzahl Eingänge sogar deutlich unter derjenigen des Vorjahres blieb, konnten etwa gleich viele Geschäfte wie im Vorjahr erledigt werden. Dies führte zu einem Abbau der Pendenzenlast.
B1	Die Nettoverfahrenskosten pro Fall wurden aufgrund der erheblich geringeren Anzahl Erledigungen als geplant (keine Kompetenzerweiterung) massiv überschritten.
B2	Der Kostendeckungsgrad blieb mangels Kompetenzerweiterung und der damit verbundenen Erhöhung des Gebührenvolumens tiefer als geplant.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	138 811	12 893		125 918	–12 893

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 11 877 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Steuerrekurskommissionen beantragen keine Rücklagen zulasten des Rechnungsjahres 2009.

2271 Evangelisch-reformierte Landeskirche

Hauptereignisse

Über die Hauptereignisse wird im Jahresbericht der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich berichtet, welcher im Juni von der Kirchensynode verabschiedet wird.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Seelsorge / Evangelisch-reformiertes Kirchenwesen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,3			
Aufwand	-43,9	-48,4	-43,6	4,8
Kreditübertragungen aus 2008		-1,0		
Saldo	-43,6	-48,4	-43,6	4,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,3		-0,6	-0,6
Saldo	-0,3		-0,6	-0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

Der Personalaufwand schliesst mit einer minimalen Abweichung gegenüber dem Budget und beim Sachaufwand fallen die geringen Unterhaltskosten für Hochbauten ins Gewicht. Eine grössere Budgetunterschreitung ergab sich bei den Beiträgen, da die Abtretungen der reformierten Pfarrliegenschaften sich infolge langwieriger Verhandlungen mit den Kirchgemeinden verzögert haben. Aus diesem Grunde wurde ein Antrag zur Kreditübertragung auf Rechnung 2010 von 2,6 Mio. Franken gestellt. Infolge der IPSAS-Rechnungslegung fielen zudem weniger kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen an.

Investitionsrechnung

Diverser Erneuerungsunterhalt für kirchliche Liegenschaften

2272 Römisch-katholische Körperschaft

Hauptereignisse

Über die Hauptereignisse wird im Jahresbericht der Römisch-katholischen Körperschaft im Kanton Zürich berichtet, welcher im Juni von der Kirchensynode verabschiedet wird.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Seelsorge / Römisch-katholisches Kirchenwesen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,3		0,0	0,0
Aufwand	-8,7	-9,3	-9,0	0,3
Kreditübertragungen aus 2008		-0,3		
Saldo	-8,4	-9,3	-9,0	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,9	-0,8	-0,1	0,7
Saldo	-0,9	-0,8	-0,1	0,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

Weniger Unterhaltskosten in Kirche Rheinau und weniger kalkulatorische Zinsen infolge der IPSAS-Rechnungslegung führten im Wesentlichen zur Budgetunterschreitung.

Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben für die Sanierung der Türme der Klosterkirche Rheinau sind im Berichtsjahr rund 0,7 Mio. Franken tiefer als budgetiert angefallen, da bereits im Jahr 2008 ein wesentlicher Teil der Ausgaben getätigt wurde.

2273 Christkatholische Kirchengemeinde

Hauptereignisse

Die staatlichen Beiträge an die Christkatholische Kirchengemeinde beschränken sich auf die Finanzierung einer ordentlichen und einer befristeten Pfarrstelle. Die Finanzierung der befristeten Pfarrstelle wurde vom Regierungsrat mit Beschluss vom 27. Februar bis 2009 geregelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Seelsorge / Christkatholisches Kirchenwesen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-0,3	-0,3	-0,3	0,0
Saldo	-0,3	-0,3	-0,3	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

– Budgetkonformer Abschluss

2291 Investitionsfonds

Hauptereignisse

Zulasten des Investitionsfonds wurden im Zusammenhang mit vier Gesuchen 1,2 Mio. Franken zugesichert. Während der Berichtsperiode wurden Investitionsbeiträge im Umfang von 0,25 Mio. Franken vom Gemeindeamt ausbezahlt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich, Nr. 2215.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Die im KEF 2009–2012 eingestellten Planzahlen führen zu einer Fondssanierung bis 2012. Planmässig Die Fondsschuldung wurde mit Einlagen aus dem Finanz- und Lastenausgleich weitergeführt.	2012
----	--	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	10,0	9,3	9,3	0,0
Übertrag aus Erfolgsrechnung	8,4	7,8	7,8	0,0
Aufwand	-13,5	-13,3	-13,2	0,1
Abschreibungen	-10,7	-10,7	-10,7	0,1
Saldo	-3,5	-4,0	-3,8	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-1,2	-0,3	0,9
Saldo		-1,2	-0,3	0,9
Fondsbestand				
Fondsbestand	46,5	40,1	42,7	2,6

Erfolgsrechnung

Die für die Kapitalfolgekosten benötigten Mittel in Form von Abschreibungen und Zinsen werden aus der Leistungsgruppe Finanz- und Lastenausgleich gespiesen. Mit der Rechnungslegung IPSAS wurde das Verwaltungsvermögen, welches aus Investitionsbeiträgen an die Gemeinden resultiert, aufgewertet. Das Eigenkapital des Fonds profitierte von Zinserträgen.

Investitionsrechnung

Zulasten des Investitionsfonds wurden im Zusammenhang mit vier Gesuchen 1,2 Mio. Franken zugesichert. Während der Berichtsperiode wurden Investitionsbeiträge im Umfang von 0,25 Mio. Franken vom Gemeindeamt ausbezahlt.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator L1	P	3	3	4	1
Leistungen					
L1 Prüfung der Gesuche, Antragstellung an den Regierungsrat	P	6	4	7	3
Abweichungsbegründungen					
W1	Es wurden vier Verfügungen für die Ausrichtung von Investitionsbeiträgen erstellt.				
L1	Es sind sieben Gesuche um Ausrichtung von Investitionsbeiträgen eingegangen. Bei drei Gemeinden konnte infolge Ablehnung des Projektes an der Gemeindeversammlung bzw. fehlender oder lückenhafter Unterlagen noch kein Beitrag zugesichert werden.				

2292 Ausgleichsfonds

Hauptereignisse

Der einfache Steuerertrag der Gemeinden im Kanton Zürich (ohne Stadt Zürich) hat sich seit dem Jahr 2004 stetig erhöht. Die positive Entwicklung der Steuererträge hatte eine Erhöhung des Kantonsmittels der relativen Steuerkraft (ohne Stadt Zürich) von 3184 Franken auf 3418 Franken zur Folge. Die Aufteilung der Gemeinden in solche mit höherer (Zunahme der Steuerkraft bei 132 Gemeinden) und solche mit tieferer Steuerkraft (Abnahme der Steuerkraft bei 39 Gemeinden) zeigt, dass die meisten Gemeinden von der Entwicklung profitieren konnten. Mit der Erhöhung der Steuerkraft hat auch die Differenz zwischen der finanzstärksten und der finanzschwächsten Gemeinde zugenommen und mit Fr. 16 447 einen historischen Höchststand erreicht. Die Steuerfussdisparität konnte im Berichtsjahr innerhalb der in § 8 des Finanzausgleichsgesetzes vorgegebenen Spannweite gehalten werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	353,2	286,2	397,2	111,0
Beiträge finanzstarker Gemeinden / Steuerkraftausgleich	351,9	285,0	396,0	111,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-353,2	-286,2	-397,2	-111,0
Beiträge an finanzschwache Gemeinden / Steuerkraftausgleich	-321,2	-285,0	-355,9	-70,9
Einlagen in Bestandeskonto	-2,0	-1,2	-11,3	-10,1
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	37,1	37,9	48,5	10,6

Erfolgsrechnung

Der einfache Steuerertrag der Gemeinden im Kanton Zürich (ohne Stadt Zürich) hat sich seit dem Jahr 2004 stetig erhöht. Die positive Entwicklung der Steuererträge hatte eine Erhöhung des Kantonsmittels der relativen Steuerkraft (ohne Stadt Zürich) von 3184 Franken auf 3418 Franken zur Folge. Die Aufteilung der Gemeinden in Gewinner (Zunahme der Steuerkraft bei 132 Gemeinden) und Verlierer (Abnahme der Steuerkraft bei 39 Gemeinden) zeigt, dass die meisten Gemeinden von der Entwicklung profitieren konnten. Mit der Erhöhung der Steuerkraft hat auch die Differenz zwischen der finanzstärksten und der finanzschwächsten Gemeinde zugenommen und mit Fr. 16 447 einen historischen Höchststand erreicht. Insgesamt verzeichnete die Steuerkraftabschöpfung einen Ertrag von über 397 Mio. Franken. Die Steuerfussdisparität konnte im Berichtsjahr innerhalb der in § 8 des Finanzausgleichsgesetzes vorgegebenen Spannweite gehalten werden.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Erhalten der gegebenen Strukturen und der finanziellen Eigenständigkeit (Anzahl Gemeinden)	P	96	91	95	4
W2 Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden möglichst tief halten (Steuerfussunterschiede zwischen den Gemeinden in %)	P	50	51	50	-1
Leistungen					
L1 Angleichung der Steuerkraft in den Gemeinden zwischen 70–90% des Kantonsmittels (Anzahl Gemeinden)	P	96	93	95	2
L2 Steuerkraftabschöpfung (Anzahl Verfügungen)	P	24	24	19	-5
L3 Steuerkraftzuschuss (Anzahl Gemeinden, Kulturinstitute)	P	94	99	94	-5
L4 Steuerkraftzuschuss (Kürzungen)	P	6	3	4	1

Abweichungsbegründungen

- W1 Der Planwert wurde um vier Gemeinden mit einer unterdurchschnittlichen Steuerkraft im Berichtsjahr überschritten. Drei Gemeinden hatten keinen Anspruch auf den Steuerkraftausgleich, da ihr Steuerfuss nicht mindestens dem Kantonsmittel entsprach. 71 Gemeinden konnten mit dem Steuerkraftausgleich ihre finanzielle Eigenständigkeit behaupten, während 21 Gemeinden zusätzlich auf Steuerfussausgleichsbeiträge angewiesen waren.
- W2 Mit den budgetierten Abschöpfungen und Zuschüssen im Berichtsjahr wurde der tiefste Steuerfuss auf 73% angesetzt, währenddem der Maximalsteuerfuss (123%) gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb. Die Sollvorgabe konnte um einen Prozentpunkt unterschritten werden. Die Zielnorm gemäss § 8 Finanzausgleichsgesetz – 95% (162 Gemeinden) aller Steuerfüsse innerhalb eines bestimmten Bereichs – wurde eingehalten.
- L1 Die Anzahl Gemeinden mit unterdurchschnittlicher eigener Steuerkraft lag wenig höher als angenommen, wobei drei Gemeinden aufgrund ihres zu tiefen Steuerfusses (unter dem Kantonsmittel) keinen Anspruch auf Beiträge hatten.
- L2 Die Anzahl Gemeinden mit überdurchschnittlicher Steuerkraft hat gegenüber der Planung abgenommen und ist um fünf Gemeinden tiefer als angenommen. Trotz rückläufiger Anzahl abgeschöpfter Gemeinden hat das Abschöpfungsvolumen gegenüber dem Vorjahr nochmals zugenommen, da bei den verbleibenden Gemeinden ein höheres Substrat vorhanden war.
- L3 Tatsächliche Ausrichtung von Steuerkraftzuschüssen an 92 Gemeinden sowie Beiträge an die Kunstinstitute der Städte Zürich und Winterthur von kantonaler und regionaler Bedeutung.
- L4 Vier Gemeinden wiesen ein sehr günstiges Verhältnis von Nettovermögen zur Steuerkraft aus. Aufgrund dieser ausserordentlich guten Finanzlage der betroffenen Gemeinden wurde der Steuerkraftzuschuss teilweise gekürzt.





Sicherheitsdirektion

Sicher – Sozial – Sportlich

Die Sicherheitsdirektion erfüllt Aufgaben aus den Bereichen:

- öffentliche Sicherheit
- soziale Sicherheit
- Verkehrssicherheit
- Bewältigung von ausserordentlichen Lagen
- Ausländerrecht
- Ausserschulischer Sport
- Vollzug von Bundesrecht und kantonalem Recht.

Zürich als Sportkanton

Auch im Berichtsjahr hat der Kanton Zürich seinen Ruf als «Sportkanton» bestätigt: Zusammen mit der Stadt Bern war die Stadt Kloten Durchführungsort für die Eishockey-Weltmeisterschaft 2009. Wie schon die Euro08 im Vorjahr konnte auch dieses sportliche Grossereignis reibungslos bewältigt werden. Damit haben sich Stadt und Kanton Zürich auch als Durchführungsort für die Leichtathletik-Europameisterschaft 2014 empfohlen. Die entsprechende Kandidatur der Stadt Zürich wird vom Kanton aktiv unterstützt. Solche Grossanlässe sind nicht nur Werbeträger für den Kanton, sondern sollen mit ihrer Ausstrahlung auch weitere Bevölkerungskreise motivieren, sich selbst sportlich zu betätigen.

Zürich als Wohn- und Arbeitskanton

Der Kanton Zürich ist ein begehrter Wohn- und Arbeitskanton. Allein im Berichtsjahr hat die Wohnbevölkerung um rund 16 000 Personen zugenommen, was einer zusätzlichen Kleinstadt entspricht. Zu diesem Bevölkerungswachstum beigetragen hat auch die ungebrochene Attraktivität Zürichs für Ausländerinnen und Ausländer. Nichts geändert hat sich auch am Wunsch der ganzen Bevölkerung nach Mobilität. Er äusserte sich unter anderem im weiterhin zunehmenden Bestand von Strassenfahrzeugen.

Zürich als moderner Kanton

Wachstum führt naturgemäss zu mehr Geschäftsfällen. Deshalb galt es, mit organisatorischen Massnahmen zeitgemässe Lösungen für eine bürgerfreundliche Aufgabenerfüllung zu verwirklichen. Stellvertretend für viele seien hier folgende Beispiele genannt:

Mit dem Funksystem Polycom konnte eine zukunftsgerichtete Kommunikationsbasis für die Zusammenarbeit aller Polizeien im Kanton Zürich verwirklicht werden. Polycom ist ein Funksystem, das auch der Zusammenarbeit mit allen Partnern des Bevölkerungsschutzes dient und die interkantonale Zusammenarbeit verbessert. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit.

Am 1. Januar wurde die Flughafensicherheitspolizei in das Polizeikorps integriert. Im Hinblick auf diesen grossen Schritt erfolgten Rekrutierung und Ausbildung bereits gemeinsam. Die Zusammenfassung aller kantonalen Polizeiangehörigen in einem einzigen Polizeikorps erhöht dessen Flexibilität und erweitert die Laufbahnmöglichkeiten der Mitarbeitenden.

Überall, wo Vollzugsaufgaben zu erfüllen waren, wurde versucht, Abläufe zu straffen und zu beschleunigen und dabei die modernen Kommunikationsmittel zu nutzen. Dies gilt gleichermassen für Strassenverkehrsamt, Migrationsamt und Amt für Militär und Zivilschutz. So wurde beispielsweise den Armee- und Zivilschutzangehörigen die Möglichkeit geboten, Dienstverschiebungsgesuche und Gesuche um Auslandurlaub über das Internet einzureichen. Es ist dies ein Angebot, das der Kanton Zürich als erster in der Schweiz verwirklicht hat.

Schon bisher finanzierte das Kantonale Sozialamt die Wohnheime Hardoskop und Tilia sowie die Werkstätte Hardundgut. Im Berichtsjahr wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um diese wichtigen Einrichtungen im Dienste von Menschen mit Behinderungen von der Gesundheitsdirektion zur Sicherheitsdirektion zu transferieren und als IV-Betriebe dem Kantonalen Sozialamt zu unterstellen.

Neue Statthalter

Auftakt zu den kommunalen Wahlen im Jahr 2010 und den kantonalen und eidgenössischen Wahlen im Jahr 2011 bildeten die Wahlen in den Bezirken im Berichtsjahr. Als Nachfolger für zurücktretende Amtsinhaber wurden sechs neue Statthalter gewählt, welche Mitte Berichtsjahr ihr Amt antraten.

Legislaturziele

Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 9.1, 12.2 (Teil Sozialsystem), 13.3, 14.1, 16.1 und 16.2 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Umsetzungsstand der Legislaturziele berichtet. In diesem Kapitel folgt die Berichterstattung zu den zusätzlichen Legislaturzielen der Sicherheitsdirektion.

Legislaturziel	1 Zielführende Erfüllung des gesetzlichen Auftrags
Massnahme	1.1 Gesetzliche Aufträge erfüllen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die in der Sicherheitsdirektion zusammengefassten Ämter haben sehr unterschiedliche Aufgaben und Ziele. Alle Bereiche nehmen zur Hauptsache Vollzugsaufgaben wahr, die sich zwingend aus dem Bundesrecht ergeben.
Massnahme	1.2 Durch möglichst standardisierte und laufend optimierte Arbeitsabläufe und gezielten Informatikeinsatz die in allen Ämtern zahlenmässig grosse Geschäftslast bei Vollzugsaufgaben effizient bewältigen
Stand	Planmässig
Kommentar	Diverse Informatikprojekte wurden gestartet bzw. erfolgreich abgeschlossen (z. B. technische Erneuerung der Strassenverkehrsamtsapplikation VIACAR, elektronischer Steuerdatenaustausch zwischen Gemeinden und Wehrpflichtersatzverwaltung, Dienstverschiebungsgesuche über elektronisches Portal).
Legislaturziel	2 Laufende Anpassung der Organisation der Kantonspolizei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeien zu optimieren; interkantonale Polizeizusammenarbeit, soweit sinnvoll (LZ RR 16)
Massnahme	2.1 Organisation und Zusammenarbeit auf der Basis des Polizeiorganisationsgesetzes konsolidieren und ausgehend von neuen Anforderungen und Erwartungen der Bevölkerung weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeikörpern ist eingespielt. Die kommunalen Polizeikörper haben Zugriff auf das E-Net der Kantonspolizei. Die Anforderungen und Erwartungen von Bevölkerung, Gemeinden und Kommunalpolizeien werden mittels Befragungen erhoben. Die interkantonale Polizeizusammenarbeit erfolgt einerseits fallbezogen, andererseits durch Zurverfügungstellung von personellen und materiellen Ressourcen, namentlich zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen (mögliche Ausschreitungen, Entführungsfall, Staatsbesuch) wie auch Pikettstellung zugunsten anderer Kantone.
Massnahme	2.2 Realisierung des Funknetzes Polycom
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Aufnahme des operativen Betriebs ist im Herbst des Berichtsjahrs erfolgt, 90% der Zivilschutzorganisationen haben die Funkgeräte Ende Jahr erhalten (vgl. Legislaturziel der Direktion 6.4).
Massnahme	2.3 Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage (Polizeigesetz und dessen Verordnung)
Stand	Planmässig

Kommentar	Das Polizeigesetz wurde im Berichtsjahr in Kraft gesetzt. Die Anpassungen aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids vom 30. September sind in Bearbeitung.
Massnahme	2.4 Umsetzung Schengen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung ist erfolgt, Optimierungsmassnahmen im Bereich der Abläufe und der Systeme sind im Gang.
Massnahme	2.5 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	2.6 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Optimierung der Verkehrssicherheit
Massnahme	3.1 Mit präventiven, repressiven und technischen Massnahmen sind die kantonalen Möglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auszuschöpfen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Kantonspolizei hat wie in den Vorjahren diverse Präventionskampagnen und gezielte Verkehrskontrollen durchgeführt. Die sorgfältige Auswertung der Verkehrsunfallstatistik dient auch der Ergreifung technischer Massnahmen. Durch Beschaffung von semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen wird der Kontrolldruck an neuralgischen Punkten (u. a. bei Autobahnbaustellen) massvoll verstärkt. Die konsequente Anwendung der bundesrechtlichen Administrativmassnahmen im Bereich des Strassenverkehrs (Führerausweiszüge, Verwarnungen, Fahrverbote, Verkehrsunterricht usw.) sowie die sorgfältige Durchführung der technischen Fahrzeugprüfungen und die Abnahme der Führerprüfungen nach einheitlichen Grundsätzen tragen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit bei.
Massnahme	3.2 Einführung eines Qualitätssicherungssystems im Bereich Fahrzeugprüfungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das ASA-Qualitätssicherungssystem (asaQSS) ist in Bearbeitung. Das gesamte Strassenverkehrsamt wurde im Berichtsjahr rezertifiziert (ISO 9001: 2008).
Massnahme	3.3 Umsetzung von diversen Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mitarbeitende werden kontinuierlich bezüglich Änderungen des Strassenverkehrsgesetzes und dessen Ausführungsverordnungen informiert und weitergebildet.
Massnahme	3.4 Auswertung Verkehrsunfallstatistik (VUSTA 2)

Stand	Planmässig
Kommentar	Bei der Kantonspolizei erfolgt die Auswertung der Verkehrsunfallstatistik kontinuierlich und dient der Eruierung von sogenannten Unfallschwerpunkten und als Beurteilungsgrundlage für die Ergreifung weiterer verkehrspolizeilicher Massnahmen.
Legislaturziel	4 Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (LZ RR 9)
Massnahme	4.1 Revision des Verkehrsabgabengesetzes (im Rahmen der Überprüfung des gesamten Strassenfinanzierungskonzeptes durch die Volkswirtschaftsdirektion) (umfasst LZ RR 9.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat vom Resultat des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen, sich für eine Trennung von der Vorlage der Volkswirtschaftsdirektion (Strassenfinanzierung / Revision Strassengesetz) ausgesprochen und Aufträge für die Überarbeitung der Vorlage erteilt.
Legislaturziel	5 Einflussnahme beim Bund im Ausländer- und Asylwesen
Massnahme	5.1 Auf Direktions- und Amtsebene ist laufend darauf Einfluss zu nehmen, dass der Bund bei der Weiterentwicklung der Ausländer- und Asylgesetzgebung die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kantone berücksichtigt
Stand	Planmässig
Kommentar	Mitwirkung des Migrationsamtes in diversen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Bundesweisungen zum Ausländergesetz
Legislaturziel	6 Bedarfsgerechte Umsetzung des Bevölkerungsschutzes im Kanton unter Berücksichtigung der aktuellen Bedrohungslage
Massnahme	6.1 Bevölkerungsschutz im Kanton Zürich
Stand	Planmässig
Kommentar	Weiterbildungen für die Verantwortlichen der Gemeinden sind für 2010 unter der Federführung der Kantonspolizei und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär und Zivilschutz geplant.
Massnahme	6.2 Kantonale Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Kantonale Führungsorganisation hat sich im Rahmen der Vorbereitungen zur Bewältigung der Pandemie bewährt. Eine Verordnung des Regierungsrates über die Führung des Kantons in ausserordentlichen Lagen steht in Ausarbeitung.
Massnahme	6.3 Anpassung des Übungsdorfes des Ausbildungszentrums Andelfingen an die zukünftigen Schulungsbedürfnisse des Bevölkerungsschutzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Kreditvorlage, welche die Anpassung des Übungsdorfes an die zukünftigen Ausbildungsbedürfnisse bezweckt, ist in Vorbereitung.
Massnahme	6.4 Realisierung des Funknetzes Polycom

Stand	Planmässig
Kommentar	(Vgl. Legislaturziel der Direktion 2.2)
Massnahme	6.5 Übertragung des Waffenplatzes Reppischtal an den Bund
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Gespräche mit dem Bund zeigten, dass dieser kein Interesse am Kauf des Waffenplatzes Reppischtal hat. Anstelle einer Übertragung konnte eine höhere Entschädigung ausgehandelt werden.
Legislaturziel	7 Zielgerichtete Ausrichtung der finanziellen Mittel im Sozialbereich (LZ RR 12, 13 und 14)
Massnahme	7.1 Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	7.2 Zielgerichtete Umsetzung des teilrevidierten SHG und der SKOS-Richtlinien
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die mit dem teilrevidierten SHG und den SKOS-Richtlinien beabsichtigte Förderung der beruflichen und sozialen Integration konnte erfolgreich umgesetzt werden. Die Sozialbehörden und die weiteren mit der Sozialhilfe befassten Stellen sind über die neuen Instrumente informiert und nutzen sie.
Massnahme	7.3 Förderung der beruflichen Integration von Sozialhilfeempfängern und Personen des Asylrechts (umfasst LZ RR 14.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Zur Förderung der Eingliederung von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt wurden 25 Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme angeboten und mit 5,9 Mio. Franken finanziert. Die Programme wurden im Berichtsjahr durch die Hochschule Luzern überprüft. Die unter der Leitung des Kantonalen Sozialamtes stehende Arbeitsgruppe «Berufliche und soziale Integration», in welcher Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, der Sozialkonferenz des Kantons Zürich sowie der Programmanbieter mitarbeiten, wurde weitergeführt.
Massnahme	7.4 Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) (Projekt in Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftsdirektion, der Bildungsdirektion und der Sozialversicherungsanstalt) (umfasst LZ RR 14.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Auf Bundesebene arbeitet das Kantonale Sozialamt in der nationalen Arbeitsgruppe IIZ MAMAC mit. Dadurch kann der Kanton Zürich auch über die Kantongrenzen hinaus Akzente setzen. Ausserdem findet zwischen allen Kantonen ein regelmässiger Erfahrungsaustausch statt. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen des «iiz netzwerk kanton zürich» wurde weitergeführt und ausgeweitet: Neben den Städten Zürich, Winterthur und Uster ist das Netzwerk nun auch in den Bezirken Affoltern, Andelfingen, Meilen, Wetzikon und Horgen tätig.

Massnahme	7.5 Planung und Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots zur Förderung der Eingliederung von erwachsenen invaliden Menschen (umfasst LZ RR 13.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Gemäss dem neuen Artikel 112b der Bundesverfassung, welcher im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eingeführt wurde, fördern die Kantone die Eingliederung Invaliden, insbesondere durch Beiträge an den Bau und den Betrieb von Institutionen, die dem Wohnen und Arbeiten dienen. Das kantonale Sozialamt hat ein Konzept mit Grundsätzen zur Förderung der Eingliederung erwachsener invalider Personen erarbeitet und eine Anhörung dazu durchgeführt. Das Konzept wird 2010 durch den Regierungsrat dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.
Massnahme	7.6 Gezielte Finanzierung der Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Seit 2008 erfolgt die Finanzierung der Invalideneinrichtungen nicht mehr durch das Bundesamt für Sozialversicherungen, sondern durch die einzelnen Kantone. Mit der Übernahme der Leistungsvereinbarungen des Bundes wurde sichergestellt, dass in der Übergangszeit bis Ende 2010 die bisherigen Leistungen der IV weiter gewährt werden können. Zudem wurden die Projektierungsarbeiten in Angriff genommen, um das Finanzierungsmodell für die Invalideneinrichtungen ab 2011 an die Anforderungen einer zeitgemässen Abgeltung anzupassen.
Legislaturziel	8 Erhöhung des Anteils der sportlich aktiven Bevölkerung in allen Alterskategorien und Bevölkerungsgruppen
Massnahme	8.1 Mittel des Sportfonds gezielt einsetzen, um weitere Bevölkerungsgruppen zur sportlichen Betätigung zu motivieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Studie «Sport Kanton Zürich 2008» hat gezeigt, dass die Bevölkerung sportlicher ist als im Jahr 2003.
Legislaturziel	9 Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen (Pässe, Identitätskarten, Reisedokumente für Ausländer usw.)
Massnahme	9.1 Schaffung von Erfassungszentren für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 1. März 2010 erfolgt die Inbetriebnahme des Erfassungszentrums des Passbüros in Zürich. Ausstehend ist die Eröffnung eines zweiten Erfassungszentrums in Winterthur. Die Einführung der biometrischen Ausländerausweise ist auf 1. Dezember 2010 geplant.

Legislaturziel	10 Konzentration der Zuständigkeiten im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter
Massnahme	10.1 Im Rahmen der kantonalen Gesetzgebung ist die Untersuchung und Beurteilung von Übertretungsstraftatbeständen den Statthalterämtern zu übertragen
Stand	Planmässig
Kommentar	In der Vorlage 4611 zu einem Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Straf- und Zivilprozess (GOG), welche der Regierungsrat am 1. Juli verabschiedet hat, ist die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen grundsätzlich den Statthalterämtern zugewiesen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	916,8	889,3	938,7	49,4
Aufwand	–1 837,3	–1 844,3	–1 795,3	49,0
Saldo	–920,4	–955,0	–856,6	98,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	7,0	15,5	11,4	–4,1
Ausgaben	–53,5	–70,7	–53,3	17,4
Kreditübertragungen aus 2008		–8,5		
Saldo	–46,4	–55,2	–41,9	13,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 818,6	3 981,3	3 893,7	–87,6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt im Vergleich zum Budget 2009 um 49,4 Mio. Franken oder 5,5%.

Wichtigste Ursachen:

- +40,6 Mehrertrag vom Bund für die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte; diesem Mehrertrag steht ein höherer Staatsbeitrag an die Gemeinden gegenüber)
- +21,2 Mehrertrag vom Bund in Form von höheren durchlaufenden Beiträgen im Asylbereich sowie hohe Refinanzierung der Aufwendungen des Kantons aus Bundesbeiträgen (als Folge der neuen Rechnungslegungsvorschriften nach IPSAS ist der Übertrag von Bundesbeiträgen auf das Folgejahr eingeschränkt)
- 6,8 Mindererträge von Bund, Kantonen und Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe (hauptsächlich durchlaufende Beiträge ZUG), teilweise kompensiert durch Mehrertrag wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge
- 5,1 Minderertrag der Kantonspolizei beim Bussenerlös

Der Aufwand sinkt im Vergleich zum Budget 2009 um 49,0 Mio. Franken oder 2,7%.

Wichtigste Ursachen:

Die Verbesserung kann zum grössten Teil mit folgenden Veränderungen beim Sozialamt begründet werden:

- +27,0 Minderaufwand für Invalideneinrichtungen einschliesslich ausserkantonaler Heimaufenthalte (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte und um 12 Mio. Franken zu hohe erstmalige Abgrenzungen nach IPSAS)
- +26,5 Minderaufwand bei der erstmaligen Ausrichtung von Familienzulagen für Nichterwerbstätige, die mangels Erfahrungswerten und geeigneten Grundlagen zu hoch budgetiert wurden
- +14,7 Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (einschliesslich durchlaufender Beiträge ZUG), der durch Mehraufwand für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge teilweise kompensiert wurde
- 20,2 Mehraufwand beim Staatsbeitrag für Zusatzleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte)
- 9,7 Mehraufwand bei den durchlaufenden Beiträgen im Asylwesen.

Der Minderaufwand von 8,2 Mio. Franken bei der Kantonspolizei ist auf tieferen Sachaufwand (Projektverzögerungen, weniger Ersatzbeschaffungen, Einsparungen im Informatikbereich) und geringeren Personalaufwand sowie weniger Abschreibungen zurückzuführen. Beim Sportfonds ist ein Minderaufwand von 2,7 Mio. Franken zu verzeichnen, der vor allem auf weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge zurückzuführen ist.

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen sinken im Vergleich zum Budget 2009 um 4,1 Mio. Franken.

Wichtigste Ursachen:

- 4,5 Mindereinnahmen infolge vorzeitiger Beitragszahlungen des Bundes im Jahr 2008 an das Projekt Polycom

Die Investitionsausgaben fallen im Vergleich zum Budget 2009 um 17,4 Mio. Franken geringer aus.

Wichtigste Ursachen:

- +5,9 Weniger Investitionsbeiträge aufgrund verzögerter Baufortschritte bei Invalideneinrichtungen sowie kein Bau oder Kauf von Asylliegenschaften
- +5,7 Minderausgaben bei der Kantonspolizei vor allem aufgrund von Projektverzögerungen (u.a. Antennenanlagen Projekt Polycom)
- +1,9 Verschiebung geplanter Vorhaben und abklärungsbedingte Verzögerungen beim Amt für Militär und Zivilschutz
- +1,9 Geringere Informatikausgaben infolge Verschiebung der definitiven Einführung des biometrischen Passes auf 1. März 2010 und Vorverschiebung der Informatikersatzbeschaffung ins Rechnungsjahr 2008 im Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben
- +1,4 Im Strassenverkehrsamt wurden geplante Investitionen kapazitätsbedingt ins Rechnungsjahr 2010 verschoben.

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2009 um 87,6 Stellen bzw. 2,2% tiefer aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

- 68,8 Bei der Kantonspolizei konnte der geplante Beschäftigungsumfang im Korps nicht erreicht werden (-61). Weniger von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte im Flughafen
- 9,4 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen beim Amt für Militär und Zivilschutz
- 9,1 Geringer Beschäftigungsumfang beim Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben wegen Verschiebung der definitiven Einführung des biometrischen Passes auf 1. März 2010

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ersatz Funknetz (Polycom)*	5,1	33,5	27,5	6,0
Übrige Investitionen	48,2			
Investition	53,3			

* ohne Funkgeräte

Leistungsgruppen

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab sowie die Zentralen Vollzugsaufgaben, welche sich aus dem Passbüro, der Fachstelle Sport, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen sowie dem Eichamt zusammensetzen.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Das Generalsekretariat vertrat zudem die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Im Passwesen wurden gemäss den Vorgaben des Bundes die Arbeiten für die flächendeckende Einführung biometrischer Pässe ab 1. März 2010 fortgesetzt. Bei diesem Projekt geht es um die Umsetzung internationaler Verpflichtungen der Schweiz.

Im Bereich Sport hat der Kanton aktiv bei der Kandidatur für die Leichtathletik-Europameisterschaft 2014 in Zürich mitgewirkt. Der Kanton beteiligte sich zudem an der Eishockey-Weltmeisterschaft 2009 in Bern und Zürich-Kloten. Die Studie «Sport Kanton Zürich 2008» wurde veröffentlicht. Gemeinsam mit der kantonalen Fachstelle für Integrationsfragen erfolgten die Arbeiten an einem Zusatzbericht zum Sportverhalten der Migrationsbevölkerung. Die Ergebnisse aus den Studien sollen dem Kanton sowie Gemeinden, Verbänden und Vereinen als Entscheidungsgrundlage dienen. Im Rahmen des kantonalen Aktionsprogramms «Leichter leben» hat sich die Fachstelle Sport mit verschiedenen Projekten wie beispielsweise einem Jugendsportcamp für Übergewichtige beteiligt. Mit «Leichter leben» soll der Anteil der Bevölkerung mit Übergewicht stabilisiert werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
A2	Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
A3	Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
A4	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen. Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
A5	Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
A6	Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausser-schulischen Sports

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern, Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben Planmässig	laufend
E2	Umsetzung von Grundlagen im Bereich Sport (sportpolitisches Konzept des Kantons, Sportanlagenkonzept) Planmässig	laufend
E3	Abschluss des Pilotprojektes Pass06 (biometrischer Pass) und voraussichtlich ab Ende des Berichtsjahres flächendeckende Einführung (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig Die flächendeckende Einführung des biometrischen Passes erfolgt am 1. März 2010. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2010 verschoben.	2009
E4	Einführung/Umsetzung biometrischer Daten in Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig E4 muss aber inhaltlich neu formuliert werden: «Zusammenlegung der Verfahren zur Ausstellung von biometrischen Pässen und Identitätskarten (gemäss Bundesvorgaben).» Diese Zusammenlegung der Verfahren hat gemäss Ausweisgesetz spätestens zwei Jahre nach der flächendeckenden Ausstellung der biometrischen Pässe zu erfolgen, somit ab 1. März 2012. Der Kanton schöpft diese Frist aus. Ob und wann die Identitätskarten mit biometrischen Daten ausgestellt werden, ist im Gegensatz zur Bezeichnung von E4 offen. Im KEF 2010–2013 wurden der Text des Entwicklungsschwerpunktes angepasst und der Erfüllungszeitpunkt von 2011 auf 2012 verschoben.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	13,7	14,0	12,9	-1,1
Aufwand	-15,9	-17,5	-16,4	1,0
Saldo	-2,1	-3,4	-3,5	-0,1

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	-0,5	-2,3	-0,4	1,9
Saldo	-0,5	-2,3	-0,4	1,9

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	46,0	55,8	46,7	-9,1
----------------------------------	------	------	------	------

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

- 1,3 Verschiebung definitive Einführung des biometrischen Passes auf den 1. März 2010 hat auch tiefere Einnahmen aus den Passgeschäften zur Folge.
- +0,2 Mehrertrag aufgrund verstärkter Nachfrage nach Beglaubigungen sowie höhere interne Verrechnungen

Aufwand:

- +1,4 Das Budget 2009 basierte zum Erstellungszeitpunkt auf der Annahme eines Starts des biometrischen Passes im Oktober des Berichtsjahres. Infolge des vom Bund verschobenen Einführungszeitpunkts auf den 1. März 2010 liegen der Personal- und Sachaufwand (sowie die Erträge) unter den Planungswerten.
- +0,1 Geringerer Bezug von Blankopässen durch das Passbüro
- 0,3 Beitrag an Kandidatur Leichtathletik-EM 2014 in Zürich
- 0,2 Aus- und Weiterbildung Messwesen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ausgaben:

- +1,4 Geringere Informatikausgaben infolge Verschiebung der definitiven Einführung des biometrischen Passes auf den 1. März 2010
- +0,5 Geringere Informatikausgaben infolge Vorverschiebung der mit Nachtragskredit im Rechnungsjahr 2008 bewilligten Investitionen aufgrund technischer Abhängigkeiten mit anderen Ämtern und zur Ausnützung von Volumenrabatten im Rahmen der Informatik-Ersatzbeschaffung (KR-Nr. 4561/2008: Bewilligung Nachtragskredit, III. Serie 2008)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

- Geringerer Beschäftigungsumfang wegen Verschiebung der definitiven Einführung des biometrischen Passes auf den 1. März 2010

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug					
W2	Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern)					
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	P	163	150	148	-2
L2	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstößen und Vernehmlassungen (in %)	P	100	100	100	0
L3	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	P	1 226	1 200	1 274	74
L4	Anzahl Beglaubigungen	P	29 198	26 000	29 417	3 417
L5	Anzahl Ausweisgeschäfte	P	204 297	200 000	197 743	-2 257
L6	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung)	P	2 256	2 100	2 309	209
L7	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse	P	6 765	6 400	6 882	482
L8	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel	P	15 764	15 000	16 383	1 383
L9	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	P	1 866	1 800	1 886	86
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)		0,5	0,6	0,5	-0,1
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)		0,4	0,3	0,4	0,1
Leistungen						
L4	Anzahl Beglaubigungen: Mehr Beglaubigungen als erwartet, die Wirtschaftskrise hat sich nicht bemerkbar gemacht.					
L6	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung): Mehr Anmeldungen für Aus- und Fortbildungskurse infolge mehr Teilnehmende an den Jugend- und Sportkursen					
L7	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse: Mehr Anmeldungen für Jugend- und Sportkurse aufgrund des erweiterten Kursangebots					
L8	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel: Verstärkte Nachfrage aus der Privatwirtschaft für die Eichmeistertätigkeiten					
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang): Wert auf Vorjahresniveau					
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %): Wert auf Vorjahresniveau, unter anderem bedingt durch externe, personelle Unterstützung für Projekte					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand	
Rücklagen	+107 189.85	-57 133.50	0	+50 056.35	-57 133.50	

3100 Kantonspolizei

Hauptereignisse

Grossereignisse wie namentlich die Eishockey-Weltmeisterschaften konnten reibungslos bewältigt werden.

Die Flughafensicherheitspolizei wurde auf den 1. Januar des Berichtsjahres in das Polizeikorps integriert. Optimierungsarbeiten, die sich aus dieser Eingliederung ergeben, sind noch in der Umsetzung. Die Neustrukturierung des Kommandobereichs wurde umgesetzt und die entsprechenden personellen Besetzungen sind vollzogen.

Massnahmen zur Erreichung des Sollbestandes im Polizeikorps wurden eingeleitet. Dazu zählen insbesondere die Intensivierung der Personalwerbung und die Vorbereitungsarbeiten zur Führung einer 4. Polizeischule ab März 2010.

Das Projekt Polizeiwissenschaften Zürich (PWZ) wurde im Herbst des Berichtsjahrs erfolgreich gestartet. Die Zusammenführung der Kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei und des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich wird auf März 2010 umgesetzt.

Das Funknetz Polycom konnte im Berichtsjahr erfolgreich eingeführt werden. Die Inbetriebnahme erfolgte am 27. Oktober. Das neue System hat sich in der praktischen Anwendung bewährt.

Das gesamte Polizeikorps wurde auf die neue Dienstwaffe umgerüstet. Die Einführung und Umschulung konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Durchsetzen der Rechtsordnung
A2	Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
A3	Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
A4	Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
A5	Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
A6	Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Konsolidierung der Organisation und laufende Weiterentwicklung zur Umsetzung übergeordneten Rechts sowie zur Bewältigung neuer Sicherheits Herausforderungen Planmässig Die Flughafensicherheitspolizei wurde auf den 1. Januar des Berichtsjahres in das Polizeikorps integriert. Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Polizeikorps ist eingespielt. Die Neustrukturierung des Kommandobereichs wurde umgesetzt.	bis laufend
E2	Schaffung einer Verordnung über die Führungsorganisation in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen sowie Einbindung von Partnerorganisationen im Rahmen von Übungen Planmässig Zusammen mit den Partnerorganisationen wurden im Berichtsjahr mehrere Ausbildungssequenzen erfolgreich durchgeführt. Für 2010 sind weitere Übungen eingeplant, die derzeit in der konkreten Vorbereitung sind. Die Arbeiten an der Verordnung zur Kantonalen Führungsorganisation sind im Gang. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2010 verschoben.	2009

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	bis
E3	<p>Umsetzung des Polizeigesetzes und Schaffung einer Polizeiverordnung</p> <p>Polizeigesetz: Umgesetzt Polizeiverordnung: Planmässig</p> <p>Das Polizeigesetz wurde im Berichtsjahr in Kraft gesetzt. Die Anpassungen aufgrund eines Bundesgerichtsentscheid vom 30. September sind in Bearbeitung. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2010 verschoben.</p>	2009
E4	<p>Planung/Realisierung Funknetz Polycom unter Einbezug der Partnerorganisationen (Feuerwehr, Sanität, Städte und Gemeinden usw.)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Aufnahme des operativen Betriebs ist im Herbst des Berichtsjahres erfolgt. Das Funknetz Polycom hat sich in der Praxis bewährt.</p>	2009
E5	<p>Umsetzung des Projekts Schwerpunktbildung Kriminalitätsbekämpfung gemäss RR-Entscheid</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Umsetzung ist im Gange. Entsprechende personelle Entscheide sind getroffen, organisatorische Massnahmen sind eingeleitet. Die Arbeiten wurden in enger Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und der Stadtpolizei Zürich in Angriff genommen. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2013 verschoben.</p>	2009
E6	<p>Umsetzung der Eidg. Strafprozessordnung (Umschulung, Änderung Prozessabläufe, neue Schnittstellen)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Massnahmen im Hinblick auf die Umsetzung sind vorbereitet. Die entsprechende Schulung ist initialisiert und die Voraussetzungen im Bereich Infrastruktur werden geschaffen. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2011 verschoben.</p>	2009
E7	<p>Integration Flughafensicherheitspolizei in das Polizeikorps</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Flughafensicherheitspolizei wurde auf den 1. Januar des Berichtsjahres in das Polizeikorps integriert. Optimierungsarbeiten, die sich aus dieser Eingliederung ergeben, sind noch in der Umsetzung.</p>	2009
E8	<p>Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen in den Bereichen Asyl, Visa und Polizeikooperation (u. a. Fahndungssystem)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Umsetzung ist erfolgt. Optimierungsmassnahmen im Bereich der Abläufe und der Systeme sind im Gange.</p>	2010
E9	<p>Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden (LZ RR 16.1)</p> <p>Planmässig</p> <p>Durch zielgerichtete Schwerpunktbildung der Kantonspolizei wird die Voraussetzung für rasche Interventionen geschaffen. Zwingende Voraussetzung dafür ist, dass das entsprechende Personal zur Verfügung steht (Annäherung an den Sollbestand).</p>	2010
E10	<p>Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren (LZ RR 16.2)</p> <p>Planmässig</p> <p>Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde im Rahmen des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages und im Zusammenhang mit Schengen intensiviert. Die entsprechenden Kontakte wurden institutionalisiert. Die Abläufe zwischen Justiz und Polizei werden harmonisiert und informatiktechnisch vereinfacht.</p>	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	159,6	168,1	159,2	–8,9
Aufwand	–478,8	–508,8	–500,6	8,2
Saldo	–319,2	–340,7	–341,4	–0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	5,6	14,0	9,6	–4,4
Ausgaben	–25,8	–32,4	–26,7	5,7
Kreditübertragungen aus 2008		–7,5		
Saldo	–20,2	–18,4	–17,1	1,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 076,9	3 205,2	3 136,4	–68,8

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

- 5,1 Minderertrag: Tieferer Bussenerlös
- 4,3 Minderertrag: Weniger Sicherheitsmassnahmen im Flughafen

Aufwand:

- +4,1 Minderaufwand: Projektverzögerungen und allgemeine Einsparungen im Informatikbereich sowie weniger Unterhaltskosten und Ersatzbeschaffungen
- +2,7 Minderaufwand: Tieferer Personalaufwand als geplant
- +1,3 Minderaufwand: Tiefere Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Einnahmen:

- 4,5 Mindereinnahmen: Vorzeitige Beitragszahlungen des Bundes im Jahr 2008 an das Projekt Polycom (Ersatz Funknetz)

Ausgaben:

- +11,4 Minderausgaben: Aufgrund von diversen Projektverzögerungen (u. a. Antennenanlagen Projekt Polycom) verschieben sich etliche Teilzahlungstermine vom Berichtsjahr in das Jahr 2010; Einsparungen und Projektverzichte.
- 5,7 Mehrausgaben: Aufgrund von IPSAS-Vorgaben nicht budgetierte Umbewertung

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

- Beim Korps konnte der geplante Beschäftigungsumfang nicht erreicht werden (–61).
- Weniger von der Unique verlangte und finanzierte Sicherheitsbeauftragte im Flughafen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse (vgl. Kantone BE, GE, SG in %)	P	+15	0		
W2	Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung (in %)	min.	89	85	95	10
W3	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen (in Min.)	max.	22	20	18	-2
W4	Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %)	max.	12	10	14	4
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte [in %])	min.	31	30	38	8
W6	Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gg. Leib u. Leben [in %])	min.	85	81	80	1
Leistungen						
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z. B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktkontr.)	P	62	80	60	-20
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen)	P	7 934	7 500	7 796	296
L3	Anzahl Notrufe	P	197 058	200 000	177 086	-22 914
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen	P	72 573	65 000	74 509	9 509
L5	Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger	P	49	44	49	5
L6	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	P	8 202	8 500	8 695	195
L7	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden	P	112 876	35 000	36 644	1 644
L8	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen	P	2 446	2 500	2 414	-86
L9	Anzahl erfasste Straftaten	P	135 147	160 000	136 887	-23 113
L10	Anzahl erfasste Straftatverdächtige	P	32 302	34 000		
L11	Anzahl Ordnungsbussen	P	92 761	115 000	87 384	-27 616
L12	Anzahl Arrestanteneingänge	P	9 567	11 500	11 116	-384
L13	Anzahl Arrestantentransporte	P	38 880	41 000	42 012	1 012
L14	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	P	230 074	252 000	199 465	-52 535
L15	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.	P	11,0	10,2	11,0	0,8
L16	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	P	11 697	15 000	10 941	-4 059
L17	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg	P	4 292	5 000	5 283	283
Wirtschaftlichkeit						
B1	Budgetüberschreitung (VJ Unterschreitung) Erfolgsrechnung (in %)	P	1,4	0	-0,2	-0,2
Abweichungsbegründungen						
W1	Relative Entwicklung Anzahl Verstösse: Werte der Vergleichskantone waren zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts 2009 noch nicht bekannt. Im Rechnungsjahr 2008 war die Entwicklung besser als in den Vergleichskantonen (weniger Verstösse in Relation zu den Vergleichskantonen).					
W2	Positive Zufriedenheit Bürger mit Kontakt, Befragung: Im Rechnungsjahr 2009 wurden Opfer von Einbruchdiebstählen befragt.					
W5	Aufklärungsquote (alle Delikte [in %]): Seit 2009 wird dieser Indikator neu im Rahmen der einheitlichen gesamtschweizerischen Polizeilichen Kriminalstatistik PKS erhoben.					
W6	Aufklärungsquote (schwere Delikte: Verbrechen gegenüber Leib und Leben [in %]): Seit 2009 wird dieser Indikator neu im Rahmen der einheitlichen gesamtschweizerischen Polizeilichen Kriminalstatistik PKS erhoben. Neu werden alle im Berichtsjahr aufgeklärten schweren Delikte unabhängig vom Tatzeitpunkt erfasst. Bisher wurden mit der KRISTA tatzeitbezogen die im aktuellen Jahr angefallenen und gelösten Verbrechen ermittelt.					
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z. B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen): Die Spezialkontrollen wurden zugunsten eines erweiterten Verkehrssicherheitskontrollbereichs (Beispielsweise Handy am Steuer) reduziert.					

- L4 Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen: Wiederum Zunahme zu Vorjahr um 2,7%. Seit 2006 enthält dieser Indikator auch an Kommunalpolizeien delegierte Fälle.
- L5 Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger: Aufgrund des anhaltenden Unterbestands beim Korps ist der Wert wie im Vorjahr höher als budgetiert.
- L7 Anzahl Ordnungsdienst-Stunden: Im Vergleich zum Vorjahr fällt die EURO 08 mit rund 84 300 Stunden weg.
- L9 Anzahl erfasste Straftaten: Seit dem Berichtsjahr wird dieser Indikator neu im Rahmen der einheitlichen gesamtschweizerischen Polizeilichen Kriminalstatistik PKS erhoben.
- L10 Anzahl erfasste Straftatverdächtige: Der Wert 2009 liegt noch nicht vor (Umstellung Statistik von KRISTA zu PKS).
- L11 Anzahl Ordnungsbussen: Der rückläufige Trend hält mit einer Abnahme zum Vorjahr um rund 5400 Ordnungsbussen an (Vollzugspolizei ohne automatische Verkehrskontrollen sowie mobile Geschwindigkeitskontrollen ohne Anhalteposten). Der anhaltende Korpsunterbestand sowie die vermehrten Kontrollen in den Kommunen und in den anderen Kantonen zeigen ihre Wirkung.
- L12 Anzahl Arrestanteneingänge: Von der Zunahme zum Vorjahr um rund 1550 (+16%) entfallen rund 1080 (+40%) auf Personen mit ausländerrechtlichen Massnahmen.
- L14 Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei: Der Rückgang im Vorjahresvergleich um rund 31000 Stunden (-13%) ist auf den Korpsunterbestand zurückzuführen.
- L15 Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio.: Das Fluggeschäft hat sich unerwartet gut erholt und das Budget wurde um rund 8% übertroffen.
- L16 Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck: Der Trend aus dem Vorjahr mit einem Rückgang der sichergestellten gefährlichen Gegenstände hält an. Die Passagiere sind risikobewusster geworden und führen weniger gefährliche Gegenstände im Gepäck mit.
- L17 Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg: Dieser Leistungsindikator kann von der Kantonspolizei nur marginal beeinflusst werden. Ein Teil der Zunahme zum Vorjahr um rund 990 (+23%) ist auf die Einführung des Dublin-Abkommens im Dezember 2008 zurückzuführen. Die Auszuschaffenden werden von Kantonen, Liechtenstein und Vorarlberg zugewiesen. Für die Ausschaffungsverfügungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	+4 798 000	-2 195 000	0	+2 603 000	-2 195 000

Auflösung von Rücklagen 2009: Total Fr. 2 195 000

- davon Fr. 1 638 000 für Neubewaffnung der Kantonspolizei
- davon Fr. 557 000 für Anschaffung von Bürofahrzeugen und Abfrageanlagen für Personen-/ Fahrzeugkontrollen auf der Basis «Nationale Ersatzmassnahmen zum Schengen/Dublin Staatsvertrag»

3200 Strassenverkehrsamt

Hauptereignisse

Das Strassenverkehrsamt (STVA) ist bisher von der allgemeinen Wirtschaftskrise weitgehend verschont geblieben. Die meisten STVA-Kennzahlen des Vorjahres, das als eines der erfolgreichsten bezeichnet werden darf, sind übertroffen worden. Der Bestand der Strassenfahrzeuge per 30. September ist nochmals um 1,5% von 858 408 auf 871 969 Einheiten angewachsen.

Im Bereich der technischen Verkehrssicherheit war sowohl bei den Führer- wie bei den Fahrzeugprüfungen ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die vom Bund vorgeschriebene jährliche Prüfung der schweren Fahrzeuge führt beim STVA zu Mehrbelastungen; die Kapazitätsgrenzen im Fahrzeugprüfereich sind erreicht. Die Prüfeinrichtungen weisen einen Auslastungsgrad von über 97% aus. Zur Sicherstellung der vom Bund verlangten Qualitätssicherung wurde ein neuer Prüfbericht entwickelt. Er wird elektronisch archiviert und ermöglicht dadurch verschiedene Auswertungen.

Im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit fand eine Konsolidierung der Geschäftslast auf hohem Niveau statt. Der Rückgang bei der Zulassung von Neufahrzeugen von rund 10% wurde durch den wachsenden Handel mit Gebrauchtfahrzeugen kompensiert. Die Verfahrensabläufe der Zwei-Phasen-Ausbildung haben sich bewährt. Das STVA weist die Inhaberinnen und Inhaber eines Führerausweises auf Probe bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hin, ihre Pflicht zur Absolvierung der obligatorischen zwei Tage Weiterausbildung innerhalb der Befristung zu erfüllen. Als Folge der ständigen Pflege des Internets (E-Government) und der Erneuerung der Formulare und Merkblätter konnte die telefonische Erreichbarkeit und somit die Auskunftserteilung weiter verbessert werden.

Im Bereich der Administrativmassnahmen waren die Auswirkungen des neuen Massnahmerechts mit dem Anstieg der komplexen Geschäftsfälle noch immer spürbar. Eine rechtlich begründete Vorverlegung der verkehrsmedizinischen Kontrollfristen, insbesondere bei den älteren Fahrzeuglenkerinnen und -lenkern, führte vorübergehend zu einem massiven Anstieg der Arbeitslast. Dank der Bildung eines Kompetenzzentrums betreffend administrative ärztliche Untersuchungen und dem Einsatz von Temporärkräften konnten die aufgetretenen Rückstände abgearbeitet werden.

Die im Frühling erfolgreich bestandene Auditierung des Managementsystems führte zur Erneuerung des Qualitätszertifikats nach ISO 9001:2008. Die Bestimmungen der neuen Chauffeurzulassungsverordnung wurden ohne namhafte Probleme ins Tagesgeschäft integriert. Dem Regierungsrat wird zuhanden des Kantonsrates eine Vorlage betreffend Revision der Verkehrsabgaben unterbreitet mit dem Ziel, diese verursachergerechter auszugestalten. Die heutige Regelung stammt in ihren wesentlichen Grundzügen aus dem Jahr 1966.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern/-innen anlässlich der Führerprüfungen
A2	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie der Konformität mit den Bundesvorschriften bei Fahrzeugen, die neu in Verkehr gesetzt werden
A3	Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführern/-innen in Erfüllung der Bundesvorschriften, Beantwortung von Anfragen
A4	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsgesetz (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgeeigneten Fahrzeugführern/-innen (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
A5	Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben, Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (LSVA)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Optimierung der Verkehrssicherheit (u. a. Umsetzung Neuanforderungen des Bundesamt für Strassen ASTRA) Planmässig	2010
E2	Konsequente Einhaltung der Intervalle für periodische Fahrzeugprüfungen, insbesondere bei älteren Fahrzeugen Planmässig	2010
E3	Keine oder nur minimale Rückstände bei Fahrzeugprüfungen, die dem berufsmässigen Personentransport oder dem Transport gefährlicher Güter dienen Planmässig	2010
E4	Konzentration auf Fälle gravierender Verkehrsregelverletzungen und Rückfalltäter/innen (Administrativmassnahmen) Planmässig	2010
E5	Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (umfasst LZ RR 9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerer Emission von Schadstoffen) Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	370,4	370,1	375,0	4,9
Verkehrsabgaben	290,3	290,0	293,3	3,3
Aufwand	–349,0	–351,3	–354,3	–3,0
Übertrag an Strassenfonds	–289,6	–289,1	–292,1	–3,0
Saldo	21,4	18,8	20,7	1,9

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	–2,9	–3,5	–2,1	1,4
Saldo	–2,9	–3,5	–2,1	1,4

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	338,9	339,0	344,1	5,1
----------------------------------	-------	-------	-------	-----

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

- +3,3 Mehrertrag aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands
- +1,6 Höherer Gebührenertrag infolge mehr Fahrzeugprüfungen und Administrativmassnahmen

Aufwand:

- 3,0 Höhere Einlage in den Strassenfonds infolge höheren Fahrzeugbestands

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ausgaben:

- +1,4 Geplante Investitionen wurden kapazitätsbedingt auf 2010 verschoben.

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

- +5,0 Besetzung von vakanten gebührenfinanzierten Stellen infolge Mehrbelastung im Bereich Administrativmassnahmen und Technische Verkehrssicherheit

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3–5 Jahre)		–	gut		
Leistungen					
L1 Theoretische Führerprüfung p / Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	P	224	250	235	–15
L2 Praktische Führerprüfung p / Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	P	240	240	254	14
L3 Technische Fahrzeugprüfung p / Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.)	P	1 856	1 700	1 871	171
L4 Anzahl Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	P	417	500	496	–4
L5 Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	P	7 176	7 200	7 424	224
L6 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	P	5 054	5 300	4 866	–434
L7 Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	P	52 150	50 000	53 494	3 494
L8 Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmed. Kontrollen	P	63 554	50 000	74 169	24 169
L9 Verfügte Adm.-Massnahmen pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	P	1 528	1 800	2 245	445
L10 Anzahl erstellte Rechnungen (Mio.)	P	1,623	1,600	1,642	0,042
L11 Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	P	253 831	275 000	265 323	–9 677
L12 Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	P	7 306	6 800	7 378	578
L13 Anzahl Chauffeurfahrten	P	1 782	1 700	1 655	–45
L14 Anzahl Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeiter/innen	P	6 351	6 000	6 446	446
Wirtschaftlichkeit					
B1 Gesamtaufwand pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	174 029	181 000	175 922	–5 078
B2 Gesamtertrag pro Mitarbeiter/in (ohne Einlage in Strassenfonds)	P	237 968	236 000	237 415	1 415

Abweichungsbegründungen

L3	Technische Fahrzeugprüfung p / Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.): Aufgrund der bilateralen Verträge müssen schwere Fahrzeuge (LKW usw.) in kürzeren Intervallen geprüft werden.
L6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung): Durch die Weiterentwicklung der Internetseiten (E-Government/Formulare) des Strassenverkehrsamts konnten die Anfragen reduziert werden.
L7	Anzahl eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte ist u. a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung.
L8	Anzahl Aufforderungen zu verkehrsmed. Kontrollen: Deutlicher Anstieg infolge demografischer Entwicklung und Systemänderung im Aufgebotswesen
L9	Verfügte Adm.-Massnahmen pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle): Markanter Anstieg der verarbeiteten Geschäftsfälle
L11	Anzahl erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge): Optimierung der Mahnläufe (Einsparung bei Druck- und Portokosten)
L12	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen): Höhere Anzahl beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen) infolge tieferen Personalbestands

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	+580 476	-498 144	+500 000	+582 332	1 856

Auflösung von Rücklagen 2009: Total Fr. 498 144

– davon Fr. 243 744 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Die Produktivität im Bereich Technische Fahrzeugprüfung konnte gegenüber Budget und Vorjahr weiter gesteigert werden. Dies führte zu Mehreinnahmen von rund 1,3 Mio. Franken.

Im Bereich Administrativmassnahmen sind die verarbeiteten Geschäftsfälle markant angestiegen. Diese Mehrarbeit konnte durch ein neues Kompetenzzentrum mit vier neuen Mitarbeitenden und dem grossen Einsatz aller bewältigt werden. Dies führte zu Mehreinnahmen von rund 1,7 Mio. Franken.

Dank straff geführtem Debitorenmanagement konnten die Debitorenverluste weiterhin auf tiefem Niveau gehalten werden.

Ausserhalb des Tagesgeschäftes wurden wichtige Projekte erfolgreich abgeschlossen (z. B. verbesserte/dynamische Kundeninformationen in der Schalterhalle, Einführung neues Archivierungssystem, technische Erneuerung VIACAR, Chauffeurzulassungsverordnung usw.).

3300 Migrationsamt

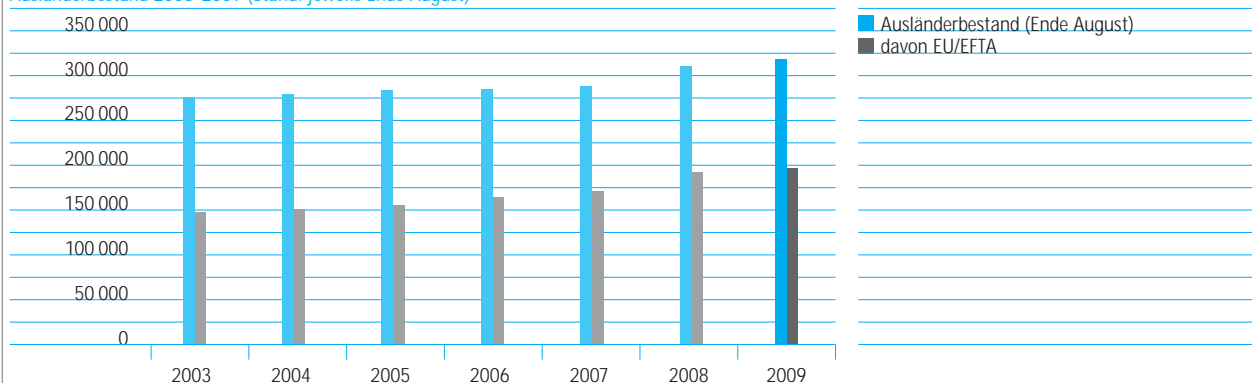
Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war geprägt durch die sich fortsetzende Zuwanderung sowie von den Auswirkungen der Assoziation der Schweiz an die Abkommen von Schengen und Dublin.

Zunahme des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung

Der trotz wirtschaftlicher Abkühlung andauernde Anstieg der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Zürich führte dazu, dass die Zahl zu bearbeitender Bewilligungsgeschäfte erneut anstieg. Diese Entwicklung beschlug neben den im Bewilligungsbereich tätigen Abteilungen insbesondere auch die Abteilung Dienste und die dort integrierten Aufgabenbereiche Publikumsverkehr (Schalter und telefonische Auskunftsstelle) und rückwärtiger Dienst. Personelle Engpässe führten zu einer spürbaren Verzögerung der Bewilligungsverfahren. Die auf 1. Juli bewilligten zusätzlichen 18 Stellen (4 davon befristet) für die Bewältigung des Tagesgeschäfts sind bereits rekrutiert und grösstenteils eingearbeitet, sodass ab dem 4. Quartal des Berichtsjahres die Pendenzen abgebaut und die Dauer der Verfahren merklich verkürzt werden konnten.

Ausländerbestand 2003-2009 (Stand: jeweils Ende August)



Umsetzung der Abkommen von Schengen und Dublin

Das Schengener Recht schreibt vor, dass Staatsangehörigen aus Nicht-EG/EFTA-Staaten ein einheitlicher Ausländerausweis im Kreditkartenformat abgegeben wird. Seit dem 12. Dezember 2008 darf für diese Personengruppe nur noch dieser Ausweis abgegeben werden. Dessen Einführung machte eine grundlegende Änderung der Verfahrensabläufe im Bewilligungsverfahren für Nicht-EG/EFTA-Staatsangehörige erforderlich, wovon insbesondere auch die Gemeinden (Einwohnerkontrollen) stark betroffen waren. Produziert wird dieser Ausweis nicht mehr im Migrationsamt, sondern durch die Firma Trüb AG in Aarau. Das vom Bund vorgegebene, komplexe Herstellungsverfahren führte in der Anfangsphase zu zahlreichen Problemen. Diese konnten im Verlauf des Berichtsjahres behoben werden. Für die EG/EFTA-Staatsangehörigen und die Personen des Asylbereichs wird weiterhin der herkömmliche, vom Migrationsamt hergestellte Ausländerausweis abgegeben. Im Durchschnitt wurden im Berichtsjahr nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten im Kanton Zürich monatlich rund 8000 Ausweise im Kreditkartenformat und 7800 herkömmliche Ausweise hergestellt.

Einen Anstieg des Verwaltungsaufwandes bewirkte die Assoziierung an das Schengener Abkommen auch insofern, als bei der Erteilung von Rückreisevisa und Aufenthaltsregelungen neu in jedem Fall eine Konsultation des Schengener-Informationen-Systems SIS durchzuführen und für den Fall einer Posi-

tivmeldung über das beim Bundesamt für Polizei angesiedelte SIRENE-Büro Abklärungen in anderen Staaten bzw. nachträgliche Meldungen über die getroffenen Massnahmen an andere Staaten gemacht werden müssen (sogenannte Konsultationsverfahren). Ähnliches gilt für Personen ohne Aufenthaltsregelung, welche von einem anderen Staat im SIS ausgeschrieben sind. Diese Konsultations- und Meldeverfahren binden Ressourcen und verlängern überdies die Dauer der entsprechenden Verfahren.

Das Dubliner Abkommen hatte insoweit positive Auswirkungen, als zahlreiche Personen aus Gründen der Zuständigkeit anderer Staaten zugeführt werden konnten. Im Berichtsjahr waren dies für den Kanton Zürich 359 Personen (gesamte Schweiz: 1781); in 235 Fällen (gesamte Schweiz: 1640) steht die Überführung noch aus. Dies hatte auch zur Folge, dass die Zahl der vollzogenen Ausschaffungen im Vergleich zu den Vorjahren merklich gesteigert werden konnte. Allerdings ist dieses neue, zusätzliche Verfahren im Asylbereich mit einer weiteren Beanspruchung der Ressourcen der für die Umsetzung zuständigen Abteilung verbunden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug des Ausländerrechtes des Bundes unter bestmöglicher Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u. a.)
A2	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechtes des Bundes
A3	Die Hauptaufgaben des Amtes sind: – Die Prüfung von Gesuchen und das Erteilen, Verweigern, Verlängern oder Entziehen von Bewilligungen, bzw. Ablehnungen derselben – Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und administrative Aufgaben im Asylbereich sowie – Treffen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit und von illegaler Anwesenheit

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Planung und Umsetzung der Änderungen des Bundes im Ausländer- und Asylbereich Planmässig	laufend
E2	Verfeinerung und Anwendung des amtsinternen Controllingkonzepts Verzögert Anpassung an die Veränderungen aufgrund des biometrischen Ausländerausweises. Neuer Endtermin 2011.	2009
E3	Einführung/Umsetzung Neuregelung Ausländerausweis (gemäss Bundesvorgaben) Planmässig 2. Etappe (mit biometrischen Daten) in Umsetzung	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17,3	16,0	16,3	0,3
Aufwand	–24,3	–25,6	–25,0	0,7
Saldo	–7,0	–9,6	–8,7	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,4	–0,2	–0,1	0,1
Kreditübertragungen aus 2008		–0,1		
Saldo	–0,4	–0,2	–0,1	0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	127,0	132,3	133,2	1,0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

- 0,7 Tiefere Rückerstattungen des Bundes für Ausschaffungshaft wegen weniger Hafttage
- +1,0 Höhere Gebührenerträge infolge mehr ausgestellter Ausweise für Drittstaatenangehörige und mehr ausgestellter Visa sowie Verbesserungen beim Inkasso

Aufwand:

- +1,2 Geringere Strafvollzugskosten wegen weniger Hafttage
- 0,4 Mehr Ausweise für Drittstaatenangehörige verursachen höhere Kosten für die externe Produktion.

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ausgaben:

- +0,1 Projektverzögerungen beim Umbau der Schalteranlagen

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

- +1,0 Besetzung von vakanten Stellen aufgrund der hohen Arbeitslast

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	6	5	10	5
Leistungen						
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche	P	13 715	20 000	16 476	-3 524
L2	Anzahl Visageschäfte/Schalteversprachen	P	65 660	50 000	71 504	21 504
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	P	153 298	140 000	153 834	13 834
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	P	14 204	16 000	11 215	-5 785
L5	Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen	P	6 379	6 000	6 121	121
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender	P	30 210	32 000	22 387	-9 613
L7	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen)	max.	13	8	21	13
L8	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag)	P		800	537	-263
L9	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige	P		50 000	75 339	25 339
Wirtschaftlichkeit						
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.)	P	-6	-5	-7	-2
Abweichungsbegründungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %): Praxisfindung durch Gerichte betreffend neues Ausländergesetz (AuG)					
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche: EU-/EFTA-Angehörige benötigen keine Einreisebewilligung mehr.					
L2	Anzahl Visageschäfte/Schalteversprachen: Produktionsprobleme bei der Einführung des neuen Ausländerausweises führten zu mehr Visageschäften und Schalteversprachen.					
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung: Weiter anwachsende ausländische Wohnbevölkerung					
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit: EU-/EFTA-Angehörige benötigen in den meisten Fällen keine Bewilligung mehr.					
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender: Weniger vollzugsfähige Asylsuchende					
L7	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Geschäft (in Tagen): Produktionsprobleme bei der Einführung des neuen Ausländerausweises führten zu einem Rückstau, der erst gegen Jahresende teilweise abgebaut werden konnte.					
L8	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag): Neuer Indikator mangels Erfahrungswert zu hoch budgetiert					
L9	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige: Neuer Indikator mangels Erfahrungswert zu tief budgetiert					
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.): Höhere externe Kosten des neuen Ausländerausweises					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand	
Rücklagen	+214 522	-149 471	+100 000	+165 051	-49 471	
Auflösung von Rücklagen 2009: Total Fr. 149 471						
– davon Fr. 102 196 für Einmalzulagen an Personal						
Bildung von Rücklagen 2009						
Trotz schwieriger Einführung des neuen aufwendigen Ausländerausweises konnte der Saldo um knapp 1 Mio. Franken verbessert werden.						

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Hauptereignisse

Seit Mitte Jahr können Armee- und Zivilschutzangehörige Dienstverschiebungsgesuche und Gesuche um Auslandurlaub über das Internet einreichen. Der Kanton bietet dieses Angebot als Erster in der Schweiz im Rahmen der neu geschaffenen Plattform «ZHservices» an.

An 117 (108) Orientierungstagen wurden 6277 (5608) Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen informiert. Es gingen 8149 (8730) Dienstverschiebungsgesuche ein; von 5787 (6075) Gesuchen im Zuständigkeitsbereich des Kantons wurden 2093 (2153) abgelehnt. Es wurden insgesamt 4092 (4228) Angehörige der Armee (403 [424] Offiziere) aus der allgemeinen Wehrpflicht entlassen. Für die Soldaten, Unteroffiziere und höheren Unteroffiziere fanden hierzu acht Entlassungsfeiern auf dem Militärflugplatz Dübendorf statt. Die Offiziere wurden an einer würdigen Feier im Albisgütli durch den Sicherheitsdirektor verabschiedet. Die neu brevetierten Leutnants begrüsst der Sicherheitsdirektor – in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft – an einem speziellen Anlass.

Der Umsatz des Armee-Shops im kantonalen Zeughaus betrug Fr. 469 771 (292 895); davon brachte der Verkauf über das Internet (www.a-shop.ch) Fr. 86 019 (94 314) ein. Es wurden rund 2000 (3500) Sturmgewehre 90 instand gestellt und wieder der Rekrutenausrüstung zugeführt. Rund 3500 (3300) Stgw 90 wurden einer grossen Revision unterzogen. Während der fünf Aktionstage der Kantonspolizei zur Entgegennahme von privaten Waffen bot das Zeughaus massgebliche logistische Unterstützung.

Der Waffenplatz Zürich-Reppischtal war mit der Infanterie Durchdienerschule 14 – neben der Militärakademie – praktisch vollständig belegt. Die Ausbildungs- und Schiessplätze waren sehr gut ausgelastet. Die Abteilung Militärbetriebe Kanton Zürich wurde in die Abteilungen Waffenplatz Zürich-Reppischtal und Zeughaus Zürich aufgeteilt.

Es wurden 41 841 (38 435) Ersatzpflichtige veranlagt, was zu einer Vereinnahmung von rund 29,8 Mio. Franken (25,1) führte, 20% fallen dem Kanton als Bezugsprovision zu (rund 5,9 Mio. Franken [5,0]).

Im kantonalen Ausbildungszentrum Andelfingen wurden 1223 (1147) Angehörige des Zivilschutzes aus- und weitergebildet. Der Werterhalt von Schutzräumen, Anlagen und Material erforderte rund 6300 (4500) Personentage. Der Zivilschutz unterstützte verschiedene Organisationen im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und betreute zahlreiche Menschen in Spitälern, Kranken- und Altersheimen mit insgesamt 11 000 (13 000) Personentagen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das AMZ mit seinen Abteilungen Militärverwaltung, Militärbetriebe, Wehrpflichtersatz sowie Zivilschutz erfüllt vor allem vom Bund vorgeschriebene Aufgaben in den Bereichen Militärwesen und Zivilschutz.
A2	Dazu gehören insbesondere das Dienstverschiebungswesen und die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht der im Kanton Zürich wohnhaften Angehörigen der Armee sowie das Verhängen und der allfällige Vollzug von Disziplinarstrafen.
A3	Sodann werden die Wehrpflichtersatzpflichtigen (jährlich rund 30 000) veranlagt. Zivilschutzpflichtige ausgebildet sowie bestehende Zivilschutzinfrastrukturanlagen unterhalten.
A4	Weiter werden alle in der Schweiz wohnhaften Schweizerinnen und Schweizer im 16. Altersjahr über die Möglichkeiten der Dienstleistungen vororientiert, und für alle Stellungspflichtigen werden Orientierungstage durchgeführt.
A5	Schliesslich ist das AMZ zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und für die Entlassung mehrerer Tausend Armeeangehöriger aus der Militärdienstpflicht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Einbezug der Entwicklungsschritte von Armee / Bevölkerungsschutz (u.a. «08/11») Planmässig Der neue sicherheitspolitische Bericht des VBS wird zu beachten sein.	bis laufend
E2	Umsetzung neues Entschädigungsmodell (Mietermodell) Verzögert Die aktuell geltenden Verträge für die Nutzung der kantonalen Waffenplätze sollen bis Ende 2013 verlängert werden.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17,5	18,1	19,3	1,3
Aufwand	-34,9	-32,8	-31,9	0,9
Saldo	-17,4	-14,8	-12,6	2,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,4	1,5	1,8	0,3
Ausgaben	-7,0	-7,0	-5,2	1,9
Saldo	-5,5	-5,5	-3,3	2,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	120,8	135,0	125,6	-9,4

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

+1,3 Höherer Anteil am Wehrpflichtersatz

Aufwand:

+0,6 Geringerer Personalaufwand (Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen)

+0,9 Weniger Sachaufwand, vor allem bei Dienstleistungen, Anschaffungen und baulichem Unterhalt

-0,8 Höhere kalkulatorische Zinsen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Einnahmen:

+0,3 Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund für Anlagen der Zivilschutzorganisationen

Ausgaben:

+1,9 Verschiebung geplanter Vorhaben und abklärungsbedingte Verzögerungen

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

-9,4 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Verschiebungsgesuche einrückungspflichtiger Angehöriger der Armee (AdA); Erledigung innerhalb 14 Tagen (in %)	min.	95	90	96	6
W2	Zufriedenheit der Stellungspflichtigen bezüglich Information und Ablauf am Orientierungstag [OT] (in %)	min.	94	90	92	2
W3	Hoher Bereitschaftsgrad der persönlichen Ausrüstung, Mängel der kontrollierten Ausrüstung (in %)	P	10	-	-	-
W4	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %)	min.	92	80	92	12
W5	Durchschnittliche Bearbeitungszeit für militärische Gesuche (in Tagen)	P	-	7	6	-1
Leistungen						
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung	min.	3 450	3 400	3 857	457
L2	Zeitgerechter Arrestvollzug; Anzahl Verjährungen	max.	10	7	5	-2
L3	Gleichbleibende Kosten im Bereich der persönlichen Ausrüstung (Zeughaus); Kosten pro Angehöriger der Armee im Kt. ZH für die persönliche Ausrüstung (in Fr.)	max.	61	-	-	-
L4	Ausbildungsleistung Zivilschutz; Anzahl Teilnehmertage	min.	8 684	9 600	9 686	86
L5	Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %)	P	-	90	100	10

Wirtschaftlichkeit

B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag [OT] (in Fr.)	max.	28	28	24	-4
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %)	min.	180	124	228	104
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %)	min.	104	90	137	47

Abweichungsbegründungen

W3	Hoher Bereitschaftsgrad der persönlichen Ausrüstung, Mängel der kontrollierten Ausrüstung (in %): Nicht mehr in der Kompetenz AMZ, neu ist das Logistik-Center des Bundes zuständig.					
W4	Erhaltung der Werte; Mängelfreiheit: Schutzbauten/Material (in %): Abnahme der Mängel mit dem Ausscheiden von alten Anlagen					
L1	Betreuung Anzahl Meldepflichtige (einschliesslich Stellungspflichtige) mit Wohnsitz im Kt. ZH pro Mitarbeitende in der Militärverwaltung: Mehr Meldepflichtige pro Mitarbeitenden wegen Stellenreduktion					
L3	Gleichbleibende Kosten im Bereich der persönlichen Ausrüstung (Zeughaus); Kosten pro Angehöriger der Armee im Kt. ZH für die persönliche Ausrüstung (in Fr.): Nicht mehr in der Kompetenz AMZ, neu ist das Logistik-Center des Bundes zuständig.					
L5	Auslastungsgrad Kaserne Reppischtal (in %): Zusätzliche ungeplante Belegungen					
B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag [OT] (in Fr.): Teilnehmerzahl pro Orientierungstag wurde erhöht.					
B2	Kostendeckungsgrad der Abteilung Wehrpflichtersatz (in %): 9% mehr Ersatzpflichtige und mehr höhere, definitive Veranlagungen bei leicht verringerten Ausgaben der Wehrpflichtersatzverwaltung					
B3	Kostendeckungsgrad Schiesspflichtversäumer (in %): Um rund 20% höhere Bussenerträge					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	+126 093	-95 720	0	+30 373	-95 720

Auflösung Rücklagen 2009: Total Fr. 95 720

– davon Fr. 56 700 für Einmalzulagen an Personal

3500 Sozialamt

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden die Umsetzungsarbeiten für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) fortgesetzt. Während es einerseits galt, den Invalideinrichtungen die bisherigen Leistungen des Bundes weiterhin zu gewährleisten, wurden parallel dazu die Arbeiten für ein neues leistungsorientiertes Abgeltungssystem sowie für das vom Bundesrat zu verabschiedende Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen für Invalideinrichtungen im Erwachsenenbereich aufgenommen. Schwerpunkte im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe bildeten die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes, die Weiterentwicklung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) sowie die Verbesserung der Koordination der beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen. Die Wirtschaftslage zwang zur Erarbeitung von Prognosen und Szenarien zur Entwicklung der Sozialhilfekosten. Im Bereich der Familienzulagen wurden verschiedene Umsetzungsfragen im Zusammenhang mit der neuen Einführungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Familienzulagen bearbeitet. Weitere wichtige Geschäfte waren die Gewährleistung ausreichender Unterbringungsplätze für die vom Bund den Kantonen auf hohem Niveau zugewiesenen Asylsuchenden und die Gewährung von Nothilfe für Personen mit einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch oder einem Gesuch, auf welches nicht eingetreten worden war. Im Zusammenhang mit der Einführung von IPSAS galt es, die umfangreichen Finanzflüsse des Kantonalen Sozialamts im neuen kantonalen Rechnungslegungsmodell zu erfassen und abzubilden. Im Rahmen der Umsetzung des neuen psychiatrischen Versorgungskonzepts wurden die Wohnheime Hardoskop und Tilia sowie die Werkstätte Hardundgut von der Psychiatrie abgelöst und gingen auf den 1. Januar 2010 zum Kantonalen Sozialamt über. Im Berichtsjahr erfolgten dazu die umfangreichen Umsetzungsarbeiten, um einen problemlosen Start in der neuen Organisationsstruktur zu gewährleisten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden)
A2	Vollzug des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger und die Koordination der Asylfürsorge
A3	Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
A4	Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
A5	Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Heimen und Einrichtungen für Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Umsetzung der Änderungen des Bundes im Asylbereich (Sozialhilfestopp, Asylgesetzrevision) Abgeschlossen Die Umsetzungsarbeiten zu den Themen Sozialhilfestopp und Ausrichtung von Nothilfe, Einführung der neuen Globalpauschale des Bundes und verbesserte Integration von Personen mit voraussichtlich längerem Aufenthalt in der Schweiz konnten abgeschlossen werden bzw. sind bei Letzterem in den ordentlichen Gesetzgebungsprozess eingeflossen (SHG-Revision).	2009
E2	Einführung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen Abgeschlossen Die kantonale Gesetzgebung ist im Berichtsjahr in Kraft getreten.	2009
E3	Verstärkte berufliche und soziale Integration von vorläufig aufgenommenen Personen, Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern (umfasst LZ RR 14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern) Planmässig Im Berichtsjahr wurden zur Förderung der Eingliederung von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt 25 Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme angeboten und mit 5,9 Mio. Franken finanziert. Die Programme wurden im Berichtsjahr durch die Hochschule Luzern überprüft.	2010
E4	Fehlanreize im Sozialsystem beseitigen (LZ RR 12.2) Planmässig Unter Federführung des Kantonalen Sozialamts wurden alle im Sozial- sowie im Steuersystem vorhandenen Fehlanreize erfasst und nach Lösungsmöglichkeiten für deren Beseitigung gesucht. Die Arbeiten werden 2010 fortgesetzt.	2010
E5	Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit der Volkswirtschafts- direktion, der Bildungsdirektion und der SVA Zürich (umfasst LZ RR 14.1. Rasche und dauerhafte Wieder- eingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern). Planmässig Auf Bundesebene arbeitet das Kantonale Sozialamt in der nationalen Steuergruppe IIZ MAMAC mit. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen des «iiz netzwerk kanton zürich» wurde weitergeführt und ausgeweitet: Neben den Städten Zürich, Winterthur und Uster ist das Netzwerk nun auch in den Bezirken Affoltern, Andelfingen, Meilen, Wetzikon und Horgen tätig.	2010
E6	Umsetzung NFA in den Bereichen Behinderteneinrichtungen und Zusatzleistungen zur AHV/IV (umfasst LZ RR 13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern) Planmässig Seit 2008 erfolgt die Finanzierung der Invalideneinrichtungen nicht mehr durch das Bundesamt für Sozialversicherungen, sondern durch die einzelnen Kantone. Mit der Übernahme der Leistungsvereinbarungen des Bundes wurde sichergestellt, dass in der Übergangszeit bis Ende 2010 die bisherigen Leistungen der IV weiter gewährt werden können. Zudem wurden die Projektierungsarbeiten in Angriff genommen, um das Finanzierungsmodell für die Invalideneinrichtungen ab 2011 an die Anforderungen einer leistungsorientierten Abgeltung anzupassen.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	293,1	254,4	309,4	55,0
Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe		37,3	30,5	–6,8
Rückerstattungen an Asylaufgaben		62,3	83,4	21,2
Rückerstattungen an Zusatzleistungen und Kinderzulagen		154,6	195,2	40,6
Aufwand	–895,3	–865,1	–826,5	38,5
Beiträge an wirtschaftliche Hilfe		–147,1	–132,3	14,7
Beiträge an Asylaufgaben		–82,6	–92,3	–9,7
Beiträge an Zusatzleistungen und Kinderzulagen		–311,9	–305,6	6,3
Beiträge an Soziale Einrichtungen		–302,5	–275,5	27,0
Beiträge an Sozialversicher, des Bundes		–3,3	–2,9	0,4
Saldo	–602,2	–610,6	–517,1	93,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–15,6	–21,3	–15,4	5,9
Saldo	–15,6	–21,3	–15,4	5,9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	48,6	52,0	48,3	–3,7

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

- 6,8 Mindererträge von Bund, Kantonen und Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe (hauptsächlich durchlaufende Beiträge ZUG), teilweise kompensiert durch Mehrertrag vom Bund für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge
- +21,2 Höhere durchlaufende Beiträge vom Bund im Asylbereich sowie hohe Refinanzierung der Aufwendungen des Kantons aus Bundesbeiträgen (als Folge der neuen Rechnungslegungsvorschriften nach IPSAS ist der Übertrag von Bundesbeiträgen auf das Folgejahr eingeschränkt)
- +40,6 Höherer Bundesbeitrag an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte; diesem Mehrertrag steht ein höherer Staatsbeitrag an die Gemeinden gegenüber)

Aufwand:

- +14,7 Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (einschliesslich durchlaufende Beiträge ZUG), der durch Mehraufwand für wirtschaftliche Hilfe für Flüchtlinge teilweise kompensiert wurde
- 9,7 Höhere durchlaufende Beiträge im Asylwesen
- +6,3 Minderaufwand bei der erstmaligen Ausrichtung von Familienzulagen für Nichterwerbstätige, die mangels Erfahrungswerten und geeigneter Grundlagen zu hoch budgetiert wurden (+26,5 Mio. Franken), Mehraufwand beim Staatsbeitrag für Zusatzleistungen (-20,2 Mio. Franken, NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte)
- +27,0 Minderaufwand für Invalideneinrichtungen einschliesslich ausserkantonaler Heimaufenthalte (NFA-bedingte fehlende Erfahrungswerte und um 12 Mio. zu hohe erstmalige Abgrenzungen nach IPSAS)

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ausgaben:

- +4,1 Weniger Investitionsbeiträge aufgrund verzögerter Baufortschritte bei Invalideneinrichtungen
- +1,8 Kein Bau oder Kauf von Asylliegenschaften sowie keine Informatikinvestitionen infolge Vorverschiebung ins Rechnungsjahr 2008

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

- 3,7 Vorübergehende Nichtbesetzung von vakanten Stellen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken)	P	802,9	844,0	796,9	-47,1
W2	Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Franken)	P	87,0	3,3	2,9	-0,4
Leistungen						
L1	Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe	P	15 713	20 000	16 411	-3 589
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber	P	2 308	1 500	1 920	420
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich	P	5 452	5 000	5 100	100
L4	Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen	P	13 961	13 700	14 163	463
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	41 679	44 000	42 440	-1 560
L6	Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	P	113	100	107	7
Wirtschaftlichkeit						
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %)	P	80	90	75	-15
B2	Auslastungsgrad Soziale Einrichtungen (in %)	P	96	94	97	3
Abweichungsbegründungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Franken): Minderaufwand für wirtschaftliche Hilfe (Anstieg der Sozialhilfekosten weniger stark als erwartet), für Beiträge an Soziale Einrichtungen und für Familienzulagen. Mehraufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV. Die erstmaligen Abgrenzungen nach IPSAS erwiesen sich als zu hoch. Die Auswirkungen der NFA konnten aufgrund fehlender Erfahrungswerte nicht ausreichend eingeplant werden.					
W2	Anteile des Kantons an den Sozialversicherungen des Bundes für AHV und IV und an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen (in Mio. Franken): Beitrag niedriger als Voranschlag des Bundes					
L1	Anzahl Rechnungen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe: Systemumstellungen in grösseren Gemeinden und Änderungen im Bereich der Flüchtlingsabrechnungen führten u. a. zu weniger Rechnungen als geplant.					
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber: Mehr Zuweisungen von Asylsuchenden					
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich: Mit den steigenden Zuweisungen des Bundes ist auch der Bestand an fürsorgeabhängigen Asylsuchenden etwas höher.					
L4	Verfügbare Plätze in Sozialen Einrichtungen: Verbessertes Angebot im Bereich der Tagesstrukturen und der Wiedereingliederung					
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV: Weniger starke Zunahme als erwartet					
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %): Zu Jahresbeginn starke Auslastung; der Rückgang der Unterbringung wurde zum Teil durch Schliessung von Unterkünften aufgefangen (ein Grundangebot sollte aber nicht unterschritten werden).					

 Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	+219 631.45	-60 587.30	+40 000	199 044.15	-20 587.30

Bildung von Rücklagen 2009

Auch 2009 war das Kantonale Sozialamt in verschiedenen Bereichen mit einer Mehrbelastung konfrontiert. Dazu zählen sowohl die Umsetzungsarbeiten für die NFA im Invalidenbereich als auch die Einführung von IPSAS, die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen oder Fragen zur Bemessung und Ausgestaltung der Sozialhilfe. Die Aufgabenerfüllung konnte mit gleichbleibendem Personalbestand wahrgenommen werden und Vakanzen wurden intern aufgefangen.

3600 Statthalterämter

Hauptereignisse

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Erneuerungswahl der Bezirksbehörden. Aufgrund des Altersrücktritts von sechs Statthaltern kam es in sechs von zwölf Bezirken zu Neubesetzungen dieser Behörde. Neu gewählt wurden die Statthalter Hartmuth Attenhofer (Bezirk Zürich), Hanspeter Frei (Bezirk Bülach), Meinrad Schwarz (Bezirk Winterthur), Marcel Tanner (Bezirk Uster), Peter Weih (Bezirk Andelfingen) und Daniel Widmer (Bezirk Dielsdorf). Der Wechsel an der Führungsspitze erforderte in den betroffenen Statthalterämtern und Bezirksräten Anstrengungen zur Sicherstellung des Wissenstransfers und des Qualitätsstandards.

Im Überblick über alle Statthalterämter ist bei den Verzeigungseingängen gegenüber dem Vorjahr ein kleiner Anstieg festzustellen. Diese Kennzahl unterliegt in den einzelnen Bezirken erheblichen Schwankungen. Deutlich spürbar sind in den einzelnen Statthalterämtern die Zunahme der komplexeren Strafverfahren und die zunehmend aufwändigeren und zahlreicheren Einspracheverfahren. Die marginal belastenden Dienstleistungen für andere Amtsstellen wie der Verkauf von Mofaschildern und die Abgabe von Grenzkarten haben im Gegenzug stark abgenommen. Im Rechnungswesen der Statthalterämter führen die möglicherweise durch die Finanzkrise beeinflusste schlechte Zahlungsmoral und die immer häufiger geltend gemachte Zahlungsunfähigkeit zu Mehrbelastungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen
A2	Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrwesen mit Bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden, Kontrolle der feuerpolizeilichen Arbeit, Inspektionen der Feuerwehren
A3	Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4	Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenergebnisse
A5	Ausstellen von Waffentragscheinen und Beschlagnahmung von Waffen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Konzentration der Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht beim Statthalter Planmässig In der Vorlage 4610 zu einem Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG), die der Regierungsrat am 1. Juli des Berichtsjahrs verabschiedet hat, ist die grundsätzliche Zuteilung der Strafkompetenz im Übertretungsstrafrecht an die Statthalterämter vorgesehen. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2013 verschoben. Grund sind die Auswirkungen der Einführung/ Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (nStGB).	2011
E2	Ausdehnung der Aufsichts- und Strafkompentenz der Statthalter Planmässig In der Vorlage 4610 zu einem Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG), die der Regierungsrat am 1. Juli des Berichtsjahrs verabschiedet hat, ist die grundsätzliche Zuteilung der Strafkompetenz im Übertretungsstrafrecht an die Statthalterämter vorgesehen. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2011 auf 2013 verschoben. Grund sind die Auswirkungen der Einführung/ Umsetzung des neuen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (nStGB).	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	22,5	23,1	23,3	0,2
Aufwand	–16,5	–17,7	–17,3	0,5
Saldo	6,0	5,4	6,1	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,5	–0,6	–0,0	0,6
Saldo	–0,5	–0,6	–0,0	0,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	60,4	62,0	59,4	–2,6

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

+0,2 Höherer Gebührenertrag vor allem im Bereich Strafverfügungen

Aufwand:

+0,2 Einsparungen beim Personalaufwand vor allem infolge vorübergehender Nichtbesetzung von vakanten Stellen

+0,2 Einsparungen beim Sachaufwand

+0,1 Weniger kalkulatorische Abschreibungen als geplant

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ausgaben:

+0,6 Keine Informatikinvestitionen infolge Vorverschiebung der mit Nachtragskredit im Rechnungsjahr 2008 bewilligten Investitionen aufgrund technischer Abhängigkeiten mit anderen Ämtern und zur Ausnützung von Volumenrabatten im Rahmen der Informatik-Ersatzbeschaffung (KR-Nr. 4561/2008: Bewilligung Nachtragskredit, III. Serie 2008)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

–2,6 Bei Stellenwechseln wurden einzelne Vakanzen vorübergehend nicht besetzt.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	P	1 993	2 250	2 277	27
W2	– in % der erledigten Fälle	P	3,97	4,50	4,42	–0,08
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr	P	4 071	5 000	4 875	–125
W4	– in % aller Fälle	P	7,50	9,60	8,64	–0,96
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate	P	1 352	1 500	1 237	–263
W6	– in % der erledigten Fälle	P	2,69	3,00	2,40	–0,6
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Straffälle	P	50 185	50 000	51 561	1 561
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren	P	63	40	87	47
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	P	4 734	5 000	4 118	–882
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	P	2 589	3 000	2 747	–253
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen	P	72 798	90 000	71 571	–18 429
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %)	P	63	70	70,7	0,7
Abweichungsbegründungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 +27, zu Rechnung 2008 –284)					
W2	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (in % der erledigten Fälle): Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 –0,08%, zu Rechnung 2008 +0,45%)					
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 –125, zu Rechnung 2008 +804)					
W4	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (in % aller Fälle): Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 –0,96%, zu Rechnung 2008 +1,14%)					
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 –263, zu Rechnung 2008 –115)					
W6	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (in % der erledigten Fälle): Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 –0,60%, zu Rechnung 2008 –0,29%)					
L1	Anzahl erledigte Straffälle: Im Rahmen der Vorjahreswerte (Abweichungen: zu Planwert 2009 +1561, zu Rechnung 2008 +1376)					
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren: Die Zunahme ist vorwiegend auf Rekurse in Polizei- und Feuerwehrangelegenheiten (+28) zurückzuführen (langjährigen Durchschnitt 2006–2008: 49).					
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen und Ausweise: Abnahme beim Ausstellen von Invalidenbegleitkarten für verbilligte Bahnfahrten (zu Rechnung 2008: –626 Karten), keine Grenzverkehrskarten mehr ausgestellt (zu Rechnung 2008: –138 Karten) jedoch Zunahme bei Waffengeschäften (zu Rechnung 2008: +115 Gesuche) sowie Fahrrad- und Motorfahrradkennzeichen (zu Rechnung 2008 +33)					
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen: Im Schwankungsbereich (Abweichungen: zu Planwert 2009 –253, zu Rechnung 2008 +158)					
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen: Die Menge der eingegangenen Polizeirapporte kann nicht beeinflusst werden.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	+68 139	-33 175	+120 000	+154 964	+86 825

Bildung von Rücklagen 2009

Das positive Ergebnis konnte sowohl durch Nichtbesetzen einzelner Stellen sowie durch einen sparsamen Umgang mit Sachmitteln als auch durch Mehreinnahmen bei Gebühren verbessert werden.

3910 Sportfonds

Hauptereignisse

Der Beitrag der interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) betrug Fr. 15 866 000. Insgesamt wurden Fr. 9 353 000 zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt.

Dem Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) und den ihm angeschlossenen Sportverbänden und -vereinen wurden Beiträge von insgesamt Fr. 5 362 000 bewilligt (einschliesslich Betriebsbeitrag für kantonales Sportzentrum und Entschädigung an ZKS aus Leistungsvereinbarung). Zudem wurden Bauvorhaben an 20 Sportanlagen, die im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts aufgeführt sind, Beiträge von Fr. 7 031 000 gesprochen. Für weitere 52 Bauvorhaben von Gemeinden und Dritten wurden Beiträge von Fr. 2 024 000 genehmigt. Deren Auszahlung erfolgt in den kommenden Jahren.

Im Berichtsjahr wurden 50 Sportanlagen von Gemeinden und nicht dem ZKS angehörenden Institutionen mit Fr. 4 134 000 (einschliesslich 1. Rate Neubau Stadion Letzigrund Fr. 2 000 000), 57 Sportanlässe mit Fr. 143 000 und 10 Sportprojekte mit Fr. 57 000 unterstützt.

Die Kosten für den Bau und Unterhalt des kantonalen Sportzentrums Kerenzlerberg belasteten den Fonds (Aufwand Erfolgsrechnung einschliesslich Zinsen und Abschreibungen) mit Fr. 2 694 000. Der Neubau der Holzschnitzelheizung für die gesamte Anlage des Zentrums und die Sanierung der Schiessanlage konnten abgeschlossen werden. Das Sportzentrum und das dazugehörige Hotel beherbergten 1245 Anlässe und Kurse mit 31 379 Übernachtungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Einsatz/Verwendung der kantonalen Swisslos-Gelder zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Anlässe, Kurse, Geräte, Sportanlagen und Projekte]; Unterstützung Sportstättenbau; Betrieb des Sportzentrums Kerenzlerberg)
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,1	21,1	18,5	-2,7
Swisslos	15,6	16,0	15,9	-0,1
Zinsen	2,5	3,1	2,5	-0,6
Entnahme Bestandeskonto		2,0		-2,0
Aufwand	-18,1	-21,1	-18,5	2,7
Betriebsbeiträge	-8,0	-17,4	-9,4	8,0
Einlagen in Bestandeskonto	-7,1	0,0	-6,3	-6,3
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0,9	-3,4	-3,4	0,1
Kreditübertragungen aus 2008		-0,9		
Saldo	-0,9	-3,4	-3,4	0,1
Fondsbestand				
Fondsbestand	77,1	79,8	83,4	3,7

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

- 2,0 Aufgrund des positiven Jahresergebnisses (geringere Betriebsbeiträge als budgetiert) war die geplante Entnahme aus dem Fondsbestand nicht erforderlich.
- 0,6 Tieferer Zinsertrag
- 0,1 Minderertrag aufgrund schlechteren Betriebsergebnisses 2008 der SWISSLOS

Aufwand:

- +8,0 Weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen aus dem Katalog des Kantonalen Sportanlagenkonzepts KASAK
- +0,6 Minderaufwand für Planungen und baulichen Unterhalt am Sportzentrum Kerenzerberg und Dienstleistungen Dritter
- +0,4 Niedrigere Vorjahresinvestitionen haben tiefere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen zur Folge.
- 6,3 Minderaufwandbedingte Einlage in den Sportfonds

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründungen Rechnung 2008 / Rechnung 2009:

- +6,3 Der Ertrag der SWISSLOS (Kantonsanteil) war im Berichtsjahr höher als die Aufwendungen, sodass der Fonds geäufnet werden konnte.

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus

Hauptereignisse

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden.

Im Berichtsjahr wurden die Beiträge an die Alkoholfachstellen mithilfe eines neuen Verteilschlüssels festgelegt, wobei der Leistungsanteil zulasten des Einwohneranteils erhöht wurde. Die stärkere Gewichtung des Leistungsanteils erfolgte mit Zustimmung aller Alkoholfachstellen. Die Leistungsabgeltung erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung der Universität Zürich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Fonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche, eigene und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an Laufende Rechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,6	4,3	4,8	0,5
Anteil am Eidg. Alkoholmonopol	4,5	4,2	4,7	0,5
Entnahme aus Bestandeskonto				
Zinsen aus Bestandeskonto	0,1	0,1	0,1	0,0
Aufwand	-4,6	-4,3	-4,8	-0,5
Betriebsbeiträge	-2,1	-2,2	-2,1	0,1
Einlagen in Bestandeskonto	-0,7	-0,3	-0,9	-0,6
Übertrag an GD/Prävention	-1,8	-1,8	-1,8	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	3,2	2,9	4,1	1,2

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2009 / Rechnung 2009:

Ertrag:

+0,5 Höherer Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung

Aufwand:

-0,6 Höhere Einlage in das Bestandeskonto des Spezialfonds

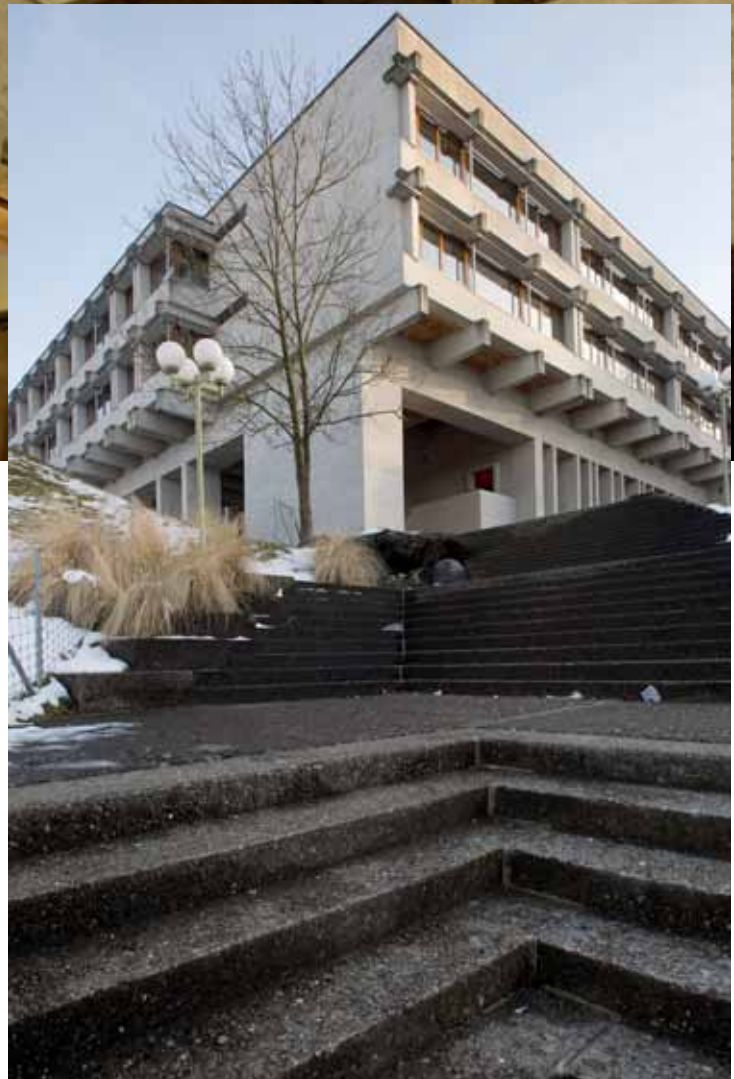
Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründungen Rechnung 2008 / Rechnung 2009:

+0,9 Der Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung war im Berichtsjahr höher als die Aufwendungen, sodass der Fonds geüfnet werden konnte.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in %)	P	-	100	100	0
Leistungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkohol- beratungsstellen (Vorjahreswert in Franken)	P	-	26	25	-1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Fondsbestand in % der jährlichen Ausgaben	P	-	66	82	16
Abweichungsbegründungen						
B1	Fondsbestand in % der jährlichen Ausgaben: Zu Beginn des Geschäftsjahres betrug der Fondsbestand 82% eines Jahres- betreffnisses der Ausgaben. Nach der erneuten Fondseinlage am Jahresende wird der Fondsbestand die Zielgrösse von einem Jahresbetreffnis erreicht haben.					





Finanzdirektion

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern höchstens indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – das heisst ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Finanzkrise

Die Finanzkrise war auch im Berichtsjahr eines der vordringlichen Themen. Die Finanzdirektion hatte bereits Ende 2007 eine interne Arbeitsgruppe «Finanzkrise» gebildet, um die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Kanton Zürich abzuschätzen sowie den entsprechenden Handlungsbedarf zu erkennen. Der Schwerpunkt wurde dabei insbesondere auf die Entwicklung der Steuererträge sowie des Staatshaushaltes gelegt. Im Berichtsjahr wurde diese interne zu einer interdirektionalen Arbeitsgruppe mit Einbezug von Vertretern weiterer Direktionen erweitert mit dem Ziel, mögliche Handlungskonzepte für den Fall einer weiteren Verschärfung der Finanzkrise zu erarbeiten. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe pflegen dazu einen intensiven, regelmässigen Kontakt mit internen und externen Stellen, namentlich Vertretern anderer Kantone, Gemeinden, des Bundes, Unternehmungen sowie der Lehre und Forschung. Die Folgerungen aus den Abklärungen der Arbeitsgruppe werden bei der finanziellen Lagebeurteilung und den Planungen laufend berücksichtigt und haben den KEF 2010–2013 beeinflusst.

Budgetkürzungen und Start Sanierungsprogramm San10

Finanzpolitisch war das Berichtsjahr von Budgetkürzungen und dem Start des neuen Sanierungsprogramms San10 geprägt.

Gleich zu Jahresbeginn stand die Umsetzung der vom Kantonsrat beschlossenen Verbesserung des Budgets 2009 um 99 Mio. Franken an. Der Regierungsrat verteilte die Kürzung, die einer Saldoverbesserung von 1,63% entsprach, gemäss der Belastung des Budgets der Erfolgsrechnung 2009 auf die einzelnen Direktionen und die Staatskanzlei (ohne finanzielle Leistungsgruppen).

Bei der Erarbeitung des Budgetentwurfs 2010 sowie des KEF 2010–2013 im Frühjahr des Berichtsjahres zeigten sich die Auswirkungen der Rezession und der Finanzmarktkrise auf den kantonalen Finanzhaushalt in vollem Ausmass. Der Einbruch bei den Steuererträgen führte in den Planzahlen zusammen mit dem weiter steigenden Aufwand sowie den geplanten Steuersenkungen zu drohenden Milliardendefiziten.

In einem ersten Schritt nahm der Regierungsrat im Frühjahr kurzfristig erhebliche Verbesserungen im Budgetentwurf 2010 und im KEF 2010–2013 vor. Die Erfolgsrechnung wurde in den KEF-Jahren kumuliert um rund 1,6 Mrd. Franken verbessert. Trotz diesen ersten Massnahmen wiesen der vom Regierungsrat vorgelegte Budgetentwurf 2010 und der KEF 2010–2013 ein kumuliertes Defizit von rund 4,6 Mrd. Franken auf. Der von der Verfassung verlangte mittelfristige Ausgleich des Finanzhaushalts wird mit einem kumulierten Aufwandüberschuss von rund 3,8 Mrd. Franken (Erfolgsrechnungen 2006–2013) deutlich verfehlt.

Der Regierungsrat leitete daher in einem zweiten Schritt ein Sanierungsprogramm San10 zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts ein. Ziele sind der Ausgleich der Erfolgsrechnung 2013 sowie eine bereits möglichst grosse Wirkung im Budget 2011. Der Regierungsrat geht davon aus, dass mit der Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts gleichzeitig das bestehende strukturelle Defizit weitgehend beseitigt wird. Damit würde auch das Legislaturziel Nr. 2 (verspätet) erreicht. Die entsprechenden Arbeiten begannen im vierten Quartal mit der Erarbeitung von Leistungskatalogen und einer Übersicht über die Investitionen durch die Direktionen.

Im Rahmen der Budgetdebatte beschloss der Kantonsrat im Dezember zusätzliche Verbesserungen des Budgets 2010 in der Höhe von 194 Mio. Franken, wobei 100 Mio. Franken erneut als Pauschalvorgabe beschlossen wurden.

Neue Rechnungslegung

Die Jahresrechnung 2009 wurde erstmals nach den Regeln der neuen Rechnungslegung geführt und abgeschlossen. Die Ermittlung der Ausgangswerte für die massgebende Eröffnungsbilanz per 1. Januar erfolgte als sogenanntes «Restatement», indem die Staatsrechnung 2008 gemäss dem bisherigen Finanzhaushaltsgesetz in die Jahresrechnung 2008 nach CRG/IPSAS umgerechnet wurde. Der vom Kantonsrat am 14. Dezember genehmigte Bilanzanpassungsbericht (Vorlage 4625) beschreibt das Vorgehen und legt die Ausgangswerte abschliessend fest. Durch die Komplexität und die Vielfalt der Neuerungen konnten nicht alle Unsicherheiten in der Neuwertung der Bilanzpositionen und der Umrechnung der Erfolgs- und Investitionsrechnung beseitigt werden. Die von der Finanzkontrolle aufgedeckten Feststellungen sind im Revisionsbericht zum Bilanzanpassungsbericht enthalten. Sie wurden im Rahmen der Nacharbeiten zum Restatement und den Jahresabschlussarbeiten 2009 behandelt und werden dem Kantonsrat mit der vorliegenden Staatsrechnung 2009 zur Genehmigung vorgelegt.

Stärkung der Position des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb

Für die Steuern der natürlichen Personen kann festgestellt werden, dass der Kanton Zürich im interkantonalen Vergleich bei mittleren und hohen Einkommen weiterhin gut positioniert ist. Bei sehr hohen Einkommen hat sich jedoch der Kanton Zürich weiter verschlechtert. Inzwischen fällt er bei einem Bruttoarbeitslohn von einer Million Franken gemäss den von der Eidgenössischen Steuerverwaltung veröffentlichten Zahlen für die Kantonshauptorte (2008) bei kinderlosen Steuerpflichtigen auf den 19. und bei Verheirateten mit Kindern gar auf den 20. Rang zurück (1. Rang gleich steuergünstigster Kanton). Hinzu kommt, dass der Kanton Zürich auch bei der Vermögenssteuer für sehr hohe Vermögen schlecht abschneidet.

Mit der vom Kantonsrat am 30. März beschlossenen Änderung des Steuergesetzes, in der neben dem Ausgleich der kalten Progression und Steuererleichterungen für Familien auch Entlastungen für hohe Einkommen und Vermögen vorgesehen sind, kann die Stellung des Kantons im interkantonalen Steuerwettbewerb verbessert werden. Nachdem jedoch gegen diese Änderung des Steuergesetzes sowohl das Kantonsratsreferendum als auch zwei Referenden mit Gegenvorschlägen von Stimmberechtigten eingereicht worden sind, liegt der Entscheid bei den Stimmberechtigten.

Bei den Steuern der juristischen Personen kann auf den Antrag des Regierungsrates vom 12. August betreffend die im Kantonsrat hängige Vorlage 4620 hingewiesen werden, mit dem das Steuergesetz an das Unternehmenssteuerreformgesetz II des Bundes angepasst werden soll. Ende des Berichtsjahres behandelte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates die Vorlage.

Aktualisierung des kantonalen Lohnsystems

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr wesentliche Weichen für die Erneuerung des kantonalen Lohnsystems gestellt. Im Juni leitete er die Vorlage zur Neuregelung der individuellen Lohnerhöhungen (Beförderungen) und der Einmalzulagen an den Kantonsrat weiter. Die Neuerung erlaubt eine stärker leistungsorientierte und flexiblere individuelle Lohnentwicklung für die kantonalen Mitarbeitenden. An die Stelle des bisherigen zweigleisigen Systems mit automatischen Stufenaufstiegen und als «Beförderung» bezeichneten leistungsorientierten Lohnerhöhungen sollen individuelle, an den Leistungen orientierte Lohnerhöhungen treten. Der Teuerungsausgleich wird im gleichen Sinne wie bisher gewährleistet, wobei neu statt auf den Städteindex auf den Landesindex der Konsumentenpreise abgestellt wird. Für die Höhe der jährlichen Lohnrunden orientiert sich der Regierungsrat grundsätzlich an den Lohnrunden von Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich und an der Situation des Finanzhaushaltes des Kantons. Zudem werden die Einmalzulagen im kantonalen Lohnsystem gestärkt, indem die dafür vorgesehenen Mittel zu budgetieren sind. Zu Ende des Berichtsjahres war die Vorlage im Kantonsrat ausstehend.

Im Dezember wurde sodann das Projekt für die Überprüfung der Einreihung verschiedener Richtpositionen an veränderte Anforderungen beschlossen. Weil das Bildungssystem, die Arbeitswelt und der Arbeitsmarkt seit Einführung des gegenwärtigen Lohnsystems verschiedene Änderungen erfahren haben, ergab sich die Notwendigkeit einer Nachführung verschiedener Funktionen an die eingetretene Entwicklung. Die Mehrzahl der Anpassungen betreffen Funktionen des Gesundheits- und des Sozialbereichs. Höhere Einstufungen ergaben sich insbesondere bei Berufen, deren Ausbildung neu auf Stufe Fachhochschule stattfindet, sowie bei der Einreihung der Ärztinnen und Ärzte. Die Änderungen werden am 1. Juli 2010 in Kraft treten.

Legislaturziele

Die Finanzdirektion ist zuständig für die Massnahmen 2.1, 3.6, 4.1, 6.2–6.4 und 12.2–12.6 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsratteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. Im vorliegenden Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Finanzdirektion.

Legislaturziel	1 Zentrales Steuerregister bereitstellen, Informationsqualität gegen aussen und innen verbessern
Massnahme	1.1 Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr konnten im Informatikprogramm ZüriPrimo wesentliche Meilensteine erreicht werden. Im Rahmen der Realisierungseinheit 01 (Register/Veranlagung) konnte die Vernetzung zwischen Kanton und Gemeinden weiter ausgebaut und die Submission für das zentrale Register abgeschlossen werden. Bedingt durch Sparmassnahmen und eine vertiefte Nutzenanalyse musste in der Realisierungseinheit 03 (Workflow) eine Verlängerung der Konzeption hingenommen werden. Die Arbeiten für die Realisierungseinheit 05 (Teil E-Government) wurden aufgenommen und schreiten planmässig voran. Die Planung der weiteren Realisierungseinheiten wurde aktualisiert, wobei sich aufgrund der kantonalen Sparmassnahmen ein Gesamtabschluss des Informatikprogramms ZüriPrimo nach 2015 abzeichnet.
Legislaturziel	2 Das kantonale Beschaffungswesen optimieren
Massnahme	2.1 Lieferantenmanagement aufbauen, verschiedene Pilotprojekte aufbauen und ausführen, Beschaffungsprozesse verbessern und einen Prototyp einer Portal-Lösung erstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat die Finanzdirektion am 17. Januar 2007 beauftragt, das Projekt «Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens» durchzuführen. Im Verlauf des Projekts sind zunehmend grössere Abweichungen gegenüber der Projektplanung entstanden. Die Finanzdirektion nahm deshalb eine Standortbestimmung vor und klärte das zweckmässige weitere Vorgehen. Der Regierungsrat hat in der Folge die Finanzdirektion am 11. Februar beauftragt, dieses Projekt weiterzuführen. Zugleich wurde die bisherige Projektorganisation leicht angepasst sowie die Meilensteinplanung aktualisiert. Die gegenwärtige Planung zielt darauf hin, das Projekt innerhalb von drei Jahren bis Anfang 2012 durchzuführen. Diese kann aus heutiger Sicht eingehalten werden.

Legislaturziel	3 Die dezentrale Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln überprüfen
Massnahme	3.1 Regierungsratsbeschluss betreffend Auftrag an die Finanzdirektion zur Überprüfung der dezentralen Organisationsstruktur für den Einsatz von Informatikmitteln erwirken. Auftrag an externen Experten erteilen.
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Der Regierungsrat hat am 9. Dezember 2008 die neue Informatikstrategie der kantonalen Verwaltung als verbindliche Arbeitsgrundlage für die Direktionen des Regierungsrates, die Staatskanzlei und die unselbstständigen Anstalten festgelegt. Die Strategie äussert sich auch zu Ausmass und Vorgehen bezüglich der anzustrebenden Zentralisierung der Informatik auf Stufe Gesamtverwaltung und Direktion. Die in Legislaturziel 3 der Finanzdirektion aufgeführten Massnahmen sind darin aufgegangen. Vgl. dazu die Berichterstattung zu Legislaturziel 6.4 des Regierungsrates.
Legislaturziel	4 Die Personalvorsorge des Kantons Zürich (BVK) bis 1. Januar 2011 verselbstständigen
Massnahme	4.1 Verordnung über die Wahl des ersten Stiftungsrates der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich erlassen. Fusionsvertrag mit der Stiftung BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich abschliessen. Regierungsratsbeschluss über den Vollzug der Verselbstständigung erwirken.
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Verordnung liegt als fertig ausgearbeiteter Antrag bei der BVK. Dem Erlass kommt zurzeit keine zeitliche Priorität zu, da der gegenwärtige Deckungsgrad weit von der für eine Verselbstständigung erforderlichen Höhe entfernt ist. Es besteht zurzeit kein Anlass, die Aufsichtsbehörde zu einem Entscheid zu drängen. Die Vorbereitung des Antrags wurde ausgesetzt.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abw. von von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7 018,6	7 241,8	7 196,5	–45,3
Aufwand	–1 226,4	–1 193,5	–1 270,9	–77,4
Kreditübertragungen aus 2008		–0,3		
Saldo	5 792,2	6 048,4	5 925,6	–122,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1	0,0	9,1	9,1
Ausgaben	–11,6	–51,9	–21,5	30,4
Kreditübertragungen aus 2008		–2,0		
Saldo	–11,5	–51,9	–12,4	39,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	834,6	824,1	842,7	18,6

Erfolgsrechnung

- +42,1 Geringfügig höhere Staatssteuer-Erträge (netto)
- +34,0 Der vom Kantonsrat bewilligte Beitrag des Lotteriefonds von 20 Mio. Franken zugunsten des Landesmuseums konnte wegen einer Einsprache nicht ausbezahlt werden.
Andere Auszahlungen haben sich verzögert.
- +26,2 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+25,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+1,2)
- +18,7 Höhere Erträge aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- +14,3 Geringerer Aufwand für die Verzinsung des variabel verzinslichen Fremdkapitals
- +9,6 Geringere Übertragungen aus dem Lotteriefonds an kantonsinterne Leistungsgruppen, da die Fachstelle Kultur und die kantonale Denkmalpflege die für sie budgetierten Beträge nicht ausgeschöpft haben.
- +7,7 Höhere Erträge von Swisslos
- +6,7 Höherer Kantonsanteil an den Verrechnungssteuern des Bundes
- +6,1 Geringerer kalkulatorischer Zinsaufwand auf internen Kontokorrenten und Fondsbeständen
- +5,9 Personalamt: Tiefere Kosten im Casemanagement (CM), da wegen der verzögerten Einführung in der Bildungsdirektion die Umsetzung des CM erst gegen Ende 2009 angelaufen ist. Zudem beruhte das Budget 2009 für das CM auf Erfahrungswerten anderer Arbeitgeber, welche sich für den Kanton als zu hoch erwiesen haben.
Deshalb wurde das Budget für das CM bereits in den Folgejahren um 3 Mio. Franken auf 3,7 Mio. Franken gekürzt (vgl. KEF 2010–2013).
- 99,0 Der Kantonsrat hat im Budget 2009 eine pauschale Aufwandreduktion von 99 Mio. Franken vorgegeben mit dem Auftrag, diese Aufwandreduktion in den anderen Leistungsgruppen zu erzielen. Die Direktionen und die Staatskanzlei haben dieses Ziel erreicht. Unabhängig davon verbleibt in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eine Verschlechterung von 99 Mio. Franken, was dem Kantonsrat schon bei seinem Beschluss bekannt war.
- 91,7 Geringere Anteile an der direkten Bundessteuer

-39,6	Höhere Einlage in den Bestand des Lotteriefonds wegen der höheren Swisslos-Erträge und der tieferen Beiträge
-32,9	Niedriger Ertrag aus Festgeldanlagen aufgrund tieferer Zinsen
-13,4	Geringere Nettoinvestitionen führen zu geringeren kalkulatorischen Zinserträgen.
-8,5	Zentral budgetierter Minderaufwand bei den Abschreibungen (wegen der Annahme, dass das Investitionsbudget 2008 nur zu 80% ausgeschöpft wurde) fiel in den einzelnen Leistungsgruppen an.
-7,5	Niedriger Ertrag aus Swap-Geschäften infolge tieferer Zinsen
-6,6	Tiefere Erträge aus den Quellensteuern
+5,1	Übrige Entlastungen

Investitionsrechnung

+20,0	Die für 2009 geplante Auszahlung eines zinsvergünstigten rückzahlbaren Darlehens an die Messe Schweiz AG wird voraussichtlich 2012 erfolgen.
+9,0	Rückzahlung einer Grundkapitaltranche der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ)
+7,6	Die Übertragung der 180 000 Namenaktien der Messe Schweiz AG vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen (für 2009 geplante Ausgabe) erfolgte zu einem tieferen Jahreschlusskurs per 31. Dezember 2008.
+5,0	Minderinvestitionen gemäss Projektfortschritt ZüriPrimo
+2,2	Tiefere Investitionen für PULS-ZH, da gemäss IPSAS nur ein Teil der ursprünglich geplanten Kosten in der Investitionsrechnung anfallen. Dieser Tatbestand war bei der Erarbeitung des Regierungsratsbeschlusses zu PULS-ZH und des Budgets 2009 noch nicht bekannt. Zusätzlich wurden die Kosten der SAP-Lizenzen im Umfang von rund 1,7 Mio. Franken ins Folgejahr verschoben.
+2,0	Die geplante Aktienkapitalerhöhung der Messe Schweiz AG wurde auf 2011 verschoben.
-7,0	Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK). Diese Darlehen werden erstmals in der Bilanz der Amtsstelle 4300 Amt für Tresorerie geführt (zuvor LG Nr. 8800 Baudirektion – ALN).
+0,7	Übrige nicht getätigte Investitionen

Personal

21,9	Steueramt: 2009 zu tief budgetiert (die Budgetierung basierte auf Planwerten aus dem Sanierungsprogramm San04); entspricht Rechnung 2008.
1,8	Finanzverwaltung: Zusätzliche Stellen im Buchungszentrum (aus anderen Direktionen übertragene Stellen; saldoneutral) und im Kompetenzzentrum SAP (Betreuung des neuen Personaladministrationssystems)
0,2	Generalsekretariat: Infolge Ablösung von langjährigen Mitarbeitenden wurde der budgetierte Beschäftigungsumfang leicht überschritten.
0,2	Personalamt: Aufgrund einer nicht besetzten Stelle im Personalcontrolling, im Gegenzug aber einer zusätzlichen Stelle für PULS-ZH und Aushilfen infolge Personalwechseln, lag der Beschäftigungsumfang insgesamt höher als budgetiert.
-5,2	Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale: Vakanzen auf Ende 2009 sowie verzögerte Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens im Vergleich mit der ursprünglichen Planung.
-0,3	Direktionsübergreifende Informatik: Verzögerte Wiederbesetzung einer offenen Stelle

Investitionen

Das Programm ZüriPrimo und die Applikation PULS-ZH sind die grössten Investitionen der Finanzdirektion. Mit ZüriPrimo wird ein Informatiksystem verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Programm ist in zwölf Realisierungseinheiten (RE) unterteilt und wird zwischen 2004 und 2015 ausgeführt. Das heute im Einsatz stehende Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystem PALAS wird durch die SAP-Applikation PULS-ZH abgelöst. Die Einführung von PULS-ZH ist per Januar 2011 geplant.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
ZüriPrimo	-3	-61	-17	-44
PULS-ZH	-2,8	-10,1	-2,8	-7,3

Allgemeine Bemerkung zu ZüriPrimo: Die in der tabellarischen Übersicht ausgewiesenen Werte umfassen den voraussichtlichen Anteil der Investitionsrechnung über die gesamten zwölf Realisierungseinheiten des Programms ZüriPrimo. Der finanzielle Gesamtrahmen des Programms von 126,7 Mio. Franken ergibt sich aus dem Konzept-RRB Nr. 307/2004 abzüglich der Sparmassnahmen MH06 und beinhaltet unter IPSAS sowohl Ausgaben in der Erfolgs- wie auch in der Investitionsrechnung.

Bemerkung zu den «Total bewilligten Ausgaben» im Projekt ZüriPrimo: Per Ende 2009 wurde von den notwendigen Ausgabenbewilligungen für die einzelnen Realisierungseinheiten erst ein Teil durch einen Regierungsratsbeschluss genehmigt.

Leistungsgruppen

4000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen zugunsten der Direktionsvorsteherin bzw. der Ämter beschäftigte sich das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten:

- Multiprojektmanagement Finanzdirektion: Auf Mitte Jahr wurde in der Finanzdirektion unter der Bezeichnung «Multiprojektmanagement Finanzdirektion» (MPM FD) ein Instrument zur Steuerung von Informatik- und Organisationsprojekten von strategischer Bedeutung eingeführt. Sowohl die Vorarbeiten als auch die Umsetzung des Instruments auf Direktionsstufe erfolgten unter massgeblicher Mitwirkung des Generalsekretariates.
- Kommunikation zu den Folgen der Finanzmarktkrise: Die Ereignisse auf dem Finanzmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung erforderten weiterhin einen hohen Koordinationsbedarf bei der Erstellung von amts- und direktionsübergreifenden Lageanalysen und der darauf beruhenden internen und externen Kommunikation.
- Änderung der Notariatsgebühren: Die vom Kantonsrat Anfang März des Berichtsjahres beschlossenen Revisionen des Notariatsgesetzes (Herabsetzung von Gebühren) und der Verordnung des Kantonsrates über die Notariats- und Grundbuchgebühren wurden auf Mitte Jahr in Kraft gesetzt. Auf diesen Zeitpunkt hin überarbeitete das Generalsekretariat zusammen mit dem Notariatsinspektorat die bestehende Dienstanweisung der Finanzdirektion zur Notariatsgebührenverordnung.
- Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag: Die Komplexität der Vorlage führte zu einem hohen Bearbeitungsaufwand bei den Versicherungsdiensten. Die Ergebnisse der eigenen Prüfungen sowie der verwaltungsintern und bei den Gerichten eingeholten Stellungnahmen zogen eine ausführliche Vernehmlassungsantwort des Regierungsrates an den Bund nach sich.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten.</p> <p>Nach wie vor bedurften die laufenden Arbeiten zur Anpassung kantonaler Erlasse an übergeordnetes Recht (einschliesslich neue Kantonsverfassung) der Koordination durch das Generalsekretariat.</p>
A2	<p>Diverse eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen.</p>
A3	<p>Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen; Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle.</p> <p>Die volatilen Bedingungen auf dem Versicherungsmarkt sowie bevorstehende Umstrukturierungen bei den psychiatrischen Kliniken erforderten einen erhöhten Aufwand bei der Analyse und Bewirtschaftung des Versicherungsportefeuilles. Die Abwicklung nicht versicherter Schadenfälle über die auf das Berichtsjahr neu geschaffene Leistungsgruppe Schadenausgleich (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4921) konnte erfolgreich eingeführt werden.</p>
A4	<p>Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds. Siehe Leistungsgruppe Nr. 4980.</p>

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Etablierung des Schadenausgleichs Abgeschlossen	2010
----	--	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	5,5	1,0	1,4	0,4
Übertrag aus Lotteriefonds	0,4	0,4	0,4	0,0
Regalien	0,4	0,3	0,4	0,1
Ertrag aus Erbanfällen	4,6	0,2	0,4	0,1
Aufwand	-4,3	-2,9	-2,5	0,4
Saldo	1,2	-2,0	-1,2	0,8

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	10,5	10,4	10,6	0,2
----------------------------------	------	------	------	-----

Erfolgsrechnung

Ertrag:

+0,4 Die Erträge aus Erbanfällen, aus Rückvergütungen und aus dem Salzregal waren höher als geplant.

Aufwand:

+0,4 Zurückhaltung beim Sach- und Betriebsaufwand und bei den Dienstleistungen Dritter und Honoraren, zumal infolge nicht beeinflussbarer Faktoren Projekte nicht termingerecht realisiert werden konnten.

Personal

0,2 Infolge Ablösung von langjährigen Mitarbeitenden wurde der budgetierte Beschäftigungsumfang leicht überschritten.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide (vgl. A2)	max.	0%	10%	0%	-10%
W2	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide (vgl. A3)	max.	0%	1%	0%	-1%
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1)	P	4 798	5 100	4 796	-304
L2	Anzahl überprüfter und z.T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	161	180	177	-3
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1 894	1 900	1 969	69
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenreurse (vgl. A2)	P	8	11	10	-1
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	13	10	14	4
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	17	17	20	3
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	75	45	74	29
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	163	150	123	-27
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	22	25	21	-4
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	412	400	423	23
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschn. Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	15	29	13	-16
B2	Durchschn. Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	7	9	7	-2
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0,43%	1,0%	0,33%	-0,67%

Abweichungsbegründungen

- L7 Der Anstieg erfasst mehrheitlich einfache Fälle.
- L8 Die Erledigungskadenz ist abhängig von der Komplexität der Fälle. Im Berichtsjahr waren vorwiegend komplexere Fälle zu beurteilen.
- B1 Der Anstieg bei der Erledigung nicht versicherter Haftpflichtfälle (L7) umfasst mehrheitlich einfache Fälle.

Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt. Bei der durchschnittlichen Anzahl Stunden pro (nicht) versichertem Haftpflichtfall (L7) werden für Prozesse aufgewendete Stunden nicht mitgezählt (vgl. B1).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	71 640	-25 953	+32 565	78 252	+6 612

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 14 427 für Einmalzulagen an das Personal

Bildung von Rücklagen 2009

- Die Aufwandreduktion ergab sich aus der Zurückhaltung beim Sachaufwand bzw. den internen Verrechnungen und dem grossen Kostenbewusstsein der Mitarbeitenden.
- Trotz der grossen Arbeitsbelastung, insbesondere bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, wurden nur wenige Mandate an externe Anwälte erteilt und auf die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter teilweise verzichtet.

4100 Finanzverwaltung

Hauptereignisse

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der Finanzverwaltung lagen im Berichtsjahr auf der Erarbeitung der Finanzstrategie, dem Start des Sanierungsprogramms San10 und der Einführung der neuen Rechnungslegung nach CRG/IPSAS. Diese Tätigkeiten sind bereits im Direktionsteil erläutert worden. Im Folgenden sind die weiteren Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2009 aufgeführt:

Projekt ZERZE

Das Projekt ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren) konnte am 9. September erfolgreich abgeschlossen werden. Das Ziel der Einsparung von jährlich mindestens 4 Mio. Franken wurde erreicht. Die Einsparungen wurden vor allem durch systemtechnische Optimierungen, die Zusammenführung aller SAP-Verträge des Kantons und durch die zentrale Bereitstellung der technischen Voraussetzungen für die Einführung der neuen Rechnungslegung gemäss CRG/IPSAS erzielt. Weitere Optimierungen konnten durch die Zentralisierung von Rechnungswesenarbeiten insbesondere im Bereich Kreditoren erreicht werden. Das Buchungszentrum bietet die Grundlagen für weitere Optimierungen, wie zum Beispiel im Bereich des elektronischen Rechnungseingangs (E-Invoicing) und des elektronischen Versands von Rechnungen (E-Rechnung).

Internes Kontrollsystem (IKS)

Gemäss den §§ 39ff. der Rechnungslegungsverordnung führen die Verwaltungseinheiten ein Internes Kontrollsystem (IKS) gemäss den von der Finanzdirektion festzulegenden Grundsätzen. Diese Grundsätze wurden am 13. Oktober 2009 festgelegt. Das IKS unterstützt die Führungskräfte bei der verlässlichen finanziellen Berichterstattung, der Einhaltung der relevanten Gesetze und Normen, dem Schutz des Kantonsvermögens und, in zweiter Priorität, der Sicherstellung der Effektivität und Effizienz der Abläufe. Für die Einführung des Internen Kontrollsystems wurde ein interdirektionales Projekt gestartet.

Buchungszentrum und Kompetenzzentrum SAP

In den Abteilungen Buchungszentrum und Kompetenzzentrum SAP wurden verschiedene Weiterentwicklungen angegangen. Im Buchungszentrum konnten durch den Einbezug der Baudirektion und anderer Organisationseinheiten im Kreditorenbereich zusätzliche Synergien erreicht werden. Zudem wurde das Verlustscheininkasso ausgebaut. Im Kompetenzzentrum SAP wurden die Systeme der Psychiatrie auf aktuelle Versionen umgestellt, die Einführung des neuen Personaladministrationssystems PULS-ZH unterstützt und der Betrieb der SAP-Systeme ausgeschrieben und neu vergeben. Im Hinblick auf die Unterstützung der Internen Kontrollsysteme wurden die Systemberechtigungen optimiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Organisation/Koordination des Rechnungswesens der Gesamtverwaltung, Betreiben eines Buchungszentrums sowie eines Kompetenzzentrums SAP, Führung der konsolidierten Buchhaltung
A2	Controllerdienst für Finanzdirektion und Regierungsrat, Erstellung des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplanes, des Budgets und des Rechnungsabschlusses.
A3	Weiterentwicklung des finanziellen Controllingsystems

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Einführung neue Rechnungslegung (IPSAS) Planmässig	2010
E2	Umsetzung des Finanzcontrollings der Beteiligungen des Kantons, der Risiken und der Substanzerhaltung des kantonalen Vermögens Das finanzielle Risikocontrolling ist im Geschäftsbericht umgesetzt.	2012
E3	SAP-Anwendungen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen weiterentwickeln Planmässig	2012
E4	Finanzstrategie des Regierungsrates erarbeiten (LZ RR 2.1) Die Eckwerte der Finanzstrategie wurden vom Regierungsrat festgelegt und das Sanierungsprogramm San10 gestartet.	2008

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,4	1,7	2,3	0,6
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	2,1	1,7	2,2	0,5
Aufwand	-9,5	-9,9	-9,6	0,3
Personalaufwand	-5,3	-6,1	-6,1	0,0
Abschreibungen und Zinsen	-0,7	-0,3	-0,3	0,0
Saldo	-7,1	-8,2	-7,4	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1,0	-0,5	-0,2	0,3
Saldo	-1,0	-0,5	-0,2	0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	35,0	39,9	41,7	1,8

Erfolgsrechnung

- +0,4 Geringere Projektaufwände, v.a. im 2009 abgeschlossenen Projekt ZERZE
- +0,4 Zusätzliche interne Erträge aus nicht budgetierten Leistungen des Buchungszentrums (Kantonspolizei, Baudirektion) und aus nicht budgetierten Dienstleistungen des Kompetenzzentrums SAP (Projekt PULS-ZH)

Investitionsrechnung

- +0,3 Verzögerungen im Projekt Berechtigungstool (Kredit wird übertragen); kein Bedarf für ein Tool zur Weiterentwicklung des Controllings im Bereich Beteiligungen und Staatsbeiträge

Personal

Zusätzliche Stellen im Buchungszentrum (aus anderen Direktionen übertragene Stellen) und im Kompetenzzentrum SAP (Begleitung des Projektes PULS-ZH und die spätere Betreuung des neuen Personaladministrationssystems).

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Franken, vgl. A2)	P	1 562	969	1 598	629
W2	Verschuldung (Fremdkapital ./ Finanzvermögen in Mrd. Franken, vgl. A2)	P	4,2	4,3	4,1	-0,2
W3	Angemessene Selbstfinanzierung gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre, vgl. A2)	P	135%	105%	122%	
Leistungen						
L1	Anzahl Buchungen (vgl. A1)	P	955 000	880 000	1 260 000	380 000
L2	Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CCC SAP (Kompetenzzentrum) betreut werden (vgl. A1)	P	1 085	1 060	1 765	705
L3	Anzahl Support-Tickets CCC SAP (Kompetenzzentrum, vgl. A1)	P	1 758	1 590	2 430	840
L4	Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF/Budget/ Nachtragskredite, vgl. A2)	P	3 220	5 780	3 054	-2 726
L5	Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung/ Zwischenberichte/Kreditüberschreitungen, vgl. A2)	P	841	1 420	1 299	-121
L6	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über Fr. 50 000/ einfache unter Fr. 50 000 (vgl. A2)	P	0/5	0/10	0/10	0/0
L7	Anzahl Stellungnahmen (vgl. A2)	P	725	650	912	262
L8	Anzahl Grossprojekte (über 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	2	1	1	0
L9	Anzahl Projekte (zwischen 100 000 und 1 Mio. Franken, vgl. A3)	P	5	4	4	0

Abweichungsbegründungen

- L1 Höheres Buchungsvolumen und höhere Zahl der Kreditoren-Verarbeitungen für die Kantonspolizei, die Bildungsdirektion und die Baudirektion
- L2 In der Rechnung 2009 sind die neuen Benutzer des Personaladministrationssystems SAP HCM (Projekt PULS-ZH) bereits enthalten. Zudem bestehen mehr Benutzer aufgrund neuer Anwendungen (Immobilienregister, PassSAP, Finanzbericht, Steueramt, IV-Betriebe).
- L3 Die höhere Zahl der SAP-Benutzer (vgl. L2) führte zu vermehrten Supportanfragen.
- L4 Verzicht auf den Ausbau des Investitionscontrollings (-1400); der KEF wurde bereits zum zweiten Mal mit dem neuen KEF-Tool erstellt, wodurch geringere Stundenzahlen bei der Bereitstellung resultierten (-463 Stunden); weniger Aufwand für das Sanierungsprogramm San10 (-845).
- L5 Für die Bereitstellung der Rechnung, die 2008 letztmals nach HRM erfolgte, fielen weniger Stunden als budgetiert an (-216); Mehrstunden für die erstmalige Erstellung der Zwischenberichte gemäss CRG/IPSAS (94)
- L7 Zusätzlicher Unterstützungsaufwand im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung nach CRG/IPSAS
- L8 Projekt zur Einführung der neuen Rechnungslegung nach CRG/IPSAS. Das Projekt ZERZE wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	253 785	-55 191	+22 000	220 594	-33 191

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 45 000 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

- Es wurden rund 440 Arbeitsstunden geleistet, die Ende Jahr verfallen sind (Gründe für die hohe Belastung: Restatement der Rechnung 2008 und zusätzliche Beratungsleistungen im Rahmen der neuen Rechnungslegung nach CRG/IPSAS). Für den Rücklagenbildungs-Antrag wurden diese Stunden mit Fr. 50 bewertet.

4300 Amt für Tresorerie

Hauptereignisse

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Staates. Dazu wurden 314 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 15 Mrd. Franken getätigt. Aufgrund der Finanzkrise wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Der Kapitalbedarf konnte vollumfänglich aus der vorhandenen Liquidität gedeckt werden. So musste – trotz Fremdkapitalfälligkeiten von 925 Mio. Franken – kein zusätzliches Fremdkapital auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden.

Im Finanz- und im Verwaltungsvermögen sind folgende Hauptereignisse zu verzeichnen: Rückzahlung eines Darlehens der Abraxas AG in Höhe von 8,0 Mio. Franken. Die im Finanzvermögen geführte Beteiligung (180 000 Aktien) an der MCH Messe Schweiz AG wurde in das Verwaltungsvermögen übertragen. Die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wurden wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert. Rückzahlung einer Grundkapitaltranche der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) in Höhe von 9,0 Mio. Franken. Von der Beteiligung an der TAR Tankanlage Rümlang AG (4044 Aktien) wurden 297 Aktien verkauft; ausserdem wurde der Anteil an der Beteiligung ZürichHolz AG um 60 Aktien auf 1058 Aktien reduziert.

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsdienst Staat, ausgewiesen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash-Management)
A2	Anlagebewirtschaftung der Sondervermögen der Legate und Stiftungen
A3	Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
A4	Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag			0,0	0,0
Aufwand	-0,8	-0,8	-0,8	-0,0
Saldo	-0,8	-0,8	-0,8	-0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3,9	4,0	4,0	0,0

Indikatoren						
	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Anzahl Überbrückungskredite (vgl. A1)	P	5	0	3	3
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (vgl. A1)	min.	AAA	AAA	AAA	
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Tresorerie (vgl. A1)	P	4172	3000	3920	920
L2	Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung Sondervermögen (vgl. A2)	P	428	600	558	-42
L3	Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (vgl. A3)	P	987	1200	1035	-165
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (vgl. A1)	P	3,40	3,10	3,05	
B2	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (vgl. A2)	P	0,10	0,12	0,12	
Abweichungsbegründungen						
W1	Aufgrund nicht valutagerecht eingegangener Zahlungen, die endgültig zugesichert waren, mussten drei Überbrückungskredite (jeweils 1 Tag Laufzeit) aufgenommen werden. Die Zinserträge der zum jeweiligen Zeitpunkt angelegten Festgelder überstiegen jedoch die Zinsaufwendungen für diese Kredite.					
L1	Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise führten zu einem deutlich höheren Arbeitsstundeneinsatz.					
L2	Die effektiven Arbeitsstunden lagen im Rahmen des Budgets.					
L3	Geringerer Arbeitsstundeneinsatz, weil weniger Projekte als geplant anfielen.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand	
Rücklagen	23 841	-6 436	-	17 405	-6 436	

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 5 486 für Einmalzahlungen an Personal

4400 Steuern Betriebsteil

Hauptereignisse

Am 8. Februar wurde die Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre» angenommen. Damit wurde im Kanton Zürich die Möglichkeit einer Besteuerung nach dem Aufwand (Pauschalbesteuerung) mit Wirkung ab 1. Januar 2010 abgeschafft.

Die anstehende Steuergesetzrevision betreffend die natürlichen Personen war auch im Berichtsjahr das herausragende Geschäft aufseiten der Gesetzgebung. Sie wurde am 30. März vom Kantonsrat verabschiedet. In der Folge wurden drei Referenden gegen die Vorlage ergriffen. Die Beratungen dazu sind im Gange.

Mit einer neuen Weisung des Regierungsrates über die Bewertung von Liegenschaften und die Festsetzung der Eigenmietwerte ab Steuerperiode 2009 erfolgt eine Anpassung der Vermögenssteuerwerte und Eigenmietwerte an die seit Erlass der letzten Weisung im Jahr 2003 beobachtete Marktentwicklung. Die Verkehrswerte von Wohneigentumsobjekten sind seither teilweise stark gestiegen, in Einzelfällen um fast einen Drittel. Zudem verlief die Entwicklung in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Der Erlass der neuen Weisung 2009 trägt diesen Entwicklungen Rechnung und führt wieder zum geforderten gesetzmässigen Zustand im Kanton Zürich. Die neuen Liegenschaftswerte wurden den Steuerpflichtigen im Januar 2010 zugestellt und sind erstmals im Kalenderjahr 2010 in der Steuererklärung 2009 einzusetzen.

Seit dem 1. Januar 2008 gilt bei den Staats- und Gemeindesteuern das Teilsatzverfahren, womit ausgeschüttete Gewinne aus Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften mit Sitz in der Schweiz nur zum halben Steuersatz besteuert werden, sofern die steuerpflichtige Person mit wenigstens 10% am Aktien-, Grund- oder Stammkapital beteiligt ist («Teilsatzverfahren»). Diese Änderung des Steuergesetzes wurde vor Bundesgericht erfolglos angefochten, wobei dieses mit Bezug auf eine Bestimmung des Berner Steuergesetzes entschied, dass das Teilsatzverfahren auch auf ausländische Beteiligungen anwendbar sei, was in der Folge in einer neuen Weisung nachvollzogen wurde.

Im Berichtsjahr erfolgte der Abschluss der Ausbreitung der Steuerapplikation NAPEDUV in den drei Gebietsdivisionen Nord, Süd und Stadt Zürich. Damit wird der überwiegende Teil der Steuererklärungen von natürlichen Personen im kantonalen Steueramt IT-unterstützt bearbeitet. Mit NAPEDUV und mit dem elektronischen Aktenarchiv stehen den Mitarbeitenden des kantonalen Steueramts leistungsfähige und praxiserprobte Applikationen für die papierarme Veranlagung von natürlichen Personen zur Verfügung.

Weiter wurde die revidierte Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes umgesetzt. Daneben konnte mit einem Regierungsratsbeschluss der Erfolg des Sanierungsprogramms 04 im Steueramt ausgewiesen und ein neuer Stellenplan bewilligt werden. Damit ist das Steueramt gut aufgestellt für die Bewältigung seiner stets wachsenden Aufgaben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Veranlagung der direkten Steuern von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern des Kantons
A2	Bezug der direkten Bundessteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Quellensteuer
A3	Durchführung des Quellensteuerverfahrens für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		bis
E1	Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo Planmässig Vgl. Legislaturziele der Finanzdirektion	2015
E2	Verbesserung des Standortmarketings durch Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit Planmässig Vgl. Legislaturziele der Finanzdirektion	2010
E3	Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen (LZ RR 4.1) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E4	Fehlanreize im Steuersystem beseitigen (LZ RR 12.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E5	Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen (LZ RR 12.3) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,5	5,9	4,7	-1,2
Aufwand	-139,2	-153,2	-147,3	5,9
Personalaufwand	-91,9	-94,1	-94,0	0,1
Abschreibungen und Zinsen	-6,4	-4,6	-6,9	-2,3
Betrieb Informatik	-10,2	-13,9	-10,4	3,5
Saldo	-134,7	-147,3	-142,6	4,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	-5,2	-10,3	-5,3	5,0
Saldo	-5,2	-10,3	-5,3	5,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	687,2	667,0	688,9	21,9

Erfolgsrechnung

Ertrag

- 0,2 Minderertrag infolge tieferer CD-ROM-Verkäufe (PrivateTax 2009) als budgetiert (vermehrt Downloads ab Internet)
- 0,6 Infolge ungünstiger Konjunkturlage weniger Betriebsgebühren rückerstattet.
- 0,4 Diverse Mindererträge

Aufwand

- 2,3 Die Inbetriebnahme grösserer Informatikprojekte (ZüriPrimo) führt einerseits zu höheren Abschreibungen und andererseits zu tieferen Zinsen (IPSAS).
- +3,5 Betrieb Informatik: Aufgrund Projektverzögerungen entfielen die entsprechenden betrieblichen Folgekosten.

Investitionsrechnung

- +5,0 Minderinvestitionen gemäss Projektfortschritt

Personal

Zu tief budgetiert (Budgetierung basierte auf Planwerten aus Sanierungsprogramm San04); entspricht Rechnung 2008

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Durch Rechtsmittelinstanzen wesentlich korrigierte Entscheide des Steueramtes	max.	6%	5%	6%	1%
W2 Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1)	P	62%	75%	84%	9%
Leistungen					
L1 Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen (vgl. A1)	P	811 483	816 000	822 294	6 294
L2 Anzahl steuerpflichtige juristische Personen (vgl. A1)	P	56 453	57 000	59 019	2 019
L3 Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen der Staatssteuern (vgl. A1)	P	1 033 455	1 018 000	1 070 263	52 263
L4 – davon eingeschätzt durch Kanton	P	361 874	380 000	396 793	16 793
L5 – davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	468 095	470 000	481 619	11 619
L6 – davon ausstehend Ende Jahr	P	203 486	168 000	191 851	23 851
L7 Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode	P	60%	58%	62%	4%
L8 – 2 Jahre nach Steuerperiode	P	97%	97%	97%	0%
L9 – 3 Jahre nach Steuerperiode	P	99%	98%	99%	1%
L10 Anzahl quellensteuerpflichtige Personen (vgl. A3)	P	99 619	96 000	110 905	14 905
L11 Anzahl veranlagte Erbschaftsfälle (vgl. A1)	P	1 298	1 300	1 440	140
L12 Anzahl veranlagte Schenkungen (vgl. A1)	P	528	500	418	-82
Wirtschaftlichkeit					
B1 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	240	250	225	-25
B2 Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	366	380	294	-86

Abweichungsbegründungen

W1	Der Wert liegt innerhalb der normalen Bandbreite von 5% bis 8%.
W2	Durch die erfolgreiche Abwicklung der Schnittstellenprojekte (NEST-Gemeinden) konnte die Anzahl der am zentralen Steuerregister geführten Steuerpflichtigen (natürliche Personen) um 9% übertroffen werden.
L3-L9	Die Anzahl Steuerpflichtiger hat stärker zugenommen als budgetiert (L3). Die Zahl der erledigten Steuereinschätzungen durch den Kanton (L4) und durch die Gemeinden (L5) liegt ebenfalls über den budgetierten Zahlen. Die Zunahme der fristgerechten Veranlagungen 1 Jahr nach Steuerperiode (L7) zeigt eine forcierte Bearbeitung der eingegangenen Steuererklärungen.
L10	Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung, die im Quellensteuerverfahren besteuert werden, hat weiter massiv zugenommen.
L11	Leichte Zunahme entsprechend dem Bevölkerungswachstum
L12	Unerwarteter Rückgang der Schenkungssteuerfälle
B1+B2	Bei praktisch unveränderter Kostenbasis sinken die Kosten pro Veranlagung infolge Anstieg der Anzahl Einschätzungen durch den Kanton.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 385 262	-262 000	900 000	2 023 262	638 000

Auflösung Rücklagen 2009

- Fr. 262 000 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

- Aufgrund neuerlicher Vertragsverhandlungen mit Applikationsbetreibern konnte im Vergleich zur bisherigen Leistungsbasis eine Kostenverbesserung von 33% erreicht werden.
- Wegen hoher Belastung sind rund 2120 Gleitzeitstunden verfallen.

4500 Personalamt

Hauptereignisse

Für direktionsübergreifende wichtige Projekte wird auf den Funktions- und Querschnittsbereich Personal verwiesen. Für das Personalamt waren folgende Projekte und Ereignisse von Bedeutung:

- Personalentwicklung: Die Bereiche Weiterbildung und Management Development der Abteilung Personalentwicklung haben die eduQua-Zertifizierung erlangt. eduQua ist ein schweizerisches Zertifizierungsverfahren für Weiterbildungsinstitutionen. Das eduQua-Zertifikat bietet unseren Kundinnen und Kunden im Sinne eines Qualitätslabels eine Garantie für die Gesamtqualität unserer betrieblichen Weiterbildung.
- Die Führungskräfte-Entwicklung konnte um ein weiteres Programm ausgebaut werden. Das für die unteren und mittleren Kader massgeschneiderte Curriculum konnte als Pilot erfolgreich durchgeführt werden und wird ab 2010 endgültig eingeführt.
- Neuanstellung Amtschef: Am 14. August trat Gregor Messerli als Nachfolger von Christoph Bucher die Stelle als Chef des Personalamts an.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzen der Personalpolitik durch den Regierungsrat und der Personalmanagementstrategie mit den Stossrichtungen Personalführung und -entwicklung, Stärkung der Personalbereiche und Marktpositionierung. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
A2	Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung
A3	Beratung in Fragen des Personalrechts. Begleitung von Rechtsmittelverfahren. Entwicklung des Personalrechts. Koordination von Case Management
A4	Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung. Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems
A5	Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Projekt Teilrevision Lohnsystem, Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten (LZ RR 6.2; vgl. A4) Planmässig Vgl. Legislaturziel 6.2 des Regierungsrates und Funktions- und Querschnittsbereich Personal	2010
E2	Umsetzung der Personalmanagementstrategie 2007–2011, Einführung des Personalcontrollings in den Direktionen (LZ RR 6.3; vgl. A1) Planmässig Vgl. Legislaturziel 6.3 des Regierungsrates und Funktions- und Querschnittsbereich Personal	2011
E3	Einführung und Etablierung von OptimoFit für Führungskräfte des oberen Kadern (vgl. A2) Abgeschlossen	2009
E4	Einführung Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung Planmässig	2010
E5	Rechtskonforme, faire und unterstützende Umsetzung der Personalmassnahmen San04 und MH 06 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970) Planmässig Vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970	2010

E6	Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren (LZ RR 12.4) Verzögert Vgl. Legislaturziel 12.4 des Regierungsrates und Funktions- und Querschnittbereich Personal	2010
E7	Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern (LZ RR 12.5) Planmässig Vgl. Legislaturziel 12.5 des Regierungsrates	2011
E8	Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen (LZ RR 12.6) Verzögert Vgl. Legislaturziel 12.6 des Regierungsrates	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,3	3,1	2,6	-0,5
Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1,3	2,3	1,8	-0,4
Aufwand	-17,8	-24,5	-18,4	6,1
Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-8,0	-8,5	-8,2	0,4
Betrieb Informatik	-5,7	-5,1	-4,5	0,6
Case Management		-6,7	-0,8	5,9
Saldo	-15,6	-21,4	-15,8	5,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-5,0	-2,8	2,2
Saldo		-5,0	-2,8	2,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	39,3	38,9	39,1	0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag

-0,4 Die Erträge der internen Aus- und Weiterbildung werden jedes Jahr durch die Ämter und Betriebe zu hoch budgetiert. Auch im Berichtsjahr wurden rund Fr. 440 000 zu hohe Erträge veranschlagt.

Aufwand

+0,3 Durch Nichtbesetzung budgetierter Stellen, die Reduktion von Beschäftigungsgraden und einer Doppelbesetzung im Zeitpunkt der Budgetplanung fällt der Personalaufwand tiefer aus als geplant.

+0,6 Tiefere Betriebs- und Wartungskosten des Personalmanagement- und Lohnabrechnungssystems PALAS

- +5,9 Tiefere Kosten im Case Management (CM), da in der Bildungsdirektion die Umsetzung des CM erst gegen Ende 2009 begann. Zusätzlich beruht das CM-Budget auf Erfahrungswerten anderer Arbeitgeber, welche für den Kanton als zu hoch eingeschätzt werden. Deshalb wurde bereits in den Folgejahren das CM-Budget um 3 Mio. Franken auf 3,7 Mio. Franken gekürzt (vgl. KEF 2010–2013).
- +0,6 Tiefere Kosten im Bereich der Personalentwicklung. Davon fallen 0,3 Mio. Franken tiefere Aufwände bei den Informatik-Lernenden an, da weniger Lernende als geplant das Basislehrjahr in externen Ausbildungsinstituten absolvierten. Weitere 0,2 Mio. Franken wurden für das Projekt direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung budgetiert, dessen Einführung verschoben wurde. Die restlichen 0,1 Mio. Franken sind im Schwankungsbereich der nachgefragten Aus- und Weiterbildungsangeboten der Direktionen.
- 1,3 Höhere Aufwände für Dienstleistungen Dritter, Wartungslizenzen und Betriebskosten während des Projektes PULS-ZH, da gemäss IPSAS ein Teil der Kosten im Aufwand (Dienstleistungen Dritter) verbucht werden muss und nicht wie ursprünglich geplant in der Investitionsrechnung anfällt. Diese neue Kostenverteilung gemäss IPSAS war bei der Erstellung des Regierungsratsbeschlusses zu PULS-ZH und entsprechend für das Budget 2009 noch nicht bekannt.

Investitionsrechnung

- +2,2 Tiefere Investitionen für PULS-ZH, da gemäss IPSAS nur ein Teil der ursprünglich geplanten Kosten über die Investitionsrechnung anfallen. Diese neue Kostenverteilung war bei der Erstellung des Regierungsratsbeschlusses zu PULS-ZH und des Budgets 2009 noch nicht bekannt. Zusätzlich wurden die Kosten der SAP-Lizenzen im Umfang von rund 1,7 Mio. Franken ins Folgejahr verschoben.

Personal

- 0,2 Aufgrund einer nicht besetzten Stelle im Personalcontrolling, im Gegenzug aber einer zusätzlichen Stelle für PULS-ZH und Aushilfen infolge Personalwechsellern, lag der Beschäftigungsumfang insgesamt höher als budgetiert.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Zufriedenheit mit Dienstleistungen Personalamt, mind. «gut» (vgl. A1–4)	min.	–	80%		
W2 Beurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut» (vgl. A2)	min.	87%	85%	91%	6%
W3 Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut» (vgl. A2)	min.	93%	90%	91%	1%
W4 Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut» (vgl. A2)	min.	90%	90%	87%	–3%
Leistungen					
L1 Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (vgl. A2)	P	84	72	124	52
L2 Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage einschliesslich Führungsweiterbildung (vgl. A2)	P	7 045	7 100	6 790	–310
L3 Anzahl betreute Lehrlinge (vgl. A2)	P	175	180	181	1
L4 Anzahl juristische Beratungen (vgl. A3)	P	2 100	2 000	2 100	100
L5 Anzahl begleitete juristische Verfahren (vgl. A3)	P	14	30	21	–9
L6 Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (vgl. A4)	P	37 650	35 500	37 600	2 100
L7 Anzahl mit PALAS bewirtschafteter Personaldossiers (ZST 1) (vgl. A4)	P	15 201	15 500	15 900	400
Wirtschaftlichkeit					
B1 Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung in Fr. (vgl. A2)	P	3 649	6 000	3 291	–2 709
B2 Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung in Fr. (vgl. A2)	P	608	650	528	–122
B3 Kosten pro Lehrling in Fr., ohne Kosten am Arbeitsplatz (vgl. A2)	P	20 857	21 000	19 253	–1 747
B4 Kosten pro juristische Beratung in Fr. (vgl. A3)	P	58	70	56	–14
B5 Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr in Fr. (ohne Abschreibungen und Zinsen) (vgl. A4)	P	150	149	108	–41
Abweichungsbegründungen					
W1	Aus Ressourcengründen wurde keine Umfrage durchgeführt.				
L1	Aufgrund grosser Nachfrage wurden zusätzliche Führungsprogramme durchgeführt.				
L6	Die Anzahl Lohnauszahlungen ist abhängig von der Anzahl Anstellungen und der Anzahl der ein- und austretenden Mitarbeitenden. Im tiefen Budget-Wert 2009 sind die Kindergartenlehrpersonen, welche im Jahr 2008 kantonalisiert wurden, nicht enthalten.				
B1	Tiefere Kosten pro Teilnehmerin und Teilnehmer, da bereits im Vorjahr das Programm der Führungsentwicklungsentwicklung neu konzipiert und verkürzt wurde und der Budget-Wert nicht mehr angepasst werden konnte.				
B3	Tiefere Kosten pro Lernende, da bei den Informatik-Lernenden weniger Auszubildende das Basislehrjahr bei externen Ausbildungsinstituten absolvierten (vgl. Begründung Erfolgsrechnung).				
B5	Die tieferen Betriebs- und Wartungskosten für PALAS (s. Begründung Erfolgsrechnung) reduzierten die Kosten pro Lohnauszahlung und Jahr.				

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	343 586	-44 890	-	298 696	-44 890

Auflösung Rücklagen 2009

- Fr. 44 890 für Einmalzulagen an Personal

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Hauptereignisse

Informatikstrategie

Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung der am 9. Dezember 2008 durch den Regierungsrat festgelegten Informatikstrategie begonnen. Die Umsetzungseinheit 1 besteht aus den vier Teilprojekten «Zentralisierung der Informatik auf Direktionsstufe», «Projektportfolio-Management», «Informatikcontrolling» sowie «Standards und Architekturen». Die Teilprojekte, deren Umsetzungstermin im Jahre 2010 liegt, sind mit unterschiedlichem Umsetzungsstand in Arbeit. Arbeitsgrundlage sind die vom KIT verabschiedeten Projektaufträge.

Projekt ZHcom

Mit diesem Projekt wird die elektronische Kollaborationsplattform (Anwendungs- und Kommunikationsplattform) standardisiert und konsolidiert. Im ersten Halbjahr wurde die bisher durch die Abraxas betriebene Domäne ZHCH migriert, im zweiten Halbjahr die beiden durch die Staatskanzlei und das Migrationsamt betriebenen Domänen. Ausserdem wurden Vorbereitungen für die Migration der beiden verbleibenden Domänen (Steueramt, Amt für Jugend und Berufsberatung) getroffen.

Modernisierung LEUnet

Aufgrund der höheren Segmentierungsbedürfnisse und der erweiterten Sicherheitsanforderungen innerhalb des LEUnet steigt der Bedarf an weiteren logischen Netzen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wurde Mitte Jahr der LEUnet-Corebereich mit der Technologie MPLS (Multiprotocol Label Switching) ausgerüstet. Sie ist als zukunftsgerichtete, wertvolle Investition einzustufen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kantonale Informatikstrategie entwickeln und pflegen
A2	Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
A3	Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Informatik der kantonalen Verwaltung gemäss Informatikstrategie ausrichten und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung durch die Direktionen und Amtsstellen schaffen (LZ RR 6.4; vgl. A1) Planmässig Siehe Hauptereignisse	bis 2011
E2	Standardisierung der Kollaborationsplattform (Groupware) (vgl. A3) Hauptdomäne planmässig Verzögerung bei zwei Amtsdomeänen. Siehe Hauptereignisse	2009
E3	Aufbau des CC Informatiksicherheit; Umsetzung von Massnahmen (vgl. A2) Verzögert Wegen der verzögerten Festlegung der Informatikstrategie und wegen Personalengpass	2009
E4	Weiterentwicklung des Informatikcontrollings Verzögert Wegen der späteren Festlegung der Informatikstrategie	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0		0,0	0,0
Aufwand	-5,7	-7,0	-5,7	1,2
Kreditübertragungen aus 2008		-0,3		
Saldo	-5,7	-7,0	-5,7	1,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6,8	7,9	7,6	-0,3

Erfolgsrechnung

- +0,1 Tieferer Personalaufwand wegen verzögerter Stellenbesetzung
- +0,5 Minderaufwand durch Verzögerung von Projekten (Umsetzung Netzwerksicherheits-Richtlinien, Aufbau CC IT-Sicherheit, Neukonzeption Identity- und Access-Management, Trennung KOMBV-Netz Kanton/Abraxas, Schnittstellenbereinigung Netzstruktur)
- 0,1 Einführung Multiprotocol Label Switching (MPLS)
- +0,4 Minderaufwand für Betrieb Active Directory, IP-Adressverwaltung, Betriebskoordination Netz Bund-Kantone, Betriebskoordination Internet Access Services

Personal

- 0,3 Verzögerte Wiederbesetzung einer offenen Stelle

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
--	-----	--------	--------	---------	--------------------------

Wirkungen

W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99,93%	99,4	99,89%	0,49%
----	--	------	--------	------	--------	-------

Leistungen

L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	495	800	1104	304
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	3172	4500	3656	-844
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	7	20	9	-11
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	11105	11000	11692	692
L5	Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	2778	1000	1962	962

Abweichungsbegründungen

L2 Vermehrte Projekt- statt Dienstleistungstätigkeiten; krankheitsbedingter Ausfall

L3 Zu hoher Wert im Budget

L5 Viele Aus- und Umbauten sowie Umzugsaktivitäten

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	8 226	0	0	8 226	0

4700 Drucksachen und Material

Hauptereignisse

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat im Auftrag ihrer Kunden wiederum ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt, wobei insbesondere folgende Entwicklungen zu erwähnen sind:

- Im Berichtsjahr war eine steigende Nachfrage nach Dienstleistungen zur Abwicklung von Submissionen zu verzeichnen, vor allem zur Beschaffung von Informatikmitteln und Drucksachen sowie nach medienbruchfreien Bestellprozessen. Ein Rückgang zeigte sich dagegen bei Informatikbeschaffungen sowie auch bei Printinseraten.
- Die kdmz erbrachte wiederum Leistungen für die Führung und den Betrieb der schweizweiten E-Government-Plattformen Simap (Informationssystem für öffentliche Ausschreibungen) und Publicjobs. Bei Publicjobs ist eine stark wachsende Verbreitung zu verzeichnen, mit zahlreichen neu beteiligten Kantonen und Städten.
- Die kdmz hat in mehreren Bereichen die ökologische Beschaffung aktiv gefördert, in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) und der Trägergruppe Büroökologie. Zu erwähnen sind insbesondere die Förderung von Recyclingpapier sowie der Kundenanlass zur Thematik Green IT.
- Der Regierungsrat hat am 11. Februar das weitere Vorgehen beim verwaltungsweiten Projekt «Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens» festgelegt. Die kdmz als federführende Stelle hat dieses Projekt aktiv vorangetrieben und dabei die Leitung des Projektausschusses sowie auch der Teilprojekte Büromaterial und Publikationen wahrgenommen.
- Die kdmz verfügt seit 2003 über ein Qualitätsmanagementsystem, welches nach der Norm ISO 9001:2000 zertifiziert wurde. Im Berichtsjahr wurde ein Rezertifizierungsaudit erfolgreich durchgeführt, womit sie weiterhin zertifiziert ist, neu nach der Norm ISO 9001:2008.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung (Kanton tritt gegenüber der Privatwirtschaft als ein Kunde auf) aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen, und zwar kostendeckend	
----	---	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Beschaffungsmanagement: Lieferantenmanagement aufbauen Planmässig Siehe Legislaturziele der Finanzdirektion. Im KEF 2010–2013 wurden die Entwicklungsschwerpunkte E1, E2 und E3 neu zum Entwicklungsschwerpunkt E1 Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens zusammengefasst.	2012
E2	Beschaffungsmanagement: Verschiedene Pilotprojekte aufbauen und umsetzen Planmässig Siehe E1	2012
E3	Beschaffungsmanagement: Beschaffungsprozesse verbessern und einen Prototyp einer Portallösung erstellen Planmässig Siehe E1	2012

E4	Optimierung/Erweiterung der elektronischen Bestellabwicklung mittels E-Procurement Planmässig Der Schwerpunkt lag in der noch breiteren Anwendung der Beschaffungsplattform, insbesondere bei bestehenden Kunden. Im KEF 2010–2013 wurden die Entwicklungsschwerpunkte E4 und E5 neu zum Entwicklungsschwerpunkt «E2 Förderung E-Business» zusammengefasst.	2012
E5	Optimierung/Erweiterung E-Formulare (digitale Formulare) Planmässig Bei den elektronischen Formular-Anwendungen konnten weitere technologische Fortschritte erzielt werden. Siehe auch E4.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	50,1	47,3	46,2	–1,1
Aufwand	–49,4	–47,1	–45,8	1,3
Saldo	0,7	0,3	0,4	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,3		0,3
Saldo		–0,3		0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	51,9	56,0	50,8	–5,2

Erfolgsrechnung

- 1,1 Geringfügig tieferes Volumen bei Informatikbeschaffungen sowie auch bei Printinseraten
- +1,3 Aufgrund tieferen Geschäftsvolumens auch Verminderung des Aufwandes in ähnlichem Umfang

Investitionsrechnung

- +0,3 Die Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens und entsprechende Informatikinvestitionen waren im Vergleich mit der ursprünglichen Planung verzögert.

Personal

- 5,2 Vakanzen per Ende 2009 sowie verzögerte Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Beschaffungswesens im Vergleich mit der ursprünglichen Planung

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Anzahl erstellte eFormulare	P	760	760	770	10
W2 Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden	P	6 100	5 500	6 900	1 400
W3 Anteil Recyclingpapier am Gesamtverbrauch an Papier	min.	24%	29%	27%	-2%
Leistungen					
L1 Anzahl Bestellungen	P	99 647	98 500	98 772	272
L2 Anzahl Bestellungen elektronisch (e-shop) in % des Totals	P	44%	45%	45%	0%
Wirtschaftlichkeit					
B1 Preisindex Kopierpapier (2004 = 100)	max.	100	100	101	1
B2 Preisindex Kopierclick (2004 = 100)	max.	115	113	111	-2

Abweichungsbegründungen

- W2 Die Anzahl Kunden, die eBusiness verwenden, ist im Berichtsjahr erneut gestiegen.
- W3 Der Anteil Recyclingpapier hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht, was unter anderem auf den Beschluss des Regierungsrates vom 12. August 2009 zur Förderung von Recyclingpapier zurückzuführen ist.
- B2 Der Preisindex Kopierclicks konnte dank verstärkter Volumenbündelung gegenüber dem Vorjahr leicht gesenkt werden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	442 313	-31 700	0	410 613	-31 700

Auflösung Rücklagen 2009

– davon Fr. 31 700 für Einmalzulagen an Personal

4910 Steuererträge

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5 734,4	6 039,6	6 026,1	–13,4
Staatssteuern		4 864,0	4 916,1	52,1
Quellensteuer		197,0	189,8	–7,2
Erbschafts- und Schenkungssteuer		186,0	204,6	18,6
Direkte Bundessteuer		650,0	558,3	–91,7
Verrechnungssteuer		71,2	77,9	6,7
Aufwand	–138,5	–136,8	–154,2	–17,4
Staats-/Quellensteuer: Entschädigungen an Gemeinden		–71,7	–71,1	0,7
Saldo	5 595,9	5 902,7	5 871,9	–30,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +52,1 Staatssteuern: Die Staatssteuererträge liegen gesamthaft über dem budgetierten Steuersoll. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise führten zu erheblichen Mindererträgen bei den Steuererträgen des laufenden Jahres (–135 Mio.). Die ordentlichen und ausserordentlichen Nachträge an direkten Steuern liegen dagegen deutlich über dem Budget (+187 Mio.; vgl. auch Anhang).
- 7,2 Quellensteuer: Minderertrag infolge Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise
- +18,6 Erbschafts- und Schenkungssteuer: Die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken aufgrund der Nachlässe
- 91,7 Der Anteil des Kantons Zürich am Bundessteuerertrag beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (IST-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig. Als Basis für die Berechnung des Budgets 2009 diente die Rechnung 2007.
- +6,7 Höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrag des Bundes

Aufwand:

- 12,3 Staatssteuern: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise führten zu einer überproportionalen Zunahme von Abschreibungen auf Steuerforderungen.
- 5,1 Höhere Vergütungszinse sowie diverser Mehraufwand

4921 Schadenausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abw. von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand		-2,2	-1,5	0,7
Versicherungsprämien		-1,3	-1,2	0,1
Schadenausgleich		-0,9	-0,3	0,6
Saldo		-2,2	-1,5	0,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

+0,6 Die budgetierten Schadenausgleichszahlungen basierten auf Erfahrungswerten der Vorjahre. Diese fielen im Berichtsjahr aber tiefer aus als im langjährigen Mittel.

4930 Kapital- und Zinsdienst Staat

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie, dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	682,3	608,6	596,0	-12,6
Finanzertrag		145,3	106,4	-38,9
Gewinnanteil ZKB		175,0	200,0	25,0
Gewinnanteil Nationalbank		288,1	289,4	1,2
Aufwand	-192,6	-158,1	-137,0	21,1
Finanzaufwand		-155,0	-136,8	18,2
Saldo	489,7	450,4	458,9	8,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1		9,1	9,1
Ausgaben	-5,5	-35,9	-13,2	22,6
Kreditübertragungen aus 2008		-2,0		
Saldo	-5,4	-35,9	-4,2	31,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +26,2 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+25,0) sowie der Schweizerischen Nationalbank (+1,2)
- +1,0 Höhere Dividende der Unique Zurich Airport (1,0)
- 32,9 Niedriger Ertrag aus Festgeldanlagen aufgrund tieferer Zinsen
- 7,5 Niedriger Ertrag aus Swap-Geschäften infolge tieferer Zinsen

Aufwand:

- +14,3 Geringerer Aufwand für die Verzinsung des variabel verzinslichen Fremdkapitals infolge tieferer Zinsen
- +3,9 Geringerer Aufwand für die Verzinsung der Sonderrechnungen infolge tieferer Zinsen
- +3,0 Der Zinsaufwand der internen Kontokorrentkonten der ZVV sowie der Legate und Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit wird neu in der LG Nr. 4950 (Verrechnete Zinsen und Sammelpositionen) verbucht.

Investitionsrechnung

Einnahmen

+9,0 Rückzahlung einer Grundkapitaltranche der EKZ

Ausgaben

+20,0 Die geplante Auszahlung eines zinsvergünstigten rückzahlbaren Darlehens an die MCH Messe Schweiz wird voraussichtlich im Jahr 2012 erfolgen.

+2,0 Die geplante Aktienkapitalerhöhung der MCH Messe Schweiz wurde durch die Gesellschaft auf das Jahr 2011 verschoben.

+7,6 Die Übertragung der 180 000 Namenaktien der MCH Messe Schweiz vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen erfolgte zu einem tieferen Jahresschlusskurs per 31.12.2008.

-7,0 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK). Diese Darlehen werden erstmals in der Bilanz der Amtsstelle 4300 Amt für Tresorerie geführt (zuvor LG Nr. 8800 Baudirektion – ALN).

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	377,7	376,5	362,4	-14,1
Kalkulatorischer Zinsertrag	377,7	375,8	362,4	-13,4
Aufwand	-72,2	32,7	-67,2	-100,0
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-72,2	-73,7	-67,6	6,1
Zentrale Korrektur Abschreibungen		8,5		-8,5
Zentrale Korrektur Budget 2009		99,0		-99,0
Saldo	305,5	409,3	295,2	-114,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- 99,0 Der Kantonsrat hat im Budget 2009 eine pauschale Aufwandreduktion von 99 Mio. Franken vorgegeben mit dem Auftrag, diese Aufwandreduktion sei in den anderen Leistungsgruppen zu erzielen. Die Direktionen und die Staatskanzlei haben dieses Ziel erreicht. Unabhängig davon verbleibt in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eine Verschlechterung von 99 Mio. Franken, was dem Kantonsrat schon bei seinem Beschluss bekannt war.
- 8,5 Zentral budgetierter Minderaufwand bei den Abschreibungen (wegen der Annahme, dass das Investitionsbudget 2008 nur zu 80% ausgeschöpft wurde) fiel in den einzelnen Leistungsgruppen an.
- +6,1 Geringerer kalkulatorischer Zinsaufwand auf internen Kontokorrenten und Fondsbeständen
- 13,4 Geringere Nettoinvestitionen der übrigen Leistungsgruppen führen zu geringeren kalkulatorischen Zinserträgen.

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	93,1	87,5	87,5	0,0
Soziodemografischer Lastenausgleich		87,5	87,5	0,0
Aufwand	-527,9	-612,9	-613,3	-0,4
Ressourcenausgleich		-592,3	-592,7	-0,4
Härteausgleich		-20,6	-20,6	0,0
Saldo	-434,8	-525,4	-525,8	-0,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- 1,0 Bildung einer Rückstellung zur Fehlerkorrektur Kt. Jura (Zahlung 2010)
- +0,6 Berücksichtigung der im Jahr 2008 erfolgten Rückstellungsbildung Kt. St. Gallen (drei Tranchen)

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Hauptereignisse

San04 und MH 06 sind grundsätzlich abgeschlossen, für die Leistungsgruppe Nr. 4970 sind nur noch vereinzelt Arbeiten im Gange.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen
A2	Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen
A3	Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist
A4	Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten	2010
E2	Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangsentschädigungen	2010
E3	Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)	2010
E4	Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	0,2		0,2	0,2
Aufwand	-2,3	0,0	-0,2	-0,2
Saldo	-2,1	0,0	0,0	0,0

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte				
----------------------------------	--	--	--	--

Erfolgsrechnung

Die Sozialplankosten richten sich nach der Anzahl abzubauender Stellen aufgrund des Sanierungsprogrammes San04 und des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006. Im Jahr 2007 wurden weitere Sozialpläne beschlossen und für nicht budgetierte Kosten wurde ein Nachtragskredit bewilligt. Die Kosten der Sozialpläne verschieben sich entsprechend in die Folgejahre.

Mit Einführung von IPSAS im 2009 müssen für Sozialplankosten Rückstellungen gebildet werden, welche gemäss den in der Erfolgsrechnung anfallenden Aufwänden und Erträgen aufgelöst werden. Für das Rechnungsjahr 2009 ergeben sich folgende Eckwerte:

Ertrag:

+0,2 Entschädigungen von Gemeinden für Sozialplankosten von Volksschullehrpersonen

Aufwand:

-0,6 Sozialplankosten für Anstellungsverlängerungen, Abfindungen und Überbrückungszuschüsse

+0,4 Auflösung von Rückstellungen gemäss IPSAS

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Mit Vorlage 4574 bewilligte der Kantonsrat einen Beitrag von 20 Mio. Franken an den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich. Zudem bewilligte der Rat mit Vorlage 4577 einen Beitrag von 9,8 Mio. Franken für mehrere Infrastrukturvorhaben der Zoo Zürich AG.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im sozialen und kulturellen Bereich – verwendet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	66,2	70,7	67,2	-3,5
Interkantonale Landeslotterie / Swisslos	58,7	52,0	59,7	7,7
Entnahme aus Bestandeskonto		12,0		-12,0
Kalkulatorischer Zinsertrag	7,3	6,7	7,4	0,7
Aufwand	-66,2	-70,7	-67,2	3,5
Zahlungen an Private und Dritte	-19,1	-53,1	-19,1	34,0
Einlagen in Bestandeskonto	-34,9		-39,6	-39,6
Übertrag an Leistungsgruppen	-12,2	-17,6	-8,0	9,6
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	229,2	194,9	268,7	73,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +7,7 Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung. Swisslos ging bei der Budgetierung davon aus, dass der Ertrag im Vergleich zum Vorjahr stärker absinken werde.
- +0,7 Da der Fondsbestand am 1. Januar 2009 höher war als budgetiert (229,2 Mio. Franken), ergibt sich ein höherer Zinsertrag.

Aufwand:

- +34,0 Die Beitragszahlungen 2009 liegen wesentlich unter dem Budgetwert. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass z. B. der vom KR bewilligte Beitrag von 20 Mio. Franken zugunsten des Landesmuseums wegen einer Einsprache nicht ausbezahlt werden konnte und sich der Fortgang anderer Geschäfte z. T. verzögerte.
- +9,6 Die Fachstelle Kultur und die kantonale Denkmalpflege haben den ihnen zur Verfügung gestellten Betrag nicht ausgeschöpft.
- 39,6 Höhere Einlage in den Fondsbestand wegen höherem Swisslos-Ertrag und tieferen Beiträgen.

Fondsbestand:

- +73,8 Der Fondsbestand liegt Ende Jahr aufgrund der Swisslos-Erträge und den tieferen Auszahlung mit knapp 270 Mio. Franken höher als budgetiert. Zudem war der Fondsbestand per 31.12.2008 mit 229,2 Mio. Franken bereits höher als der für 2009 budgetierte Wert.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Leistungen					
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:				
L2	P	25	11	6	-5
L3	P	14	10	11	1
L4	P	13	60	44	-16
L5	P	11	4	23	19
L6	P	14	7	7	0
L7	P	4	5	4	-1
L8	P	19	3	5	2
L9	P	412	400	423	23
Wirtschaftlichkeit					
B1	P	971	1000	946	54
Abweichungsbegründungen					
Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem der grossen Gesuche), die eingereicht werden und über die entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.					
L2	Die Einlage in den Denkmalpflegefonds erfolgte erstmals nicht pauschal, sondern gegen den Nachweis der effektiv geleisteten Beiträge.				
L4	Für das Budget 2009 bestand die Annahme, dass im Laufe des Jahres über die Geschäfte Villa Flora, Winterthur, und Rheinau entschieden würde. Infolge Verzögerung liegen die entsprechenden Gesuche noch nicht vor.				
L5	Für das Budget 2009 bestand die Annahme, dass der Kantonsrat über den Beitrag zugunsten des Ausbaus Schrittes 2010–2020 erst 2010 entschieden würde. Da dies bereits im Berichtsjahr erfolgte, stieg der Anteil an den Zoo entsprechend an.				
L8	Diese Kategorie umfasst die Bereiche Freizeit, Umwelt und Verwaltung.				





Volkswirtschaftsdirektion

Die Volkswirtschaftsdirektion will einen wesentlichen Beitrag leisten, um:

- die Standortattraktivität des Wirtschaftsraumes Zürich zu erhalten bzw. zu steigern und
- das zunehmende Mobilitätsbedürfnis menschen- und umweltverträglich zu bewältigen.

Im Berichtsjahr lagen die Schwerpunkte der Volkswirtschaftsdirektion beim Erhalt des überaus guten internationalen Rufs von Zürich als Standortregion sowie bei der konsequenten Weiterverfolgung der kantonalen Politik im Zusammenhang mit Verkehrsinfrastrukturen. In diesem Zusammenhang ist die erfolgreiche Beteiligung am Verfahren für den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) besonders erwähnenswert. Die erste Phase des SIL-Prozesses ist mit dem Schlussbericht zum Koordinationsprozess abgeschlossen. Auch in der kommenden Phase 2, dem ordentlichen Verfahren, wird der Kanton Zürich seinen Einfluss geltend machen.

Wirtschaft und Arbeit

Für das Amt für Wirtschaft und Arbeit stand das Berichtsjahr ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Arbeitslosigkeit stieg im Kanton Zürich von 2,8% Ende Dezember 2008 auf 4,4% auf den 31. Dezember des Berichtsjahres. Infolge der steigenden Anzahl Stellensuchender wurde bei den Vollzugsstellen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zusätzliches Personal im Umfang von rund 130 Mitarbeitenden eingestellt. Um die Personalrekrutierung effizient zu gestalten, wurden die Prozesse professionalisiert und ein Bewerbungcenter eingerichtet, welches über 2300 Bewerbungen bearbeitete. Im Rahmen der Möglichkeiten wurden an den verschiedenen Standorten die Arbeitsplatzgestaltung optimiert und zusätzliche Räumlichkeiten zugemietet. Das System für Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik (AVAM) des Bundes wurde neu konzipiert und Mitte Jahr in allen Kantonen neu eingeführt.

Es stellte sich die Frage der Restrukturierung des Finanzsektors und einer möglichen Wachstumsstrategie des Kantons Zürich. Eine solche Strategie muss den Spagat bewältigen, einerseits langfristig den Kanton Zürich mit geeigneten Massnahmen zu stärken und andererseits unnötige Ausgaben zurückzubinden, ohne dadurch jedoch den Abschwung zu verstärken.

Luftverkehr

ZFI-Bericht 2008

Der Bericht zum Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) 2008 stellte fest, dass der bei 47000 stark belästigten Personen festgelegte ZFI-Richtwert im Jahre 2008 überschritten wurde. Insgesamt fühlten sich rund 49000 Personen vom Fluglärm tagsüber stark belästigt bzw. in der Nacht stark gestört (Monitoringwert). Dies entspricht einem Anstieg um rund 6% im Vergleich zum Jahr 2007. Zusammen mit dem ZFI-Bericht 2008 hat der Regierungsrat das bereits im Vorjahr in Auftrag gegebene ZFI-Massnahmenkonzept verabschiedet. Dieses strebt eine systematische, wirkungsorientierte Planung und Evaluation von Massnahmen an, um den Monitoringwert auf lange Sicht so tief wie möglich zu halten. Es unterscheidet zwischen Massnahmen im Bereich Flugbetrieb und solchen im Bereich Raumplanung.

Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und Teilrevision Verkehrsrichtplan Flughafen Zürich

Am 13. August hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) den Entwurf des Schlussberichtes zum Koordinationsprozess des Sachplanes Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) mit drei Betriebsvarianten für den Flughafen Zürich (Eopt., EDVO und Jopt.) bei den Kantonen, Bundesstellen und direkt betroffenen Gemeinden in die Konsultation gegeben. In seiner Stellungnahme vom 28. Oktober unterstützte der Regierungsrat die Weiterverfolgung der drei vorgeschlagenen Betriebsvarianten. Abgelehnt hat die Regierung Südstarts geradeaus, jedenfalls so lange, als regelmässig Landungen aus Süden durchgeführt werden müssen. Er hat jedoch diesem Verfahren als Mittel zum Verspätungsabbau bei Bise und Nebel bei Varianten zugestimmt, die keine regelmässigen Südanflüge vorsehen.

Mitte Dezember hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) entschieden, alle drei Varianten in den Entwurf des SIL-Objektblattes Flughafen Zürich aufzunehmen. Dabei bevorzugt der Bund die Varianten Eopt. und Jopt. Während die Variante Eopt. auf dem bestehenden Pistensystem basiert, setzt die Variante Jopt. Verlängerungen der Piste 10/28 nach Westen und der Piste 14/32 nach Norden voraus. Die Entscheide des Bundes stimmen bis auf einen Punkt mit der Haltung des Regierungsrates überein. Im Gegensatz zum Regierungsrat befürwortet der Bund Starts nach Süden geradeaus zum Verspätungsabbau bei Bise und Nebel bei allen Varianten.

Das Anhörungsverfahren für die den Flughafen Zürich betreffende kantonale Richtplanvorlage ist am 16. Dezember eröffnet worden und dauert bis Ende März 2010. Adressaten sind die Gemeinden, Nachbarkantone und regionalen Planungsverbände. Der zweite Verfahrensschritt, die öffentliche Auflage mit Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung, wird gleichzeitig mit der öffentlichen Auflage des SIL-Objektblatts gegen Mitte 2010 erfolgen.

Gespräche Schweiz-Deutschland

Auch im Berichtsjahr wurde die Volkswirtschaftsdirektion durch die im Zusammenhang mit dem Fluglärm stehenden Beziehungen zu Deutschland beansprucht. Die Bearbeitung des Dossiers erforderte eine intensive und stetige Absprache mit allen beteiligten Partnern in der Schweiz und in Deutschland sowie eine enge Koordination mit dem Verfahren für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL).

Als äussere Ereignisse standen die Erarbeitung der von der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und dem damaligen Bundespräsidenten Couchevin am 29. April 2008 in Auftrag gegebenen gemeinsamen Lärmbelastungsanalyse um den Flughafen Zürich sowie die Vorbereitung der Verhandlung der schweizerischen Klage gegen die deutschen Luftverkehrsbeschränkungen vor dem Europäischen Gericht erster Instanz (EuG) im Vordergrund. In den Begleitgremien zu diesen Arbeiten war die Volkswirtschaftsdirektion durch den Leiter der Europafachstelle vertreten.

Öffentlicher Verkehr

Im Vergleich zu den Vorjahren entwickelte sich der öffentliche Verkehr im Berichtsjahr weniger stark. Das Nachfragewachstum verlangsamte sich. Die Einnahmen stiegen im Umfang der Tarifierhöhung vom Dezember 2008. Hauptgrund für dieses gedämpfte Ergebnis ist die allgemeine Wirtschaftslage. Daneben ist zu beachten, dass aufgrund der EURO08 im Jahr 2008 ein stark überproportionaler Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen war.

Auf das Fahrplanjahr 2009 konnte die zweite Etappe der Glattalbahn zwischen Oerlikon und dem Flughafen eröffnet werden. Die Frequenzen auf dieser Linie entwickelten sich überaus positiv. Das neue Grossprojekt Limmattalbahn sowie die Tramnetzerweiterung Hardbrücke wurden im Berichtsjahr gestartet. Mitte Jahr erfolgte die Auslieferung des letzten Fahrzeuges der zweiten Generation der S-Bahn-Doppelstocktriebzüge. Zusammen mit den zahlreichen neuen Cobra-Trams der VBZ konnte ein beträchtlicher Teil des Fahrzeugparks im öffentlichen Verkehr modernisiert werden.

Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 3.1, 3.3, 3.4, 3.6, 5.4, 5.5, 8.6 sowie 11.1–11.4 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsratteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. Im vorliegenden Kapitel folgt die Berichterstattung über die weiteren Legislaturziele der Volkswirtschaftsdirektion.

Legislaturziel	1 Sicherstellen der Erreichbarkeit innerhalb des Wirtschaftsraums Zürich und der Vernetzung mit anderen Wirtschaftsräumen durch leistungsfähige, raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme (LZ RR 11)
Massnahme	1.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1)
Stand	Planmässig beim öffentlichen Verkehr, der Westumfahrung und der N4 Knonaueramt. Verzögert beim weiteren Ausbau des Hochleistungsstrassen-netzes.
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.2 Entwicklung Angebot und Tarif im ZVV (gemäss Zielen Strategie ZVV 2009–2012)
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachfrage, Angebotsausbauten, Kundenzufriedenheit und Kostenunter-deckung entwickeln sich entsprechend den in der Strategie 2009–2012 festgehaltenen Zielwerten.
Massnahme	1.3 Langfristige Werterhaltung der Strasseninfrastruktur sowie Standardisierung beim Strassenbau
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachdem der Bericht und die Anleitung für die Senkung der Standards im Tiefbau Ende 2008 vom Regierungsrat beschlossen wurden, ist der nächste Schritt die projektbezogene Umsetzung. Die Standardisierung wird eine Daueraufgabe sein, die sich finanziell vor allem im KEF des Tiefbauamts (mit entsprechenden Auswirkungen im Strassenfonds) niederschlagen wird.
Legislaturziel	2 Schaffen von Rahmenbedingungen für eine sowohl raum- und umwelt-verträgliche als auch wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Zürich sowie Stärkung des politischen Dialogs auf kantonaler und nationaler Ebene und im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum (LZ RR 11)
Massnahme	2.1 Den politischen Dialog mit Bund, Nachbarkantonen, Gemeinden und Deutschland zur Förderung der Akzeptanz des Flughafens Zürich als nationale Verkehrsinfrastruktur und eine langfristige Lösung stärken
Stand	Planmässig
Massnahme	2.2 Planungs- und Rechtssicherheit im Rahmen des Sachplans Infra-struktur und des Betriebsreglements für den Flughafen Zürich sowie des kantonalen Richtplans (beinhaltet LZ RR 11.2: In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Massnahme	2.3 Eigentümerstrategie für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG
Stand	Abgeschlossen
Legislaturziel	3 Verkehrsträgerübergreifende politische Steuerung im Bereich Verkehr (Umsetzung Gesamtverkehrskonzept) (LZ RR 11)
Massnahme	3.1 Den Strategieprozess und das Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln (LZ RR 11.3)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	3.2 Die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs unter den Bedingungen der weiteren Reformen des Bundes im öffentlichen Verkehr und des Individualverkehrs sichern sowie langfristige Optionen für die Verkehrsfinanzierung entwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Öffentlicher Verkehr: Gesetze und Verordnungen zur ersten Etappe der Bahnreform 2 (RöVE) treten auf 1. Januar 2010 in Kraft. Die Neuordnung der Finanzierung der Infrastruktur der konzessionierten Transportunternehmen wird in Angriff genommen. Individualverkehr: Die Auswertung der Vernehmlassung und das weitere Vorgehen zur Revision des Strassen- und Verkehrsabgabengesetzes wurden vom RR am 9. Dezember des Berichtsjahres beschlossen. Die Vorlagen zur Revision des Strassengesetzes (zuständig VD) und des Verkehrsabgabengesetzes (zuständig DS) sind dabei getrennt voneinander weiterzubearbeiten.
Massnahme	3.3 Politische Steuerungsinstrumente gemäss Gesamtverkehrskonzept entwickeln und implementieren (Strategiebeschluss Strasse, Rahmenkredit Strasse)
Stand	Planmässig
Kommentar	Einführung erst nach Verabschiedung der Gesetzesgrundlage möglich (vgl. Massnahme 3.4)
Massnahme	3.4 Neuordnung des Verkehrsrechts
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Vorlage soll bis Ende 1. Quartal 2010 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet werden.
Massnahme	3.5 Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Legislaturziel	4 Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsraums Zürich im internationalen Wettbewerb (LZ RR 3 und 5)
Massnahme	4.1 Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5), einschliesslich einer Überprüfung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.2 Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.3 Gute Rahmenbedingungen und optimale Dienstleistungen für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmungen fördern, insbesondere auch in wichtigen Branchen und bei Clustern
Stand	Planmässig
Massnahme	4.4 Standortbericht, einschliesslich Monitoring der Standortfaktoren für den Wirtschaftsraum Zürich (im Rahmen der Stiftung Greater Zurich Area)
Stand	Planmässig
Massnahme	4.5 Innovation und Technologietransfer stärken
Stand	Planmässig
Massnahme	4.6 Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.7 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.8 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.9 Neuansiedlungen von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Legislaturziel	5 Flexibilität der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden bzw. –suchenden durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen sowie Missbräuche bekämpfen
Massnahme	5.1 Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zurückführen sowie Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfebehörden, Berufsberatung, IV-Stellen und regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärken (interinstitutionelle Zusammenarbeit, IIZ)
Stand	Planmässig
Massnahme	5.2 Umsetzen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
Stand	Planmässig
Massnahme	5.3 Aufbau und Umsetzung des Vollzugs des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)
Stand	Aufbau abgeschlossen, Umsetzung planmässig

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	765,7	750,1	740,9	–9,2
Aufwand	–942,7	–998,2	–996,0	2,1
Kreditübertragungen aus 2008		–0,5		
Saldo	–177,0	–248,0	–255,1	–7,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	22,8	11,4	18,8	7,5
Ausgaben	–607,4	–321,5	–264,1	57,4
Saldo	–584,6	–310,1	–245,3	64,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	625,5	697,0	656,4	–40,6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 9,2 Mio. Franken oder 1,2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 9,1 Tieferer interner Zinsertrag auf dem Flughafenfondsbestand durch die Übertragung der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG ins Amt für Tresorerie
- 6,1 Weniger Buchgewinne auf Liegenschaften im Finanzvermögen des Strassenfonds als Folge der Höherbewertung durch IPSAS
- 4,4 Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG (Personal-, Sach- und übriger Aufwand)
- +5,8 Einnahmeanteile des Strassenfonds: Mineralölsteuer (+6,8); Ertrag aus Verkehrsabgaben (+3,0); LSVÄ (–4,0)
- +3,1 Zinserträge, realisierte Gewinne und Marktwertanpassungen der neu im Flughafenfonds geführten, saldoneutralen Lärmrechnung (Lärmentschädigungen Flughafen)

Der Aufwand liegt um 2,1 Mio. Franken oder 0,2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 10,0 Höhere Beitragszahlungen an die Sanierung Hardbrücke, da Baufortschritt rascher als erwartet
- 3,0 Strassenunterhaltungspauschalen an die Städte sind aufgrund veränderter Berechnungsgrundlagen höher als budgetiert
- 2,3 Höhere Abschreibungen auf Investitionsbeiträge, insbesondere beim Verkehrsfonds
- +7,3 Personalkosten: Beim Amt für Wirtschaft und Arbeit musste der budgetierte Stellenplan im Bereich Vollzug AVIG nicht ausgeschöpft werden (+4,1; saldoneutral, da Finanzierung durch SECO). Beim Amt für Verkehr (+2,3) wirken sich die Vakanzen gemäss Begründung Personal aus. Im Generalsekretariat beträgt die Personalkostenabweichung zum Budget +0,6 Mio. Franken.
- +4,7 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte. Die Auslastung kann nicht beeinflusst werden, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.
- +2,7 Tieferer interner Zinsaufwand für Verkehrsfonds auf Verwaltungsvermögen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 7,5 Mio. Franken oder 64,9% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +2,9 Freiwillige Amortisationen von Wohnbaudarlehen
- +3,8 Entnahme aus der Rückstellung für Lärmschädigungen in der Höhe der ausgeführten Entschädigungszahlungen 2009 (Lärmrechnung ist für die Staatsrechnung saldoneutral)

Die Ausgaben liegen um 57,4 Mio. Franken oder 17,8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +18,9 Geringere Baupauschalen an Städte aufgrund des tieferen Berechnungsfaktors
- +27,1 Da der Bund mehr Mittel aus dem Infrastrukturfonds zur Verfügung stellte, wurden für die Vorfinanzierungen (Tram Zürich-West und Durchmesserlinie) weniger Mittel als budgetiert benötigt.
- +9,4 Geplante Auszahlungen von Wohnbaudarlehen verzögern sich, weil die Bauabrechnungen noch nicht vorliegen.

Personal

Der Personalbestand im Vollzug AVIG wurde laufend und umsichtig an die Entwicklung der Stellensuchenden angepasst. Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um 18,9 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft.

Beim Amt für Verkehr (-14,3) erfolgt die Neubesetzung von Stellen im Einklang mit der Entwicklung der Aufgaben des sich im Aufbau befindenden Amtes.

Investitionen

Die Investitionen für Staatsstrassen und die Netzfertigstellung der Nationalstrassen werden im Tiefbauamt ausgewiesen. Aufgrund der neuen Finanzierungsvereinbarung für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse muss der Kanton die derzeit fehlenden Mittel des Bundes bevorschussen.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden für Strassenbauten	-28,9	-48,0		
Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-97,3	-629,2	-275,1	-354,1
Vorfinanzierung Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-68,3	-500,0	-172,4	-327,6
Beiträge an Stadtbahn Glattal	-54,4	-555,0	-356,6	-198,4
Beiträge an 3. Teilergänzung	-0,5	-95,8	-84,2	-11,6
Beiträge an Tram Zürich-West	-9,8	-90,0	-22,2	-67,8
Übrige Investitionen öffentlicher Verkehr	-2,7	-56,9	-21,8	-35,1
Wohnbaudarlehen	+10,8	*	*	*

* Gemäss Gesetz über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung §7 beträgt der Rahmenkredit für ausstehende Darlehen 180 Mio. Franken. Per 31.12.2009 sind rund 122,6 Mio. Franken Darlehen an verschiedene Empfänger ausstehend, weitere 12 Mio. Franken wurden für Wohnbaudarlehen zugesichert. Die Höhe der noch zulässigen Ausgaben verändert sich laufend aufgrund der gewährten Darlehen sowie den Amortisationen, (freiwilligen) Rückzahlungen und den neuen Zusicherungen.

Leistungsgruppen

5000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Im Jahresverlauf fand eine spürbare Konsolidierung innerhalb des Generalsekretariats statt. Mit einer Fluktuation von lediglich 6,2% konnte das fachliche Knowhow bewahrt werden.

Neben der Beanspruchung durch das Thema Flughafen und den diesbezüglichen Beziehungen zu Deutschland bestand eine weitere Aktivität in der Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Europa Institut der Universität Zürich, welche unter anderem in der gemeinsamen Organisation eines Grossanlasses sowie der Einführung einer Schulung für Europarecht ihren Ausdruck fand.

Eine grosse zeitliche Beanspruchung stellte die Umsetzung des im September 2008 vom Volk gutgeheissenen Rauchverbots in Gastronomiebetrieben dar. Das Generalsekretariat erarbeitete die kantonalrechtlichen Grundlagen und stimmte diese mit den bundesrechtlichen Vorgaben ab. Die parallele Einführung des Rauchverbots auf Kantons- und Bundesebene hatte einen erheblichen Koordinations- und Kommunikationsaufwand zur Folge.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin und die Ämter
A2	Bearbeitung/Koordination der Direktionsgeschäfte
A3	Dienstleistungen und Support für die Ämter in den Bereichen Informatik, Personal, Finanzen und Controlling
A4	Europafachstelle

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Umsetzung VOG RR Abgeschlossen Organisatorische Entscheide sind getroffen und umgesetzt.	2009
E2	Neuordnung des Verkehrsrechts Planmässig RRB zu StrG Anfang 2010, Umsetzung 2011	2011
E3	Personalentwicklungsstrategie Abgeschlossen	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,7	4,6	3,8	-0,7
Interne Informatik-Dienstleistungen	3,1	4,0	3,2	-0,8
Aufwand	-12,5	-10,1	-8,2	1,9
Saldo	-8,9	-5,5	-4,3	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,0	0,0
Ausgaben		-0,4		0,4
Saldo		-0,4	0,0	0,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	35,4	35,5	32,1	-3,4

Erfolgsrechnung

Der Saldo liegt um 1,2 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0,2 Das Informatikdienstleistungszentrum der VD schliesst dank effizienter Leistungserbringung (Personal und Sachkosten) mit einem positiven Saldo von knapp 0,1 Mio. Franken (Budget -0,1).
- +0,2 Die Europafachstelle konnte nicht alle geplanten Projekte durchführen.
- +0,6 Nicht alle vakanten Stellen wurden wiederbesetzt (0,3), Sozialleistungen (0,1), Kinder- und Familienzulagen sowie die Kosten für die Lehrlinge wurden entgegen dem Budget durch die FD ausgerichtet (0,1) und die vorgesehenen Kosten für Personalwerbung mussten nicht benutzt werden.
- +0,2 Einsparungen Sachkosten (Honorare externe Berater, Gutachten, Projekte)

Investitionsrechnung

Das Projekt Server-Erneuerung musste auf 2010 verschoben werden.

Personal

Dank straffen Arbeitsprozessen und vereinfachten Schnittstellen mussten nicht alle Vakanzen wiederbesetzt werden.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6)	min.	5,0	5,0	4,9	-0,1
Leistungen						
L1	Anzahl von der VD erledigte Rekurse	P	37	30	25	-5
L2	Anteil Rekurse, die innerhalb fünf Monaten erledigt sind	min.	68%	>60%	76%	16%
L3	Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze	P	854	870	969	99
L4	Bürgerbriefe, innerhalb von zwei Monaten beantwortet	min.	n. e.	90%	93%	3%

Abweichungsbegründungen

- L1 Die Zahl der Rekursfälle hat im Berichtsjahr leicht abgenommen. Im letzten Jahr wurden viele alte Rekurse, d.h. auch aus den Jahren 2006 und 2007, bearbeitet und abgeschlossen.
- L2 Wie schnell ein Rekurs abgeschlossen werden kann, hängt insbesondere davon ab, wie viele Schriftenwechsel stattfinden und ob die Parteien hierfür Fristverlängerungen beantragen.
- L3 Die Steigerung ist auf die neu zu betreuenden Arbeitsplätze beim AWA im Bereich Arbeitslosenversicherung zurückzuführen (Stichtag: Ende Jahr).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	143 872	71 556	40 000	112 316	-31 556

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 71 556

- davon Fr. 39 350 für Einmalzulagen ans Personal

Bildung von Rücklagen 2009: Fr. 40 000

- Die positive Budget-Abweichung resultierte unter anderem dank der Optimierung und günstigeren Einkäufen innerhalb der VD-Informatik. Zudem bewältigte die VD-Informatik den Anstieg von betreuten Informatik-Arbeitsplätzen (von 854 auf 969) mit gleichbleibendem Personal.

5205 Amt für Verkehr

Hauptereignisse

Gesamtverkehr

Der Bundesrat überwies das «Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr» nach der Vernehmlassung an das Bundesparlament. Die Priorisierung einzelner Projekte durch den Bundesrat und der unverständlich tiefe Beitragssatz von lediglich 35% sind für den Kanton enttäuschend.

Die Arbeiten für die regionalen Gesamtverkehrskonzepte Oberland und Flughafenregion wurden aufgenommen. Zusammen mit der Stadt Winterthur wurde die Erarbeitung eines städtischen Gesamtverkehrskonzepts gestartet.

Strassenverkehr

Im Bereich der strategischen Netzentwicklung konnten wesentliche Meilensteine für wichtige Planungsstudien erreicht bzw. Abschlüsse durchgeführt werden. Inhaltlich abgeschlossen wurden u. a. die Zweckmässigkeitsbeurteilungen (ZMB) Entlastungsachse Dietikon, Umfahrung Grüningen, Ortsdurchfahrt Pfäffikon und Entlastung Neeracher Ried.

Im Bereich des strategischen Verkehrsmanagements wurde der Antrag für einen Rahmenkredit zur Umsetzung der Konzepte zur Regionalen Verkehrssteuerung für das Limmattal, das Glattal sowie den Raum Winterthur und Umgebung an den Kantonsrat gestellt. Eine vereinbarte enge Zusammenarbeit bei den nächsten Planungen der Glattalautobahn stellt die Wahrung der kantonalen Interessen sicher.

Der Regierungsrat beurteilte das vom ASTRA aufgelegte Projekt «Ausbau Nordumfahrung» grundsätzlich positiv. In seiner Stellungnahme wies er mit Nachdruck auf die dringliche Umsetzung dieses Projektes von überregionaler Bedeutung hin. Gemeinsam mit Bund und Gemeinde erarbeitete der Kanton zudem einen Vorschlag für eine Verlängerung des Portals Weiningen. Der Kanton erachtet diese Projektoptimierung als machbar und beantragt beim Bund die entsprechende Umsetzung.

Die Projektierung der Einhausung der Hochleistungsstrasse (SN 1.4.4) in Schwamendingen ist weit fortgeschritten. Anfang 2010 übernimmt das ASTRA die Federführung in diesem Projekt.

Im Bereich Projektentwicklung wurde der Kontakt zu den Gemeinden in gewohnter Weise gepflegt und mit einem einheitlichen Kommunikationskonzept weiter verbessert. Im Rahmen des Aufbaus der Projektportfoliosteuerung im Tiefbauamt (Baudirektion) wurde die Koordination zwischen dem Amt für Verkehr und den verschiedenen Abteilungen des Tiefbauamtes für einen reibungslosen Übergabeprozess definiert. Im Berichtsjahr sind ungefähr 135 Projektübergaben ans Tiefbauamt erfolgt.

Die Vorlage für das neue Strassengesetz konnte termingerecht im April in die Vernehmlassung geschickt werden. Die rund 90 Stellungnahmen haben zu einer Überarbeitung der Vorlage geführt. Mit einer Kantonsratsvorlage ist im ersten Halbjahr 2010 zu rechnen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzung Gesamtverkehrskonzept und Gesamtverkehrsprozess sowie Anwendung Gesamtverkehrscontrolling Konzept Gesamtverkehrscontrolling liegt im Entwurf vor.
A2	Betrieb eines Gesamtverkehrsmodells Modellierung Istzustand möglich. Vollständiger Betrieb einschliesslich Mittelfristprognosen bis Mitte 2010
A3	Umsetzung Eigentümerstrategie und kontinuierliche Überwachung der kantonalen Beteiligungen im Bereich Flughafen und Luftverkehr Ende des Berichtsjahres: 1. Berichterstattung über das Strategiecontrolling im Berichtsjahr, Beteiligung FZAG
A4	Wahrung der kantonalen Interessen im Bereich der strategischen Planung und Kontrolle im Bereich Luftverkehr
A5	Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische öV-Projekte
A6	Strategisches Verkehrsmanagement Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr dem Kantonsrat für die Umsetzung der RVS-Massnahmen einen Rahmenkredit von Fr. 60500000 beantragt.
A7	Baupolizei und Beitragswesen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben (LZ RR 11.1) Planmässig Berichterstattung über Einflussnahme und Stand bei laufenden Projekten des Bundes nach Übergabe ans ASTRA ist erfolgt.	2011
E2	Aufbau eines Strategieprozesses Gesamtverkehr und eines umfassenden Gesamtverkehrcontrollings (LZ RR 11.3) Verzögert Konzeptentwurf liegt vor. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunkts vom Berichtsjahr auf 2010 verschoben.	2009
E3	Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen (LZ RR 11.4) Planmässig Umsetzung des kantonalen Richtplans ist eine Daueraufgabe. Massnahmen sind die Initiierung einzelner Vorhaben wie z. B. Projekte im Bereich Güterverkehr, Zweckmässigkeitsbeurteilungen für dringliche Strassenprojekte.	2011
E4	Aufbau eines prognosefähigen Gesamtverkehrsmodells Verzögert Betriebsfähig bis Mitte 2010	2009
E5	Mitwirkung im Verfahren Sachplan Infrastruktur und Luftfahrt (SIL) sowie raumplanerische Vorsorge in der Flughafenregion (LZ RR 11.2) Planmässig Stellungnahme des Regierungsrates zum SIL ist erfolgt. Massnahmenkonzept «Raumentwicklung/ Wohnqualität» ist Bestandteil der Revisionsvorlage für den kantonalen Verkehrsrichtplan, Kap. «Flughafen Zürich»	2011
E6	Weiterentwicklung und Definition von langfristigen Optionen für die Verkehrsfinanzierung; Umsetzung in der Gesetzgebung (Strassengesetz u. a.) Planmässig Vernehmlassung Gesetzesvorlage abgeschlossen. KR-Vorlage bis Ende März 2010	2011

E7	Ausarbeitung eines Strategieberichtes Strassenverkehr und einer zugehörigen Finanzplanung für den Bereich der Strassen (Ablösung Bauprogramm Strassen) Planmässig Abhängigkeit von der Strassengesetzrevision. Als Vorlauf für den Strategiebericht Strassen wird eine Teilstrategie Strassen erarbeitet.	2011
E8	Interessenwahrung beim Bund zur Aufnahme der wichtigen Vorhaben im Nationalstrassennetz in den Netzbeschluss bzw. in die Programmbotschaft Engpassbeseitigung Planmässig Prozesse bezüglich Glattalautobahn und Kapazitätsausbau Winterthur sind im Gang	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	153,3	122,1	122,4	0,3
Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	109,0	118,0	118,8	0,7
Aufwand	-124,5	-126,8	-126,2	0,6
Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-50,2	-50,0	-63,1	-13,1
Abschreibungen	-17,5	-18,8	-18,1	0,6
Saldo	28,8	-4,7	-3,9	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	11,9	1,3	1,1	-0,2
Ausgaben	-10,8	-49,2	-28,9	20,3
Saldo	1,1	-47,9	-27,7	20,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	64,9	59,1	44,8	-14,3

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0,3 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1,0 Höhere Vergütung aus Strassenfonds, da die budgetierten Leistungen im Strassenbereich überschritten wurden
- 0,4 Geringere Mieteinnahmen bei Liegenschaften im Finanzvermögen

Der Aufwand liegt um 0,6 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +10,8 Verzinsung der Liegenschaftenbestände des Finanzvermögens erfolgt direkt im Strassenfonds
- +2,3 Vakante Stellen (Personalkosten)
- +1,4 Verzinsung und Abschreibung der Investitionsbeiträge auf angepassten Buchwerten
- 10,0 Höhere Beitragszahlung an die Sanierung Hardbrücke, da Baufortschritt rascher als erwartet
- 3,0 Höhere Unterhaltungspauschalen an Städte aufgrund veränderter Berechnungsgrundlagen
- 1,4 Mehraufwand bei Liegenschaften im Finanzvermögen (Erschliessungskosten in Eglisau)
- 1,2 Höhere Beiträge an Gemeinden für Strassenunterhalt

Investitionsrechnung

Die Ausgaben liegen um 20,3 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +18,9 Geringere Baupauschalen an die Städte aufgrund des tieferen Berechnungsfaktors
- +1,4 Bundesbeitrag aus dem Infrastrukturfonds an das Projekt Tram Zürich-West/Pfingstweidstrasse

Personal

Der Personalbestand liegt 14,3 Stellen unter Budget.

Ursachen:

- Die budgetierten 59,1 Stellen bilden den Sollbestand des Amtes im Endzustand ab.
- Einzelne für das Jahr 2009 vorgesehene Stellenbesetzungen erfolgen erst 2010.
- Neubesetzungen von Stellen erfolgen im Einklang mit der Entwicklung der Aufgaben des sich im Aufbau befindenden Amtes.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Interregionale Erreichbarkeit Kt. Zürich (Index)	P	n.a.	130,5	147,4	16,9
W2	Interkontinentale Erreichbarkeit Kt. Zürich (Index)	P	n.a.	111,0	111,5	0,5
W3	NOx-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	6 030	5 710	5 710	0
W4	PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t)	P	629	624	624	0
W5	CO ₂ -Emissionen im Strassenverkehr (in 1000 t)	P	2 068	2 074	2 074	0
Leistungen						
L1	Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken pro Jahr, einschliesslich Land)	min.	8,4	16,3	7,2	–9,1
L2	Bimodaler Modal Split (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte)	P	27,8	27,6	29,5	1,9
L3	Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperre	P	5 420	5 400	5 370	–30
L4	Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements	P	533	300	482	182
Abweichungsbegründungen						
W1	Deutlicher Ausbau des Flugnetzes, vermehrte Investitionen in den Bahnverkehr und grösseres relatives Wirtschaftswachstum im Vergleich zu andern Regionen in Europa					
L1	Trotz verstärkten Bestrebungen konnten die Investitionen ins Radwegnetz, u. a. wegen Einsprachen oder von Dritten gewünschten Projektanpassungen, nicht wie geplant verwirklicht werden.					
L2	Die Ermittlung des Modal Splits basiert neu auf dem Gesamtverkehrsmodell und damit auf einer besseren Berechnungsgrundlage.					
L4	Weiterhin viele Gesuche/Kontrollen bei Infrastrukturanlagen der Luftfahrt für Um-/Ausbauten, Projektänderungen, techn. Ausrüstungen und Ausstattungen im Zusammenhang mit Schengen-2010-Projekten					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	387 147	-112 940	0	274 207	-112 940

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 112 940

– davon Fr. 69 225 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009: Fr. 0

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Hauptereignisse

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und der Einlage in den Verkehrsfonds.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind bei der Leistungsgruppe Nr. 5920 (Verkehrsfonds) beschrieben, diejenigen des ZVV in dessen Geschäftsbericht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag		0,0		0,0
Aufwand	–235,4	–249,3	–248,9	0,3
Beitrag an den ZVV (LG Nr. 9300)	–157,6	–173,4	–173,0	0,3
Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	–83,0	–81,1	–81,1	0,0
Saldo	–235,4	–249,3	–248,9	0,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Über diese Leistungsgruppe wird die Finanzierung des ZVV und des Verkehrsfonds abgewickelt.

Die materiellen Begründungen für die finanzielle Entwicklung sind in den jeweiligen Leistungsgruppen (Nr. 5920 bzw. 9300) ersichtlich.

Indikatoren

Art R 2008 B 2009 GB 2009 Abweichung
von B 2009

Wirkungen

W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Leistungen

L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Wirtschaftlichkeit

B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Hauptereignisse

Im Bereich der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wurden 4750 Arbeitnehmer hinsichtlich Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen kontrolliert. Dabei wurde in 150 Fällen (3,2%) eine Unterbietung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen festgestellt. In 16 Fällen wurden Bussen wegen Verletzung der Mindestlöhne ausgesprochen. Die überwiegende Mehrheit der in der Schweiz tätigen in- und ausländischen Arbeitgeber hält die Lohnstandards ein, es konnte kein Sinken des Lohnniveaus festgestellt werden. Die 2622 ebenfalls durchgeführten Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentrierten sich auf Risikobranchen, in denen die Gefahr von Missbräuchen besonders gross erscheint.

Im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und parlamentarischen Anfragen erstellte das AWA volkswirtschaftliche Analysen. Anhand von verschiedenen Szenarien wurde abgeklärt, welche vorbeugenden Massnahmen angebracht sind und wo allenfalls Koordinationsbedarf mit anderen Direktionen besteht. Die Standortförderung führte das Management der Branchencluster (Finanz, Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnologie, Kreativsektor) weiter. Die Möglichkeit der Vernetzung der Betriebe eines Clusters trägt dazu bei, dass entlang der Wertschöpfungskette Innovationen erzielt werden. Um Synergien im Auftritt nach aussen besser zu nutzen, verstärkte die Standortförderung die Zusammenarbeit insbesondere mit dem Steueramt.

Neben der normalen Bauteuerung haben verschärfte gesetzliche Anforderungen und erhöhte Komfortansprüche den Wohnungsbau in den letzten Jahren verteuert. Um dieser und anderen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wurde die Wohnbauförderungsverordnung des Kantons Zürich in verschiedenen Punkten revidiert und auf den März des Berichtsjahres in Kraft gesetzt.

Mit dem Ziel einer systematischen Personalentwicklung und um die Nachfolgeplanung für alle Führungsfunktionen und weitere Schlüsselfunktionen systematisch und frühzeitig anzugehen, wurde ein Konzept zur Talentförderung innerhalb des Amtes erarbeitet. Talente sollen angesprochen und motiviert werden, ihre Entwicklung auf Schlüsselfunktionen im AWA auszurichten. Zudem wurden zur Kompetenzerweiterung Gesprächsführungstrainings angeboten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
A2	Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
A3	Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
A4	Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten Planmässig Regionalzentren aufgebaut und Konzeption überarbeitet	2009
E2	Vollzug der flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit mit der EU Planmässig Die mit dem SECO vereinbarte Anzahl Kontrollen wurde erreicht.	2009
E3	Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen Planmässig Erster Clusterbericht erschienen und Zusammenarbeit mit Stadt Zürich fortgeführt	2010
E4	Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren (LZ RR 5.5) Planmässig	2010
E5	Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen (LZ RR 5.4) Abgeschlossen Unternehmensforum Baden-Württemberg	2010
E6	Führung der Marke Zürich beanspruchen (LZ RR 3.1) Verzögert Weiteres Vorgehen muss in Gleichklang mit der weiteren Entwicklung der Stiftung Greater Zurich Area gebracht werden.	2010
E7	Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken (LZ RR 3.3) Planmässig Neue Homepage erstellt und Studie zum Finanzplatz in Arbeit	2010
E8	Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern (LZ RR 3.4) Planmässig	2010
E9	Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich unterstützen (LZ RR 3.6) Verzögert Wirtschaftslage	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	76,7	90,2	86,3	–3,8
Vollzug AVIG	66,3	79,6	75,2	–4,4
Aufwand	–111,6	–134,0	–122,4	11,6
Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	–66,6	–79,6	–75,6	4,0
Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	–21,1	–22,7	–21,7	1,0
Kreditübertragungen aus 2008		–0,5		
Saldo	–34,8	–43,9	–36,1	7,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	10,8	10,0	12,9	2,8
Ausgaben	–7,1	–11,6	–2,1	9,6
Saldo	3,7	–1,6	10,8	12,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	525,2	602,4	579,5	–22,9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 3,8 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 4,4 Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG (Personal-, Sach- und übriger Aufwand)

Der Aufwand liegt um 11,6 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +4,1 Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um 18,9 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft (siehe Abweichung Personal), gleichermassen wurden die Aus- und Weiterbildungskosten im Vollzug AVIG nicht voll benötigt (beides saldoneutral).
- +4,7 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte. Das AWA kann die Auslastungen nicht beeinflussen, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +2,9 Freiwillige Amortisationen von Wohnbaurdarlehen (nicht planbar)

Ausgaben:

- +9,4 Geplante Auszahlungen von Wohnbaurdarlehen verzögern sich, weil die Bauabrechnungen noch nicht vorliegen

Personal

- 18,9 Im Vollzug AVIG wurde der Personalbestand laufend und umsichtig an die Entwicklung der Stellensuchenden angepasst.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Ansiedlung von Unternehmen: kurzfristig neue Arbeitsplätze im Kanton ZH	min.	517	400	308	-92
W2	Von neu angesiedelten Firmen längerfristig zusätzlich geplante Arbeitsplätze	min.	194	400	247	-153
W3	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2006–2009 mit dem SECO	min.	103	100	102	
W4	Ausreichende Wohnraumversorgung für Personen mit niedrigem Einkommen: Wohnungsbelegung gemäss Subventionsanforderungen WBF-Recht	min.	95,3%	93%	94,5%	
Leistungen						
L1	Ansiedlung von Unternehmen: Anzahl Ansiedlungsprojekte	min.	18	20	21	1
L2	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	P	17 490	16 000	14 222	-1 778
L3	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen	P	50 157	45 000	50 778	5 778
L4	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	min.	1 225	1 200	1 359	159
L5	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	P	24 261	27 000–32 000	33 218	6 218
L6	Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen)	P	46	200	0	-200
Wirtschaftlichkeit						
B1	Wirtschaftliche Betriebsführung, sodass der Kanton durch den AVIG-Vollzug finanziell nicht belastet wird: Vollständige Kostenvergütung durch den Bund (Ausnahme: Kantonsbeteiligung nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} , Art. 59d bzw. Art. 27 Abs. 5 AVIG)	min.	99,6%	99,9%	99,5%	
Abweichungsbegründungen						
W1	Angaben gemäss Businessplan der Unternehmungen. Ausgewiesen werden Ansiedlungsprojekte mit Entscheid der Unternehmung für einen Standort im Kanton Zürich, bei denen die kantonale Standortförderung Beratung und Unterstützung mit grösserem Aufwand bot.					
W2	Vgl. W1					
W3	Die aktuellste und endgültige Berechnung bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2008.					
L2	Die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften aus den neuen EU-8-Staaten war aufgrund der Wirtschaftslage rückläufig.					
L3	Das Meldeverfahren für Kurzaufenthalter (bis 90 Tage bzw. 3 Monate im Kalenderjahr) ist unbürokratisch und einfach. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage wurden weiterhin ausländische Arbeitskräfte aus dem alten EU-Raum im Kanton Zürich nachgefragt, dies insbesondere saisonal bedingt während der Sommermonate.					
L5	Die Planungsangaben stützten sich auf die zum Planungszeitpunkt aktuellen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.					
L6	Die Bauträger haben die Inkraftsetzung der geplanten Verordnungsänderung abgewartet. Diese wurde im Mai 2009 rückwirkend auf den 1. März 2009 in Kraft gesetzt, daraufhin sind Gesuche bei den Gemeinden zur Prüfung eingegangen. Die kantonalen Zusicherungen erfolgen erst nach der Zusicherung der Gemeinden. Die ersten drei Gesuche für insgesamt 52 subventionierte Wohnungen sind per Ende 2009 bei der Fachstelle Wohnbauförderung eingetroffen.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 026 313	185 751	200 000	2 040 562	14 249

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 185 751

- davon Fr. 122 699 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009: Fr. 200 000

- Der Bereich Arbeitsbedingungen einschliesslich FLAM hat eine Saldoverbesserung gegenüber Budget von rund 1,0 Mio. Franken erwirtschaftet. Trotz einer permanenten Unterbesetzung des Personals von durchschnittlich 0,75 BG konnten die wichtigsten gesetzlichen Leistungen erfüllt werden.

5920 Verkehrsfonds

Hauptereignisse

Auf das Fahrplanjahr 2009 konnte die zweite Etappe der Glattalbahn zwischen Oerlikon und dem Flughafen Zürich eröffnet werden. Die Arbeiten an der 3. Etappe Flughafen–Wallisellen–Stettbach verlaufen nach Terminplan und die Eröffnung ist auf Dezember 2010 geplant.

Die Tramnetzerweiterung Zürich West verläuft plangemäss. Die Fertigstellung ist auf Dezember 2011 geplant.

Das neue Grossprojekt Limmattalbahn sowie die Tramnetzerweiterung Hardbrücke wurden im Berichtsjahr gestartet. Für beide Projekte ist der Baubeginn für 2015 vorgesehen.

Die Arbeiten an der Durchmesserlinie schreiten planmässig voran. Für die ergänzenden Ausbauten in der Region werden die 4. Teilergänzungen der S-Bahn geplant. Der Planungsbericht wurde im Juli des Berichtsjahres abgeschlossen. Er bildet Basis für den Kreditantrag.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Fonds mit reiner Finanzierungsfunktion auf Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs; Übertrag von Mitteln aus der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	108,9	107,8	107,2	–0,6
Zinserträge	25,0	25,8	26,1	0,3
Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	83,0	81,1	81,1	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–108,9	–107,8	–107,2	0,6
Zinsaufwände	–26,8	–35,8	–33,0	2,7
Abschreibungen	–53,2	–54,7	–57,7	–3,0
Einlagen in Bestandeskonto	–28,9	–17,3	–16,5	0,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,1	0,0	0,9	0,9
Ausgaben	–270,5	–260,2	–233,1	27,1
Saldo	–270,4	–260,2	–232,2	28,0
Fondsbestand				
Fondsbestand	803,1	811,3	819,6	8,3

Erfolgsrechnung

- +0,8 Aufgrund des Leistungsgruppenergebnisses werden 16,5 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt (Budget: 17,3 Mio. Franken).
- +2,7 Durch tiefere zu verzinsende Anlagebestände im Verwaltungsvermögen resultieren tiefere interne Zinskosten.
- 3,0 Die Abschreibungen auf den bestehenden Anlagen wurden zu tief budgetiert.

Investitionsrechnung

- +27,1 Da der Bund mehr Mittel aus dem Infrastrukturfonds zur Verfügung stellte, fielen die Vorfinanzierungen für das Tram Zürich-West und für die Durchmesserlinie tiefer aus als budgetiert. Details zu einzelnen Bauvorhaben können der Tabelle «Indikatoren» entnommen werden.

Fondsbestand

- +8,3 Der Anfangsbestand 2009 ist höher als zum Planungszeitpunkt angenommen.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.					
Leistungen						
L1	Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse		-173,8	-174,7	-165,6	9,1
L2	Beiträge an 3. Teilergänzungen		-9,3	0	-0,5	-0,5
L3	Beiträge an 4. Teilergänzungen		0	0	0	0
L4	Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz		-0,6	-4,4	0	4,4
L5	Beiträge an Stadtbahn Glattal		-71,1	-44,4	-54,5	-10,3
L6	Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmungen		-2,7	-3,3	-2,6	0,6
L7	Beiträge an Tram Zürich-West		-12,4	-32,3	-9,8	22,5
L8	Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe		-0,5	-1,4	-0,1	1,3
Wirtschaftlichkeit						
B1	Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.					
Abweichungsbegründungen						
W1	Darauf aufbauende Angebotsverbesserungen und deren Wirkung sind in der Leistungsgruppe Nr. 9300, Verkehrsverbund, ersichtlich.					
L1	Der Beitrag 2009 ohne Bevorschussung beläuft sich auf 97,3 Mio. Franken. Dank höheren Zahlungen aus dem Infrastrukturfonds blieb die Bevorschussung des Bundesbeitrags mit 68,1 Mio. Franken unter dem budgetierten Betrag.					
L3	Die Zahlungen für die 4. Teilergänzungen sind erst ab 2010 geplant.					
L4	Die Ausführung grösserer Projekte hat sich verzögert.					
L5	Nachdem 2008 weniger Teilzahlungen als geplant geleistet wurden, verschob sich ein Teil des Mittelbedarfs ins Jahr 2009.					
L7	Dank höheren Zahlungen aus dem Infrastrukturfonds mussten weniger Bundesbeiträge bevorschusst werden.					
L8	Die Abrechnung von Bushöfen hat sich verzögert.					

5921 Flughafenfonds

Hauptereignisse

Im Zusammenhang mit der Einführung von IPSAS wurde die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG nicht mehr im Flughafenfonds, sondern wie andere Beteiligungen im Verwaltungsvermögen im Amt für Tresorerie bilanziert.

Nachdem im Jahre 2008 die Vorfinanzierung betreffend Fluglärmschädigungen gemäss Vertrag von 2006 zwischen dem Kanton und der Flughafen Zürich AG ausgelöst wurde, erfolgten im Berichtsjahr erste Entschädigungszahlungen von 3,8 Mio. Franken. Demgegenüber sind der Lärmrechnung insgesamt 28,5 Mio. Franken an Lärmgebührenanteilen aus dem Airport Zurich Noise Fund (AZNF) zugeflossen. Damit erhöht sich der Bestand der Lärmrechnung auf Ende des Berichtsjahres auf 153,4 Mio. Franken. An der Einschätzung, dass alle Kosten durch den AZNF getragen werden können, hat sich auch nach dem neuesten Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts nichts geändert.

Erst wenn für die Finanzierung der vor Juni 2001 entstandenen Verpflichtungen der Bestand der Fluglärmrechnung nicht mehr ausreichen sollte, muss der Kanton Vorleistungen erbringen. Diese werden jedoch zu einem späteren Zeitpunkt wieder vollumfänglich durch die laufend vereinnahmten Anteile an Lärmgebühren aus dem AZNF refinanziert.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,2	21,2	15,2	–6,0
Zinsertrag	11,9	21,2	12,1	–9,1
Aufwand	–9,0	–3,4	–5,8	–2,4
Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	–2,6	–3,0	–2,8	0,2
Saldo	9,1	17,8	9,3	–8,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen			3,8	3,8
Ausgaben	–319,0			
Saldo	–319,0		3,8	3,8
Fondsbestand				
Fondsbestand	372,0	669,3	381,3	–288,0

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 6,0 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 9,1 Die Übertragung der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG ins Amt für Tresorerie bzw. der sich daraus ergebende tiefere Fondsbestand führt zu einer Reduktion des internen Zinsertrags (für Staatsrechnung saldoneutral).
- +3,1 Neu im Flughafenfonds geführte, saldoneutrale Lärmrechnung betreffend Entschädigungszahlungen: Zinserträge (2,4), Marktwertanpassungen auf Wertschriften (0,4), realisierte Gewinne auf Wertschriften (0,2)

Der Aufwand liegt um 2,4 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 3,1 Neu im Flughafenfonds geführte, saldoneutrale Lärmrechnung betreffend Entschädigungszahlungen: Abschluss Lärmrechnung (2,8), realisierte Wertschriftenverluste (0,2), Vermögensverwaltungskosten (0,1)
- +0,4 Keine Entschädigungszahlungen an Gemeinden aufgrund § 4 Flughafenfondsgesetz
- +0,2 Geringere Vergütung an das Amt für Verkehr für die nach Flughafenfondsgesetz verrechenbaren Leistungen

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +3,8 Entnahme aus der Rückstellung für Lärmentschädigungen in der Höhe der ausgeführten Entschädigungszahlungen 2009 (Lärmrechnung ist für die Staatsrechnung saldoneutral)

Fondsbestand

Der Fondsbestand reduziert sich gegenüber der Planung um 288 Mio. Franken. Dies als Folge des Übertrags der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG ins Amt für Tresorerie.

5925 Strassenfonds

Hauptereignisse

Strassenfinanzierung 2009: Beträge in Mio. Franken
(in Klammer Werte Budget 2009)



* Differenz zu Ertrag in Tabelle Finanzielle Entwicklung: Ertrag ist reduziert um die Vergütung an das Strassenverkehrsamt für den Einzug der Verkehrsabgaben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205 [in den Jahren 2007 und 2008 Verkehr und Infrastruktur Strasse, VIS]), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	404,9	404,3	406,0	1,8
Ertrag Treibstoffzoll	41,5	36,4	43,2	6,8
Ertrag LSVA	54,7	56,6	52,6	-4,0
Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	289,6	289,1	292,1	3,0
Aufwand	-340,7	-366,7	-377,2	-10,5
Vergütung an Arbeitsstellen	-6,0	-6,2	-6,1	0,1
Übertrag an TBA und AFV	-319,6	-359,2	-361,4	-2,1
Saldo	64,2	37,6	28,8	-8,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	437,2	422,7	466,1	43,4

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 1,8 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +6,8 Höhere Bundesanteile an Mineralölsteuern
- +3,0 Höherer Ertrag aus Verkehrsabgaben
- +2,0 Höherer Zinsertrag auf dem Fondsbestand
- 6,1 Weniger Buchgewinne auf Liegenschaften des Finanzvermögens als Folge der Höherbewertungen mit IPSAS
- 4,0 Geringere Bundesanteile an der LSVA

Der Aufwand liegt um 10,5 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 9,3 Verzinsung der Liegenschaftenbestände im Finanzvermögen erfolgt direkt im Strassenfonds und nicht mehr beim Amt für Verkehr
- 2,1 Höhere Überträge an das Amt für Verkehr (1,0) und das Tiefbauamt (1,1)
- +0,7 Weniger Grundstückgewinnsteueraufwand

Fondsbestand

Der Fondsbestand erhöht sich gegenüber der Planung um 43,4 Mio. Franken.





Gesundheitsdirektion

Die Gesundheitsdirektion strebt die Erhaltung und Förderung der Gesundheit, die Sicherstellung einer für alle Patientinnen und Patienten zugänglichen Gesundheitsversorgung, die Begrenzung des Wachstums der Ausgaben im Aufgabenbereich der Gesundheitsdirektion sowie die Erhöhung der Kosten- und Leistungstransparenz an.

Medical Board

Im Sommer des Berichtsjahres konnte das Pilotprojekt für ein Medical Board erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel ist, sowohl bereits etablierte als auch zugelassene neue akutsomatische Behandlungs- und Diagnoseverfahren durch ein von Finanzierern und Leistungserbringern unabhängiges Gremium aus einer gesamtheitlichen Sicht auf Wirksamkeit und Effizienz zu prüfen. Das mit Fachexperten aus Medizin, Ökonomie, Recht und Ethik besetzte Medical Board soll aufgrund einer interdisziplinären Würdigung Empfehlungen zu diesen Verfahren formulieren. Es stützt sich dabei auf Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien, die in der medizinischen Fachliteratur publiziert sind, ergänzt durch eigene Kosten-Nutzen-Analysen. Die Empfehlungen des Medical Boards sollen Ärztinnen und Ärzten sowie Patientinnen und Patienten bei der Wahl einer wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Behandlung unterstützen.

Die Arbeiten für die Errichtung des Medical Boards nahmen rund eineinhalb Jahre in Anspruch. In diesem Rahmen wurde ein Projektteam aufgebaut und ein Expertengremium eingesetzt. Zudem wurden Reglemente zur Auswahl der Fragestellungen, zu den Abläufen und zur Methodik der Prüfung medizinischer Behandlungs- und Diagnoseverfahren entwickelt und an Praxisbeispielen getestet. In einer anschliessenden, breit abgestützten Vernehmlassung haben sich fast alle antwortenden Institutionen grundsätzlich positiv zur Idee und zum Verfahren geäussert und die Überführung in einen Regelbetrieb befürwortet. Der Ansatz des Medical Boards zur Überprüfung von sehr teuren oder sehr häufig durchgeführten Behandlungen entspricht einem offensichtlichen Bedürfnis sowohl der Leistungserbringer als auch der Finanzierer und nicht zuletzt auch der Patientinnen und Patienten.

Bereits bei der Auftragserteilung für das Projekt war die Gesundheitsdirektion der Überzeugung, dass eine derartige Institution sinnvollerweise auf überkantonaler, wenn nicht sogar nationaler Ebene tätig sein sollte. Dies, weil die Erkenntnisse aus den durchgeführten Studien auch über den Kanton Zürich hinaus Gültigkeit haben, weil der Nutzen aus dem Medical Board mit jeder zusätzlich durchgeführten

Studie zunimmt und weil dessen Betrieb auch mit einem finanziellen Aufwand verbunden ist, den sich die Kostenträger sinnvollerweise teilen. Die Gesundheitsdirektion entschied sich für eine Durchführung dieses Vorhabens zunächst auf kantonaler Ebene, da sie von dessen Nutzen bei der vom Krankenversicherungsgesetz (KVG) geforderten periodischen Überprüfung der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit medizinischer Behandlungen überzeugt war. Sie beabsichtigte allerdings von Anfang an, eine nationale Trägerschaft für das Medical Board zu suchen, falls sich das Pilotprojekt als erfolgreich erweisen sollte.

Die Ergebnisse aus dem Pilot und die positiven Rückmeldungen in der Vernehmlassung haben die Gesundheitsdirektion veranlasst, in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres sowohl die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) als auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und den Branchenverband der schweizerischen Krankenversicherer santésuisse über die Ergebnisse des Pilotprojekts im Detail zu informieren und auf die Bereitschaft, sich künftig an einer nationalen Trägerschaft des Medical Boards zu beteiligen, anzusprechen. Die GDK hat Ende November entschieden, sich zu beteiligen und erste finanzielle Mittel zu sprechen. Auch seitens der Krankenversicherer wurde ein grosses Interesse an einer Beteiligung bekundet; der endgültige Entscheid sowie auch die Antwort des BAG sind im Frühjahr 2010 zu erwarten.

Das Medical Board soll bis 2011 auf gesamtschweizerischer Ebene etabliert werden. Das Jahr 2010 wird zur Vorbereitung des Regelbetriebes unter nationaler Trägerschaft genutzt (Klärung organisatorischer, rechtlicher und finanzieller Gesichtspunkte). Während dieser Zeit behält die Gesundheitsdirektion die Federführung und stellt den operativen Betrieb sicher. Es ist vorgesehen, im Jahr 2010 drei weitere medizinische Fragestellungen zu bearbeiten.

Grippe (H1N1) 2009 im Kanton Zürich

Im Frühjahr des Berichtsjahres wurde auf dem nordamerikanischen Kontinent das Grippevirus (H1N1) 2009 entdeckt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO stufte das Virus im April als gesundheitliches Risiko von internationaler Bedeutung ein. Kurz darauf wurde das Virus erstmals auch in der Schweiz bei einer aus Mexiko zurückgekehrten Person nachgewiesen. In den folgenden Wochen ist in den Kantonen mit grossem Aufwand versucht worden, Erkrankte zu isolieren und Übertragungen zu verhindern. Das Virus breitete sich jedoch schnell über die ganze Welt aus, was die WHO veranlasste, am 11. Juni die (höchste) Pandemiestufe 6 auszurufen. Zugleich wurden die Länder aufgefordert, umgehend Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen.

Im Verlauf der Virusausbreitung relativierten zunehmende Erfahrungen die ursprüngliche Einschätzung bezüglich der Gefährlichkeit des neu entdeckten Virus. Im Kanton Zürich wurden Massnahmen für den Fall einer Pandemie zurückhaltend, in Abwägung der Verhältnismässigkeit und in Beachtung übergeordneter Richtlinien entwickelt und umgesetzt. Im Hinblick auf allfällige Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens galt es vorerst, mit Informations- und Hygienemassnahmen ein starkes Anwachsen von Ansteckungen durch das Grippevirus (H1N1) 2009 hinauszuzögern. Bewährt hat sich dabei der innerkantonale Informationsaustausch über die Kantonale Führungsorganisation. Es zeigte sich im Pandemieverlauf, dass Komplikationen und schwerere Verlaufsformen, wie bei der saisonalen Grippe, vor allem bei Risikopersonen auftraten, die meistens bereits an Vorerkrankungen litten. Das erste Ziel der im November angelaufenen Impfkampagne ist deshalb von Anfang an nicht auf eine Massenimpfung der Bevölkerung, sondern auf den Schutz der vom BAG bezeichneten Risikopersonen ausgerichtet gewesen. Gleichartig zur saisonalen Grippeimpfung sind die Impfungen gegen das Grippevirus (H1N1) 2009 im

Kanton Zürich in den bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens (vorwiegend in Arztpraxen und Spitälern) durchgeführt worden. Für die kantonale Impfkampagne mit über 1550 Impfstellen wurde eine leistungsfähige Infrastruktur zur Bestellung, Verteilung und Abrechnung der vom Bund zur Verfügung gestellten Impfstoffe aufgebaut. Die Lagerung der vom Bund übernommenen Impfstoffe und deren Feinverteilung zu den einzelnen Impfstellen im Kanton ist über eine spezialisierte Logistikfirma erfolgt. Für Fachfragen sind Hotlines eingerichtet worden. Ende Jahr ging die Grippewelle stark zurück.

Strategische Entwicklungsplanung für das Universitätsspital und die Universität

Sowohl das Universitätsspital wie auch die Universität leiden seit längerem unter engen Platzverhältnissen auf ihren Arealen im Hochschulquartier. Die Bausubstanz insbesondere des Universitätsspitals weist grosse Mängel auf und die Entwicklungsmöglichkeiten auf den Kernarealen im Zentrum sind weitgehend ausgeschöpft. Gleichzeitig nehmen die Raumbedürfnisse beider Institutionen mit den steigenden Studierenden- und Patientenzahlen weiter zu. Beide Institutionen beschäftigen sich deshalb seit längerem mit Fragen der Entwicklungsplanung: Aufgrund des grossen Handlungsbedarfes und der vielen Schnittstellen und Berührungspunkte zwischen Universität und Universitätsspital hat der Regierungsrat im September entschieden, dass eine gemeinsame strategische Entwicklungsplanung erarbeitet werden soll. Er hat der Gesundheitsdirektion, der Bildungsdirektion und der Baudirektion den Auftrag erteilt, zusammen mit den betroffenen Institutionen ein entsprechendes Projekt zu starten. Im Rahmen dieses Projektes soll untersucht werden, ob die Raumbedürfnisse der beiden Einrichtungen im Hochschulquartier sichergestellt werden können oder ob allenfalls Verlagerungen an andere Standorte erforderlich sind. Die ebenfalls im Quartier ansässige ETH wird eingeladen, sich am Projekt zu beteiligen.

Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 1.1, 1.2, 7.6, 14.2, 17.1 bis 17.5 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. In diesem Kapitel erfolgt die Berichterstattung zu den zusätzlichen Legislaturzielen der Gesundheitsdirektion.

Legislaturziel	1 Interessen des Kantons Zürich bei der Konzentration der hochspezialisierten Medizin wahren (LZ RR 1)
Massnahme	1.1 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln (LZ RR 1.1)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.2 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Akutversorgung zu 100% durch den Kanton übernehmen (LZ RR 7)
Massnahme	2.1 Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die KVG-Änderung vom 21. Dezember 2007 (Spitalfinanzierung) ist seit dem 1. Januar in Kraft. Die Übergangsbestimmungen sehen vor, dass die Kantone die neuen Finanzierungsregelungen bis am 31. Dezember 2011 umsetzen und ihre Spitalplanungen bis spätestens auf 31. Dezember 2014 anpassen müssen. Die entsprechende kantonale Gesetzesvorlage ist in Vorbereitung. Sie sieht eine Finanzierung der Akutversorgung ausschliesslich durch den Kanton vor, während im Gegenzug die Gemeinden die Finanzierung der stationären Langzeitpflege tragen.
Massnahme	2.2 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern (LZ RR 7.6)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand an der Langzeitpflege zu 100% den Gemeinden übertragen (LZ RR 7)
Massnahme	3.1 Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13. Juni 2008 wird auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt. Die kantonalen Pflegefinanzierungsbestimmungen (Pflegeheime, Spitex) sind auf diesen Zeitpunkt hin anzupassen. Der Regierungsrat hat am 12. November einen entsprechenden Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung gegeben. Im Rahmen der sich aufgrund der KVG-Änderung vom 21. Dezember 2007 (Spitalfinanzierung) in Arbeit befindenden kantonalen Gesetzesvorlage zur Planung und Finanzierung der Akut- und Langzeitversorgung ist vorgese-

	hen, den Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand an der stationären Langzeitpflege den Gemeinden zu übertragen, während der Kanton im Gegenzug die Akutversorgung finanziert.
Massnahme	3.2 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern (LZ RR 7.6)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Prävention und Gesundheitsförderung im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsdirektion stärken (LZ RR 14 und 17)
Massnahme	4.1 Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich: Massnahmen zur Konzeptumsetzung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» ist eingeleitet und das Aktionsprogramm zur Stabilisierung der Adipositas gestartet worden. Die Prävention psychischer Krankheiten als neuer Schwerpunkt ist in Vorbereitung.
Massnahme	4.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen (LZ RR 14.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.3 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	5 KVG-Revision wettbewerbs-, innovations- und bedarfsorientiert umsetzen (LZ RR 17)
Massnahme	5.1 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren (LZ RR 17.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	5.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2)
Stand	Akutsomatik: verzögert, Psychiatrie: planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	5.3 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	5.4 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.5)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	768,4	784,7	811,3	26,7
Aufwand	–2 000,7	–2 122,5	–2 085,1	37,4
Saldo	–1 232,2	–1 337,8	–1 273,8	64,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	5,3	0,9	19,5	18,6
Ausgaben	–126,2	–165,2	–102,6	62,7
Nachtragskredite		–1,3		
Kreditübertragungen aus 2008		–2,4		
Saldo	–120,8	–164,4	–83,1	81,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2 504,9	2 480,9	2 537,5	56,6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 26,7 Mio. Franken oder 3,4% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +19,9 Umsatzzunahme bei der Kantonsapotheke
- +7,3 Taxmehrerträge sowie Mehrleistungen bei der psychiatrischen Versorgung
- 0,5 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 37,4 Mio. Franken oder 1,8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 19,2 Höhere Sachkosten infolge Umsatzzunahme bei der Kantonsapotheke
- 18,2 Abschreibung aufgrund Neubewertung Liegenschaften im Rahmen der Übergabe nicht mehr benötigter Liegenschaften des Psychiatriezentrums Hard an den Krankenheimverband Zürcher Unterland (KZU)
- +27,7 Tiefere Staatsbeiträge aufgrund Tax-Mehrerträgen und Mehrleistungen in der Akutsomatik
- +16,2 Geringere Abschreibungen und Zinsen
- +13,9 Minderaufwand bei USZ und KSW infolge Produktivitätssteigerungen
- +10,1 Übergang auf einheitliche Fallpauschale für Staatsbeiträge Akutsomatik
- +6,5 Minderaufwand bei den Beiträgen an Krankenkassenprämien
- +0,4 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 18,6 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +17,6 Übertragung von Liegenschaften (PZR) vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
- +1,0 Übrige Abweichungen

Die Ausgaben liegen um 62,7 Mio. Franken oder 37,1% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +38,1 Projektverzögerungen beim USZ (insbesondere Projekte Bettenhaus Ost I-III und BIG-ART+ sowie Berufungsprojekte)
- +8,4 PZH, Verzicht auf umfassende Küchensanierung und auf Fensterersatz (im Zusammenhang mit der Übertragung der Liegenschaften auf den KZU wurden nur die nötigsten Arbeiten durchgeführt)
- +6,8 Staatsbeiträge an Spitäler der Somatischen Akutversorgung aufgrund geringerem Mittelbedarf beim Stadtpital Triemli Zürich
- +3,7 Projektverzögerungen beim KSW (Sanierung Lüftungsanlage Radioonkologie und OPS Verbindungstrakt) sowie Minderkosten (Behandlungstrakt)
- +5,7 Übrige Abweichungen

Personal

Der Beschäftigungsumfang liegt über dem Planwert, weil u. a. der KJPD das Personal der Regionalstellen von der Bildungsdirektion übernommen hat, die PUK neu für die Versorgung der Zürcher Stadtkreise 11 und 12 zuständig ist, bei der PUK fremdfinanzierte Stelle nicht budgetiert wurden und bei der ZWZ wegen Verzögerung bei der Inbetriebnahme der Schmutzwäschesortierung der Beschäftigungsumfang nicht reduziert werden konnte.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
USZ, Radio-Onkologie, BIGART+	4,8	13,8	3,9	5,1
USZ, Brandschutz, Etappen II und III	2,7	14,6	4,5	7,4
USZ, Sanierung Bettenhaus Ost I-III	1,8	125,0	54,4	68,8
USZ, Notstromversorgung, Provisorien	1,7	7,5	–	5,8
USZ, Aufnahmetrakt, Umbau Geschoss D	1,5	1,5	–	–
USZ, Sanierung Zentralsterilisation	1,4	8,4	–	7,0
KSW, Personalhaus 5, Teilsanierung	1,7	2,5	0,3	0,5
PUK, Sanierung Stromversorgung	1,5	2,0	0,5	–
Zentralwäscherei Zürich, Schmutzwäschesortierung	5,2	5,6	0,1	0,3
Triemlispital, Neubau Bettenhaus	13,0	88,3	5,5	69,8
Spital Männedorf, Sanierung/Erweiterung, Etappe I	3,1	10,1	7,0	–
Uniklinik Balgrist, Erweiterung Paraplegikerzentrum	2,5	2,8	–	0,3
Zürcher Höhenklinik Wald, Sanierung Heizzentrale	2,3	4,4	–	2,1
Spital Zollikerberg, Neubau Westtrakt	2,0	9,4	–	7,4
Übrige Investitionen	57,4			
Total Investitionen	102,6			

Leistungsgruppen

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Hauptereignisse

Die eidgenössischen Räte verabschiedeten im Juni 2008 das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung. Darin wird im Wesentlichen die Finanzierung von ambulanten und stationären Pflegeleistungen neu geregelt, was entsprechende Gesetzesanpassungen auf kantonaler Ebene erfordert. Nachdem der Bundesrat rund ein Jahr später am 24. Juni auch die Ausführungsbestimmungen zur Neuordnung der Pflegefinanzierung erlassen hatte, verabschiedete der Regierungsrat am 8. Juli konzeptionelle Festlegungen für die Umsetzung der Pflegefinanzierung auf kantonaler Ebene und beauftragte die Gesundheitsdirektion mit der Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage. Gemäss dem Mitte November in die Vernehmlassung gegebenen Gesetzesentwurf ist vorgesehen, die nicht von den Sozialversicherungen gedeckten Kosten der Pflegeleistungen im vom Bundesrecht zugelassenen Umfang (20% des höchsten vom Bundesrat festgesetzten Krankenkassenbeitrages) den versicherten Personen zu belasten. Die Abgeltung der dann noch verbleibenden ungedeckten Pflegekosten (die sogenannte Restfinanzierung) soll leistungsorientiert erfolgen und bis zur grundlegenden Neuordnung der Spital- und Pflegefinanzierung (Modell «Spital 100») gemäss Finanzkraftindex der Wohngemeinde der Leistungsbeziehenden bzw. dem sich daraus ergebenden Staatsbeitragssatz zwischen Wohngemeinde und Kanton aufgeteilt werden. Die staatlichen Beiträge an die Investitionskosten der Pflegeheime sollen künftig entfallen. Nach Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat und Beratung im Kantonsrat soll dann die neue Regelung gemäss Vorgabe des Bundesrates auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt werden.

Mit der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) vom 21. Dezember 2007 steht auch der Kanton Zürich vor der Aufgabe, die der geltenden Zürcher Akutspitalliste zugrunde liegende Spitalplanung anzupassen. Der Regierungsrat hat deshalb die Gesundheitsdirektion beauftragt, die Ablösung der Akutspitalliste 1998 durch eine neue Spitalplanung 2012 vorzubereiten. Mit der Publikation des Versorgungsberichts, welcher Mitte Dezember planmässig in die Vernehmlassung gegeben wurde, liegt das Ergebnis der ersten Etappe der Spitalplanung 2012 vor: Dieser Bericht geht der Frage nach, in welchem Umfang im Jahr 2020 für die Zürcher Wohnbevölkerung Grundversicherungsleistungen im stationären Spitalbereich und in der Rehabilitation bereitgestellt werden sollen. Dazu wurde die bisherige Nachfrageentwicklung der Zürcher Wohnbevölkerung abgebildet und der zukünftige Leistungsbedarf mit Prognosehorizont bis ins Jahr 2020 ermittelt. Für die Prognosen wurden Einflussfaktoren wie die demografische, medizintechnische, epidemiologische und ökonomische Entwicklung berücksichtigt. Der Versorgungsbericht prognostiziert bis ins Jahr 2020 eine Zunahme der stationären Patientinnen und Patienten in den Akutspitalern um rund 10%. Grund dafür sind die Bevölkerungszunahme, der zunehmende Anteil an alten Menschen sowie der erwartete Fortschritt in der Medizintechnik. Auf der anderen Seite wird als Folge der Einführung der Fallpauschalen eine weitere Verkürzung der Aufenthaltsdauer sowie eine Verlagerung weg von stationären Spitalaufenthalten hin zu ambulanten Behandlungen erwartet. Insgesamt wird bis ins Jahr 2020 eine geringfügige Zunahme an Pflergetagen von 1% erwartet. Bedeutende Veränderungen ergeben sich jedoch bei den medizinischen Leistungen, bei der regionalen Verteilung der Pflergetage sowie beim Alter der Patienten. Während beispielsweise im Bereich der Herz- und Gefässchirurgie mit einer Zunahme der Pflergetage von über 20% gerechnet wird, wird im Bereich Augenheilkunde aufgrund des Trends zu ambulanten Behandlungen eine Abnahme im ähnlichen Umfang erwartet. Zudem wird bei den über 80-Jährigen eine Zunahme der Spitaleintritte von über 30% prognostiziert. Die Analysen im Versorgungsbericht bilden die Grundlage für die nächsten Schritte in der Spitalplanung und für den Entscheid, welche Spitäler in Zukunft welche Leistungsaufträge erhalten. Die Gesundheitsdirektion wird die Ergebnisse dieser Arbeiten später im sogenannten Strukturbericht veröf-

fentlichen und diesen wiederum in die Vernehmlassung geben. Anschliessend wird der Regierungsrat entscheiden, welche Spitäler und Rehabilitationskliniken endgültig Leistungsaufträge und damit auf den 1. Januar 2012 einen Platz auf der Zürcher Spitalliste erhalten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion (Kernaufgabe)
A2	Politische und strategische Geschäfte
A3	Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
A4	Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Neuregelung Spital- und Pflegeheimfinanzierung in einem Planungs- und Finanzierungsgesetz Planmässig Auf Grundlage einer im Dezember 2007 von den eidgenössischen Räten im Bereich der Spitalfinanzierung und -planung verabschiedeten Revision des Krankenversicherungsgesetzes wird auf den 1. Januar 2012 eine tiefgreifende Umstellung des Spitalfinanzierungssystems auf kantonaler Ebene erforderlich. Dabei wird eine umfassende Regelung der Planung, Steuerung und Finanzierung der Akut- und der Langzeitversorgung angestrebt. Da das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung vom 13. Juni 2008 bereits auf den 1. Januar 2011 in Kraft tritt, muss auf Ebene Kanton die Neuordnung der Pflegefinanzierung der grundsätzlichen Revision der Finanzierungsbestimmungen vorgezogen werden.	2012
E2	Auswirkungen der KVG-Revision auf die Spitalfinanzierung Entwicklungsschwerpunkte E1 und E2 sind zu einem einzigen Entwicklungsschwerpunkt zusammengelegt worden.	2012
E3	Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern (LZ RR 7.6) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E4	Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren (LZ RR 17.1) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E5	Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern (LZ RR 17.2) Akutsomatik: verzögert Psychiatrie: planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E6	Medizinische Leistungen im Interesse der Qualitätsförderung und effizienten Leistungserbringung konzentrieren (LZ RR 17.3) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E7	Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln (LZ RR 17.5) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,5	1,5	1,8	0,3
Aufwand	–21,3	–25,2	–24,0	1,2
Saldo	–19,8	–23,7	–22,2	1,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	–0,6	–0,9	–0,4	0,5
Saldo	–0,6	–0,9	–0,4	0,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	76,0	84,1	82,9	–1,2

Erfolgsrechnung

- +0,7 Geringere Ausgaben für Dienstleistungen Dritter
- +0,4 Minderaufwand infolge verzögerter Besetzung von Stellen sowie geringerer Aufwendungen für Vergütungen an Behörden und Kommissionen
- +0,2 Geringere Abschreibungen
- +0,3 Mehrertrag infolge Anstieg der Berufsausübungsbewilligungen (vgl. Indikator L6)
- 0,1 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0,5 Minderausgaben infolge verzögerten Abschlusses des Projektes «Neue Datenhaltung Somatik» sowie durch Verlagerung von nicht aktivierungsfähigen Ausgaben in die Erfolgsrechnung aufgrund der Vorgaben IPSAS

Personal

- 1,2 Niedrigerer Beschäftigungsumfang infolge verzögerter Stellenbesetzung

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Allgemeine Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10)	min.	7,89	7	7,77	0,77
W2	Zufriedenheit der KundInnen mit Spitalerfahrung mit der Behandlung im Spital (Skala 1–10)	min.	8,56	7,5	8,67	1,17
W3	Quotient Zufriedenheit KundInnen mit Spitalerfahrung / Zufriedenheit BürgerInnen mit Gesundheitsversorgung (W2/W1)	min.	1,08	1	1,12	0,12
W4	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1–10)	min.	8,65	7,5	8,53	1,03
W5	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10)	min.	8,06	7	8,16	1,16
Leistungen						
L1	Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen	P	6	6	6	0
L2	Anzahl gesteuerte akutsomatische Krankenhäuser / Betriebe	P	20	20	20	0
L3	Anzahl gesteuerte psychiatrische Kliniken	P	11	10	10	0
L4	Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter	P	3	3	3	0
L5	Anzahl Kreditbewilligungen im Investitionsbereich	P	169	150	166	16
L6	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung	P	1616	1660	2045	385
L7	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	P	2	3	3	0
L8	Anzahl erledigte Rekurse	P	33	60	47	-13
L9	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	P	47	25	40	15
Wirtschaftlichkeit						
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in % im Vergleich zum Vorjahr)		-0,2	n/a	0,7	-
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in % im Vergleich zum Vorjahr)		0,5	n/a	2,6	-
B3	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		15,01	17,95	16,52	-1,43
Abweichungsbegründungen						
L6	Mit dem neuen Gesundheitsgesetz sind weitere Institutionen (z. B. Spitex, Rettungsdienste) bewilligungspflichtig. Um dem neuen Gesundheitsgesetz zu entsprechen, müssen zudem sämtliche unbefristeten Bewilligungen bis 2013 neu und befristet ausgestellt werden.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	553 396	-215 861	+200 000	537 534	-15 862

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 92 669 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

Mehrleistungen im Bereich der Berufsausübungsbewilligungen haben zu Mehrerträgen geführt. Zudem konnten Einsparungen bei den Dienstleistungen Dritter realisiert werden.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Kantonales Labor

Die Lebensmittelkontrolle als Hauptaufgabe des Kantonalen Labors wurde planmässig abgewickelt: Sowohl die Anzahl Analysen als auch die Anzahl der Inspektionen hielten sich im vorgegebenen Rahmen. Grosse, medienwirksame Ereignisse blieben aus. Es zeigte sich, dass eine konsequente Kontrolle, wie sie in der Schweiz gehandhabt wird, die Konsumenten wirksam vor Gesundheitsgefährdungen und Täuschungen zu schützen vermag. Während in Deutschland Käse- und Schinkenimitate für Schlagzeilen sorgten, wurden bei Kontrollen in der Schweiz nur vereinzelt Produkte festgestellt, welche mit geringen, unbeachtlichen Anteilen an Käseimitaten hergestellt wurden. Schinkenimitate wie in Deutschland werden in der Schweiz seit Jahren nicht mehr verkauft. Entsprechenden Versuchen ist die Lebensmittelkontrolle konsequent und wirksam begegnet. Regelmässige Untersuchungen des Trinkwassers und periodische Untersuchung auf besondere Parameter geben Sicherheit, dass unser wichtigstes Lebensmittel stets unbedenklich und von guter Qualität ist. Im Berichtsjahr aufgeworfene Bedenken über einen hohen Urangehalt des Wassers aus dem Zürichsee konnten deshalb gestützt auf die Untersuchungsergebnisse sofort ausgeräumt werden.

Kantonale Heilmittelkontrolle

Im Berichtsjahr wurden mehr als 650 Berufsausübungsbewilligungen an im Kanton Zürich niedergelassene Apothekerinnen und Apotheker sowie an Drogistinnen und Drogisten neu erteilt. Diese Bewilligungen zur selbstständigen bzw. unselbstständigen Berufsausübung gehen auf das am 1. Juli 2008 in Kraft getretene neue Gesundheitsgesetz und seine Ausführungsbestimmungen bzw. auf das neue eidgenössische Heilmittel- und das neue Medizinalberufegesetz zurück. Im Rahmen der periodisch durchgeführten Inspektionen in Herstellungs-, Grosshandels- und Detailhandelsbetrieben wurde ein besonderes Augenmerk auf die Überprüfung der Umsetzung von Korrekturmassnahmen aus früheren Inspektionen gelegt. Dabei musste festgestellt werden, dass die verfügten Massnahmen zuweilen nicht oder nur unvollständig umgesetzt worden waren. Insbesondere beim Unterhalt der Qualitätssicherungssysteme besteht in den Betrieben ein Nachholbedarf. Aufgrund nicht mehr gegebener Voraussetzungen mussten zwei Detailhandelsbewilligungen sistiert werden.

Veterinäramt

Wie im Jahr 2008 standen auch im Berichtsjahr zur Verbesserung der Tiergesundheit das Projekt zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) und die Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit im Zentrum der Arbeiten. Bei Letzterer galt es, die während der Impfperiode festgestellten gesundheitlichen Probleme in Tierbeständen auf einen möglichen Zusammenhang mit der Impfung abzuklären. Insgesamt konnte in 28 Fällen ein solcher Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden. Die angemessene Entschädigung derartiger Schäden ist Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen. Die Bruterkrankungen der Bienenvölker breiteten sich weiter aus und führten zu hohen Bekämpfungsaufwendungen.

Die Informations- und Umsetzungsarbeiten zur neuen Tierschutzgesetzgebung wurden in den Bereichen Nutz- und Heimtiere vorangetrieben, wobei eine ungebrochen hohe Nachfrage nach Einzelankünften bestand. Im Vollzugsbereich «öffentliche Sicherheit vor Hunden» standen die verschiedenen Arbeiten bis zum Erlass der neuen Hundeverordnung und der Inkraftsetzung der Zürcher Hundegesetzgebung auf den 1. Januar 2010 im Mittelpunkt, wobei zusätzlich die vielen gemeldeten Einzelfälle zum Minimieren des Vorfallrisikos mit Hunden zu bewältigen waren.

Betreffend die Entwicklung des Veterinäramts, die wegen höheren Anforderungen an die Aufgabenerledigung notwendig ist, konnten in den Bereichen strukturierte Weiterbildung, Ablösung der Fachapplikationen und der Qualitätssicherung weitere Fortschritte erzielt werden, wohingegen das Restrukturierungsvorhaben nicht im zeitlich vorgesehenen Rahmen weiterverfolgt werden konnte.

Meldungen und Bewilligungen über Tierversuche

Anzahl der im Kalenderjahr 2008 in Versuchen eingesetzten Tiere

Bewilligungspflichtige Tierversuche (736 gültige Bewilligungen, davon 687 mit Einschränkungen)

Tiergruppe	Grundlagenforschung	Entwicklung	Toxikologische Prüfung	Krankheitsdiagnostik	Ausbildung	Anderer Zusammenhang	Total	Davon Tiere im Schweregrad 0
Mäuse	74 508	1 880	0	143	1 270	0	77 801	24 056
Ratten	4 629	230	0	77	1 201	0	6 137	1 882
Meerschweinchen	10	0	0	0	40	0	50	36
Hamster	0	24	0	0	30	0	54	20
andere Nager	0	0	0	0	0	0	0	0
Kaninchen	114	23	0	0	52	0	189	6
Hunde	6	109	0	37	39	98	289	231
Katzen	170	174	0	4	3	11	362	171
Primaten	85	2	0	0	0	0	87	30
Rindvieh	153	33	0	365	850	9	1 410	646
Schafe, Ziegen	105	270	0	13	46	0	434	65
Schweine (einschliesslich Minipigs)	333	31	0	5	27	0	396	243
Pferde, Esel	95	0	0	30	226	49	400	397
Verschiedene Säuger	55	0	0	101	11	802	969	833
Vögel (einschliesslich Geflügel)	562	48	0	4	14	881	1 509	702
Amphibien, Reptilien	24 023	0	0	0	6	143	24 172	23 076
Fische	566	0	1 707	0	0	0	2 273	1 199
Total	105 414	2 824	1 707	779	3 815	1 993	116 532	53 593
in %	90,54	2,4	1,5	0,7	3,3	1,7	100	46,0

228 Bewilligungen wurden 2008 neu erteilt, davon 211 mit Einschränkungen.

0 Gesuche wurden zurückgezogen. 0 Gesuche wurden nicht als Tierversuch eingestuft. 0 Gesuche wurden abgelehnt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle bewilligungspflichtigen Gesuche, besprach an zwölf Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 24 Gesuche mit erhöhtem Schweregrad.

Die Mitglieder kontrollierten zweimal alle Versuchstierhaltungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Aufsicht sowie Erteilung, Verweigerung, Einschränkung oder Entzug von Bewilligungen in den Bereichen Heilmittel, Tiere und Lebensmittel
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Professionalisierung des Veterinärdienstes Verzögert Diese Arbeiten benötigen mehr Zeit, da zuerst anlässlich einer Vernehmlassung in betroffenen Kreisen geäusserte Kritik zu klären war; neuer Zieltermin ist Ende 2010.	2010
E2	Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben Planmässig	2010
E3	Abstimmung des Vollzuges der geänderten Heilmittel- und der neuen Medizinalberufegesetzgebung Abgeschlossen Die noch im Jahr 2008 eingeleiteten Änderungen und Ergänzungen am Prozess zur Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen an Apothekerinnen und Apotheker sowie an Drogistinnen und Drogisten wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Damit wurden auch die Voraussetzungen geschaffen, um das neue nationale Register der universitären Medizinalberufe mit den bewilligungsspezifischen Daten zu ergänzen.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,7	4,4	5,2	0,8
Aufwand	–21,7	–23,2	–22,5	0,7
Saldo	–17,0	–18,8	–17,2	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	–1,4	–2,0	–0,7	1,3
Saldo	–1,4	–2,0	–0,7	1,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	110,3	110,7	113,1	2,4

Erfolgsrechnung

Gegenüber dem Budget schliessen die drei Ämter wie folgt ab:

Kantonale Heilmittelkontrolle:

+0,8 Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ist auf den Mehrertrag aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen zu den Berufsausübungsbewilligungen sowie auf die im Budget nicht eingestellten Gebühren für Betäubungsmittelrezeptblöcke zurückzuführen.

Kantonales Labor:

+0,5 Das bessere Ergebnis gegenüber dem Budget ist auf den Mehrertrag aufgrund zusätzlicher Untersuchungsaufträge vom Bund und auf geringere Personalkosten infolge teilweise unbesetzter Stellen zurückzuführen.

Veterinäramt:

+0,3 Das VETA weist gegenüber dem Budget geringere Abschreibungen sowie tiefere Dienstleistungen Dritter auf.

Investitionsrechnung

+1,3 Die tieferen Investitionsausgaben sind primär auf den verzögerten Baubeginn der geplanten Tierheiminstitution zurückzuführen.

Personal

Der höhere Beschäftigungsumfang ist einerseits auf zusätzliche Stellen im Kantonalen Labor für die Durchführung der Lebensmittelkontrollen im Auftrag der Gemeinden sowie für Aufträge des Bundes und andererseits im Budgetwert nicht enthaltene Aushilfen im Veterinäramt für befristete Projekte im Tierseuchenbereich zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel	min.		90%	79%	-11%
W2 Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit	min.		95%	92%	-3%
W3 Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 7 Monaten	min.		75%	62%	-13%

Leistungen

L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle)	P	8 414	7 800	8 668	868
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle)	min.	412	390	403	13
L3	Anzahl Bewilligungen (Kantonale Heilmittelkontrolle)	P	1 909	1 860	2 362	502
L4	Anzahl laufende Bewilligungen Veterinäramt (Tierschutz, Tierversuche, Wildtierhaltung, Handel, Werbung mit Tieren, Importe, Märkte, Hundehaltung)	P	1 325	1 200	1 334	134
L5	Anzahl Inspektionen Nutztierhaltungen (Veterinäramt)	min.	667	700	714	14
L6	Anzahl Fallaufarbeitungen Heimtierhaltungen und auffällige Hunde (Veterinäramt)	P	1 210	1 200	1 303	103
L7	Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor)	min.	19 471	19 000	19 844	844
L8	Mikrobiologische Prüfungen (Proben), (Kantonales Labor)	min.	11 119	11 000	12 005	1 005
L9	Gehaltsanalysen (Proben), (Kantonales Labor)	min.	6 389	5 000	6 412	1 412
L10	Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt)	P	1 320	1 100	1 409	309

Wirtschaftlichkeit

B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	12,72	14,23	12,82	-1,41
----	--	-------	-------	-------	-------

Abweichungsbegründungen

- W3 Die Berechnung des Indikators wurde aufgrund der ersten Erfahrungen angepasst: Der Zeitraum wurde auf 8 Monate ausgedehnt, um den Betrieben genügend Zeit für Verbesserungsmaßnahmen für die Behebung der Mängel einzuräumen.
- L3 Die höhere Anzahl von Berufsausbildungsbewilligungen ist auf geänderte gesetzliche Bestimmungen zurückzuführen.
- L10 Die höhere Anzahl von Fällen Findeltiere ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Finderstelle immer bekannter wird.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	569 929	-113 809	+175 000	631 120	+61 191

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 81 621 für Einmalzulagen an Personal

Bildung von Rücklagen 2009

- Kantonale Heilmittelkontrolle: Fr. 30 000:
Geringerer Aufwand durch verzögerte Stellenbesetzung bei gleicher Leistungserbringung
- Kantonales Laboratorium: Fr. 140 000:
Mehrerträge aufgrund von Untersuchungsaufträgen vom Bund. Minderaufwand aufgrund von temporär nicht besetzten Stellen bei gleicher Leistung
- Veterinäramt: Fr. 5000:
Minderaufwand bei insgesamt höherer Leistungserbringung

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Hauptereignisse

Ein gegenwärtiger Schwerpunkt bildete das Aktionsprogramm «Leichter leben» als Fortsetzung des Schwerpunkthemas «Bewegung, Ernährung, Entspannung». Damit sollen Anstösse für ein gesundheitsförderndes Verhalten im Hinblick auf die Kontrolle des eigenen Körpergewichts vermittelt und Möglichkeiten zur Verhinderung einer Gewichtszunahme aufgezeigt werden. Die Kampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» bringt diese Botschaften einer breiten Öffentlichkeit auf einfache und klare Weise nahe. Zusammen mit der Sicherheits- und Bildungsdirektion sind 29 Teilprojekte ausgearbeitet und am 20. Zürcher Präventionstag unter dem Thema «Leichter leben. Gesundes Körpergewicht durch Massnahmen in Bildung, Sport und Gesundheitsförderung» dem Publikum vorgestellt worden. Die einzelnen Teile des Aktionsprogramms sind auf Nachhaltigkeit angelegt und werden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Schulen durchgeführt. Das Programm ist auf die Aktivitäten auf Bundesebene abgestimmt und wird auch von der Gesundheitsförderung Schweiz unterstützt. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen haben die Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich die Broschüre «Trinken, Rauchen und Kiffen bei Jugendlichen. Was Sie als Eltern, Lehrperson oder Berufsbildner/in tun können» völlig überarbeitet. Die Broschüre wurde mithilfe der Gemeinden und Schulbehörden an alle Eltern, Lehrkräfte, Lehrmeister und Lehrmeisterinnen sowie andere Kontaktpersonen von 11- bis 18-jährigen Jugendlichen verschickt.

Der im Berichtsjahr erschienene, umfangreiche Bericht «Krebs im Kanton Zürich» stellt die erste Publikation eines deutschschweizer Kantons zu diesem für die Volksgesundheit wichtigen Thema dar. Der Bericht informiert über die Erkrankungs- und Sterbehäufigkeiten an Krebs in der Wohnbevölkerung des Kantons Zürich und gibt Auskunft über grundlegende Gesichtspunkte ausgewählter Krebsarten.

Das Berichtsjahr war zudem geprägt durch das Auftauchen des bisher nicht bekannten Grippevirus H1N1 auf dem nordamerikanischen Kontinent. Entsprechend der Strategie des Bundes wurde zu Beginn mit grossem Aufwand versucht, Einschleppung und die Weiterverbreitung des Virus zu verhindern, später dann die anrollende Grippewelle zu verlangsamen. Gleichzeitig sind umfangreiche Vorbereitungen für eine Impfkampagne gegen das Grippevirus H1N1 getroffen worden. Nach dem Entscheid zum Impfen in den bestehenden Gesundheitsstrukturen sind bei der Kantonsapotheke eine elektronische Plattform zur administrativen Bearbeitung der Impfstoffbestellungen aus den über 1550 Impfstellen im Kanton bereitgestellt und die für die Impfungen notwendigen Informationen und Formulare entwickelt worden. Bis Ende Jahr sind über 300 000 Impfdosen an die einzelnen Impfstellen ausgeliefert worden. Die Grippe H1N1 ist bisher moderat verlaufen. Engpässe bei der medizinischen Versorgung von Grippepatienten sind im ganzen Verlauf der Grippewelle mit dem Virus H1N1 keine aufgetreten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (einschliesslich Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
A2	Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
A3	Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
A4	Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten
A5	Vollzugsaufgabe beim Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPMZ)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Konzept zur Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich; Massnahmen zur Umsetzung Planmässig Das direktionsübergreifende Aktionsprogramm «Leichter leben» ist gestartet worden. Ein Schwerpunktprogramm zur Prävention psychischer Krankheiten ist in Vorbereitung. Zu den Themen «Interkulturelle Zugänge zur Prävention» und «Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung» haben zwei Forumsveranstaltungen stattgefunden.	2010
E2	Anpassung der Medienkampagne «Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung» an die Legislaturziele des Regierungsrates und Weiterführung der Kampagne (LZ RR 14.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E3	Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren (LZ RR 17.3) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4,9	13,6	9,7	-3,9
Aufwand	-9,7	-20,6	-15,7	4,8
Saldo	-4,8	-7,0	-6,1	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

- +1,0 Minderaufwand bei der Umsetzung des Legislaturziels 17.4
- +0,8 Bei der vom Bund im Rahmen kantonaler Programme neu zugelassenen HPV-Impfung bei Mädchen und Frauen zwischen 11 und 19 Jahren ergab sich eine niedrigere Impftrate. Der Aufwand ist 8,4 Mio. Franken unter dem Budget. Die Erträge durch die Rückerstattungen der Krankversicherer fielen um 7,6 Mio. Franken niedriger aus.
- 1,0 Saldoverschlechterung durch die im Budget nicht enthaltenen Aufwendungen für die Pandemische Grippe (H1N1). Dem Aufwand von 6 Mio. Franken stehen Rückerstattungen der Krankversicherer von 5 Mio. Franken für die durchgeführten Impfungen gegenüber.
- +0,1 Übrige Abweichungen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Anteil der Bevölkerung, der die Medienkampagne «Der Alltag prägt ihre Gesundheit. Mit Bewegung, Ernährung, Entspannung» kennt	min.	> 70%*	50%	> 70%*	-
W2	Leichte Senkung des mindestens einmal wöchentlichen Tabakkonsums 15-jähriger Personen (Männer/Frauen)	max.	15%/19%	19%/19%	15%/19%**	-
W3	Stabilerhaltung der Tb-Neuerkrankungen	max.	114	110	103	-7
W4	Stabilerhaltung der Aids-Neuerkrankungen	max.	32	65	26	-39
W5	Stabilerhaltung bei Selbsttötung	max.	267**	270	257***	-13
W6	Stabilerhaltung Todesursache Krebs	max.	2 515**	2 600	2 555***	-45
W7	Leichte Senkung Todesursache Herz- und Gefässkrankheiten	max.	3 651**	4 200	3 727***	-473
Leistungen						
L1	Regelmässiger Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung		-	-	-	-
L2	Punktuelle Zwischenberichte		+	+	+	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Im Rahmen des Gesundheitsberichtes auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit		+	+	+	-
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)		3,45	5,29	4,52	-0,77

* für 2009 Werte 2005 verfügbar; Übergang zur Medienkampagne «Leichter leben» im 4. Quartal 2009

** für 2009 Werte 2006 verfügbar (Erhebung alle vier Jahre)

*** für 2009 Werte 2007 verfügbar

Abweichungsbegründungen

L2 Im Berichtsjahr erschienen die Zwischenberichte «Krebs im Kanton Zürich» sowie «Gesundheit aus Sicht der Zürcherinnen und Zürcher»

6300 Somatische Gesundheitsversorgung und Rehabilitation

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurde die kantonale Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin festgelegt, die in den kommenden Jahren umgesetzt und weiterentwickelt werden soll. Zudem wurde mit dem Versorgungsbericht zur Spitalplanung 2012 ein erster Meilenstein erreicht. Vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheide der Spitalliste 2012 zu den zukünftigen Versorgungsstrukturen wurde auf wesentliche Veränderungen an den bestehenden Leistungsaufträgen der Spitäler verzichtet. Im Berichtsjahr konnte eine Leistungsvereinbarung zwischen der Gesundheitsdirektion und dem Polizeidepartement der Stadt Zürich, Dienstabteilung Schutz und Rettung, abgeschlossen werden über den Betrieb einer kantonalen Alarmzentrale für die Notrufnummer 144 und über die Vorhaltung von Einsatzmaterial für Katastrophen. Schutz und Rettung Zürich wird künftig alle auf Kantonsgebiet auf diese Nummer eingehenden Notrufe aus dem Mobil- und Festnetz entgegennehmen und die entsprechenden Einsätze der regionalen Rettungsdienste disponieren und leiten. Im Berichtsjahr wurde das Budgetierungssystem für die Spitäler weiterentwickelt und vereinfacht. Alle akutsomatischen Behandlungen von allgemein versicherten in-nerkantonalen Patientinnen und Patienten werden seit 2009 mit einheitlichen Fallbeiträgen je Versorgungsstufe abgegolten (DRG). Universitäre Kliniken erhalten einen Zuschlag von 20% (hauptsächlich wegen des erhöhten medizintechnischen Innovationsaufwands). Zudem wurde zur Vorbereitung auf die Abrechnung nach SwissDRG-Regeln ab 2012 die Erhebung der Kosten- und Leistungsdaten in den kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Spitälern neu gestaltet. Im Berichtsjahr wurde entschieden, das Kinderspital Zürich, das mit grosser Raumnot kämpft, vom heutigen Standort Zürich Hottingen nach Zürich Lengg zu verlegen. Die entsprechende Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Eleonorenstiftung für die Errichtung und den Betrieb des neuen Kinderspitals wurde vom Regierungsrat genehmigt. Zudem erteilte der Regierungsrat der Gesundheitsdirektion, der Bildungsdirektion und der Baudirektion den Auftrag zur Erarbeitung einer strategischen Entwicklungsplanung für das Universitäts-spital Zürich und die medizinischen Bereiche der Universität Zürich. Der Entscheid steht vor dem Hintergrund der grossen baulich-räumlichen Probleme beider Institutionen, vor allem aber des USZ. Ungeachtet davon musste zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit aber auch im Berichtsjahr weiter in die bestehende Infrastruktur investiert werden; die Planungen für zusätzliche bauliche Massnahmen im USZ zum Erhalt der Versorgungssicherheit am Standort Zürich Zentrum mussten ebenfalls weiter vorangetrieben werden.

Für die Tätigkeit der Kantonsapotheke war die Grippepandemie H1N1, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, das dominierende Ereignis. Nach dem ersten Auftreten des neuen Virus im April erreichte die allerdings ausgesprochen milde verlaufende Pandemie die Schweiz mit ihrem Höhepunkt im Dezember. Anfang November wurde eine breit angelegte Impfkampagne gestartet. Nach der Organisation der gesamten Logistik für den Kanton Zürich und dem Erstellen einer neuen Bestellinfrastruktur war die Kantonsapotheke die zentrale Anlauf- und Prüfstation für sämtliche Impfstoffbestellungen. Von November bis Dezember wurden zusätzlich zum üblichen Geschäftsanfall mehr als 5000 Bestellpositionen für Pandemie-Impfstoffe geprüft und an den externen Logistikpartner weitergeleitet. Dieser verschickte insgesamt mehrere tausend Kühlsendungen mit mehr als 300 000 Impfstoffdosen. Zeitweise waren bis zu 10% der Belegschaft der Kantonsapotheke mit Arbeiten zur Impfstofflogistik beschäftigt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der jeweiligen Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe Nr. 6300 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Kantonsapotheke Zürich, Zentralwäscherei Zürich, an die selbstständigen Anstalten Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur sowie an 16 weitere Spitäler.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Abklärung des Optimierungs- und Liberalisierungspotenzials der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ) Planmässig Im September verabschiedete der Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates einen Antrag zur Veräusserung der ZWZ an eine neue Trägerschaft, gebildet aus den bisherigen Hauptkunden Stadt Zürich sowie Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur (Vorlage 4636). Die Beschlussfassung im Kantonsrat zu dieser Vorlage erfolgt im Februar 2010.	2010
E2	In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln (LZ RR 1.1) Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E3	In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren (LZ RR 1.2) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	262,5	272,2	284,0	11,8
Aufwand	–910,3	–956,9	–927,3	29,6
Saldo	–647,8	–684,7	–643,3	41,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,6	0,6	0,6	0,0
Ausgaben	–99,2	–130,2	–81,0	49,2
Kreditübertragungen aus 2008		–2,4		
Saldo	–98,7	–129,6	–80,3	49,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	262,7	253,0	264,2	11,2

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken)

- +27,7 Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen stationär und ambulant
- +19,9 KAZ: Umsatzzunahme (siehe entsprechender Mehraufwand)
- +13,9 Produktivitätssteigerungen bei den kantonalen Betrieben
- +10,1 Übergang auf die einheitliche Fallpauschale bei den staatsbeitragsberechtigten Betrieben
- +9,4 Minderaufwendungen für Abschreibungen und Zinsen bei den kantonalen Betrieben
- +2,1 Rückerstattung Staatsbeitrag durch das ehemalige Kreisspital Pfäffikon
- +1,5 Liquidation Rheuma-Volksheilstätte Leukerbad

Verschlechterungen (in Mio. Franken)

- 19,2 KAZ: Höhere Sachkosten infolge Umsatzzunahme (siehe entsprechender Mehrertrag)
- 11,6 Bildung von Gewinnen 2009 durch USZ und KSW in LG 9510 bzw. 9520
- 8,6 Rückstellung für die erwartete Wertminderung ZWZ
- 1,8 Mehraufwand für Alarmzentrale
- 2,0 Verschiedener Mehraufwand

Investitionsrechnung

- +38,1 Projektverzögerungen USZ (insb. Projekte Bettenhaus Ost I-III und BIGART+ sowie Berufungsprojekte)
- +6,8 Staatsbeiträge an Spitäler der Somatischen Akutversorgung aufgrund von Projektverzögerungen Stadtspital Triemli Zürich
- +3,7 Projektverzögerungen KSW (insb. Projekte Hochhaus und Sanierung Eingangshalle Verbindungstrakt)
- 2,8 Mehrausgaben für Schmutzwäschesortierung Zentralwäscherei Zürich
- 3,5 Übrige Minderausgaben

Personal

ZWZ: Wegen Verzögerungen bei der Inbetriebnahme der Schmutzwäschesortierung konnte die Beschäftigungszahl im Berichtsjahr nicht verringert werden.

Indikatoren						
		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung insgesamt: Anteil Problemmeldungen	max.	2,9%	< 8%	2,0%	
W2	Ungeplante Rehospitalisationen	max.	1,5%	< 5%	4,0%	
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte total	P	178 858	174 400	181 100*	6 700
L2	– davon eigene Anstalten Grundversicherte (GV)	P	45 672	44 900	46 265	1 365
L3	– davon eigene Anstalten Zusatzversicherte (ZV)	P	11 578	11 000	11 785	785
L4	– davon staatsbeitragsberechtigte Spitäler Grundversicherte (GV)	P	93 073	90 600	94 217*	3 617
L5	– davon staatsbeitragsberechtigte Spitäler Zusatzversicherte (ZV)	P	28 535	27 900	28 833*	933
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Einwohner / Einwohnerin (in Fr.)	P	469	518	479	–39
B2	Kosten je APDRG-Normfall in Fr. (nur som. Akutversorgung)	P	8 870	8 600	n.a.**	

* Hochrechnung

** Daten 2009 liegen erst ab Juli 2010 vor.

Rücklagen					
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	795 472	–471 545	+86 000	409 927	–385 545

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 121 916 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 132 690 für Zentralwäscherei Zürich (ZWZ), Beschaffung von Mikrofaser-Textilien
- davon Fr. 51 352 für ZWZ, Ersatzteile für Berufskleidersortieranlage
- davon Fr. 105 854 für Kantonsapotheke Zürich (KAZ), Jubiläumsbildband «200 Jahre Kantonsapotheke»

Bildung von Rücklagen 2009

- ZWZ Fr. 86 000: Höhere Arbeitsproduktivität

6400 Psychiatrische Versorgung

Hauptereignisse

Der Zusammenschluss der beiden Kliniken Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) und Psychiatriezentrum Hard (PZH) war das bedeutendste Ereignis im Berichtsjahr. Parallel dazu wurden die Psychiatrie-Versorgungsregionen Winterthur und Zürcher Unterland zusammengelegt und die Stadtkreise 11 und 12 der Stadt Zürich, die bisher durch das PZH betreut worden waren, neu der Versorgungsregion Zürich zugeordnet. Dadurch konnten bei der ipw und beim PZH insgesamt 32 Psychiatriebetten abgebaut werden. Die Versorgung der neu zugeteilten Stadtkreise 11 und 12 durch die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) wird getreu den Leitlinien des Psychiatriekonzepts durch verschiedene Massnahmen auch im ambulanten Bereich sichergestellt. Der Zusammenschluss der Kliniken ipw und Hard führt dazu, dass das stationäre Angebot am Standort Embrach weiter verringert werden kann. Für die nicht mehr benötigten Betriebsgebäude bzw. -teile konnte mit dem Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) eine Lösung gefunden werden, indem diese dem KZU im Baurecht für 50 Jahre abgegeben werden. Weil auch die Versorgungsinfrastruktur der Klinik durch den KZU übernommen wird, konnte auf die Durchführung der vorgesehenen Gesamtsanierung des Küchentraktes durch den Kanton verzichtet werden. Im Berichtsjahr wurden auch die bestehenden Wohnheimangebote des PZH sowie des Psychiatriezentrums Rheinau (PZR) von der Gesundheitsdirektion in die Sicherheitsdirektion überführt. In der PUK wurde als ein weiterer Schritt für eine leistungsgerechte Abgeltung und im Sinne eines Pilotversuchs für die anderen psychiatrischen Kliniken ein Tarifsystem eingeführt, das auf einer Kombination von Tages- und Fallelementen basiert.

Für die Umsetzung der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin im Bereich der Psychiatrie sind die PUK und der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) federführend; der Regierungsrat hat in diesem Zusammenhang den Aufbau eines gemeinsamen Zentrums für Bildgebung bewilligt. Darüber hinaus erhielt die PUK ein grosszügiges Legat für die Ausführung mehrerer klinischer Forschungsprojekte über den Zeitraum 2009 bis 2014. Für die mit Kapazitätsengpässen und raumstrukturellen Problemen konfrontierte Kinderstation Brüschalde des KJPD wurde ein Architekturwettbewerb für die Modernisierung und Erweiterung eingeleitet. Der KJPD entwickelte ausserdem ein Konzept für eine Tagesklinik in Winterthur und feierte das fünfjährige Bestehen der Fachstelle für Forensik. Die Klinik für Forensische Psychiatrie des Psychiatriezentrums Rheinau (PZR) war sowohl im Sicherheits- wie im Massnahmenbereich über die ganze Berichtsperiode mit einem Nachfrageüberhang konfrontiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die Behandlung und Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker durch Planung und Festlegung der Leistungserbringer und der Leistungsspektren. Die Leistungsgruppe Nr. 6400 umfasst die Staatsbeiträge an die kantonalen Betriebe Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Psychiatriezentrum Rheinau (PZR), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie an sechs weitere psychiatrische Kliniken.
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln (LZ RR 17.4) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E2	Zusammenschluss der Kliniken Psychiatriezentrum Hard und ipw Abgeschlossen Betrieb der zusammengeführten Betriebe ipw und PZH erfolgt ab 1. Januar 2010 unter dem Namen «Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw)».	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
zu B 2009

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	185,5	176,1	192,1	15,9
Aufwand	–419,6	–424,8	–438,8	–14,0
Saldo	–234,1	–248,7	–246,7	2,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	4,8	0,3	18,8	18,6
Ausgaben	–15,8	–23,1	–11,4	11,7
Nachtragskredite		–1,3		
Saldo	–11,0	–22,8	7,4	30,2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2055,9	2033,1	2077,3	44,2

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken)

- +8,1 ipw: Nettominderaufwand durch Abbau der Psychogeriatric Reha
- +7,3 Tax-Mehrerträge und Mehrleistungen stationär und ambulant
- +7,0 Produktivitätssteigerungen bei den kantonalen und staatsbeitragsberechtigten Betrieben
- +4,2 Geringere Abschreibungen und Zinsen bei den kantonalen Betrieben
- +2,1 Diverser Mehrertrag

Verschlechterungen (in Mio. Franken)

- 18,2 PZH: Abschreibungen aufgrund Neubewertung Liegenschaften im Rahmen der Übergabe nicht mehr benötigter Liegenschaften an den Krankenheimverband Zürcher Unterland (KZU)
- 7,0 ipw: Nettomehraufwand durch Ausbau Psychogeriatric Akut
- 1,5 Diverser Mehraufwand

Investitionsrechnung

- +17,6 Übertragung von Liegenschaften vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen
(PZR: verschiedene kleine Liegenschaften in Rheinau)
- +8,4 PZH, Verzicht auf umfassende Küchensanierung und auf Fensterersatz (im Zusammenhang mit der Übertragung der Liegenschaften auf den KZU wurden nur die nötigsten Arbeiten durchgeführt).
- +1,3 Verschiebung EDV-Investitionen Psychiatrieverbund WZU (ipw, PZH, PZR)
- +0,8 Nicht beanspruchte Budgets für Staatsbeiträge an psychiatrische Kliniken
- +2,1 Übrige Änderungen

Personal

PUK: Zusätzliche Versorgung der Zürcher Stadtkreise 11 und 12 und nicht budgetierte fremdfinanzierte Stellen (39,3)

KJPD: Übernahme Personal der Regionalstellen von der Bildungsdirektion (21,4)

ipw und PZH: Geringerer Personalbedarf infolge Stationsschliessungen sowie Fusion (-12,6)

PZR: Vakante Assistenzarztstellen (-3,9)

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte insgesamt	P	12 017	11 750	11 501*	-249
L2	– davon Erwachsenenpsychiatrie		10 188	9 800	–	
L3	– davon Psychogeriatric		1 605	1 800	–	
L4	– davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		224	150	–	
L5	Stationäre Pflgetage insgesamt	P	504 570	506 500	498 017*	-8 483
L6	– davon Erwachsenenpsychiatrie		355 609	335 000	–	
L7	– davon Psychogeriatric		131 461	150 000	–	
L8	– davon Kinder- und Jugendpsychiatrie		17 500	21 500	–	
L9	Ambulante Einzelkonsultationen	P	183 152	175 000	199 968*	24 968
L10	Anzahl Fälle Tages- und Nachtkliniken	P	1 595	1 300	1 779*	479
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	162	188	184	-4
B2	Kantonaler Beitrag pro Behandlung (in Fr.)	P	1 084	1 312	1 157	-155

* Hochrechnung

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 674 597	-291 991	+253 000	4 635 606	-38 991

Auflösung Rücklagen 2009

- davon Fr. 291 991 für Einmalzulagen an Personal

Bildung Rücklagen 2009

- PUK Fr. 961 000: Mehrleistungen in Tages- und Nachtkliniken bei gleichbleibenden Kosten
- KJPD Fr. 21 000: Mehrleistungen bei gleichbleibenden Kosten

Auflösung Rücklagen zur Deckung Jahresverlust 2009

- ipw Fr. -25 000: Geringfügige Budgetüberschreitung
- PZR Fr. -704 000: Starker Rückgang in der rehabilitativen Psychiatrie

6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Die im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) überarbeitete Gesetzgebung trat bereits am 1. Januar 2008 in Kraft; für die Erfüllung der Richtlinien über das Leistungsangebot und die Qualität der Leistungserbringung der Spitex-Institutionen sowie für die Einführung einer strukturierten Kostenrechnung ist die Übergangsfrist Ende des Berichtsjahres abgelaufen. Damit sind die Voraussetzungen für eine flächendeckende, qualitativ einheitliche und hochwertige Spitex-Versorgung im ganzen Kanton gegeben. In der stationären Langzeitversorgung werden gegen Entscheide der Gesundheitsdirektion zur Pflegeheimliste (Erweiterungen der Anzahl Pflegeplätze) bereits seit Mitte 2007 systematisch Rechtsmittel ergriffen; entsprechende Beschwerden sind beim Bundesverwaltungsgericht hängig. Die rechtlich noch nicht geklärte Situation führt zu grossen Unsicherheiten und blockiert derzeit vielerorts notwendige Investitionsvorhaben. Das Berichtsjahr stand vor allem im Zeichen der kantonalen Umsetzung der revidierten Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung zur Neuordnung der Pflegefinanzierung (Beschluss des eidgenössischen Parlaments vom 13. Juni 2008) auf kantonaler Ebene. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlass wurden Ende Juni vom Bundesrat verabschiedet. Am 8. Juli entschied der Regierungsrat über das Konzept der künftigen Regelung. Dieses sieht vor, die im Rahmen der NFA angepasste Spitex-Gesetzgebung weitgehend zu belassen, während die Gesetzgebung zur stationären Versorgung in Pflegeheimen einer grundlegenden Anpassung unterzogen und dabei der Systematik der Spitex-Regelung angeglichen werden soll. Der Inkraftsetzungstermin für die Neuordnung der Pflegefinanzierung wurde durch den Bundesrat im Dezember des Berichtsjahres von ursprünglich 1. Juli 2010 auf den 1. Januar 2011 verschoben; dennoch bleibt die Frist für die Anpassung der kantonalen Gesetzesbestimmungen äusserst knapp. Der Entwurf zu dieser kantonalen Gesetzesnovelle wurde am 12. November in die Vernehmlassung gegeben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeplätzen in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Dienstleistungen. Die Leistungsgruppe Nr. 6500 umfasst nur Staatsbeiträge.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag		0,0	0,3	0,3
Aufwand	–33,7	–35,9	–34,5	1,3
Saldo	–33,7	–35,9	–34,2	1,6
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben	–9,1	–9,0	–9,1	–0,1
Saldo	–9,1	–9,0	–9,1	–0,1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

Verbesserungen (in Mio. Franken)	
+2,6 tiefere Abschreibungen und Zinsen	
Verschlechterungen (in Mio. Franken)	
–1,0 höhere Kosten für Spitexleistungen	

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Leistungen					
L1	Pflegetage in Alters- und Krankenheimen (in Mio.)	2,6	2,8	2,8	0
L2	Leistungsstunden Spitex (in Mio.)	1,8	2,2	1,9	–0,3
L3	Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Alters- und Pflegeheimen	0,2%	0,2%	0,2%	0
L4	Anteil des Staates am Betriebsaufwand von Spitexdiensten	13,4%	15%	13,1%	–1,9%
Wirtschaftlichkeit					
B1	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) mit Abschreibungen und Zinsen	26	27	25	–2
B2	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.) ohne Abschreibungen und Zinsen	19	18	19	+1

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Hauptereignisse

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr an rund 374 000 Personen einen individuellen Prämienverbilligungsbeitrag aus; das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von rund 11%. Grund für diese Zunahme sind die neu von Bundesrechts wegen zu begünstigenden Kinder des Mittelstandes (neu rund 26 000 Kinder), eine leichte Anhebung der Einkommensgrenzen bei den nach Grundtarif besteuerten Personen (Alleinstehende ohne Kinder) sowie höhere Kinderabzüge im Steuerrecht. Die Anzahl der Begünstigten bei den Zusatzleistungsberechtigten nahm mit 1,4% nur leicht zu, während sich die Anzahl Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger deutlicher steigerte, nämlich um rund 5%. Insgesamt erhielten rund 437 000 Personen Leistungen der Prämienverbilligung, was rund 32,5% der Gesamtbevölkerung entspricht. 60% des Gesamtaufwandes von rund 620 Mio. Franken wurden für individuelle Beiträge verwendet, 40% für Sozialhilfe- und Zusatzleistungsberechtigte sowie für Verlustscheinsübernahmen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Kanton richtet, gestützt auf das Krankenversicherungsgesetz (KVG) und das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG), Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben.
A2	Seit Inkrafttreten von Art. 65 Abs. 1 ^{bis} KVG am 1. Januar 2006 sind auch familienpolitische Ziele zu berücksichtigen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Optimierung des Prämienverbilligungssystems Verzögert	bis 2012
Die neuen technischen Möglichkeiten durch die kantonale Zentralisierung aller Steuerdaten erlauben eine differenziertere Analyse der Wirtschaftskraft der Leistungsempfänger, was eine effizientere Unterstützungspolitik ermöglicht. Aufgrund des sich noch im Aufbau befindenden zentralen Steuerregisters dürfte sich die Umsetzung des Projekts aber weiter verzögern.		

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	305,6	313,2	314,9	1,7
Aufwand	-578,8	-631,7	-625,1	6,5
Entschädigung SVA	-5,0	-5,3	-5,1	0,1
Individuelle Prämienverbilligung		-386,7	-374,7	12,0
Prämienübernahmen		-239,5	-245,1	-5,6
Saldo	-273,2	-318,5	-310,2	8,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0,0		0,0
Ausgaben		0,0		0,0
Saldo		0,0		0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0,0		0,0

Erfolgsrechnung

Mehrertrag:

+1,7 Der vom Bund effektiv ausgerichtete Pauschalbeitrag liegt leicht höher als budgetiert.

Minderaufwand:

+12,0 Der geringere Aufwand im Bereich der individuellen Prämienverbilligung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Mehrkosten für die Einführung einer neuen Einkommensgruppe zugunsten der Kinder des Mittelstandes tiefer ausfielen als geplant. Zum anderen lag die infolge höherer steuerlicher Kinderabzüge erwartete Steigerung der Anzahl der Begünstigten tiefer als geschätzt.

Mehraufwand:

-5,6 Die Verschlechterung im Bereich der Prämienübernahmen ist vorwiegend auf die Entwicklung der Prämienverbilligungen an EL-/BH-Bezüger zurückzuführen.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Umverteilung/Erhöhung der verfügbaren Einkommen in Mio. Franken	P	572	626	620	-6
Leistungen						
L1	Mind. 30% der Versicherten: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	30%	33%	33%	0
L2	Mind. 30% der Haushalte mit Kindern: Anspruch auf Prämienverbilligung	min.	30%	45%	41%	-4%
L3	Kantonsbeitrag (in Mio. Fr.) entspricht mindestens dem Bundesbeitrag (exkl. SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand)	min.	268,3	313,2	305,1	-8,1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	15	14	14	0
Abweichungsbegründungen						
L3	Der Kantonsbeitrag soll gemäss § 17 EG KVG mindestens so hoch sein wie der Bundesbeitrag. Letzterer belief sich im Berichtsjahr auf 314,9 Mio. Franken, währenddem die Ausgaben zulasten des Kantons 305,1 Mio. Franken ausmachten. Die entsprechende Unterschreitung des Ausgabenzieles um knapp 10 Mio. Franken verringert sich auf unter 5 Mio. Franken, wenn die Entschädigung an die SVA für die Administrationskosten mitberücksichtigt wird, wie dies der Kantonsrat im Rahmen des Budgets 2010 beschlossen hat.					

6900 Tierseuchenfonds

Hauptereignisse

Das Programm zur Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) konnte gemäss Planung und im Einvernehmen mit Vertretern der Landwirtschaft und Tierärzteschaft umgesetzt und im Oktober in die dritte Phase, die Überwachungsphase, übergeführt werden. Insgesamt wurden 41 931 Kälber in 2057 Betrieben untersucht. Es waren 198 Proben positiv. Durchschnittlich waren somit 0,56% der neugeborenen Kälber positiv. Diese Tiere mussten geschlachtet werden. Die Abnahme der Anzahl positiv getesteter Tiere entsprach den Erwartungen. Als besonderes Problem, das zu zusätzlichen Aufwendungen im Programm führte, stellte sich die Leerprobenhäufigkeit, d.h. Fehler bei der Durchführung der Kontrollen, von 5% heraus, da von diesen Tieren erneut Proben zu erheben sind. Mittels Rückfragen, Mahnungen und im Einzelfall Beratungen vor Ort soll die Problematik vermindert werden.

Zwischen 1. Februar und 31. Mai waren alle Rinder und Schafe nach den Vorgaben des Bundes obligatorisch gegen die Blauzungenkrankheit zu impfen. Das Ziel, über 80% der Rinder- und Schafpopulation durch Impfung zu schützen, konnte erreicht werden. Insgesamt wurden 111 700 Tiere geimpft, wobei zu beachten ist, dass erstmals behandelte Tiere der Rindergattung durch zwei Impfungen grundimmunisiert werden mussten. In der Folge sind dann auch keine klinischen Fälle von Blauzungenkrankheit aufgetreten. Im Umfeld der Impfung hatten die Tierärztinnen und Tierärzte standardisiert alle besonderen Feststellungen (vor allem negative Folgen, Schäden usw.) zu erfassen, die nötigen Proben dem Labor zuzuführen und aus veterinärmedizinischer Sicht zu beurteilen. Auch Meldungen, die beim Zürcher Bauernverband erfolgten, wurden in die Beurteilung mit einbezogen. Insgesamt erfolgten 158 Meldungen, wobei nur bei 28 Meldungen ein Zusammenhang mit der Impfung nicht ausgeschlossen werden konnte. Zusätzlich wurden die Meldungen mit plausibilisiertem Zusammenhang gemäss dem vom Heilmittelrecht des Bundes vorgeschriebenen Meldesystem der zuständigen Bundesstelle zugeführt.

Bei den Bienen haben die Bruterkrankungen erneut zugenommen. So waren 86 mit Sauerbrut und 5 mit Faulbrut verseuchte Bestände zu sanieren. Erstmals mussten bei Sauerbrut im Bestand alle Bienenstände im Umkreis von 1 km auf Anzeichen der Seuche untersucht werden, was zu einer grossen zeitlichen Belastung der Bieneninspektorinnen und -inspektoren führte.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten
----	---

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung zu B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,7	3,6	3,3	–0,3
Patente, Entgelte, Beiträge		1,4	1,0	–0,4
Tiermehlfabrik Bazenhaid		0,8	0,8	0,0
Interne Verrechnungen		1,4	1,5	0,1
Aufwand	–4,3	–4,3	–3,1	1,2
Sachaufwand		–3,1	–1,9	1,2
Tiermehlfabrik Bazenhaid		–0,8	–0,8	–0,0
Bereitstellungskosten TMF		–0,1	–0,1	–0,0
Eigene Beiträge		–0,2	–0,2	0,0
Saldo	–0,6	–0,6	0,2	0,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	4,4	3,1	4,6	1,5

Erfolgsrechnung

- 0,4 Geringerer Ertrag, da der Beitrag der Tierhalter in den Tierseuchenfonds mit Verordnungsänderung gesenkt wurde.
- +1,2 Geringerer Aufwand bei den Tierseuchenprojekten Ausrottungsprogramm der Bovinen Virus Diarrhoe und Präventionsprogramm Impfung gegen die Blauzungenkrankheit.

Fondsbestand

Der Fondsbestand nahm gegenüber 2008 dank dem Ertragsüberschuss um 0,2 Mio. Franken zu.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Leistungen						
L1	Anzahl Tierseuchenfälle	P		100	178	+78
L2	Anzahl Viehhandelspatente (HP+NP)	P	78	80	73	-7
L3	Anzahl Laboruntersuchungen (Stichproben) zur Überwachung von Tierseuchen	min.	5 017	5 500	5 580	80
L4	Anzahl Laboruntersuchungen bei Aborten	P	70	125	353	228
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	1,08	1,03	1,01	-0,02
B2	Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	20,55	20	18,92	-1,08
Abweichungsbegründungen						
L1	Die höhere Anzahl Tierseuchenfälle ist auf die nach wie vor vielen Bruterkrankungen bei den Bienen (Sauerbrut) zurückzuführen.					
L4	Der grosse Umfang an Abortuntersuchungen ist bedingt durch die Abklärung von Aborten auf einen möglichen Zusammenhang mit der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit.					

6999 Lohnnachzahlungen; Berufe im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Mit den Urteilen vom 22. Januar 2001 stellte das Verwaltungsgericht für verschiedene Gesundheitsberufe eine diskriminierende Festlegung der massgebenden Lohnklassen im Rahmen der strukturellen Besoldungsrevision fest. Für die gestützt darauf vorzunehmenden Neueinreihungen der betroffenen Berufsangehörigen gewährte der Kantonsrat einen Nachtragskredit von 280 Mio. Franken. Ausgehend von diesen Grundsatzentscheiden wurden in Bezug auf verwandte Berufe/Funktionen weitere Rechtsverfahren angestrengt, die den Kanton und einzelne staatsbeitragsberechtigte Spitäler betreffen. Die Gerichtsentscheide betreffend Pflegende FaSRK und Kinderpflegerinnen sowie dipl. Pflegefachleute in Ambulatorien der PUK wurden grossmehrheitlich im Jahr 2008 vollzogen. Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung der restlichen Urteile abgeschlossen mit der Abwicklung weiterer 13 Lohnnachzahlungen an entsprechende (ehemalige) Mitarbeitende des Kantons. Zudem wurden Staatsbeiträge an 41 Lohnnachzahlungen geleistet, die das Spital Dielsdorf gemäss Bundesgerichtsurteil vom 22. Oktober 2008 an das dipl. Pflegefachpersonal auszurichten hatte. Dabei waren lediglich die Lohnnachzahlungen während der Periode 1. Februar 1997 bis 31. August 1999 staatsbeitragsberechtigt, da das Spital Dielsdorf ab 1. September 1999 nicht mehr auf der Spitalliste A figurierte und damit ab diesem Zeitpunkt keine Staatsbeiträge mehr erhielt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-1,4		5,9	5,9
Lohnnachzahlungen	-1,4		-1,0	-1,0
Entnahme aus Rückstellungen			1,0	1,0
Auflösung nicht benötigte Rückstellungen			5,9	5,9
Saldo	-1,4		5,9	5,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Im Berichtsjahr wurden Lohnnachzahlungen im Umfang von 1 Mio. Fr. geleistet. Die Aufwendungen für Lohnnachzahlungen werden durch die Entnahme aus Rückstellungen gedeckt. Die Höhe der Rückstellung wurde überprüft. Aufgrund der Schätzungen zu den Lohnnachzahlungen, mit denen inskünftig noch gerechnet werden muss, wurde die Rückstellung um den Betrag von Fr. 5 927 644 auf Fr. 2 000 000 reduziert.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1	Eingang Gesuche Pflegepersonal	83		54	
W2	– kantonale Betriebe	78		13	
W3	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	5		41	
W4	– nicht berechnete Personen	0		0	
W5	Eingang Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	5		0	
W6	– kantonale Betriebe	5		0	
W7	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	0		0	
W8	– nicht berechnete Personen	0		0	
Leistungen					
L1	Bearbeitete Gesuche Pflegepersonal	83		54	
L2	– kantonale Betriebe	78		13	
L3	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	5		41	
L4	– Rückweisungen	0		0	
L5	Bearbeitete Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	5		0	
L6	– kantonale Betriebe	5		0	
L7	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe	0		0	
Wirtschaftlichkeit					
B1	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegepersonal	12 990		17 313	
B2	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	58		7	
B3	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	2		6	
B4	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	18		0	
B5	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	5		41	
B6	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <40 000)	0		0	
B7	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >40 000)	0		0	
B8	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegekader/TOA	34 468		0	
B9	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	1		0	
B10	– kantonale Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	4		0	
B11	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge <20 000)	0		0	
B12	– staatsbeitragsberechtigte Betriebe (Anzahl ausgezahlte Beträge >20 000)	0		0	





Bildungsdirektion

Gut eine Viertelmillion Schülerinnen, Schüler und Studierende besuchen eine öffentliche oder private Bildungseinrichtung im Kanton Zürich. Über 15 000 Personen sind im öffentlichen Bildungswesen des Kantons als Lehrkräfte, Schulleitende oder Verwaltungsangestellte beschäftigt. Die Bildungsdirektion übernimmt für sämtliche Bereiche des Bildungswesens Koordinations- und Steuerungsaufgaben, vom Frühbereich mit Krippen über den Volksschulbereich mit Horten und Tagesstrukturen, Mittel- und Berufsschulen, Sonderschulen und Heimen bis zu den Hochschulen und zur individuellen Weiterbildung im Erwachsenenalter.

Inkraftsetzung des HarmoS-Konkordats

Anfang April ist mit dem Kanton Tessin der zehnte Kanton dem HarmoS-Konkordat beigetreten. Der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat daraufhin die Inkraftsetzung des Konkordats auf den 1. August beschlossen, worauf der Regierungsrat das Gesetz über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat auf dieses Datum in Kraft gesetzt hat. Die beteiligten Kantone wollen mit dem Konkordat die obligatorische Schule in der Schweiz weiter harmonisieren und auf nationaler Ebene einen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung leisten, Durchlässigkeit sicherstellen und Mobilitätshindernisse abbauen. Die inhaltliche Harmonisierung des Schweizer Schulwesens soll durch die Bestimmung von Basisstandards erreicht werden, welche die mindestens zu erreichenden Lernziele Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres für die Bildungsbereiche Schulsprache, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften beschreiben.

Neugestaltung der 3. Klasse der Sekundarstufe

Der Bildungsrat des Kantons Zürich hat am 12. Januar das Einführungskonzept für die kantonsweite Umsetzung der Neugestaltung der 3. Klasse der Sekundarstufe beschlossen. Damit sollen die Jugendlichen möglichst gut auf den Übergang ins Berufsleben vorbereitet werden. Ein wesentliches Element der Neugestaltung ist die individuelle Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler in der 2. Klasse der Sekundarstufe mit dem computergestützten Testsystem Stellwerk. Diese dient als Grundlage für ein schulisches Standortgespräch unter Einbezug der Eltern sowie – darauf aufbauend – für die gezielte Förderung der fachlichen Kompetenzen der Jugendlichen im Hinblick auf Berufswahl oder weiterführende

Schulen. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler in der 3. Klasse der Sekundarstufe ihre überfachlichen Kompetenzen durch Projektunterricht und eine Abschlussarbeit stärken. Die Einführung der Neuausrichtung erfolgte gestaffelt ab August.

Gemeinsamer Lehrplan der deutsch- und mehrsprachigen Kantone

Am 22. Juni verabschiedete der Bildungsrat die Vernehmlassung zu den Grundlagen für den Lehrplan 21. Er befürwortet die Schaffung eines gemeinsamen Lehrplans der deutsch- und mehrsprachigen Kantone und betont deren zentrale Bedeutung für die Harmonisierung der Schweizer Volksschule. Mit der Gliederung des Lehrplans in Fachbereiche (z. B. Mathematik, Natur und Technik, bildnerisches Gestalten) ist der Kanton Zürich grundsätzlich einverstanden. Der gemeinsame Lehrplan soll schlank, verständlich und einfach lesbar ausgestaltet werden. Gewarnt wurde vor einer Überfrachtung und einem zu hohen Detaillierungsgrad. Die Grundlagen für die Entwicklung eines direkt einführbaren Lehrplans wurden als noch nicht genügend erachtet. Gefordert wurde u. a. ein Erarbeitungskonzept mit verbindlichen Vorgaben zu Struktur und Darstellung der Lehrpläne.

Neues Kinder- und Jugendhilfegesetz

Am 11. Dezember hat der Regierungsrat den Antrag zum Erlass eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) zuhanden des Kantonsrates vorgelegt (Vorlage 4657).

Zweisprachige Maturität Deutsch/Französisch

Nachdem der Regierungsrat im Januar beschlossen hatte, die zweisprachige Maturität Deutsch/Englisch ab dem Schuljahr 2009/10 an allen Mittelschulen zu ermöglichen, hat der Bildungsrat neu auch die Fächerkombination Deutsch/Französisch bewilligt und am 28. September die Anträge der Kantonsschulen Freudenberg und Oerlikon auf einen entsprechenden Maturitätsgang ab dem Schuljahr 2010/11 im Rahmen eines Pilotversuchs bewilligt. An beiden Schulen wird dabei das Angebot Deutsch/Französisch mit einem Fremdsprachenaufenthalt in der Westschweiz kombiniert. Die Schülerinnen und Schüler können während eines mehrmonatigen Aufenthalts den regulären Unterricht einer Partnerschule in der Romandie besuchen und bei einer Gastfamilie wohnen. Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Maturitätsprofile der beiden Schulen. Der Versuch ist bis Ende des Schuljahrs 2014/15 befristet und wird anschliessend im Rahmen einer Evaluation ausgewertet.

Ausbau der Fachhochschulen

Die Zahl der Studierenden an den Zürcher Hochschulen hat weiter zugenommen. Der moderaten Zunahme auf rund 25 000 Studierende bei der Universität Zürich steht ein starker Anstieg bei den staatlichen Fachhochschulen gegenüber, welche die Anzahl von 10 000 Studierenden überschritten haben. Die Bauvorhaben für die künftigen Hochschulstandorte auf dem Toni-Areal in Zürich West und auf dem Gelände der ehemaligen Sihlpost im Herzen von Zürich kommen voran. Mit dem Spatenstich konnte im Januar auf dem Toni-Areal, das als Standort für die Zürcher Hochschule der Künste und Teile der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften genutzt werden soll, und im Juni auf dem Sihlpostgelände, wo der neue Campus für die Pädagogische Hochschule Zürich entsteht, der Baubeginn gefeiert werden.

Legislaturziele

Die Bildungsdirektion ist zuständig für die Massnahmen 1.3–1.6, 3.5, 12.1, 13.4–13.7 und 16.7–16.9 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Massnahmen berichtet. Im vorliegenden Kapitel wird über die Umsetzung der Legislaturziele der Bildungsdirektion berichtet.

Legislaturziel	1 Integration und Spitzenleistungen ermöglichen (LZ RR 1, 12 und 13)
Massnahme	1.1 Umsetzung Volksschulgesetz (LZ RR 1.5, LZ RR 12.1 sowie LZ RR 13.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung der Volksschulreform und des Volksschulgesetzes mit Schulleitungen, Blockzeiten und ausserschulischen Betreuungsangeboten schreitet voran. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.2 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten (LZ RR 13.5)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.3 Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS) (LZ RR 13.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.4 Schulversuche mit der Grundstufe
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 1.1
Massnahme	1.5 Neugestaltung 9. Schuljahr
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 1.1
Massnahme	1.6 Einführung der zweisprachigen Maturitätsausbildung an Mittelschulen (LZ RR 1.6)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Auf das Schuljahr 2009/10 hin wurde eine Ausweitung vorgesehen. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.7 Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern (LZ RR 1.4)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	1.8 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandorts Zürich schaffen (LZ RR 1.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Legislaturziel	2 Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt schaffen (LZ RR 16)
Massnahme	2.1 Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 11. Dezember hat der Regierungsrat den Antrag zum Erlass eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) zuhanden des Kantonsrates vorgelegt (Vorlage 4657).
Massnahme	2.2 Fach Religion und Kultur
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Bildungsrat hat beschlossen, sowohl Biblische Geschichte auf der Primarstufe als auch den Konfessionell-kooperativen Religionsunterricht (KOKORU) auf der Sekundarstufe durch das Fach Religion und Kultur abzulösen. Die jahrgangsweise gestaffelte Einführung von Religion und Kultur erfolgt spätestens ab dem Schuljahr 2011/12 in allen Schulgemeinden.
Massnahme	2.3 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	2.4 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten (LZ RR 16.8)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	2.5 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten (LZ RR 16.9)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Herausforderungen für Schul- und Unterrichtsqualität annehmen
Massnahme	3.1 Umsetzung von HarmoS
Stand	Planmässig
Kommentar	Das HarmoS-Konkordat ist in Kraft getreten.
Massnahme	3.2 Umsetzung Fachhochschulgesetz
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 8. April hat der Regierungsrat eine neue Verordnung zum Fachhochschulgesetz erlassen.
Massnahme	3.3 Selbst organisiertes Lernen an Mittelschulen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat das Projekt «Selbst organisiertes Lernen» (SOL) an Mittelschulen genehmigt.

Legislaturziel	4 Partnerschaft für Bildung stärken (LZ RR 13)
Massnahme	4.1 Vollzug des Berufsbildungsgesetzes (LZ RR 13.6)
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 8. Juli hat der Regierungsrat die Verordnung zum EG BBG erlassen. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	4.2 Überprüfung der Belastung der Schulleitungen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Juli wurde das umfassende Projekt «Belastung/Entlastung im Volksschulbereich» gestartet.
Massnahme	4.3 Wiederaufnahme des Poolstunden-Modells
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Der Gestaltungspool wird angewendet und wurde im Berichtsjahr erweitert.
Massnahme	4.4 Berufsauftrag Lehrpersonen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Frühjahr wurde eine breit angelegte Vernehmlassung gestartet.
Legislaturziel	5 Anschlüsse gewährleisten (LZ RR 3 und 13)
Massnahme	5.1 Vollzug des Berufsbildungsgesetzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Inkraftsetzung des EG BBG und die erforderlichen Anpassungsarbeiten wurden vorangetrieben.
Massnahme	5.2 Reform Brückenangebote
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. LZ Dir. 5.1
Massnahme	5.3 Zentrale Aufnahmeprüfung an Mittelschulen
Stand	Planmässig
Kommentar	Nachdem im Vorjahr erstmalig an den Langgymnasien alle Schülerinnen und Schüler eine einheitliche Aufnahmeprüfung abgelegt hatten, wurde die zentrale Aufnahmeprüfung auch an den Kurzgymnasien eingeführt. Zudem wurde an den Langgymnasien zum ersten Mal ein Test erprobt, der die allgemeinen kognitiven Fähigkeiten erfasst.
Massnahme	5.4 Weiterbildungskonzept (LZ RR 13.7)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates
Massnahme	5.5 Reorganisation der Jugendhilfe und Berufsberatung
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 11. Dezember hat der Regierungsrat den Entwurf und die Weisung zum Erlass eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) zuhanden des Kantonsrates vorgelegt (Vorlage 4657).
Massnahme	5.6 Infrastruktur an internationalen Schulen stärken (LZ RR 3.5)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	790,1	777,5	819,0	41,5
Aufwand	–3 112,6	–3 229,0	–3 218,9	10,1
Nachtragskredite		–7,9		
Kreditübertragungen aus 2008		–5,7		
Saldo	–2 322,5	–2 451,4	–2 399,9	51,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	14,2	8,5	17,4	8,9
Ausgaben	–124,9	–161,0	–140,2	20,8
Kreditübertragungen aus 2008		–1,8		
Saldo	–110,7	–152,5	–122,8	29,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	12 618,4	13 049,5	12 829,4	–220,1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+41,5):

- +1,9 Höhere Rückerstattung der Universität Zürich für verrechnete kalkulatorische Raumnutzungskosten
- +10,5 Das Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB) ist ab Januar 2008 die neue kantonale Verbindungsstelle für die Beiträge des Bundesamtes für Justiz an die Kinder-/Jugendheime (saldoneutral).
- +9,9 Im Rahmen der Einführung von IPSAS wurden im Restatement 2008 transitorische Passiven in der Höhe von 9,9 Mio. Franken für Bundesbeiträge gebildet. Diese wurden im Berichtsjahr in die Erfolgsrechnung übergeführt.
- +6,6 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen in den Jugendsekretariaten (saldoneutral).
- +6,2 Höhere Beitragseinnahmen für ausserkantonale Lernende in der Berufsbildung
- +3,6 Nicht budgetierte Beitragsleistung des Bundesamtes für Justiz an die Sonderschulheime
- +3,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +3,5 Höhere Bundesbeitragseinnahmen in der Berufsbildung wegen des Systemwechsels von der aufwandorientierten zur pauschalierten Berechnung der Bundesbeiträge
- +2,8 Aktivierung Projektkosten Bauvorhaben Anton Graff Winterthur
- +2,2 Höhere Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium
- +2,0 Zuweisung von höheren Bundesbeiträgen in der Berufsbildung als ursprünglich budgetiert
- +1,5 Mehreinnahmen aufgrund der höheren Anzahl ausserkantonalen Studierender im Gesundheitswesen
- +1,4 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV
- +1,1 Höhere Erträge aus Kulturangeboten, Besoldungsverrechnungen an die Gemeinden, höhere Rückerstattungen in der Bildungsverwaltung
- +1,4 Sonstige Mehrerträge

- 7,8 Wegfall der Rückführung von Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen durch die veränderte Verbuchungspraxis bei Mobiliaranschaffungen durch die Hochschulen
 - 3,1 Die Betriebskosten der Bezirksjugendsekretariate sowie der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte (insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit) fielen tiefer als erwartet aus und führten zu entsprechenden Mindereinnahmen.
 - 2,5 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Aufwandminderung verbucht. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert (Jugend- und Familienhilfe, saldoneutral).
 - 2,1 Tiefere Erträge bei den Aktivierungen von Projektierungskosten in den Mittelschulen
 - 1,2 Die Beiträge des Bundes an das Projekt Casemanagement Berufsbildung verlagern sich aufgrund des verschobenen Projektbeginns ins Folgejahr (Berufs- und Studienberatung).
- Aufwand (+10,1):
- +20,4 Tieferer Beitrag an die staatlichen Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
 - +8,5 Tieferer Staatsbeitrag an die Universität Zürich
 - +6,0 Die aufgrund der steigenden Studierendenzahl budgetierte Zunahme der FHV-Beiträge fiel durch den Systemwechsel auf die Finanzierung nach ECTS-Punkten tiefer aus als geplant.
 - +4,6 Der geplante Ausbau der Leistungsaufträge, insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit, fand nicht im erwarteten Rahmen statt, was sich in den Aufwand-, Ertrags- sowie Beschäftigtenzahlen niederschlug.
 - +4,3 Die Nettopersonalkosten in der Volksschule liegen um rund 1% unter dem Budget.
 - +4,0 Nicht verwendete Kreditübertragung aus dem Jahr 2008 in der Zürcher Fachhochschule
 - +2,8 Tiefere Personalkosten bei den Schulen im Gesundheitswesen
 - +2,7 Tieferer Transferaufwand in der Volksschule
 - +2,5 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Aufwandminderung verbucht. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert (Jugend- und Familienhilfe, saldoneutral).
 - +2,1 Tiefer angefallene Dienstleistungen Dritter in der Bildungsplanung (+0,7) und im VSA (+0,6) infolge Projektverschiebungen sowie im HSA (+1,0) infolge Verzicht auf weitere Beratungsleistungen bezüglich Zusammenführungsprozess ZFH, tiefer ausgefallene Kosten
 - +1,7 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software bei den Mittelschulen
 - +1,7 Der Start des Projektes Casemanagement Berufsbildung verlagert sich ins Jahr 2010 (Berufs- und Studienberatung).
 - +1,6 Tiefere Planungskosten für Investitionen der Mittelschulen
 - +1,1 Personalmutationen sowie zu hoch veranschlagte Sozialabgaben führten zu Budgetunterschreitungen in der Jugend- und Familienhilfe.
 - +1,1 Berufkundliche Material- und Drucksachenanpassungen wurden aufgeschoben bzw. nicht getätigt (Berufs- und Studienberatung).

- +1,0 Niedriger Aufwand für Dienstleistungen Dritter in der Zürcher Fachhochschule
- +3,8 Sonstige Minderaufwände
- 2,0 Höhere kalkulatorische Raumnutzungskosten in der Universität als budgetiert
- 15,4 Erhöhung der Rückstellung für Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität aufgrund der Neuberechnung der Vorsorgeverpflichtungen
- 10,5 Neue Durchlaufposten des Bundesamtes für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB) neu ab Januar 2008 kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist
- 6,6 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen in den Jugendsekretariaten (saldoneutral).
- 5,9 Lohnaufwand der Lehrpersonen der Berufsbildung fällt durch Mehrlektionen höher aus
- 3,6 Weiterleitung der nicht budgetierten Beitragsleistungen des Bundesamtes für Justiz an die Sonderschulheime. Dieser saldoneutrale Durchlaufposten wurde bisher vom AJB vereinnahmt und weitergeleitet.
- 3,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- 3,1 Bewertungskorrektur der Ruhegehälter der Mittelschullehrkräfte
- 2,9 Folgende Schulen der Berufsbildung sind neu Beitragsempfängerinnen des Kantons Zürich: United School of Sports Zürich (-0,3), Tanzakademie der ZHdK (-0,6), Agogis Zürich (-2,0)
- 2,0 Rückstellung in Zusammenhang mit dem Schulhaus Wiesental in Winterthur (Berufsbildung)
- 1,5 Neuberechnung der Stundenkonti aufgrund der Stufenanstiege in den Mittelschulen
- 1,4 Höhere an die Universität überweisene Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUUV als budgetiert
- 1,3 Mehraufwendungen bei den Beiträgen für Heimplatzierungen (-1,6) und für Stipendien (-1,0) konnten durch geringere Beiträge in den übrigen Bereichen (+1,3) teilweise kompensiert werden

Investitionsrechnung

Einnahmen (+8,9):

- +2,9 Zusätzliche für die Universität erhaltene Bundesgelder für Geräte und Ausrüstungen
- +1,8 Nicht budgetierte Bundesbeiträge für die IT-Projekte ZAP/PULS
- +1,5 Nicht budgetierte Bundesgelder für Bauprojekte der ZHAW (Physikgebäude Winterthur; diverse Bauprojekte Standort Wädenswil).
- +1,4 Zusätzliche Bundesgelder für diverse Bauprojekte der Universität
- +1,3 Nicht budgetierte Schlusszahlung des Bundes für die ZHAW (Projekt Mäander C)
- +0,7 Nicht budgetierte nachschüssig ausgerichtete Bau- und Einrichtungsbeiträge des Bundesamtes für Sozialversicherungen an das Zentrum für Gehör und Sprache
- 1,0 Die Ausbildungsdarlehensrückerstattungen wurden zu optimistisch budgetiert
- +0,3 Übrige Mehreinnahmen

Ausgaben (+20,8):

- +9,5 Tiefere Investitionsbeiträge an Investitionen der Sonderschulung infolge Verzögerungen bei Bauprojekten
- +2,8 Tiefere Investitionsbeiträge an Schulhausbauten der Volksschulen. Der als Folge der Kantonalisierung der Kindergärten erwartete Anstieg der Investitionsbeiträge ist bisher (noch) nicht eingetreten.
- +2,8 Tiefere Kosten bei den Liegenschaftenübertragungen für die Hauswirtschaftskurse an den Mittelschulen wegen zeitlicher Verzögerungen
- +1,9 Verzögerung beim Mieterausbau Toni-Areal
- +1,8 Informatikvorhaben konnten noch nicht umgesetzt werden (davon +1,3 im AJB).
- +1,6 Die Ausgaben für den Bezug der neuen Jugendsekretariatsstandorte in Dietikon, Bülach und Winterthur fielen tiefer als erwartet aus bzw. verlagern sich aufgrund von Bauverzögerungen teilweise ins Jahr 2010.
- +1,3 Zeitliche Verschiebung der geplanten Zentralisierung der Plakat- und Kunstgewerbesammlung an der ZHdK
- +1,2 Minderausgaben bei der Turnhallensanierung der Kantonsschule Im Lee infolge Aufschub des Baubeginns
- +0,8 Tiefere Kosten bei der Gesamtsanierung der Kantonsschule Hohe Promenade, infolge des verzögerten Rechnungseingangs
- +0,8 Die Sanierungsausgaben des Chemiezimmers der Kantonsschule Hottingen fielen wegen verzögerten Baubeginns tiefer aus als geplant.
- +0,8 Tiefere Sanierungskosten der Hauseingangstüren in der Kantonsschule Oerlikon/Birch wegen verzögerten Baubeginns
- +0,6 Geringere bauliche Investitionen in diversen Projekten und zeitliche Verschiebungen von Projekten in der Zürcher Fachhochschule
- 2,9 Zusätzliche an die Universität überwiesene Bundesgelder für Geräte und Ausrüstungen
- 2,6 Die mit RRB Nr. 268/2008 bewilligten Mietausbauten Sidiareal Winterthur (Vermieter Kantag/Beamtenversicherungskasse) wurden im Rahmen der IPSAS-Bilanzerstellung per 31. Dezember 2008 durch das Kantonale Rechnungswesen und die Finanzkontrolle neu beurteilt. Im Budgetierungszeitpunkt wurde von Vorgaben gemäss Handbuch Rechnungslegung (HBR) ausgegangen.
- +0,4 Übrige Minderausgaben

Personal

Der tiefere Beschäftigungsumfang stammt hauptsächlich aus der Volksschule (174,5 VZE). Detaillierte Angaben zu dieser Verbesserung sind dem Leistungsgruppenblatt 7200 Volksschule zu entnehmen. Die übrigen Abweichungen (+45,6) sind in Anbetracht des hohen Personalbestandes als geringfügig einzustufen.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Grossinvestitionen				
Projekt Nr. 33049 Calatrava Hofeinbau und Aufstockung	0,3	65,4	63,1	2,3
Projekt Nr. 27463 Toni-Areal Ausstattung	0,1	89,5	0,1	89,4
Übrige Investitionen	122,4			
Total Investitionen	122,8			

Leistungsgruppen

7000 Bildungsverwaltung

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

	Total	Total	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2008 ¹	2009	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorschulstufe	25 826	26 873	13 065	48,6	7 434	27,7	25 315	94,2
Regelkindergarten ²	24 662	25 692	12 607	49,1	6 823	26,6	24 670	96,0
Sonderkindergarten ³	731	645	207	32,1	268	41,6	645	100,0
Alternativer Kindergarten ⁴	433	536	251	46,8	343	64,0	–	–
Primarstufe	80 581	80 740	39 084	48,4	21 111	26,1	76 607	94,9
Primarschule ²	74 812	75 718	37 048	48,9	18 459	24,4	73 794	97,5
Besondere Klassen	2 016	970	356	36,7	547	56,4	890	91,8
Sonderschulen	1 726	1 939	648	33,4	720	37,1	1 923	99,2
Alternativer Lehrplan ⁴	2 027	2 113	1 032	48,8	1 385	65,5	–	–
Sekundarstufe I	41 292	41 398	20 237	48,9	8 879	21,4	87 784	91,3
Sekundarschule	32 000	32 144	15 601	48,5	7 073	22,0	29 965	93,2
Besondere Klassen	513	293	94	32,1	174	59,4	233	79,5
Sonderschulen	906	984	340	34,6	268	27,2	953	96,8
Gymnasien	6 690	6 880	3 648	53,0	703	10,2	6 492	94,4
Übrige Mittelschulen ⁵	137	141	70	49,6	11	7,8	141	100,0
Alternativer Lehrplan ⁴	1 046	956	484	50,6	650	68,0	–	–
Sekundarstufe II	57 888	58 342	28 011	48,0	9 468	16,2	51 848	88,9
Brückenangebote	2 360	2 397	1 348	56,2	776	32,4	2 178	90,9
Gymnasien	8 103	8 368	4 764	56,9	655	7,8	7 522	89,9
Übrige Mittelschulen ⁶	1 058	1 084	701	64,7	67	6,2	980	90,4
Berufslehren ⁷ (einschliesslich BMS I)	43 374	43 652	19 884	45,6	7 125	16,3	39 443	90,4
Anlehren	544	410	115	28,0	130	31,7	410	100,0
BMS II	1 194	1 369	695	50,8	82	6,0	1 153	84,2
Sonderschulen	216	162	53	32,7	52	32,1	162	100,0
Alternativer Lehrplan ⁴	1 039	900	451	50,1	581	64,6	–	–
Tertiärstufe	55 493	60 672	31 944	52,7	8 158	13,4	49 043	80,8
Vorbereitung Berufsprüfung	4 910	6 525	2 811	43,1	598	9,2	3 428	52,5
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	2 293	1 985	545	27,5	202	10,2	836	42,1
Höhere Fachschulen	4 672	5 192	2 284	44,5	596	11,6	3 393	66,2
Übrige Fachausbildung	4 497	4 783	3 098	64,8	627	13,1	1 446	30,2
Fachhochschulen ⁸	14 333	16 396	8 713	53,1	1 765	10,8	14 086	85,9
Universität	24 788	25 854	14 493	56,1	4 370	16,9	25 854	100,0
Total	261 080	268 025	132 341	49,4	55 050	20,5	240 597	89,8

¹ Die Angaben für 2008 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

² inkl. Projekt Grundstufe

³ inkl. Sprachheilkindergarten

⁴ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z. B. ausländische Schulprogramme, Rudolf-Steiner-Schulen)

⁵ Handelsmittelschule

⁶ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁷ Berufliche Grundbildung EFZ und EBA

⁸ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HFH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule und der Fernfachhochschule Schweiz)

Bildungsstatistik

Im Schuljahr 2009/10 besuchten 268 025 Lernende eine öffentliche oder private Bildungsinstitution im Kanton Zürich, einschliesslich Kindergärten sowie Fachhochschulen und Universität. Damit hat die Anzahl Lernender gegenüber dem Vorjahr um 6945 bzw. um 2,7% zugenommen.

Erneut ist die Schülerzahl auf der Kindergartenstufe gestiegen, und zwar um 1047 Kinder (+4,1%). Diese Zunahme ist weitgehend auf die demografische Entwicklung – Geburtenzunahme und Zuwanderung – zurückzuführen. Zudem ist der Kindergartenbesuch seit Schuljahresbeginn 2008/09 obligatorisch. Auf der Primarstufe (+0,2%) und den Sekundarstufen I (+0,3%) und II (+0,8) blieb die Zahl der Lernenden insgesamt praktisch unverändert. Auf den obligatorischen Schulstufen zeigt sich eine markante Abnahme der Lernenden in den Sonderkindergärten und in den «besonderen Klassen»: Seit dem Schuljahr 2008/09 werden die vom neuen Volksschulgesetz vorgegebenen individualisierenden und integrativen Schulungsformen in den Gemeinden gestaffelt eingeführt.

Die Tertiärstufe wächst weiterhin und umfasst gegenwärtig 60 672 Studierende (+9,3%). Im Bereich der Höheren Berufsbildung weisen die Vorbereitungskurse auf die Berufsprüfung einen deutlichen Zuwachs auf. Die Zahl der Studierenden an der Zürcher Fachhochschule und an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik wuchs um 14,4%. Die Zunahme lässt sich durch das starke Interesse der Studierenden an mehreren bestehenden Fachbereichen, insbesondere «Wirtschaft und Dienstleistungen», sowie durch die laufende Erweiterung des Angebots auf der Masterstufe und im Fachbereich «Gesundheit» erklären. Die Zunahme an der Universität lässt sich auf die fortschreitende Mobilität – Wechsel an die UZH für ein Masterstudium, zunehmende Zahl von Studierenden mit ausländischer Vorbildung – sowie auf das starke Wachstum der Doktoratsstufe zurückführen. Möglicherweise widerspiegelt die Tendenz zur Höheren Bildung ein Stück weit auch die durch die Wirtschaftskrise getrüben Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Ergebnisse der bildungsstatistischen Erhebungen werden unter www.bista.zh.ch zugänglich gemacht.

Hauptereignisse

Erhebungen zur Schulqualität

Auf der Volksschulstufe nahm der Kanton Zürich mit einer repräsentativen Stichprobe an der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2009 (Schwerpunkt: Lesekompetenz) teil. Die nationalen Ergebnisse werden im Dezember 2010, die kantonalen im Dezember 2011 veröffentlicht. Die kantonale Lernstandserhebung wurde fortgeführt: Schülerinnen und Schüler, die 2003 beim Eintritt in die ersten Klassen und 2006 am Ende der dritten Klassen getestet wurden, wurden nun am Ende der sechsten Klassen erneut befragt. Der Bericht wird im Herbst 2010 vorliegen.

Im Bereich der Mittelschulen wurde die Befragung ehemaliger Mittelschülerinnen und Mittelschüler erneut durchgeführt. Die vollständigen, schulgenauen Resultate der Ehemaligenbefragung der 21 Zürcher Mittelschulen aus dem Jahr 2006 wurden aufgrund des neuen Informations- und Datenschutzgesetzes veröffentlicht. Die Interkantonale Fachstelle für externe Schulevaluation der Universität Zürich (IFES) evaluierte drei Mittelschulen und zwei Berufsfachschulen.

Ein Hintergrundbericht zur familienunterstützenden und familienergänzenden frühen Förderung im Kanton Zürich mit einer Beschreibung der internationalen, der schweizerischen und der zürcherischen Entwicklung und mit Leitsätzen der Bildungsdirektion zur frühen Förderung wurde veröffentlicht.

Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld

Der Beauftragte für Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld hat in Zusammenarbeit mit der Koordinationsgruppe Jugendgewalt fünf regionale Informationsveranstaltungen «Amok in Schulen – Was tun?» für die Schulpräsidien und Schulleitungen der Volksschulen mit rund 500 Teilnehmenden durchgeführt. Ein Merkblatt «Zielgerichtete Gewalt und Amok» wurde erstellt und an die Schulen verteilt und ein internes Krisendispositiv bei schweren Gewaltverbrechen an Schulen entwickelt. Die Koordinationsgruppe Jugendgewalt hat die Arbeitsschwerpunkte im Bereich Gewaltprävention und -intervention festgelegt.

Projekt Chance Sek – Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule

Die breit angelegte Diskussion zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe der Volksschule wurde bis im Dezember mit sieben regionalen Forumsveranstaltungen für alle Bezirke, sieben Hearings in Schulen, der Diskussion auf der Website des Projekts und sechs Sitzungen der breit zusammengesetzten Begleitkommission fortgesetzt. An den Veranstaltungen haben gegen 1000 Personen aus Schulpflegen, der Lehrerschaft, der Wirtschaft sowie von Vertretungen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Die Ergebnisse werden im Sommer 2010 dem Bildungsrat unterbreitet.

Der Kanton Zürich beteiligte sich am Grundlagenprojekt Deutschschweizer Lehrplan (Lehrplan 21).

Fachstelle für Schulbeurteilung

Die externe Schulbeurteilung dient der Qualitätsentwicklung der einzelnen Schulen und der Rechenschaftslegung. In allen 136 im Schuljahr 2008/09 evaluierten Schulen wurde das vom Bildungsrat festgelegte Pflichtthema Sprachförderung Deutsch und ein Set wichtiger Qualitätsmerkmale aus den Bereichen Lebenswelt Schule, Lehren und Lernen sowie Führung und Management evaluiert. Zudem wählten die Schulen aus zehn Fokusthemen einen zusätzlichen Qualitätsbereich. Die Gesamtergebnisse wurden im Juni erstmals in einem Bericht publiziert (www.fsb.zh.ch).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Bildungsverwaltung koordiniert das Bildungswesen des Kantons Zürich und übt die Aufsichtspflicht aus.
A2	Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen zuhanden von Regierungs- und Kantonsrat
A3	Verfolgen von aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene
A4	Koordination mit den anderen Kantonen und dem Bund
A5	Unterstützung von Bildungsinstituten (Volksschulen, Sonderschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Bezirksjugendsekretariate sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen wie Universität und Fachhochschulen) in den Bereichen Personal- und Finanzwesen, Gesetzgebung und IT
A6	Erteilung von Aufträgen für Bau und Unterhalt aller Bauten im Verwaltungsvermögen der Bildungsdirektion

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Volksschulreform (siehe auch LG Nr. 7200) (LZ RR 1.5) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2012
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (siehe auch LG Nr. 7303 7305) Abgeschlossen Die Verordnung wurde am 8. Juli erlassen, Gesetz (teilweise) und Verordnung wurden per Schuljahresbeginn 2009/10 in Kraft gesetzt.	2009
E3	Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen (LZ RR 1.3) Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2011
E4	Infrastruktur an internationalen Schulen stärken (LZ RR 3.5) Verzicht Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010
E5	Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken (LZ RR 16.7) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2011
E6	Neues Fachhochschulgesetz (LZ Dir. 3.2) Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele der Direktion 2007	2009

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	10,6	10,2	11,1	1,0
Aufwand	–81,6	–91,7	–87,5	4,2
Kreditübertragungen aus 2008		–0,9		
Saldo	–71,0	–81,5	–76,3	5,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,6	–2,8	–1,0	1,8
Saldo	–0,6	–2,8	–1,0	1,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	296,8	324,8	314,9	–9,9

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,0):

- +1,1 Höhere Erträge aus Kulturangeboten (+0,2) und aus Besoldungsverrechnungen an die Gemeinden (+0,2) im VSA sowie höhere Rückerstattungen Dritter im MBA (+0,5), Stabilisierungsprogramm des Bundes für Massnahmen in der Berufsbildung im Kanton Zürich und (+0,2) Rückerstattungen von der Geschäftsstelle IGIB/GRIF für Personaleinsatz
- 0,2 Die verrechneten Informatikleistungen sind insgesamt tiefer angefallen.

Aufwand (+3,3):

- +2,1 Tiefer angefallene Dienstleistungen Dritter in der Bildungsplanung (+0,7) und im VSA (+0,6) infolge Projektverschiebungen sowie im HSA (+1,0) wegen Verzicht auf weitere Beratungsleistungen bezüglich Zusammenführungsprozess der Zürcher Fachhochschule, tiefer ausgefallene Kosten für die Überarbeitung des Internetauftritts
- +0,5 Tiefere Mietkosten (+0,3) sowie nicht aktivierbare Anlagekosten und Unterhalt (+0,2)
- +0,7 Tiefere Lehrmittel- und Drucksachenkosten
- +0,1 Tiefere Abschreibungen und Zinsen
- +0,6 Tiefere Leistungen an die Pädagogische Hochschule im Rahmen des Jahreskontraktes (+1,2) dagegen höhere Beiträge an die Musikschule, Kulturama und Zürcher Arbeitsgemeinschaft für die Weiterbildung der Lehrpersonen (–0,6)
- 0,5 Höhere Entschädigungen im MBA infolge verlängerter Stellenvakanzen sowie zusätzlicher Aufgaben
- 0,2 Mehraufwand für Kurse und Prüfungen im MBA

Investitionsrechnung

Ausgaben (+1,8):

- +1,8 Informatikvorhaben konnten noch nicht umgesetzt werden (davon +1,3 im AJB).

Personal

- +9,9 Längere Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen sowie zeitliche Verschiebung von Projekten

Indikatoren					
	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (1.–9. Klasse) in %	6,3	6,0	6,5	0,5
Leistungen					
L1	Monitoring/-controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten	6	6	6	0
L2	Monitoring/-controlling; Anzahl Wirkungserhebungen	5	3	3	0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (einschliesslich Nrn. 9600/9710/9720/9740)	18	18	18	0
L4	Anzahl strategische Projekte	14	14	14	0
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeiter/innen (BU)	12 618	13 050	12 829	221
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung	7	7	7	0
L7	Anzahl Rekurse (eingegangen/erledigt)	263/232	250/240	209/191	41/49
L8	Anzahl parlamentarische Vorstösse (eingegangen/erledigt)	64/69	45/45	49/49	4/4
L9	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	95	90	90	0
Wirtschaftlichkeit					
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %, Ziel <2,5%	2,1	2,22	2,19	0,03
Abweichungsbegründungen					
W1	Die als Folge des Wirtschaftsabschwungs erwartete leichte Rückbildung des Anteils Privatschüler/innen ist nicht eingetroffen.				
L7	Infolge aufwendigerer Verfahren weniger Erledigungen als geplant				
Rücklagen					
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	883 000	0	0	883 000	0

7100 Lehrmittelverlag

Die folgenden Lehrmittelprojekte wurden im Berichtsjahr bearbeitet:

Englisch für die Sekundarstufe

Für die 1. Sekundarstufe hat der Lehrmittelverlag in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) das Lehrmittel «Voices 1» auf das Schuljahr 2009/10 herausgegeben. Damit ist der erste Jahrgangsband der Englischreihe für die Sekundarstufe 1–3 erschienen.

Deutsch für die Mittelstufe

Im Berichtsjahr wurde intensiv am stufenübergreifenden Lehrmittel «Sprachland» gearbeitet. Dieses wird in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz) und in Kooperation mit der Schulverlag plus AG entwickelt. Erste Materialien sind im Berichtsjahr lanciert worden. Das Gesamtlehrmittel wird auf das Schuljahr 2010/11 hin zur Verfügung stehen.

Religion und Kultur für die Primar- und Sekundarstufe

Der Bildungsrat hat die Feinkonzepte Religion und Kultur für die Primar- und Sekundarstufe verabschiedet. Die Autorenschaft hat die Manuskriptarbeiten aufgenommen. Erste Manuskripte werden durch Lehrpersonen erprobt. Für die Unter- bzw. Mittelstufe ist die Veröffentlichung in den Jahren 2012 bzw. 2013 geplant, für die Sekundarstufe im Jahr 2013.

Mathematik für die Primar- und Sekundarstufe

Die bestehende Mathematikreihe des Lehrmittelverlags wird vollständig abgelöst. In einer Praxiserprobung im Kanton und der Stadt Zürich sowie in drei weiteren Kantonen werden die zukünftigen Mathematik-Lehrmittel evaluiert. Auf das Schuljahr 2010/11 soll der 1. Jahrgangsband «Mathematik Unterstufe» erscheinen, auf das Schuljahr 2011/12 der 1. Jahrgangsband Sekundarstufe. Für die nachfolgenden Jahre sind die weiteren Jahrgangsbände geplant.

Geschichte der Neuzeit für das 9. Schuljahr / Sekundarstufe II

Der genannte Band, entstanden in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ilz), richtet den Blick auf weltgeschichtliche Zusammenhänge, berücksichtigt aber zugleich die Schweizergeschichte in angemessener Weise. Das Buch bietet mit unterschiedlichen Textsorten exemplarische Zugänge zur Vergangenheit und regt zum Nachdenken über Geschichte an.

Lernsoftware «Lesewerkstatt» und «Multidingsda»

Die genannte Lernsoftware ist für die Vorschul- und Primarstufe konzipiert. «Lesewerkstatt» ist für das individualisierende Lesetraining gedacht, «Multidingsda» dient dem Aufbau und der Festlegung des Grundwortschatzes von Schülerinnen und Schülern mit Deutsch als Zweitsprache, aber auch von deutschsprachigen Kindern. Beide Produkte haben die Zielsprache Deutsch, sind aber mehrsprachig aufgebaut.

Auszeichnungen für den Lehrmittelverlag

Anlässlich der Buchmesse in Frankfurt wurde «Voices 1» mit dem Spezialpreis der European Educational Publishers Group (EEPG) für eine herausragende Buchgestaltung geehrt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), und für andere Bildungsbereiche (Mehrleistung) Entwicklung des Sortiments: 82 (Vorjahr: 63) neue Artikel stammten aus dem Eigenverlag, 171 (157) waren nachgeführte Auflagen, 113 (83) Übernahmen aus Fremdverlagen. Aus der Kernleistung (Produktion für die Zürcher Volksschulen) entstanden im Berichtsjahr 48% des Umsatzes (Vorjahr: 48%), aus der Mehrleistung (Umsatz mit den übrigen Kantonen, Sekundarstufe II, Buchhandel) 52% (52%).
A2	Finanzielle Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise
A3	Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Lehrmittelentwicklung und -produktion Deutsch für die Mittelstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2010
E2	Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Sekundarstufe Verzögert, Abschluss voraussichtlich 2013 Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2010
E3	Lehrmittelentwicklung und -produktion Religion und Kultur für die Primarstufe Verzögert, Abschluss voraussichtlich 2013 Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2011
E4	Lehrmittelentwicklung und -produktion Englisch für die Sekundarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2011
E5	Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik Primarstufe Verzögert, Abschluss voraussichtlich 2015 Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2013
E6	Lehrmittelentwicklung und -produktion Mathematik Sekundarstufe Planmässig Vgl. Abschnitt Hauptereignisse	2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	22,5	23,8	23,7	–0,1
Aufwand	–18,9	–21,2	–21,0	0,1
Saldo	3,7	2,6	2,6	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	25,0	25,5	25,3	–0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag (–0,1):

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die Einführung neuer Lehrwerke im Fachbereich Sprachen fortgesetzt. Der budgetierte Ertrag wurde bis auf 0,1 Mio. Franken erreicht.

Aufwand (+0,2):

Der Gesamtaufwand fiel leicht tiefer aus als budgetiert. Die Kosten verschiedener in Entwicklung stehender Lehrmittelprojekte konnten im Rahmen der Budgetvorgaben gehalten werden.

Saldo:

Der Saldo entspricht einem Deckungsgrad von 113%.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte in Bezug auf die Lehrmittel: Anteil positiver Synodalgutachten	min.	66%	n.q.	n.q.	n.q.
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	min.	94%	n.q.	n.q.	n.q.
W3	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung	min.	96%	n.q.	n.q.	n.q.
W4	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale	min.	73%	71%	75%	+2%
W5	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung	min.	72%	62%	73%	+11%
Leistungen						
L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung)	P	11,0 Mio.	10,4 Mio.	11,5 Mio.	0,9 Mio.
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen und Dritten (Mehrleistung)	P	11,7 Mio.	13,2 Mio.	12,4 Mio.	-0,8 Mio.
Wirtschaftlichkeit						
B1	Preis für Lehrmittel LMV in Mathematik pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlag)	min.	226 (62%)		226 (62%)	
B2	Preis für Lehrmittel LMV in Deutsch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlag)	min.	171 (71%)		135 (57%)	
B3	Preis für Lehrmittel LMV in Französisch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlag)	min.	92 (68%)		92 (68%)	
B4	Preis für Lehrmittel LMV in Englisch pro Schüler/in der Volksschule in Fr. (in % der Preise übriger Verlag)	min.	388 (88%)		388 (88%)	
Abweichungsbegründungen						
W1	Die vom Bildungsrat bestimmten obligatorischen und provisorisch-obligatorischen Lehrmittel werden gestützt auf § 7 der Synodalverordnung durch die Lehrpersonenkonferenz der Kapitel begutachtet. Aufgrund der stark variierenden und teilweise niedrigen Anzahl Lehrwerke, die pro Geschäftsjahr begutachtet werden, ist die Qualität und die Aussagekraft dieses Indikators nicht mehr hinreichend gegeben. Der Indikator wird ab dem Rechnungsjahr 2009 nicht mehr erhoben.					
W2/W3	Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im 2-Jahres-Turnus durchgeführt. Die nächste Umfrage ist für Herbst 2010 geplant.					
W4	Dieser Wert wurde zu tief budgetiert.					
B1-B4	Für diese Indikatoren werden keine Planwerte berechnet. Der Vergleich basiert auf den aktuellen Verkaufspreisen der Lehrwerke. Der Indikator bezieht sich auf die laufende Aufgabe A2, Kanton und Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise zu entlasten.					

7200 Volksschulen

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse der Leistungsgruppe Volksschulen bilden insbesondere die unter der Rubrik Entwicklungsschwerpunkte (siehe unten) aufgeführten Umsetzungsarbeiten des Berichtsjahrs.

Die Überprüfung der Lehrmittelpolitik des Kantons Zürich wurde gemäss Bildungsratsbeschluss vom 23. Februar in sechs Teilprojekten in Angriff genommen.

Die wissenschaftliche Evaluation der Einführungsphase des neuen Fachs Religion und Kultur wurde am 28. Mai vom Bildungsrat in Auftrag gegeben. Im Weiteren beschloss der Bildungsrat im Berichtsjahr die Neuschaffung von Lehrmitteln für das Fach Religion und Kultur für die Primar- und die Sekundarstufe 1.

Gemäss neuem Volksschulgesetz regelt der Kanton das schulpyschologische Angebot. Da die Schulpsychologie heute durch die Gemeinden organisiert wird, wurde eine breite Vernehmlassung zur geplanten Kantonalisierung und zur Ausgestaltung und Rollenteilung dieses Dienstes durchgeführt. Die Vernehmlassungsvorlage hat in den wichtigen Punkten eine breite Zustimmung gefunden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen
A2	Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen
A3	Förderung des Urteilsvermögens
A4	Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes (VSG) gemäss Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 (beinhaltet LZ RR 12.1, LZ RR 13.4 sowie LZ RR 13.5) Planmässig Ab Schuljahr 2009/10 sind die sonderpädagogischen Massnahmen in einer zweiten Staffel von Gemeinden eingeführt. Die Massnahmen zu Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS) sind in 85 Schulen umgesetzt. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2011
E2	Allgemeine Sprachförderung, insbesondere auch Steigerung der Lese- und Schreibkompetenzen in der Standardsprache Verzögert Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunkts auf 2011 verschoben.	2008
E3	Neuregelung des Sonderschulwesens durch den Kanton infolge Rückzugs des Bundes aus der Sonderschulung (NFA) Verzögert Nachdem die Neuregelung des Finanzflusses abgeschlossen werden konnte, geht es in den folgenden Jahren darum, ein sonderpädagogisches Konzept für den Kanton zu erarbeiten. Die Konzeptarbeiten sind so weit fortgeschritten, dass 2010 die Vernehmlassung durchgeführt und ausgewertet werden kann. Anschliessend sind die Sonderschulen, welche in den kantonalen Versorgungsplan aufgenommen werden sollen, zu bestimmen und die gesetzlichen Anpassungen voranzutreiben.	2010

E4	Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe Planmässig Mit Regierungsratsbeschluss vom November 2007 wurde der Schulversuch Grundstufe von Sommer des Berichtsjahres bis Sommer 2012 verlängert. Der Schulversuch des Kantons Zürich ist Teil des Schulentwicklungsprojektes 4bis8 der EDK Ost. Der Schlussbericht der EDK Ost wird auf Sommer 2010 erwartet.	2012
E5	Inhaltliche/organisatorische Neugestaltung der 3. Klasse der Sekundarschule auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schüler/innen Planmässig Flächendeckende Einführung der neu gestalteten 3. Klasse der Sekundarschule ab dem Schuljahr 2009/10. Der Leistungstest Stellwerk wird ab dem Schuljahr 2010/11 in den 2. Klassen der Sekundarschule eingesetzt.	2012
E6	Nachqualifikation der Lehrpersonen der Sekundarstufe 1 ohne Stufendiplom Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde mit dem KEF 2010–2013 neu eingeführt. Der Auftrag zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes wurde der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) erteilt. Erste Projektskizzen sind vorhanden. Bis Ende 2010 sollten die nötigen Entscheide vorliegen.	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2,3	0,6	4,6	4,1
Aufwand	–504,8	–544,1	–539,9	4,2
Personalaufwand	–341,3	–363,5	–359,2	4,3
Kreditübertragungen aus 2008		–0,3		
Saldo	–502,5	–543,5	–535,2	8,3
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0,7	0,7
Ausgaben	–6,9	–22,8	–10,5	12,3
Kreditübertragungen aus 2008		–1,1		
Saldo	–6,9	–22,8	–9,7	13,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8 532,2	8 906,0	8 731,5	–174,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+4,1):

- +3,6 Nicht budgetierte Beitragsleistung des Bundesamtes für Justiz an die Sonderschulheime. Dieser saldoneutrale Durchlaufposten wurde bisher vom Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB) vereinnahmt.
- +0,4 Höhere Kapitalkostenverrechnung an das Zentrum für Gehör und Sprache (ZGSZ). Weil das ZGSZ einen Betriebsüberschuss erwirtschaftete, konnte das Volksschulamt in Abweichung zum Budget die gesamten Kapitalkosten in Rechnung stellen.
- +0,1 Saldo der übrigen Abweichungen (vor allem höhere Rückerstattungen Dritter)

Aufwand (+4,2):

- +4,3 Die Nettopersonalkosten liegen um rund 1% unter dem Budget. Ursachen: Die Umsetzung der mittels Initiative rückgängig gemachten San04-Einsparungen bei den Handarbeitslektionen wurde verschoben und hatte noch keinen Einfluss auf das Berichtsjahr. Zudem lagen die effektiven Rotationsgewinne etwas über dem entsprechenden Budgetwert. Weiter besteht ein Basiseffekt, da die Besoldungen bereits im IST 2008 etwas unter dem Budgetwert lagen.
- +2,7 Der tiefere Transferaufwand ist unter anderem auf tiefere planmässige Abschreibungen (+1,5 Mio.) zurückzuführen (tiefere Investitionsbeiträge sowie Unsicherheiten bei der Budgetierung im Zusammenhang mit der Umstellung auf IPSAS). Der Restsaldo von +1,2 Mio. ist unter anderem die Folge etwas tieferer Staatsbeiträge an die Institutionen der Sonderschulung.
- 3,6 Weiterleitung der nicht budgetierten Beitragsleistungen des Bundesamtes für Justiz an die Sonderschulheime. Dieser saldoneutrale Durchlaufposten wurde bisher vom AJB vereinnahmt und weitergeleitet.
- +0,5 Tiefere interne Verrechnungen, insbesondere die Folge tieferer kalkulatorischer Zinsen (tiefere Investitionsbeiträge sowie Unsicherheiten bei der Budgetierung im Zusammenhang mit der Umstellung auf IPSAS)
- +0,3 Kreditübertragung aus dem Jahr 2008

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0,7):

- +0,7 Nicht budgetierte, nachschüssig ausgerichtete Bau- und Einrichtungsbeiträge des Bundesamtes für Sozialversicherungen an das Zentrum für Gehör und Sprache

Ausgaben (+12,3):

- +2,8 Tiefere Investitionsbeiträge an Schulhausbauten der Volksschulen. Der als Folge der Kantonalisierung der Kindergärten erwartete Anstieg der Investitionsbeiträge ist bisher (noch) nicht eingetreten.
- +9,5 Tiefere Investitionsbeiträge an Investitionen der Sonderschulung. Verzögerungen bei Bauprojekten und in der Folge davon auch Verzögerungen bei der Einreichung der Bauabrechnungen.

Personal

Der um 174,5 VZE tiefere Beschäftigungsumfang hat folgende Ursachen:

–40,0 Stellen:

Die Umsetzung der mittels Initiative rückgängig gemachten San04-Einsparung (Reduktion der Handarbeitslektionen) wurde verschoben und führte im Berichtsjahr – entgegen den Annahmen im Budget – noch zu keiner Stellenausweitung.

–74,0 Stellen:

In der Rechnung 2008 kam bei den Personalstellen erstmals eine neue, vereinheitlichte Zählweise zur Anwendung. Dieser Basiseffekt wirkt sich auch auf den Budgetvergleich 2009 aus (das Budget 2009 wurde zu einem Zeitpunkt erstellt, als die Rechnungswerte 2008 noch nicht vorlagen).

–26,0 Stellen:

Nicht ausgeschöpfte Vollzeiteinheiten, die den Schulgemeinden zur Verfügung gestanden hätten (Stellenpool)

–12,0 Stellen:

Nicht vollständige Ausschöpfung des Gestaltungspools

–22,5 Stellen:

Übrige Einflussfaktoren, insbesondere weniger Stellen, die zu 100% zulasten der Schulgemeinden gehen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1	PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R 2008 stammt aus der Studie 2006	–2	–	–	–
W2	PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt), der Wert in Spalte R 2008 stammt aus der Studie 2006	–1	–	–	–
W3	Lernstandserhebung 6. Primar Deutsch (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R 2008 stammt aus der Studie 1998	85%	–	–	–
W4	Lernstandserhebung 6. Primar Mathematik (Lehrplanziele erreicht), der Wert in Spalte R 2008 stammt aus der Studie 1998	83%	–	–	–
W5	Lernstandserhebung 6. Primar Schulzufriedenheit (Werte 1–4, 4 = bester Wert), der Wert in Spalte R 2008 stammt aus der Studie 1998	3,1	–	–	–
W6	Regelverlaufsquote Primarschule in %	87,2%	86,5%	88,8%	2,3%
W7	Keine Anschlusslösung nach Volksschule einschliesslich 10. Schuljahr in %	6,1%	7,1%	5,5%	–1,6%
Leistungen					
L1	Am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen	82	78	86	8
L2	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	18,1	18,0	18,7	0,7
L3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	21,3	20,9	21,2	0,3
L4	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	18,6	18,6	18,7	0,1
L5	Anzahl Volksschüler/innen	129 712	129 126	129 680	554

Wirtschaftlichkeit

B1	Personalaufwand pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	–	2 815	2770	–45
B2	Nettoaufwand (Saldo) pro Volksschüler/in in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	3 839	4 207	4127	–80

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Ergebnisse von PISA 2006 liegen seit 2008 vor. Das angestrebte Ziel, den Schweizer Durchschnitt zu erreichen, kann als knapp erfüllt betrachtet werden. Eine Abweichung von 2 Punkten bzw. 1 Punkt ist ein sehr geringer Rückstand; als bedeutsam gelten Rückstände ab 20 Punkten. Die Ergebnisse zu PISA 2009 liegen zurzeit noch nicht vor. Gegenüber dem Geschäftsbericht 2008 sind deshalb keine aktuelleren Ergebnisse verfügbar.
W3–W5	Die zweite Lernstandserhebung 6. Klassen fand Ende Schuljahr 2008/09 statt. Die entsprechenden Resultate werden erst mit dem Geschäftsbericht 2011 vorliegen. In der Spalte R 2008 sind deshalb die Resultate der ersten Lernstandserhebung aus dem Schuljahr 1997/98 eingetragen. Erwartet werden in der Erhebung 2008/09 mindestens so hohe Werte wie in der Erhebung 1997/98.
W6	Die günstige Budgetabweichung von 2,3% bei der Regelverlaufsquote ergibt sich u. a. daraus, dass Schülerinnen und Schüler vermehrt integrativ in den Regelklassen geschult werden. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass bereits der Wert R 2008 über dem Budgetwert 2009 lag (Basiseffekt).
W7	Die Kennzahl liegt 1,6% tiefer – d. h. besser – als budgetiert. Der konjunkturelle Einbruch hat sich damit (noch) nicht auf die Kenngrösse ausgewirkt. Die Massnahmen des Projekts «Neugestaltung 9. Schuljahr» sowie vermehrte Brückenangebote haben zur positiven Entwicklung des Indikators beigetragen.
L1	Bei den Mehrklassen handelt es sich um zusätzliche Klassen von Schuleinheiten, die bereits am Schulversuch teilnehmen (d. h., es wurden keine neuen Schuleinheiten in den Versuch aufgenommen).
L2	Bei der Kantonalisierung der Kindergärten fehlte noch die Erfahrung, wie sich die kantonale Ressourcensteuerung auf die durchschnittliche Klassengrösse auswirken wird. Effektiv wurden dann etwas grössere Klassen gebildet, dafür aber auch mehr Personalressourcen zur Verfügung gestellt (was in der Kennzahl nicht zum Ausdruck kommt).
L 3	Die Budgetabweichung erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass bereits der R 2008-Wert über dem Budgetwert 2009 lag (Basiseffekt).
L 5	Der im 2008 für 2009 prognostizierte Rückgang der Schülerzahlen um etwa 0,4% fand nicht statt; die Schülerzahlen verharrten praktisch auf dem Niveau des Vorjahres.
B1/B2	Die leicht tieferen Werte sind die Folge der Budgetunterschreitungen beim Personalaufwand bzw. beim Saldo des Bereiches Volksschulen.

7301 Mittelschulen

Hauptereignisse

Zentrale Aufnahmeprüfung

Die Zentrale Aufnahmeprüfung (ZAP) ist inzwischen ein fester Bestandteil des Aufnahmeverfahrens. Der Test über allgemeine kognitive Fähigkeiten (AKF-Test) wurde am Langgymnasium zum zweiten Mal und in einer der Entwicklungsstufe der Schülerinnen und Schüler angepassten Form neu auch am Kurzgymnasium erprobt. Die Auswertung der gesamten Erprobungsphase erfolgt 2010.

Zweisprachige Maturität

Aufgrund der positiven Ergebnisse der externen Evaluation beschloss der Regierungsrat, die zweisprachige Maturität Deutsch/Englisch an allen Mittelschulen zu ermöglichen, ebenso die Sprachenkombination Deutsch/Französisch. Damit ist das Legislaturziel 1.6 für die Legislaturperiode 2007–2011 erfüllt. Der Bildungsrat bewilligte für zwei Mittelschulen, ab Schuljahr 2010/11 im Rahmen eines Pilotversuchs mit einem Maturitätsgang Deutsch/Französisch zu starten. Das neue Angebot ist kombiniert mit einem Fremdsprachenaufenthalt an einem Gymnasium in der Westschweiz: Die Schülerinnen und Schüler besuchen den regulären Unterricht an einer Partnerschule und wohnen bei einer französischsprachigen Gastfamilie.

Selbst organisiertes Lernen

Die Entwicklungsarbeiten im Projekt «Selbst organisiertes Lernen» (SOL) an den Schulen haben begonnen. Das Institut für Gymnasial- und Berufspädagogik der Universität Zürich entwickelte ein Weiterbildungsangebot für die Lehrpersonen. Die Projektgruppe SOL publizierte drei Broschüren zum Thema: eine Sammlung von theoretischen und didaktisch-methodischen Unterlagen, eine Zusammenstellung guter, praxiserprobter SOL-Beispiele aus verschiedenen Fächern an den Schulen sowie eine Handreichung für die Beurteilung von Schülerleistungen im SOL-Unterricht. Alle Mittelschulen reichten ihre Projekte für die Umsetzung ein.

Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen

Die Grundlagen für die Wiedereinführung und Umsetzung der Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen sind erarbeitet. Im Sommer sind zwei Pilotkurse durchgeführt und anschliessend vom Institut für Gymnasial- und Berufspädagogik der Universität Zürich evaluiert worden. Die Evaluationsergebnisse sind in den neuen Lehrplan «Hauswirtschaft an Mittelschulen» eingeflossen. Der Lehrplan wurde vom Bildungsrat verabschiedet. Die Durchführungsstandorte für die Umsetzung der Kurse 2010 sind bestimmt.

Weiterentwicklung der Führung und Organisation der Mittelschulen

Der 2006 im Auftrag des Bildungsrates erstellte Bericht über Stand und Entwicklung der Zürcher Mittelschulen zeigte Handlungsbedarf in der Führung und Organisation der Zürcher Mittelschulen auf. Im Rahmen eines Projekts, dem Schulkommissionspräsidentinnen und -präsidenten, Bildungsräte, Rektorinnen und Rektoren, Lehrervertreter und Kadermitarbeitende der Bildungsverwaltung angehörten, wurden bis Ende 2008 konkrete Verbesserungsmassnahmen erarbeitet. Im zweiten Halbjahr des Berichtsjahres konnte mit den Umsetzungsarbeiten an den ersten Schulen begonnen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
A2	Ausbildung an der Fachmittelschule (FMS)
A3	Ausbildung an der Handelsmittelschule plus oder an der Informatikmittelschule
A4	Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
A5	Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses und der Prüfung für die Passerelle

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Einführung und Weiterentwicklung der zweisprachigen Maturitätsausbildung (Deutsch-Englisch, Projekt), verlängerte Projektdauer (LZ RR 1.6) Abgeschlossen (RRB Nr. 139/2009). Eine Ausweitung auf die Sprachenkombination Deutsch/Französisch wurde beschlossen (geplant bis 2014). Vgl. Berichterstattung unter Hauptereignisse und unter Legislaturziele des Regierungsrates	2009
E2	Zentrale Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen (Projekt ZAP) Planmässig Die Prüfungen am Lang- und Kurzgymnasium werden zentral durchgeführt. Vgl. Berichterstattung unter Hauptereignisse	2010
E3	Selbst organisiertes Lernen an gymnasialen Mittelschulen, neue Lehr- und Lernformen (Projekt SOL) Planmässig Vgl. Berichterstattung unter Hauptereignisse	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	44,9	48,4	49,3	0,9
Aufwand	-385,0	-382,3	-385,4	-3,1
Personalaufwand	-290,2	-289,9	-296,4	-6,5
Saldo	-340,1	-333,9	-336,1	-2,2

Investitionsrechnung

Einnahmen		0,0	0,1	0,1
Ausgaben	-19,5	-42,6	-36,1	6,6
Saldo	-19,5	-42,6	-35,9	6,7

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	1 765,7	1 794,0	1 786,0	-8,0
----------------------------------	---------	---------	---------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0,9):

- +2,2 Höhere Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium
- +0,5 Höhere Erträge bei den Schulgeldern für ausserkantonale Schüler
- +0,3 Höhere Beiträge von privaten Unternehmungen
- 2,1 Tiefere Erträge bei den Aktivierungen von Projektierungskosten

Aufwand (-3,1):

- 4,0 Sozialleistungen (insbesondere Neuberechnung der Ruhegehälter)
- 1,5 Neuberechnung der Stundenkonti aufgrund der Stufenanstiege
- 1,0 Mehraufwände für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal
- 0,8 Höhere Heizkosten
- +1,7 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software
- +1,6 Tiefere Planungskosten für Investitionen
- +0,6 Tiefere kalkulatorische Kosten (Abschreibungen, Zinsen)
- +0,3 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Ausgaben (+6,7):

- +2,8 Hauswirtschaftskurse an MS, zeitliche Verzögerungen bei den Liegenschaftsübertragungen und der Ausschöpfung des Nachtragkredites 2008
- +1,2 Kantonsschule Im Lee, Turnhallensanierung, Minderausgaben wegen Aufschub des Baubeginns
- +0,8 Kantonsschule Hohe Promenade, Gesamtsanierung, Minderausgaben wegen verzögerter Rechnungsstellung
- +0,8 Kantonsschule Hottingen, Sanierung Chemiezimmer, verzögerter Baubeginn
- +0,8 Kantonsschule Oerlikon/Birch, Sanierung Hauseingangstüren, verzögerter Baubeginn
- +0,3 Übrige Bauprojekte

Personal

Der Beschäftigungsumfang enthält die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen ab von den variierenden Klassen- und Schülerzahlen sowie vom Lektionenfaktor.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher zufrieden»	min.	n. q.	n. q.	n. q.	–
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher gut»	min.	n. q.	n. q.	n. q.	–
W3	Maturitätsquote im 10. Schuljahr in %		20,6	20,5	20,3	–0,2
Leistungen						
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor	max.	1,95	1,95	1,95	0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Kontrakten finanziert werden		15 236	15 400	15 354	–46
L3	Anzahl Lernende in Mittelschulen		14 851	15 220	14 969	–251
L4	Davon Lernende in den Informatikmittelschul-Klassen		141	180	141	–39
L5	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur		189	220	219	–1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro kontraktfinanzierte Schülerin oder Schüler in Fr.		22 320	21 680	21 890	210
Abweichungsbegründungen						
W1/W2	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die aus Kostengründen in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird. Die nächste Auswertung erfolgt 2010.					
W3	Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor. Mit der Rechnung 2009 wurde er präzisiert, indem nur noch staatliche Mittelschulen für die Quote berücksichtigt wurden. Zudem wurden neu auch ausserkantonale Schüler/innen sowie Studierende an der Kantonalen Maturitätsschule für Erwachsene gezählt. Diese neue Zählweise führte insgesamt zu einem kleinen Rückgang bei der Quote.					
L1	Lektionenfaktor 1,95 bedeutet, dass der Schule pro Schüler/in und Schuljahr 1,95 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit müssen alle unterrichtsrelevanten Aufwände finanziert werden.					
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler nach Schultypus: Gymnasium 14 264, Fachmittelschulen 557, Handels-/Informatikmittelschulen 533.					
L2–L5	Es zeigt sich, dass die im März 2008 ermittelten Prognosewerte, welche aufgrund der Anmeldezahlen für die Aufnahmeprüfung errechnet wurden, generell zu hoch waren.					
B1	Der Nettoaufwand pro Schüler 2008 beruht auf dem restateten Rechnungsjahr 2008 und entspricht somit nicht mehr dem Nettoaufwand, welcher in der ursprünglichen Rechnung 2008 ausgewiesen wurde. Der Nettoaufwand pro Schüler 2009 ging im Vergleich zur restateten Rechnung 2008 zurück, da die Kosten leicht gesenkt werden konnten.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand	
Rücklagen	6 988 555.75	0	0	6 988 555.75	0	

7302 Schulen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Ausbildungen im Gesundheitswesen

Die Überführung der Ausbildungen im Gesundheitswesen in die Regelungskompetenz des Bundes und die Konzentration aller Ausbildungen im Gesundheitswesen in zwei Zentren wurden per Ende 2009 abgeschlossen. Die Mehrheit des Personals der altrechtlichen Schulen fand eine neue Anstellung, und so lagen die aufgrund der Schliessung anfallenden Kosten deutlich unter den Erwartungen. Gleichzeitig wurde auch die zentrale Zulassungsstelle Höherer Fachschulen Gesundheit geschlossen und die Durchführung der Eignungsverfahren dem Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG) sowie der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe, übertragen.

Die Rekrutierung von Lernenden und Studierenden gestaltet sich weiterhin schwierig: Während bei der Ausbildung Fachangestellte Gesundheit bzw. Fachangestellter Gesundheit die Nachfrage grösser ist als das Angebot an Ausbildungsplätzen, mangelt es bei den Diplomausbildungen nicht an Ausbildungsplätzen, sondern an Interessentinnen und Interessenten. Die Einführung der zweijährigen beruflichen Grundbildung mit Attest (EBA) ist für Lehrbeginn 2011 vorgesehen, die Vorbereitungsarbeiten starteten im Berichtsjahr.

Validierungsverfahren

Das vom Kanton Zürich entwickelte Verfahren zur Validierung von Lernleistungen wurde im Berichtsjahr vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) anerkannt. Vom BBT besonders positiv beurteilt wurden der konsequent auf das Zielpublikum ausgerichtete Ansatz des Verfahrens und dessen logischer Aufbau. Die Zusammenarbeit mit andern Kantonen konnte dank der Initiative des Mittelschul- und Berufsbildungsamts formalisiert werden. Um diese Zusammenarbeit zu vereinfachen und Validierungsverfahren für weitere Berufe anbieten zu können, wurde ein verfahrensübergreifendes, webbasiertes Validierungstool entwickelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzung der Ausbildungen Pflege, Physio-, Ergo- und Aktivierungstherapie, med.-tech. Radiologie, Operationstechnik, Dentalhygiene, bio-med. Analytik, Ernährungsberatung, Hebamme und Pflegeassistent gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen (LS 413.51) und den Bestimmungen des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) Mit Ausnahme der Ausbildung Pflegeassistent konnten alle altrechtlichen Ausbildungen per Ende des Berichtsjahres aufgehoben werden. Die Ausbildungen Physiotherapie, Ergotherapie, Ernährungsberatung und Hebamme sind neu Bachelor-Studiengänge an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
A2	Durchführung des Berufsfachschulunterrichts der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe), des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung FaGe sowie des schulgestützten Ausbildungsganges FaGe Der schulgestützte Ausbildungsgang FaGe wurde nicht entwickelt.
A3	Durchführung des Eignungsverfahrens für alle Bildungsgänge der Höheren Fachschulen Gesundheit
A4	Umsetzung der Bildungsgänge Pflege HF, bio-med. Analytik HF, Operationstechnik HF, med.-tech. Radiologie HF, Dentalhygiene HF und Aktivierungstherapie HF gemäss Verordnung über die Schulen im Gesundheitswesen und Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (SR 412.101.61) Ab 2009 werden im Kanton Zürich alle neurechtlichen Ausbildungen im Gesundheitswesen auf Niveau höhere Fachschule (HF) angeboten.
A5	Entwicklung und Umsetzung eines zeitgemässen Weiterbildungsangebotes Das Angebot des ZAG wurde weiterentwickelt.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Etappenweise Integration der Ausbildungen im Gesundheitswesen in die Bildungssystematik des Bundes Abgeschlossen	2009
E2	Evaluation, Anpassung und Etablierung der Ausbildung FaGe, des Validierungsverfahrens und der ergänzenden Bildung Planmässig	2010
E3	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsstufen durch modulare, sich ergänzende Bildungsangebote Planmässig	2010
E4	Etablierung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich. Unterstützung des Aufbaus der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Zürich. Einführung der vergleichenden Befragung zwischen den beiden Zentren und der gemeinsamen Qualitätsindikatoren Planmässig	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18,7	15,1	16,8	1,7
Aufwand	-58,4	-62,7	-60,4	2,3
Eigene Beiträge	-26,7	-32,5	-33,3	-0,8
Saldo	-39,7	-47,6	-43,6	4,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-3,6		-0,3	-0,3
Saldo	-3,6		-0,3	-0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	88,9	102,0	97,4	-4,6

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,7):

- +1,5 Mehreinnahmen aufgrund der höheren Anzahl ausserkantonaler Lernenden
- +0,2 Mehreinnahmen bei den Kursgeldern für die ergänzende Bildung, da deutlich mehr Teilnehmende als budgetiert

Aufwand (+2,3):

- +2,8 Personalkosten:
Tiefere Personalkosten bei den altrechtlichen Schulen (+1,4), da schnellerer Personalabbau möglich und weniger Sozialleistungen im Rahmen der Schliessung nötig waren. Beim Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen (ZAG) korrespondieren die tieferen Personalkosten mit der tieferen Anzahl Lernender/Studierender
- +0,6 Sachkosten:
Kantonale Zulassungsstelle, weniger Expert/innen da weniger Eignungsprüfungen (+0,2), bei den altrechtlichen Schulen weniger Expert/innen im Rahmen der Qualifikationsverfahren (+0,4)
- 0,8 Eigene Beiträge:
Bei den altrechtlichen Schulen aufgrund des Systemwechsels höhere Kosten als budgetiert.
- 0,3 Betriebs- und Verwaltungskosten, übrige Dienstleistungen:
Einerseits wurden die Abteilungen der Schulen an die Spitäler zu tief budgetiert, andererseits musste eine Nachzahlung im Umfang von 0,2 an die koordinierte Personalarwerbung geleistet werden.

Investitionsrechnung

- 0,3 Restkosten für Mobiliar für den Erstausbau Kranbahn 2, Turbinenstrasse, Winterthur

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lernenden und Studierenden mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg	min.	87%	93%	87%	-6%
W2	Zufriedenheit der Arbeitgeber/innen mit der Ausbildung im Hinblick auf den Berufseinstieg	min.	n. q.	85%	n. q.	-
W3	Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden der Zentren	min.	84%	81%	83,6%	2,6%
W4	Ausbildungsabbrüche im Verhältnis zu den Diplomabschlüssen	max.	10%	15%	6%	-9%
Leistungen						
L1	Total Anzahl Lernende und Studierende	P	3 148	3 468	2 851	-617
L2	Total Absolvent/innen des Validerungsverfahrens FaGe	min.	243	150	352	202
L3	Auslastung der Careum AG, Bildungszentrum für Gesundheitsberufe: Kapazität 1894	P	52%	84%	69%	-15%
L4	Auslastung des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen Kanton Zürich: Kapazität 1770	P	58%	76%	65%	-11%

Wirtschaftlichkeit

B1	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Studierende Lehrgänge HF für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.	max.	14 777	15 261	15 565	304
B2	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Fachangestellte/r Gesundheit für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.	max.	13 831	13 479	13 534	55
B3	Durchschnittliche vom Kanton ausgerichtete Pauschale pro Lernende Pflegeassistent für Verwaltung und Lehrkörper in Fr.	max.	10 583	10 930	10 930	0
B4	Durchschnittliche Gesamtkosten pro Studierende bzw. Lernende	max.	12 623	13 927	15 281	1 354

Abweichungsbegründungen

W1	Grund für die Verunsicherung der Lernenden/Studierenden sind die tiefgreifenden Veränderungen bei den Diplombildungen, die noch nicht gefestigten Berufsbilder sowie das sich verschlechternde Image dieser Berufe in der Öffentlichkeit.
W2	Die zu befragende Zielgruppe war für eine repräsentative Erhebung noch immer zu klein.
W3	Die Verbesserung ist auf die Anpassung der Eignungsverfahren zurückzuführen.
L1	Die Anzahl der Ausbildungsplätze für den Beruf Fachangestellte/r Gesundheit nahm wohl erneut zu, liegt aber immer noch unter den Erwartungen. Bei den Diplombildungen verbesserte sich die Rekrutierung leicht (+45), aber insbesondere bei der Pflege HF entspricht sie noch immer nicht dem Bedarf. Es wurden deshalb zusätzliche Massnahmen eingeleitet (z. B. die Entwicklung eines Lehrganges für Personen mit Berufserfahrung und Vorbildung).
L3/L4	Die schwierige Rekrutierung führte zu einer ungenügenden Auslastung der beiden Zentren.
B1/B2	Die Pauschalen wurden der Teuerung und der Beförderungsquote sowie der mangelhaften Rekrutierung angepasst.
B4	Die höheren Pauschalen (B1/B2) sowie die im Vergleich zum Budget höheren Kosten bei den altrechtlichen Schulen wirkten sich auf die Gesamtkosten pro Lernende/Studierende aus.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	90 043	31 672	0	58 371	-31 672

Durch die Auflösung der Schule des Universitätsspitals werden die Rücklagen aufgelöst und ins Eigenkapital des Kantons übertragen.

7303 Berufsfachschulen und Lehrabschlussprüfungen

Hauptereignisse

Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz

An der Volksabstimmung vom 28. September 2008 wurde im Kanton Zürich das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) mit einem Berufsbildungsfonds angenommen. Im Frühjahr des Berichtsjahres führte die Bildungsdirektion ein Vernehmlassungsverfahren zur Verordnung zum EG BBG durch. Die meisten Bestimmungen des EG BBG als auch die Verordnung zum EG BBG konnten auf Beginn des Schuljahrs 2009/10 in Kraft gesetzt werden. Die Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung sowie die Verordnung über den Berufsbildungsfonds sollen auf Anfang 2011 erlassen werden.

Weiterbildungskonzept

Das Weiterbildungskonzept wurde Ende des Berichtsjahres fertiggestellt. Für die Weiterarbeit aufgrund des Weiterbildungskonzepts sind die laufenden Arbeiten zur Finanzierung der höheren Berufsbildung und der Weiterbildung durch das Bundesamt für Berufsbildung und die Erziehungsdirektorenkonferenz auf nationaler Ebene wichtig und zu berücksichtigen.

Bestimmungen für die Berufsvorbereitungsjahre

Der Regierungsrat erliess eine Übergangsordnung für die Berufsvorbereitungsjahre für die Schuljahre 2009/10 und 2010/11. Mit dieser Verordnung wurden die Angebote, die Elternbeiträge und das Zulassungsverfahren kantonal harmonisiert. Mit der Inkraftsetzung der neuen gesetzlichen Grundlagen ist nicht mehr das Volksschulamt, sondern neu das Mittelschul- und Berufsbildungsamt für die Berufsvorbereitungsjahre zuständig. Bis Ende des Berichtsjahres konnte mit den Trägerorganisationen der zehn Schulen eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden.

Konferenz Berufsbildung Zürich

An der nach 2008 zweiten Konferenz Berufsbildung Zürich im November des Berichtsjahres diskutierten die Bildungsdirektorin und die Volkswirtschaftsdirektorin mit den Spitzenvertreterinnen und -vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung Fragen zur Lehrstellensituation. Grundsatz der Veranstaltung bildete der erste Lehrstellenbericht des Kantons Zürich. Darin werden die Lehrstellensituation, das Ausmass der Jugendarbeitslosigkeit und die Sozialhilfe bei Jugendlichen im Kanton Zürich beleuchtet. Die Konferenz verabschiedete dazu vier Empfehlungen an Politik und Wirtschaft.

Lehrstellenkonferenz

Im Mai des Berichtsjahres wurde unter der Federführung des Mittelschul- und Berufsbildungsamts erstmals gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen die kantonale Lehrstellenkonferenz durchgeführt. Über 200 Teilnehmende trafen sich unter dem Motto «Berufsbildung als Chance» in der Messe Zürich zu Fachreferaten und Workshops.

Lehraufsicht – erneut über 11 000 Lehrverträge

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) überwachte die Qualitätsstandards der Bildung in beruflicher Praxis in rund 13 500 Lehrbetrieben, erteilte Bildungsbewilligungen an 847 (Vorjahr: 889) neue Lehrbetriebe, genehmigte 11 369 (11 436) neue Lehrverträge, führte 1172 (1045) Beratungsgespräche in den Lehrbetrieben und 861 (823) im MBA durch, erteilte rund 80 000 telefonische Auskünfte und unterrichtete in 153 (199) Berufsbildnerkursen über die rechtlichen Grundlagen der Berufsbildung.

Von 878 (908) Gesuchen zur erstmaligen Ausbildung von Lernenden konnten 847 (889) bewilligt werden. Hauptsächlich wegen regionalen Lehrstellenmangels wurden geeigneten Lehrbetrieben in bestimmten Branchen Bewilligungen zur Ausbildung von 81 (99) zusätzlichen Lernenden erteilt. 1001 (1029) Lernenden wurde aus individuellen Gründen die Lehrzeit verkürzt oder verlängert. Mit 413 (426) Kandidaten wurden im Beisein des verantwortlichen Berufsbildners und der Eltern die Ursachen des Nichtbestehens der Abschlussprüfung besprochen und nach Lösungen gesucht. 3093 (2848) Lehrverhältnisse wurden durch die Parteien aufgelöst; schätzungsweise 90% der betroffenen Lernenden konnten ihre Lehre, häufig dank Vermittlung der Berufsinspektorinnen und -inspektoren des MBA, in einem anderen Beruf oder in einem anderen Lehrbetrieb fortsetzen.

Abschlussprüfungen fanden in 366 verschiedenen Berufen (Fachrichtungen und Branchen) statt. Neben den Abschlussprüfungen wurden für 1338 (1174) Kandidierende Teilprüfungen (einschliesslich Landwirtschaft) durchgeführt. Zusätzlich nahmen 1878 (1809) Lernende mit Lehrort in einem anderen Kanton an den Abschlussprüfungen und 66 (45) an den Teilprüfungen teil.

538 Kandidierende nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 15 der Verordnung über die Berufsbildung teil; 481 erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (89,4%), 57 bestanden diese Prüfung nicht (10,6%). 260 Kandidierende nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 32 der Verordnung über die Berufsbildung teil; 205 erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (78,8%), 55 bestanden diese Prüfung nicht (21,2%). 260 Kandidatinnen und Kandidaten haben nach Art. 31 der Verordnung über die Berufsbildung ihre Dossiers zur Validierung von Bildungsleistungen eingereicht. 175 Kandidatinnen und Kandidaten haben das Verfahren abgeschlossen und das eidgenössische Fähigkeitszeugnis erhalten. Bei den Prüfungskommissionen wurden 149 (160) Einsprachen gegen die Durchführung der Abschlussprüfungen oder die Beurteilung der Prüfungsleistungen eingereicht. Davon wurden 21 (15) gutgeheissen, 16 (8) teilweise gutgeheissen, 48 (64) abgewiesen, 64 (73) zurückgezogen. Entscheide sind keine (0) offen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; Berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; Berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse; Freikurse
A2	Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen; Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen und auf Höhere Fachprüfungen und Diplomlehrgänge an Höheren Fachschulen (Tertiär B)
A3	Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren (ohne Mitarbeitende der zentralen Verwaltung MBA)

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Weiterentwicklung Globalbudget und Leistungsvereinbarungen (Kontrakte) mit den Berufsfachschulen Verzögert In Abstimmung mit der Verordnung über die Finanzierung ist der Abschluss für 2011 geplant.	2009
E2	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz/Umsetzung BBG (Projekt 148) (LZ RR 13.6) Planmässig Das Gesetz wurde teilweise in Kraft gesetzt und die Verordnung dazu erlassen. Die Einführung der Finanzverordnung ist per 1.1.2011 geplant. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2009
E3	Erstellung eines Weiterbildungskonzepts im Kanton Zürich (Projekt 152) (LZ RR 13.7) Planmässig Ein erstes Konzept wurde Ende Jahr vorgelegt. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	127,7	138,3	149,3	11,0
Aufwand	-388,1	-404,4	-411,2	-6,8
Eigene Beiträge	-58,4	-63,9	-64,0	-0,1
Saldo	-260,4	-266,1	-261,9	4,2

Investitionsrechnung

Einnahmen	0,6			
Ausgaben	-14,9	-10,1	-9,9	0,2
Saldo	-14,3	-10,1	-9,9	0,2

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte	1 330,9	1 335,0	1 353,1	18,1
----------------------------------	---------	---------	---------	------

Erfolgsrechnung

Ertrag (+11,0):

- +6,2 Mehreinnahmen durch Beiträge für ausserkantonale Lernende
- +2,0 Zuweisung von höheren Bundesbeiträgen als ursprünglich budgetiert
- +2,8 Aktivierung Projektkosten Bauvorhaben Gebäude Anton Graff der Berufsfachschule Winterthur

Aufwand (–6,8):

–2,0	Aufstockung der Rückstellungen in Zusammenhang mit dem Schulhaus Wiesental in Winterthur
–6,6	Höherer Lohnaufwand Lehrpersonen infolge Mehrlektionen sowie durch zusätzliche Kosten für Überbrückungsrenten
+0,8	Weniger Ausgaben infolge Kosteneinsparungen bei Lehrmitteln, bedingt durch die Ausgabensperre von 1,5%
+0,5	Weniger nicht aktivierbare Anlagen (kleiner als 50 000) durch Kosteneinsparungen (Ausgabensperre 1,5%)
+0,4	Kurzfristige Reduktion des Gebäudeunterhalts, um Kostenvorgabe (Ausgabensperre 1,5%) einzuhalten
+0,1	Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Die Investitionen liegen im Rahmen des Budgets mit einer geringen Abweichung von 2%. Die Hauptinvestition betrifft das Bauvorhaben Gebäude Anton Graff der Berufsbildungsschule in Winterthur. Bauverzögerungen sind oft Gründe, die zu Budgetabweichungen führen.

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen ab von der Gesamtanzahl Klassen im gesamten Bildungsangebot.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1	Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen	100%	100%	100%	0
W2	Berufmaturitätsquote in %	13,6	13,6	13,9	0,3
Leistungen					
L1	Anzahl Lernende in der schulischen Grundbildung	34 086	33 510	35 051	1 541
L2	davon Anzahl Berufsmaturanden	5 374	5 500	5 594	94
L3	Anzahl durchgeführte Lehrabschluss-Einzelprüfungen (einschliesslich Art. 15, 31 und 32 BBV)	12 599	13 533	13 432	–101
L4	davon Anzahl Absolventen BM	1 975	1 800	1 972	172
L5	Lektionenpauschale im obligatorischen Unterricht aller BFS einschliesslich KV	169	187	171	–16
L6	Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb pro Lernende/r im obligatorischen Unterricht	1 343	1 642	1 465	–177
L7	Anzahl Teilnehmendenlektionen in der Weiterbildung	2 294 000	2 300 000	n.q.	–
L8	Studierende an Weiterbildungsangeboten nur in der Höheren Berufsbildung an kantonalen und kaufmännischen Bildungseinrichtungen	2 744	2 850	3 192	342
L9	Anzahl Berufe, für die schulische Grundbildung in der LG angeboten wird	147	143	151	8

Wirtschaftlichkeit

B1	Aufwand pro Lernende in der Berufsbildung (ausschliesslich LAP u. Löhne WB)	9 385	9 535	9 314	-221
B2	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende in der Berufsschulbildung	7 641	7 941	7 473	-468
B3	LAP-Aufwand pro geprüfte(r) Lernende(r) in Fr.	1 509	1 480	1 472	-8
B4	Lehrpersonalaufwand pro Teilnehmerlektion in der Weiterbildung in Fr.	15.90	16.52	n.q.	

Abweichungsbegründungen

W2	Die Berufsmaturitätsquote zeigt den Anteil Lernende in lehr- und berufsbegleitenden Berufsmaturitätsschulen, gemessen am Total der Lernenden in der schulischen Grundbildung der Berufsbildung. Dieser Indikator zeigt die Schulbildungsfähigkeit in der Berufsbildung für die Tertiärstufen A (Fachhochschule) und B (höhere Fachschule).
L1/L2	Diese Indikatoren beruhen auf der Schulstatistik und sind pro rata temporis von den Schuljahren auf das Geschäftsjahr umgerechnet. Die Lernendenzahlen sind höher als in der Vorperiode. Die Berufe bringen stabile Ausbildungszahlen. Wachstum ist feststellbar beim Beruf Fachperson Betreuung, Fachrichtung Kinderbetreuung, bei der Berufsmaturität 2 sowie durch neue Berufe mit Attestabschluss.
L3	Dieser Indikator setzt sich zusammen aus 13 257 Abschlussprüfungen und 175 abgeschlossenen Validierungsverfahren.
L4	Der Indikator zeigt die Anzahl Prüfungskandidaten und -kandidatinnen der Berufsmaturität an kantonalen und nichtstaatlichen kaufmännischen Berufsfachschulen. Der Anteil der Berufsmaturität 2 beträgt 38%.
L5	Die Löhne der Lehrpersonen für die Grundbildung betragen Fr. 202 839 040. Damit wurden 1 082 318 Lektionen generiert.
L6	Die Jahrespauschale für Verwaltung und Betrieb konnte stabilisiert werden.
L7	Die neu konzipierte Erhebung der Weiterbildung wurde im Dezember 2009 erstmals erhoben. Die noch ungenügende Datenqualität lässt keine gesicherten Auswertungen zu.
L8	Dieser Indikator beruht auf der Schulstatistik und wird pro rata temporis von den Schuljahren ins Geschäftsjahr umgerechnet. Bei der Abweichung von 342 sind 236 Studierende (pro rata temporis) darauf zurückzuführen, dass die Höhere Berufsbildung von drei Berufsfachschulen erstmals statistisch erfasst wurde.
L9	Es werden die Anzahl Berufe gezählt, die an den Berufsfachschulen unterrichtet werden, welche zur Leistungsgruppe Nr. 7303 gehören. Bei Berufen, welche vom BBT in den Fachrichtungen mit Berufsnummern versehen sind, werden diese als einzelne Berufe gezählt. Vorlehren und Anlehren werden zusammenfassend je als ein Beruf gezählt. Die Berufsmaturität wird nicht mitgezählt. Es ergeben sich 134 Berufe mit Fähigkeitszeugnis und 15 Attestberufe.
B1	Der Gesamtaufwand (ohne LAP und Weiterbildung) wird durch die Anzahl Lernende dividiert.
B2	Der Saldo der Leistungsgruppe Nr. 7303 wird durch die Anzahl Lernende dividiert. Höhere Erträge (Bundes- und Kantonsbeiträge) wirken kompensatorisch.
B3	Der Aufwand für die Lehrabschlussprüfungen wird durch die Anzahl Lehrabschlussprüfungen geteilt. Die Gesamtkosten enthalten auch den Aufwand für die Teilprüfungen.
B4	Dieser Indikator ist verknüpft mit L7.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 000 000	0	0	1 000 000	0

7305 Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen, Lehrwerkstätten und Kurse

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung, an Mittelschul- und Lehrlingsunterricht, an die berufliche Fort- und Weiterbildung, an Erwachsenenbildung und an überbetriebliche Kurse für Lehrlinge bei kommunalen und privaten Trägerschaften sowie Koordination im ganzen Beitragsbereich
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz Planmässig	2009
	Das neue Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz ist teilweise in Kraft. Die Einführung der Finanzverordnung zu diesem Gesetz ist per 1. Januar 2011 geplant.	
E2	Einführung der leistungsorientierten Beitragsleistung (Subventionierung); Abkehr von der aufwandorientierten Beitragsgewährung Verzögert	2009
	Bei überbetrieblichen Kursen und Berufsvorbereitungsjahren 2010 eingeführt; bei privaten Institutionen der Weiterbildung und Höheren Berufsbildung in Abstimmung mit dem Masterplan Finanzierung Höhere Berufsbildung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) ab 2011	
E3	Reform Brückenangebote (Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung; LZ RR 13.6) Planmässig	2009
	Die Übergangsordnung ist in Kraft gesetzt. Leistungsvereinbarungen sind abgeschlossen. Definitive Rechtsgrundlagen sind in Erarbeitung. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag	22,6	16,3	29,7	13,4
Aufwand	-48,8	-63,9	-66,9	-2,9
Eigene Beiträge	-36,2	-61,6	-64,0	-2,4
Saldo	-26,2	-47,6	-37,2	10,5

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben	-1,5	-2,8	-2,5	0,3
Saldo	-1,5	-2,8	-2,5	0,3

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Ertrag (+13,4):

- +9,9 Im Rahmen der Einführung von IPSAS wurden im Restatement 2008 transitorische Passiven in der Höhe von 9,9 für Bundesbeiträge gebildet. Diese wurden im Berichtsjahr in die Erfolgsrechnung übergeführt.
- +3,5 Der Kanton Zürich erhielt durch den Systemwechsel von der aufwandorientierten zur pauschalierten Berechnung der Bundesbeiträge mehr Bundesbeiträge zugesprochen als erwartet.

Aufwand (-2,9):

- 2,9 Folgende Schulen wurden neu mit Beiträgen alimentiert: United School of Sports Zürich (-0,3), Tanzakademie der Zürcher Hochschule der Künste (-0,6), Agogis Zürich (-2,0).

Investitionsrechnung

- +0,3 Die Investitionen liegen im Rahmen des Budgets. Die Hauptinvestitionen waren 1,6 für den Gärtnermeisterverband (Landkauf) und 0,8 für das Ausbildungszentrum des Schweizerischen Maler- und Gipserunternehmerverbandes in Wallisellen (Nutzungsänderung und Erweiterung).

Personal

Die Beitragszahlungen stehen nicht in einer Abhängigkeit zu kantonalen Stellen.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Die verschiedenen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in dieser Leistungsgruppe sind nicht vergleichbar. Die Heterogenität dieser Ausbildungen verunmöglicht eine Definition von kohärenten Indikatoren.					
W2	Weiterbildung: Quote der EduQua zertifizierten Schulen		100%	100%	100%	
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigter Berufsausbildung im Kt. Zürich		2 989	2 865	2851	-14
L2	Teilnehmende Vorbereitungskurse Berufsprüfung		908	910	820	-90
L3	Teilnehmende Vorbereitung höhere Fachprüfung		150	195	120	-75
L4	Studierende Höhere Fachschulen (HF)		858	750	1 262	512
L5	Teilnehmende übrige Fachausbildungen		664	590	589	-1
L6	Total Teilnehmende/Studierende an WB-Angeboten nur in der höheren Berufsbildung an beitragsberechtigten Bildungseinrichtungen im Kt. ZH		2 580	2 445	2 791	346
Wirtschaftlichkeit						
B1	Die Finanzierung der Berufsbildung einschliesslich Weiterbildung wird im Einführungsgesetz zum BBG auf Verordnungsstufe geregelt.					
Abweichungsbegründungen						
L2-L5	Die Bildungsangebote verändern sich laufend. Die Marktverhältnisse sind wechselnd und führen zu Schwankungen. Bei den Höheren Fachschulen (HF) ist neu der Studiengang Sozialpädagogin/Sozialpädagoge HF (307) der Bildungsorganisation Agogis unter den beitragsberechtigten Angeboten. Zudem sind neue Studiengänge zu verzeichnen.					

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Neuordnung des Verfahrens zur Wahl der Rektorin oder des Rektors und der Prorektorinnen und Prorektoren, die Immobilienstrategie sowie das neue Finanzreglement bildeten die zentralen Geschäfte im Berichtsjahr.

Hintergrund der Neuordnung des Verfahrens zur Wahl des Rektors und der Prorektoren bildete eine parlamentarische Initiative (KR-Nr. 162/2006), die das im Universitätsgesetz verbriefte Antragsrecht des Senats für solche Wahlgeschäfte streichen will, mit dem Ziel, das Verfahren aus dem direkten Einfluss des Senats herauszulösen und mit einer stärkeren Anbindung an den Universitätsrat weiter zu professionalisieren. Der Universitätsrat hat dieses Begehren weitgehend als berechtigt anerkannt, belässt dem Senat aber auch im neuen Wahlverfahren eine wichtige Rolle. Der Universitätsrat trägt damit der ausgeprägten Expertenkultur der Universität Zürich Rechnung.

Als grösste Universität der Schweiz hat die Universität Zürich (UZH) in den letzten Jahren ein erhebliches Wachstum verzeichnet. Im Berichtsjahr studierten an der UZH über 25 000 Studentinnen und Studenten. Neben den steigenden Studierendenzahlen wirken sich auch neue Professuren, die verstärkte Nachwuchsförderung sowie die Umsetzung der Bolognareform auf den Raumbedarf aus. Im Zeichen dieser sich verschärfenden Raumsituation wurde eine Flächenentwicklungsstrategie erarbeitet, der die folgenden strategischen Zielsetzungen zugrunde liegen: Profilierung der UZH als führende europäische Universität, Gleichberechtigung von Forschung und Lehre sowie Attraktivität für akademischen Nachwuchs. Hauptstossrichtung der Strategie ist die Konzentration der Raumentwicklung auf die Standorte Zürich Zentrum und Zürich Irchel.

Mit dem neuen Finanzreglement wird auf verschiedene Entwicklungen im kantonalen Finanzhaushaltsrecht reagiert. Der Anpassungsbedarf ergab sich v. a. aus dem neuen Gesetz über Controlling und Rechnungslegung vom 9. Januar 2006, das mit neuen Bestimmungen vorab zur Planung und Berichterstattung sowie zur Gewinnverwendung/Verlustdeckung den Finanzhaushalt der Universität direkt betrifft. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang § 50 der Finanzcontrollingverordnung vom 5. März 2008, wonach selbstständige Anstalten wie die Universität dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht u. a. einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlustes vorlegen.

Neben den Berufungsanträgen standen zahlreiche weitere Geschäfte auf der universitären Agenda. Besonders zu erwähnen sind der Vertrag mit dem Kantonsspital St. Gallen über die akademische Zusammenarbeit in Forschung und Lehre, der Abschluss verschiedener Drittmittelverträge sowie Verordnungen über Weiterbildungsstudiengänge.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität durch den Bund und den Kanton Zürich. Zudem enthält sie Raummieten in der Höhe der kalkulatorischen Kosten auf den der Universität für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellten Liegenschaften und Räumen.
A2	Die Investitionsrechnung umfasst die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, welche vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1 Keine Entwicklungsschwerpunkte in dieser Leistungsgruppe. Die Entwicklungsschwerpunkte der Universität können der Leistungsgruppe Nr. 9600 entnommen werden

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	209,6	174,4	212,7	38,3
Aufwand	-738,5	-741,7	-771,5	-29,9
Kostenbeitrag an Universität	-528,8	-567,3	-558,8	8,5
Saldo	-528,8	-567,3	-558,8	8,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	10,7	6,5	10,8	4,3
Ausgaben	-48,8	-52,9	-56,1	-3,3
Saldo	-38,0	-46,4	-45,4	1,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Die Ertrags- und Aufwandüberschreitungen gegenüber dem Budget 2009 erklären sich mit dem erstmaligen Ausweis der kalkulatorischen Kosten auf dem Netto-Anlagevermögen der 1.–4. Bauetappe Universität Irchel und deren Weiterverrechnung an die Universität (GB 9600) in dieser Leistungsgruppe. Diese waren im Budget 2009 noch in der Leistungsgruppe Nr. 7403 enthalten (Ertrag 36,1 Mio., Aufwand -36,1 Mio.). Die effektiven Abweichungen zum Budget 2009 betragen somit im Ertrag (+2,2 Mio. und im Aufwand +6,2 Mio.).

Ertrag (+38,3):

- +38,0 Höhere Rückerstattung der Universität Zürich für verrechnete kalkulatorische Raumnutzungskosten (vgl. Abweichungsbegründung Erfolgsrechnung)
- +0,3 Höhere Betriebsbeiträge des Bundes als budgetiert

Aufwand (-29,9):

- 38,1 Höhere kalkulatorische Raumnutzungskosten als budgetiert (vgl. Abweichungsbegründung Erfolgsrechnung)
- +8,5 Tieferer Staatsbeitrag an die Universität Zürich (vgl. LG Nr. 9600)
- 0,3 Höhere an die Universität weitergeleitete Betriebsbeiträge des Bundes

Investitionsrechnung

Einnahmen (+4,3):

- +2,9 Zusätzliche für die Universität erhaltene Bundesgelder für Geräte und Ausrüstungen
- +1,4 Zusätzliche Bundesgelder für diverse Bauprojekte

Ausgaben (-3,3):

- 2,9 Zusätzliche an die Universität überwiesene Bundesgelder für Geräte und Ausrüstungen
- 0,4 Mehrausgaben in diversen baulichen Projekten, z. T. als Folge der erstmals vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen.

Indikatoren

Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
-----	--------	--------	---------	--------------------------

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages an der Universität ist in der Leistungsgruppe Nr. 9600 ersichtlich.

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe setzt sich aus den Bereichen ausserkantonale Konkordatsbeiträge und Beiträge an Zentralbibliothek/Sozialarchiv zusammen.
A2	Im Bereich der ausserkantonalen Konkordatsbeiträge ist die Leistungsgruppe ein Durchgangskonto für die Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende und weist die Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende aus.
A3	Der Bereich Zentralbibliothek und Sozialarchiv umfasst die vertraglich festgesetzten jährlichen Beiträge des Kantons an diese Institutionen. Die Beträge dienen der Schaffung und Vermehrung der Sammlungen sowie deren Unterbringung und der Verwaltung. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Die Leistungsgruppe weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus, da es sich um reine Finanztransaktionen an den Leistungserbringer handelt. Die Entwicklungsschwerpunkte der Zentralbibliothek können der Leistungsgruppe Nr. 9690 entnommen werden.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	120,9	122,9	124,3	1,4
Aufwand	-213,2	-176,0	-193,3	-17,3
Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-23,1	-22,6	-23,5	-0,9
Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-24,6	-28,0	-27,7	0,4
Saldo	-92,4	-53,1	-69,0	-15,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,4		0,1	0,1
Ausgaben	-0,4		-0,1	-0,1
Saldo	0,0		0,0	0,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1,4):

+1,4 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV als budgetiert.

Aufwand (-17,3):

-15,4 Erhöhung der Rückstellung für Ruhegehälter und Rentenanteile der Professorinnen und Professoren der Universität aufgrund der Neuberechnung der Vorsorgeverpflichtungen

-1,4 Höhere an die Universität überwiesene Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV als budgetiert (vgl. Ertrag)

-0,9 Höhere Beiträge, die der Kanton Zürich im Rahmen der IUV für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten entrichtet.

+0,4 Tieferer Beitrag an die Zentralbibliothek

Investitionsrechnung

Einnahmen und Ausgaben:

0,1 Durchlaufender Beitrag des Bundes zugunsten der Zentralbibliothek

Indikatoren

Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
-----	--------	--------	---------	--------------------------

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe, da es sich um eine reine Finanztransaktion an den Leistungserbringer handelt

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Zürcher Fachhochschule (ZFH) mit ihren drei staatlichen Hochschulen – der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) – sowie den angegliederten privaten Hochschulen für Wirtschaft Zürich und für Technik Zürich hat ihr zweites Jahr in den neuen Strukturen gemäss Fachhochschulgesetz vom 2. April 2007 erfolgreich abgeschlossen. Im Berichtsjahr konnte sie ihr Studienangebot weiter ausbauen: Die ZHAW und die ZHdK führten mit Bewilligung des Bundes zusätzliche Masterstudiengänge ein; die PHZH erhielt vom Regierungsrat die Bewilligung, ab Herbst des Berichtsjahres als Modellversuch einen neuen dreijährigen Studiengang Kindergarten – Unterstufe anzubieten. Die Zahl der Studierenden an der ZFH ist erneut stark angestiegen und hat an den staatlichen Hochschulen mittlerweile 10 000 überschritten. Die grösste Zunahme verzeichnete die ZHAW, wo vor allem der Bereich Wirtschaft stark im Aufschwung ist.

Gestützt auf die Fachhochschulgesetzgebung wurden im Berichtsjahr die schulischen und rechtlichen Grundlagen für die ZFH weiterentwickelt. Der Regierungsrat hat mit der Verordnung zum Fachhochschulgesetz vom 8. April die Stellung der Studierenden sowie die Vertretungen der Hochschulangehörigen und das Verfahren vor dem Fachhochschulrat neu geregelt. Der Fachhochschulrat, dem als oberstes Organ der ZFH die strategische Führung der Hochschulen zukommt, hat den laufenden Strategieprozess weitergeführt und eine Strategie ausgearbeitet. Ausserdem befasste er sich mit der Revision bisheriger Regelungen für die ZFH (z. B. jener für den Professorentitel ZFH), verabschiedete Studienordnungen bzw. Prüfungsreglemente für Studiengänge der ZHAW, ZHdK und PHZH und genehmigte mehrere Weiterbildungsmasterprogramme, insbesondere für den im Aufbau befindlichen Fachbereich Gesundheit der ZHAW.

In den Hochschulleitungen der staatlichen Hochschulen, deren Mitglieder vom Fachhochschulrat ernannt werden, gab es im Berichtsjahr einzelne Änderungen. An der PHZH nahm im August der neue Verwaltungsdirektor, Dr. Roger Meier, seine Tätigkeit auf. An der Spitze der ZHdK löste im November Prof. Dr. Thomas D. Meier, vormals Direktor der Hochschule der Künste Bern, Gründungsrektor Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz ab.

Die Rektorenkonferenz, welcher die Rektoren der Hochschulen der ZFH und der Chef des Hochschulamts angehören, befasste sich in erster Linie mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten und der Vorbereitung von Geschäften zuhanden des Fachhochschulrats.

Die Bauvorhaben für die künftigen Hochschulstandorte auf dem Toni-Areal in Zürich West und auf dem Gelände der ehemaligen Sihlpost im Herzen von Zürich kommen voran. Mit dem Spatenstich konnte im Januar auf dem Toni-Areal, das als Standort für die ZHdK und Teile der ZHAW genutzt werden soll, und im Juni auf dem Sihlpost-Gelände, wo der neue Campus für die PHZH entsteht, der Baubeginn gefeiert werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule (ZFH) durch Bund und Kanton Zürich. Die Globalbudgets der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Leistungsgruppen 9710, 9720 und 9740 abgebildet. Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstausrüstung an die Teilschulen der ZFH. Die kalkulatorischen Kosten auf dem Anlagevermögen werden den staatlichen Schulen als Raummiete in Rechnung gestellt.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1 Die Entwicklungsschwerpunkte der drei staatlichen Teilschulen der ZFH können den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 entnommen werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	114,4	118,2	114,3	–3,9
Aufwand	–389,0	–441,0	–419,2	21,9
Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	–264,2	–309,3	–288,9	20,4
Kostenbeiträge an die privaten Teilschulen	–4,4	–4,4	–5,0	–0,6
Kreditübertragungen aus 2008		–4,0		
Saldo	–274,6	–322,8	–304,9	17,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,7		4,7	4,7
Ausgaben	–23,8	–19,6	–15,6	4,0
Saldo	–22,1	–19,6	–10,8	8,8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (–3,9):

- 7,8 Wegfall der Rückführung von Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen durch die veränderte Verbuchungspraxis bei Mobiliaranschaffungen durch die Hochschulen.
- +3,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +0,3 Diverse Mehrerträge

Aufwand (+21,9):

- +20,4 Tieferer Beitrag an die staatlichen Teilschulen der Zürcher Fachhochschule (vgl. LG Nrn. 9710, 9720, 9740).
- 3,6 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Teilschulen der Zürcher Fachhochschule
- +1,0 Niedrigerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
- 0,6 Höherer Beitrag an die Hochschule für Technik Zürich als Abgeltung für die höhere Anzahl Zürcher Studierender
- +0,5 Niedrigere kalkulatorische Kosten auf den Mobilien und Immobilien
- +0,2 Tieferer Informatikunterhalt.
- +4,0 Nicht verwendete Kreditübertragung aus dem Jahr 2008

Investitionsrechnung

Einnahmen (+4,7):

- +1,3 Nicht budgetierte Schlusszahlung des Bundes für die ZHAW (Projekt Mäander C)
- +1,5 Nicht budgetierte Bundesgelder für Bauprojekte der ZWAW (Physikgebäude Winterthur, diverse Bauprojekte Standort Wädenswil)
- +1,8 Zusätzliche Bundesbeiträge für die IT-Projekte ZAP/PULS
- +0,1 Beitrag eines Vermieters an das Ausbauprojekt Förrlibuckstrasse der ZHdK

Ausgaben (+4,0):

- +1,9 Verzögerung beim Mieterausbau Toni-Areal
- +1,3 Zeitliche Verschiebung der geplanten Zentralisierung der Plakat- und Kunstgewerbesammlung ZHdK
- +0,2 Aufgeschobene Instandhaltungsmassnahmen im Hinblick auf den Umzug der ZHdK ins Toni-Areal
- +0,6 Geringere bauliche Investitionen in diversen Projekten und zeitliche Verschiebungen von Projekten

Indikatoren

Art R 2008 B 2009 GB 2009 Abweichung von B 2009

Wirkungen

W1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.

Leistungen

L1	Total Studierende	10 988	12 170	11 950	-220
L2	Die übrigen Indikatoren zur Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH sind in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.				

Wirtschaftlichkeit

B1 Keine Indikatoren in dieser Leistungsgruppe. Die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrages der drei staatlichen Teilschulen der ZFH ist in den Globalbudgets 9710, 9720 und 9740 unter der Rubrik Indikatoren ersichtlich.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 000 000			4 000 000	

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe umfasst einerseits die Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört (Konkordatsschulen). Beigetreten ist der Kanton Zürich interkantonalen Vereinbarungen zur Hochschule Rapperswil (HSR), zur Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen (SHL) und zur Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH). Der Kanton Zürich trat auf Herbst 2008 aus dem Konkordat der Hochschule Rapperswil aus. An die Konkordatsschulen HfH und SHL leistet er für die Zürcher Studierenden Beiträge an die Lehre und beteiligt sich anteilmässig an den Restkosten.
A2	Die Leistungsgruppe umfasst andererseits die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen, welche im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung für Zürcher Studierende ausgerichtet werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Die Aufgaben der Leistungsgruppe werden oben beschrieben; sie weist keine Entwicklungsschwerpunkte aus.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2008

B 2009

R 2009

Abweichung
von B 2009

Erfolgsrechnung

Ertrag				
Aufwand	-70,1	-48,2	-42,7	5,5
Saldo	-70,1	-48,2	-42,7	5,5

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Aufwand (+5,5):

- +6,0 Die aufgrund der steigenden Studierendenzahl budgetierte Zunahme der FHV-Beiträge fiel durch den Systemwechsel auf die Finanzierung nach ECTS-Punkten deutlich tiefer aus als geplant.
- 0,5 Höherer Beitrag an die Konkordatsschule SHL.

7501 Jugend- und Familienhilfe

Hauptereignisse

Jugend- und Familienberatung

Die 19 kantonalen Jugend- und Familienberatungsstellen betreuten in Beratungen 10 900 Kinder und Jugendliche und führten 5533 gesetzliche Mandate im Auftrag der Vormundschaftsbehörden der Gemeinden, insgesamt 16 433 Fälle (Vorjahr: 10 318 Beratungen, 5602 Mandate, insgesamt 15 920). Der Trend der letzten Jahre mit zunehmenden Fallzahlen in der Jugend- und Familienhilfe setzte sich damit fort.

Wegen der anhaltend hohen Belastung der Sozialarbeitenden wurden die strukturellen, organisatorischen, personellen und führungsmässigen Rahmenbedingungen der Jugend- und Familienberatung untersucht. Die Expertise zeigt die Fülle der Aufgaben und die grosse Komplexität der Leistungserbringung auf. Als zentrale Belastungsfaktoren der Arbeit werden genannt: die grosse Fallbelastung, die mangelnde inhaltliche Definition der zu erbringenden Leistungen und die grosse Verantwortung der Sozialarbeitenden.

Schulsozialarbeit

Bereits 50% der Primarschulen und 83% der Sekundarschulen bieten Schulsozialarbeit an. Befragungen der Lehrpersonen zeigen, dass Schulsozialarbeit als wirksames und entlastendes Unterstützungsangebot in den Schulen anerkannt ist. Die Regionalstellen und das Amt für Jugend- und Berufsberatung beraten und unterstützen interessierte Gemeinden. Mit rund 70 Schulgemeinden bestehen Leistungsvereinbarungen zur fachlichen Begleitung bzw. Leitung der Schulsozialarbeit (Vorjahr: 50).

Kantonale Konferenz Frühe Förderung

Das Amt für Jugend- und Berufsberatung leitet das Projekt der Bildungsdirektion zur Frühen Förderung. Das Projekt dient der Umsetzung des Legislaturziels. Zum Projektstart wurde ein ausführlicher Hintergrundbericht zur Frühen Förderung im Kanton Zürich erarbeitet, dessen Leitsätze an einer Konferenz der Bildungsdirektion breit diskutiert wurden. Rund 400 Fachleute und Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik nahmen diese Möglichkeit wahr. Aufgrund ihrer Rückmeldungen erarbeitet die Bildungsdirektion nun die Strategie zur Frühen Förderung im Kanton.

Fachtagung Kinderrechte

Kinder haben das Recht, in alle sie betreffenden Massnahmen einbezogen zu werden auf eine Art und Weise, die ihrem Entwicklungsstand gerecht wird. Zur Unterstützung der Praktikerinnen und Praktiker bei dieser Aufgabe wurde eine Fachtagung mit prominenten Expertinnen und Experten durchgeführt. 145 Fachpersonen setzten sich fachstellenübergreifend mit den Herausforderungen für die Praxis und konkreten Umsetzungsmöglichkeiten auseinander.

Sonderpädagogik im Frühbereich

Die Fachstelle Sonderpädagogik Frühbereich erarbeitete das Teilkonzept für den Vor- und Nachschulbereich des kantonalen sonderpädagogischen Konzepts, zu welchem seit November 2009 eine Vernehmlassung durchgeführt wird. Das Konzept ist auf die vermehrte Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ausgerichtet und strebt damit eine Teilnahme möglichst aller Kinder und Jugendlichen an einer gemeinsamen Bildung und Erziehung an.

Überprüfung der Heime durch das Bundesamt für Justiz

Mit dem Bundesamt für Justiz wurden die 34 anerkannten Heime im Kanton Zürich besucht. Gegenstand der Überprüfung waren insbesondere die Verschriftlichung der Tätigkeiten und Vorgehensweisen (Rahmen- und Feinkonzepte) und die Einhaltung der Qualitätsvorgaben. Die Überprüfung ergab, dass die Heime des Kantons Zürich gesamtschweizerisch zu den qualitativ besten im Bereich der Angebotsvielfalt, der Verschriftlichung und bezüglich klarer Strukturen gehören. Die Institutionen erlebten die Überprüfung durchwegs als positiv und schätzten die differenzierte Rückmeldung eines aussenstehenden Amtes, die neben kritischen Fragen auch sehr viel Anerkennung mit sich brachte.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Jugendhilfe
A2	Führung von Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich
A3	Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
A4	Amtsvormundschaft für minderjährige, alleinstehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
A5	Koordination, Administration und Mitfinanzierung der Heilpädagogischen Früherziehung sowie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
A6	Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Anpassung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen für die ambulante Jugend- und Familienhilfe (beinhaltet LZ RR 12.1). Gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen. Verzögert Abschluss neu für 2012 geplant. Die Volksabstimmung zur Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja! und Gegenvorschlag des Kantonsrates» ist für den 13. Juni 2010 vorgesehen. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2011
E2	Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten (LZ RR 16,8) Verzögert Abschluss neu im Rahmen des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) für 2012 geplant Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2011
E3	Schaffung neuer bezirksübergreifender Organisationsstrukturen in der Jugend- und Familienhilfe Verzögert Abschluss im Rahmen des KJHG neu für 2012 geplant	2011
E4	Erarbeitung und Einführung von Grundlagen und Instrumenten zur Steuerung der stationären Jugend- und Familienhilfe über Leistungsaufträge Verzögert Abschluss aufgrund von Umsetzungsverzögerungen neu für 2011 geplant	2010
E5	Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten (LZ RR 16,9) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2010

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	79,3	54,4	66,4	12,0
Aufwand	–185,0	–176,3	–186,2	–9,9
Nachtragskredite		–5,6		
Kreditübertragungen aus 2008		–0,3		
Saldo	–105,7	–121,9	–119,8	2,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,8	2,0	1,0	–1,0
Ausgaben	–4,8	–7,2	–8,2	–1,0
Kreditübertragungen aus 2008		–0,7		
Saldo	–4,0	–5,2	–7,2	–2,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	463,8	437,5	406,0	–31,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+12,0):

- +10,5 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB) ab 1. Januar 2008 kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist.
- +6,6 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 3,1 Die Betriebskosten der Bezirksjugendsekretariate sowie der Zuwachs an Leistungsträgern mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte (insbesondere im Bereich Schulsozialarbeit) fielen tiefer als erwartet aus und führten zu entsprechenden Mindereinnahmen.
- 2,5 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Minus-Aufwand berücksichtigt. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert.
- +0,5 Mehrertrag resultierte aus bedingt rückzahlbaren Ausbildungsdarlehen.

Aufwand (–9,9):

- 10,5 Neue Durchlaufposten Bundesamt für Justiz (BJ), da das Amt für Jugend- und Berufsberatung (AJB) ab 1. Januar 2008 kantonale Verbindungsstelle für BJ-Beiträge an Kinder-/Jugendheime ist.
- 6,6 Vermehrte bezirksübergreifende Tätigkeiten führen zu entsprechenden Verrechnungen, die sich im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 1,3 Mehraufwendungen bei den Beiträgen für Heimplatzierungen (–1,6 Mio.) und für Stipendien (–1,0 Mio.) konnten durch geringere Beiträge in den übrigen Bereichen (+1,3 Mio.) teilweise kompensiert werden.

- +4,6 Der geplante Ausbau der Leistungsaufträge, insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit, fand nicht im erwarteten Rahmen statt, was sich in den Aufwand-, Ertrags- sowie Beschäftigtenzahlen niederschlug.
 - +1,1 Personalmutationen sowie zu hoch veranschlagte Sozialabgaben führten zu weiteren Budgetunterschreitungen.
 - +2,5 Lohnweiterverrechnungen an Dritte werden nach IPSAS neu als Minus-Aufwand berücksichtigt. Im Planungszeitpunkt wurden diese Rückerstattungen als Ertrag budgetiert.
 - +0,3 Abschreibungen fielen in geringerem Masse als erwartet an.
- Für die ab 2009 wieder aufgenommene Abgeltung der Jugendhilfeleistungen der Stadt Zürich (–5,6 Mio.) wurde ein Nachtragskredit genehmigt.

Investitionsrechnung

Einnahmen (–1,0):

- 1,0 Die Ausbildungsdarlehensrückerstattungen wurden zu optimistisch budgetiert.

Ausgaben (–1,0):

- +1,6 Die Ausgaben für den Bezug der neuen Jugendsekretariatsstandorte in Dietikon, Bülach und Winterthur fielen tiefer als erwartet aus bzw. verlagern sich aufgrund von Bauverzögerungen teilweise ins Jahr 2010.
- +0,2 Geplante Softwareerweiterungen konnten noch nicht umgesetzt werden.
- 0,4 Der Aufwand für Ausbildungsdarlehen überstieg den budgetierten Rahmen.
- 2,6 Die mit RRB Nr. 268/2008 bewilligten Mietausbauten Sidiareal Winterthur (Vermieter Kantag/Beamtenversicherungskasse) wurden im Rahmen der IPSAS-Bilanzstellung per 31. Dezember 2008 durch das Kantonale Rechnungswesen und die Finanzkontrolle neu beurteilt. Im Budgetierungszeitpunkt wurde von Vorgaben gemäss Handbuch Rechnungslegung (HBR) ausgegangen.
- +0,2 Die im Zusammenhang mit den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime beantragten Kreditübertragungen wurden im Jahr 2009 nicht vollumfänglich beansprucht.

Personal

Der Ausbau von Leistungsangeboten mit Kostenverrechnung an Gemeinden und Dritte (Schulsozialarbeit, mobile Familienbegleitung) blieb unter den Erwartungen.

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Anzahl zivilrechtlicher Kindesschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Bezirksjugendsekretariate)	P	35%	<38%	34%	-4%
W2	Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen	P	83%	>80%	83%	3%
Leistungen						
L1	Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)	P	15 920	15 500	16 433	933
L2	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind	P	87%	>75%	90%	15%
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Bezirksjugendsekretariate)		1 008	1 200	1 026	-174
B2	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpäd. Angebot		352	374	353	-21
B3	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufsbildungsangebot		470	483	481	-2
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Anzahl zivilrechtlicher Kindesschutzmassnahmen bewegen sich im normalen Schwankungsbereich.					
L1	Die Fallzahlen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 513 bzw. 3,2% an.					
L2	Im Budgetierungszeitpunkt wurde aufgrund bevorstehender Personalmutationen und Einarbeitungszeiten von längeren Durchlaufzeiten ausgegangen.					
B1	Der durchschnittliche Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an. Der Budgetwert wurde dagegen infolge höherer Fallzahlen unterschritten.					
B2	In Einrichtungen mit sozialpädagogischem Angebot pendelte sich der Nettoaufwand pro Aufenthaltstag auf Vorjahreshöhe ein.					

7502 Berufs- und Studienberatung

Hauptereignisse

In den kantonalen Berufsberatungsstellen wurden 13 889 Einzelberatungen durchgeführt (Vorjahr 13 364), davon entfielen 11 388 (11 015) auf die allgemeine Berufsberatung und 2501 (2349) auf die spezialisierte Beratung (Studienberatung, Gesundheitsberufe, Kompetenzenbilanz). 8687 oder 63% der beratenen Personen waren unter 20 Jahre alt (8394 bzw. 63%). Die sieben Berufsinformationszentren (BIZ) verzeichneten rund 56 700 Besucherinnen und Besucher (51 700).

In Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des Projekts Neugestaltung 3. Sekundarschule wurden der Handlungsrahmen, die Angebote und die Modalitäten der Zusammenarbeit der Berufsberatung mit der Schule definiert. Diese Grundlagen bilden nun einen wichtigen Bestandteil der Planungshilfe für Lehrpersonen der 3. Sekundarschulklassen. Gleichzeitig wurden damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einführung des Casemanagements Berufsbildung auf der Sekundarstufe I geschaffen.

Aufgrund der Konjunkturlage und zur Prävention von Jugendarbeitslosigkeit entwickelte die Berufsberatung das Angebot SOS 20+. Dieses richtet sich an die spezielle Zielgruppe junger Erwachsener im Übergang II vor oder unmittelbar nach Abschluss der beruflichen Grundbildung. Es umfasst die Unterstützung bei der Bewerbung, die Klärung des Weiterbildungsbedarfs und die Stärkung der Ressourcen im Umgang mit den Unsicherheiten im Übergang II. Das Angebot erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren.

An den vom Kompetenzenbilanzzentrum durchgeführten Informationsveranstaltungen über das Validierungsverfahren zur Erlangung eines Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) nahmen 753 Personen teil. Zurzeit bestehen solche Validierungsverfahren für das EFZ Fachangestellte/Fachangestellter Gesundheit und Informatiker/Informatikerin. Für den Erwerb des EFZ Fachfrau/Fachmann Betreuung wurde zusammen mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt ein Pilotvalidierungsverfahren gestartet. 212 Personen interessierten sich näher für ein Validierungsverfahren, 36 davon liessen sich in einem Begleitseminar oder in einem Einzelcoaching von den Fachpersonen des Kompetenzenbilanzentrums unterstützen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2	Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (einschliesslich Kompetenzenbilanz)
A3	Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen sowie Berufsinformationszentren im Kanton Zürich

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen Verzögert Abschluss neu für 2012 geplant. Intensivierung/Verlängerung (Casemanagement Berufsbildung)	2009
E2	Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und Berufsberatung Verzögert Abschluss neu für 2012 geplant	2011

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16,5	19,0	16,9	–2,1
Aufwand	–31,1	–39,4	–33,8	5,6
Nachtragskredite		–2,3		
Kreditübertragungen aus 2008		–0,2		
Saldo	–14,6	–20,4	–16,9	3,5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0,4	–0,1	0,3
Saldo		–0,4	–0,1	0,3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	115,1	124,7	115,2	–9,5

Erfolgsrechnung

Ertrag (–2,1):

- 1,2 Die Beiträge des Bundes an das Projekt Casemanagement Berufsbildung verlagern sich aufgrund des verschobenen Projektbeginns ins Folgejahr.
- +0,1 Die Bundesbeiträge an das Projekt Mentoring fielen höher als erwartet aus.
- 0,7 Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
- 0,3 Die Kursgeld- und Beratungsdienstleistungseinnahmen wurden zu optimistisch budgetiert.

Aufwand (+5,6):

- +1,7 Der Start des Projektes Casemanagement Berufsbildung verlagert sich ins Jahr 2010 (siehe auch Personal / Beschäftigungsumfang Angestellte).
- +0,5 Der geplante Ausbau des Bereichs Kompetenzenbilanzierung verzögerte sich (siehe auch Personal/Beschäftigungsumfang Angestellte).
- +0,6 Personalmutationen und Pensionierungen führten zu nicht budgetierten Rotationsgewinnen.
- +0,3 Geringere Staatsbeiträge und Abschreibungen entlasteten die Aufwandseite.
- +1,1 Berufkundliche Material- und Drucksachenanpassungen wurden aufgeschoben bzw. nicht getätigt.
- +0,5 Die Reorganisation der Fachstellen Information und Dokumentation verschiebt sich ins Jahr 2010.
- +0,7 Die Sachaufwendungen der Berufsinformationszentren biz (Anschaffungen, Unterhalt, Mieten) fielen tiefer als erwartet aus.
- +0,2 Die Kreditübertragungen des Vorjahres wurden nicht beansprucht.

Für die ab 2009 wieder aufgenommene Abgeltung der Berufsberatungsleistungen der Stadt Zürich (–2,3 Mio.) wurde ein Nachtragskredit genehmigt.

Investitionsrechnung

Ausgaben (+0,3):

+0,3 Geplante Software-Erweiterungen (Fallführungsapplikation) und Mobiliarsatzbeschaffungen verzögerten sich.

Personal

Die Abweichung ist zur Hauptsache auf Umsetzungsverzögerungen (Projekt Casemanagement Berufsbildung / Ausbau Kompetenzenbilanz) zurückzuführen.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)	P	90%	>98%	95%	-3%
Leistungen					
L1 Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)	P	11 015	11 500	11 388	-112
Wirtschaftlichkeit					
B1 Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Bezirksjugendsekretariate)	P	1 087	1 100	1 062	-38
Abweichungsbegründungen					
W1	Der geringere Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt ist auf die Zunahme der Jugendlichen in den Zwischenlösungen zurückzuführen. 24,7% des Gesamtbestandes der Schulabgängerinnen und Schulabgänger machten von einem Brückenangebot Gebrauch. Zugenommen haben in erster Linie die schulischen Zwischenlösungen.				
L1	Der Rückgang der Anzahl Berufsberatungen ist auf die flächendeckende Umsetzung des Rahmenkonzepts Zusammenarbeit Berufsberatung-Schule zurückzuführen. Einfachere Fragestellungen von Jugendlichen können direkt in der Schulhaussprechstunde geklärt werden.				
B1	Die steigenden Beratungszahlen führten bei gleich bleibenden Kosten zu leicht tieferen Durchschnittskosten je Beratung.				

7403 Fonds Teilverlegung der Universität

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dieses Globalbudget stellt in Form eines Fonds die Investitionsausgaben und Bundeseinnahmen für Bauten auf dem Irchelareal der Universität dar. Der Fonds wurde 1971 zur Tilgung der durch die Teilverlegung der Universität entstehenden und vom Kanton zu tragenden Baukosten per Gesetz (Gesetz über die Teilverlegung der Universität vom 14. März 1971) geschaffen. In dieser Leistungsgruppe werden die Abschreibungen und Zinsen gemäss den Bilanzwerten der Liegenschaft der Universität Irchel sowie der Eingang der Bundessubventionen für die 1.–4. Bauetappe verbucht. Die Investitionen der 5. und 6. Bauetappe sind in der Leistungsgruppe 7401 enthalten, da sie nicht mehr Bestandteil des Projekts «Teilverlegung der Universität» sind.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	36,1		–36,1
Rückerstattung aus Laufender Rechnung	0,0	28,3		–28,3
Aufwand		–36,1		36,1
Abschreibungen		–22,9		22,9
Zinsen		–13,2		13,2
Saldo	0,0	0,0		0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand				

Erfolgsrechnung

Im Budget 2009 sind in dieser Leistungsgruppe die kalkulatorischen Kosten auf dem Netto-Anlagevermögen der 1.–4. Bauetappe Universität Irchel sowie deren Weiterverrechnung an die Universität (GB 9600) enthalten. In der Rechnung 2009 werden diese Positionen erstmals in der Leistungsgruppe Nr. 7401 statt in der Leistungsgruppe Nr. 7403 ausgewiesen.





Baudirektion

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (Archäologie, Denkmalpflege und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effizientere Energienutzung.

Planungstätigkeit

Unter dem weiten Begriff der Planung werden hier vornehmlich die Aktivitäten des Amtes für Raumordnung und Vermessung und des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft beschrieben. Eingeleitet wurden die Anhörung zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans sowie die Teilrevision des kantonalen Richtplans Flughafen Zürich. In den Bereichen Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung setzte der Kantonsrat gegen Ende des Berichtsjahres die Teilrevision des kantonalen Richtplans fest. Damit werden die richtplanerischen Voraussetzungen in den Bereichen Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung (Wasserversorgung, Materialgewinnung, Energie, Kommunikation, Siedlungsentwässerung und Abwasserreinigung), Abfall sowie belastete Standorte und belastete Böden mittel- bis langfristig erfüllt.

Im Rahmen der Standortwahl eines geologischen Tiefenlagers erfolgte die Konsolidierung der Beurteilungsmethodik sowie bei der Abgrenzung der Planungsperimeter. Er umfasst nun auch die an der Oberfläche gut erschlossenen Räume innerhalb eines 5-Kilometer-Saums. Im Planungsperimeter können die nötigen oberirdischen Anlagen untergebracht werden. Von grosser Wichtigkeit war der Aufbau einer regionalen Partizipation in den potenziellen Standortregionen «Weinland» und «Nördlich Lägeren».

Für die Schlüsselgebiete Kloten-Flughafenkopf und Flugplatzareal Dübendorf wurden Testplanungsverfahren durchgeführt und ausgewertet. Die Testplanung hat unter anderem gezeigt, dass die künftige Nutzung des Flugplatzareals und der angrenzenden Gebiete entscheidend von der aviatischen Nutzung des Areals abhängig ist.

Im September des Berichtsjahres wurde mit dem Kanton Aargau die Absichtserklärung zum Agglomerationspark Limmattal unterzeichnet. Damit wird die weitere Entwicklung des Limmattals als Stadtlandschaft so beeinflusst, dass eine Zerstückelung der Natur- und Erholungsräume und die Bildung grossflächiger Industriemonokulturen verhindert werden. Angestrebt werden vernetzte und gut zugängliche Erholungsräume sowie durchmischte Arbeitsplatz- und Wohngebiete.

Nach zweijähriger Ausarbeitung und einer anschliessend breiten Vernehmlassung konnten der Regierungsrat und der Zürcher Stadtrat das Leitbild Seebecken festsetzen. Mit dem Leitbild sollen die künftigen Nutzungen und Entwicklungsmöglichkeiten geregelt werden.

Im Juni des Berichtsjahres bewilligte der Regierungsrat das neue Nutzungskonzept für die Klosterinsel Rheinau. Es sieht den Betrieb eines Musikzentrums, einer Hauswirtschaftsschule, eines Restaurants sowie eines Museums vor. Damit werden die Würde und Geschichte des Ortes berücksichtigt und die Ausstrahlung der Klosterinsel Rheinau verstärkt.

Bautätigkeit

Die Bautätigkeit wurde im Berichtsjahr dominiert durch die Fertigstellung der Westumfahrung (Eröffnung im April des Berichtsjahres) und der A4 im Knonaueramt (Eröffnung im November des Berichtsjahres). Nach zum Teil leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen, die sich über 30 Jahre hingezogen hatten, konnte das Bauwerk von nationaler Bedeutung in Betrieb genommen werden. Fünf doppelt geführte Tunnel und vier ebensolche Brückenbauten, eine Vielzahl von baulichen Vorkehrungen im Dienste des Lärm- und Gewässerschutzes sowie die Zufahrten und flankierenden Massnahmen machten aus den bescheidenen 26,3 Autobahnkilometern ein komplexes und baulich höchst anspruchsvolles Projekt, welches zudem den Kostenrahmen genau erfüllen konnte.

Bei den Staatsstrassen waren die Anpassungen des Strassennetzes, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen (wie die Sanierung von Unfallschwerpunkten), und die Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Schwerpunkte im letzten Jahr.

Im Bereich Hochbau lag ein Schwerpunkt bei den Gerichtsbauten. In Winterthur wurden der Umbau des Bezirksgerichts und die Restauration des historisch bedeutsamen Geschworenengerichtssaals abgeschlossen. Ebenfalls fertiggestellt wurden der Umbau und Anbau des Bezirksgerichts Meilen. Ferner erfolgte im Berichtsjahr der Spatenstich zur Umstrukturierung und Erweiterung des Obergerichts in Zürich.

Im Rahmen der Ausführung des Projektes Hochwasserschutz und Auenlandschaft Thurmündung wurde das Teilprojekt Hochwasserschutz Ellikon am Rhein (Gemeinde Marthalen) fertiggestellt. Gleichzeitig konnte die Thur unterhalb der Ellikerbrücke in einen naturnahen Flusslauf umgestaltet werden. Mit einem Teil des anfallenden Aushubmaterials sind rund 27 ha Landwirtschaftsland für die landwirtschaftliche Nutzung aufgewertet worden.

In Winterthur an der Eulach (Bereich Eulachpark und Scheccoareal) und am Furtbach (Bereich Golfplatz Otelfingen) wurden verschiedene Renaturierungsabschnitte realisiert. Mit der Inbetriebnahme der Westumfahrung konnten als Ersatzmassnahmen zum Strassenbau Revitalisierungen an der Reppisch (Kaserne Birmensdorf) und an der Sihl sowie zwei Hochwasserrückhaltebecken eingeweiht werden (Munimatt bei Wetzwil und Lunnern bei Birmensdorf).

Energie

Der Bund stellte den Kantonen Anfang Jahr kurzfristig ausserordentliche Mittel zur Konjunkturstützung für die Förderung von Energieprojekten zur Verfügung. Die Baudirektion verstärkte ihr finanzielles Engagement und baute das kantonale Förderprogramm Energie aus. Im Sinne einer Spezialaktion wurden rund 25 Mio. Franken Förderbeiträge an 1720 Projekten zugesichert. Sie kamen mehrheitlich der Sanierung von Gebäudehüllen und thermischen Solaranlagen zugute. Dazu kamen Fotovoltaikanlagen und Minergiesanierungen.

Die Bauarbeiten für das Holzheizkraftwerk (HHKW) Aubrugg konnten nach dem im Berichtsjahr erfolgten Spatenstich aufgenommen werden. Das wegweisende Projekt wird von den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ), Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) und der ZürichHolz AG getragen. Dank der Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks um ein Holzheizkraftwerk kann der CO₂-Ausstoss in der Region um 25 000 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Das Werk reagiert damit auf die Nachfrage nach Ökostrom und trägt dem wachsenden Energiebedarf Rechnung. Rund 10 000 Haushalte werden Wärme mit Fernwärmenetz aus der Aubrugg beziehen können. Ferner ermöglicht das HHKW die thermische Nutzung von Baumkronenmaterial, für welches es bislang keinen Verwendungszweck gab.

Natur

Im Mai des Berichtsjahres wurde die Belüftungsanlage im Greifensee in Betrieb genommen. Damit konnte auf einer Fläche von rund einem Quadratkilometer ein bestmöglicher Lebensraum für Felchen geschaffen werden. Erste Messungen zeigen, dass die Fische das Refugium insbesondere im Hitzemonat August als Rückzugsort genutzt haben.

Am Seegrund vor Thalwil wurden die teerhaltigen Abfälle des Gaswerks Thalwil erfolgreich entfernt. Eine vergleichbare Altlastensanierung gab es in der Schweiz noch nie. Sie war aufgrund ihrer Lage unter Wasser heikel. Die Entfernung der Altlast durfte keinesfalls zu einer Verschmutzung des Trinkwasserspeichers Zürichsee führen. Die Arbeiten wurden unter der Projektleitung des AWEL von Tauchern in Handarbeit in einer eigens dafür installierten Anlage durchgeführt.

Ein Analysebericht der Fachstelle Bodenschutz und der Abteilung Wald zeigt, dass die Bodenversauerung im Wald durch die anhaltend hohe Stickstoffbelastung aus der Luft an einigen Standorten weiter zugenommen hat. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft wurden Massnahmen für den Umgang mit stark versauerten Waldstandorten erarbeitet.

Legislaturziele

Die Baudirektion ist zuständig für die Massnahmen 6.1 (zusammen mit der Staatskanzlei), 6.5, 8.1 bis 8.7, 9.2, 9.3 sowie 10.1 bis 10.3 der Legislaturziele des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil wird über den Stand der Umsetzung dieser Legislaturziele berichtet. In diesem Kapitel folgt die Berichterstattung über die zusätzlichen Legislaturziele der Baudirektion.

Legislaturziel	1 Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern (LZ RR 8)
Massnahme	1.1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen (LZ RR 8.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.1
Massnahme	1.2 Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen (LZ RR 8.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.2
Massnahme	1.3 Renaturierung von Gewässern fördern (LZ RR 8.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.3
Massnahme	1.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben (LZ RR 8.4)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.4
Massnahme	1.5 Verbesserung von Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung (LZ RR 8.5)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.5
Massnahme	1.6 Erarbeitung von Strategien für die Bewilligung von Golfanlagen und ggf. anderer Freizeitanlagen im Grünraum
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Kriterien für die Bewilligung von Golfanlagen sind vom Amt für Landschaft und Natur in Absprache mit dem Amt für Raumordnung und Vermessung und der Abteilung Bauverfahren und Koordination Umweltschutz festgelegt und vom Baudirektor genehmigt worden.
Massnahme	1.7 Lärmsanierung und Schallschutzmassnahmen an den Staatsstrassen rasch umsetzen (LZ RR 8.6)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.6
Massnahme	1.8 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (HBA: Kantonsschule Uster, Polizei- und Justizzentrum; TBA: Fertigstellung Westumfahrung) (LZ RR 8.7)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 8.7
Massnahme	1.9 Fruchfolgeflächen sichern (KEF-Erklärung)
Stand	Planmässig

Kommentar	Das Thema wird in die Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eingebunden. Die öffentliche Auflage dazu findet im zweiten Halbjahr 2010 statt.
Massnahme	1.10 Hochwasserschutz verbessern: Projekte Sihl-Limmat, Linth
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr sind verschiedene Massnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes ergriffen und umgesetzt worden: <ul style="list-style-type: none"> – Die Gefahrenkarte Zürich ist festgesetzt und im Sihltal grösstenteils erarbeitet. – Die Engstelle HB Zürich wurde soweit möglich aufgeweitet. – Die Notfallmassnahmen sind bei der Stadt, den SBB und der SZU angestossen. – Ein Frühwarnsystem ist im bewährten Probebetrieb. – Die zahlreichen Akteure für ein Hochwassermanagement sind bei Stadt, SBB und SZU identifiziert und bestimmt. – Die Schwemmholzstudie Sihl ist abgeschlossen (Bestimmung des Standorts des Schwemmholzrechens). – Ein grossräumiges Hochwasserschutzkonzept steht vor der Ausarbeitung.
Legislaturziel	2 Die CO ₂ -Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken (LZ RR 9)
Massnahme	2.1 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken (LZ RR 9.2)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 9.2
Massnahme	2.2 Minergiestandards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 9.3
Massnahme	2.3 Programm zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten/ Investitionsstrategie erarbeiten (KEF-Erklärung)
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen des Nettoinvestitionsvolumens werden bauliche Investitionen in die energetische Verbesserung der im Eigentum stehenden Betriebsliegenschaften zur Schonung der Energiereserven, zur Entlastung der Umwelt und zur Kostenreduzierung getätigt.

Legislaturziel	3 Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen (LZRR 10)
Massnahme	3.1 Umfassenden Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien beantragen (LZ RR 10.1)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 10.1
Massnahme	3.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2)
Stand	Verzögert
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 10.2
Massnahme	3.3 Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 10.3
Legislaturziel	4 Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen
Massnahme	4.1 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Richtplanteilrevision Kapitel 4.7.1. Flughafen Zürich verläuft im Prozess und planmässig, nachdem der Zeitplan des durch den Bund geführten SIL-Prozesses angepasst wurde.
Massnahme	4.2 Kantonalen Richtplan Verkehr zielgerichtet umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Festlegungen des kantonalen Richtplans haben in verschiedene Abklärungen zu Vorhaben gemündet (insbesondere Zweckmässigkeitsbeurteilungen). Im Rahmen der Vernehmlassungen zu Vorlagen des Bundes (Engpassbeseitigung, ZEB) wurden die entsprechenden Festlegungen wiederholt eingebracht.
Legislaturziel	5 Das strukturelle Defizit im Finanzhaushalt beseitigen
Massnahme	5.1 Entwicklung und Umsetzung der Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Verabschiedung der Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich war für Herbst des Berichtsjahres geplant. Neu wird die Verabschiedung der Immobilien Grundstrategie im Februar 2010 terminiert.
Massnahme	5.2 Erstellung einer Gesamtsicht der Hochbauinvestitionen für die Steuerung durch den Regierungsrat
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Erstellung einer Gesamtsicht der Nettoinvestitionen Hochbau für deren Steuerung ist ein rollender Prozess einerseits als Teilprozess bei der Erstellung des KEF und des Budgets und andererseits im Rahmen der unterjährigen Berichterstattung.

Legislaturziel	6 Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern (LZRR 6)
Massnahme	6.1 Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1)
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 6.1
Massnahme	6.2 Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens durch interne Prozessoptimierungen, verstärkter Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln und besserer Information der Gesuchsteller
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone nimmt immer stärker zu. Zur besseren Information von Landwirten wurde das Merkblatt «Pferdehaltung auf Landwirtschaftsbetrieben» erarbeitet. Weiter wurden für den Energienachweis die national vereinheitlichten Formulare der Konferenz Kantonalen Energiefachstellen (EnFK) eingeführt.
Massnahme	6.3 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5)
Stand	Planmässig
Kommentar	Vergleiche Legislaturziel des Regierungsrates 6.5
Massnahme	6.4 Umsetzung der Personalmanagement-Strategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber
Stand	Planmässig
Kommentar	Die verschiedenen Teilprojekte verlaufen planmässig.
Massnahme	6.5 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe und gegenwärtiger demografischer Gesichtspunkte einführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt Nachfolgeplanung verläuft planmässig
Legislaturziel	7 Umsetzen der Strategie Nachhaltige Entwicklung im Kanton Zürich
Massnahme	7.1 Nachhaltigkeitskompass einführen
Stand	Verzicht
Kommentar	Die «Strategie Nachhaltige Entwicklung Kanton Zürich» wurde gemäss RRB Nr. 435/2007 erarbeitet und dem Regierungsrat im Januar des Berichtsjahres zum Beschluss vorgelegt. Neben den Leitlinien für die Politik der Nachhaltigen Entwicklung wurden die folgenden Schwerpunkte zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung behandelt: Nachhaltigkeitskompass (ein Instrument zur Nachhaltigkeitsbeurteilung von wichtigen Vorhaben), Anlaufstelle zur Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung und Nachhaltigkeitsbericht. Diese entsprechen den Legislaturzielen 7.1, 7.2 und 7.3 der Baudirektion. Der Regierungsrat beschloss, auf den Antrag nicht einzutreten. Die vorgesehene Pilotphase zur Überprüfung des Nachhaltigkeitskompasses konnte deshalb nicht gestartet werden.

Massnahme	7.2 Anlaufstelle für Gemeinden schaffen
Stand	Verzicht
Kommentar	Vgl. Kommentar zu Legislaturziel 7.1. Der Regierungsrat entschied, die Gemeinden nicht aktiv zu unterstützen. Im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) wird jedoch die Funktion als «Anlaufstelle» in kleinem Rahmen weiterhin wahrgenommen (Drehscheibenfunktion).
Massnahme	7.3 Nachhaltigkeitsbericht weiterführen
Stand	Verzicht
Kommentar	Vgl. Kommentar zu Legislaturziel 7.1. Der Regierungsrat entschied, auf einen nächsten Nachhaltigkeitsbericht zu verzichten. Der Kanton Zürich ist jedoch seit 2003 Mitglied des Cercle Indicateurs, der regelmässig den gegenwärtigen Stand und die zeitliche Veränderung der Nachhaltigen Entwicklung auf einer strategisch-politischen Ebene erhebt. Am Benchmark nehmen 15 Kantone teil.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	629,1	662,2	689,4	27,2
Aufwand	-987,1	-937,8	-952,1	-14,3
Kreditübertragungen aus 2008		-3,2		
Saldo	-357,9	-275,6	-262,7	12,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	9,0	163,6	167,1	3,5
Ausgaben	-149,6	-422,0	-340,1	82,0
Nachtragskredite		-14,1		
Kreditübertragungen aus 2008		-6,8		
Saldo	-140,6	-258,4	-173,0	85,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 296,0	1 352,5	1 337,2	-15,3

Erfolgsrechnung

- +13,7 Immobilienamt (LG Nr. 8700) hauptsächlich infolge der Planungsgelder für Hochbauten, da diese Ausgaben nach der neuen Rechnungslegung (IPSAS) sofort als Teil des Investitionsprojektes aktiviert werden.
- 3,4 Hochbauamt (LG Nr. 8300) hauptsächlich infolge geringerer Verrechnungspreise für aktivierbare Leistungen auf den Hochbauprojekten des Kantons Zürich
- +2,6 Übrige Leistungsgruppen der Baudirektion (Details siehe Leistungsgruppenblätter)
Das Tiefbauamt (LG Nr. 8400), das Amt für Landschaft und Natur (LG Nr. 8800) und der Denkmalpflegefonds (LG Nr. 8940) weisen grössere Abweichungen im Aufwand und Ertrag aus, die sich aber gegenseitig aufheben und deshalb für die Saldi der Erfolgsrechnung der einzelnen Leistungsgruppen nicht wirksam werden (Details siehe Leistungsgruppenblätter).

Investitionsrechnung

- +48,5 Tiefbauamt (LG Nr. 8400) hauptsächlich infolge geringerer Investitionen in den Strassenbau
- +12,4 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (LG Nr. 8500) hauptsächlich infolge geringerer Investitionen in den Wasserbau
- +11,0 Immobilienamt (LG Nr. 8700) hauptsächlich infolge geringerer Investitionen in kantonale Hochbauprojekte
- +6,5 Denkmalpflegefonds (LG Nr. 8940) hauptsächlich infolge geringerer Investitionsbeiträge an Private
- +3,6 Amt für Landschaft und Natur (LG Nr. 8800) hauptsächlich infolge von Verzögerungen bei eigenen Hochbauprojekten
- +2,5 Generalsekretariat (LG Nr. 8000) infolge geringerer Informatikinvestitionen der Baudirektion
- +1,0 Übrige Leistungsgruppen der Baudirektion (Details siehe Leistungsgruppenblätter)

Personal

- 21,7 Die meisten Leistungsgruppen haben den budgetierten Beschäftigungsumfang nicht voll ausgeschöpft. Es handelt sich dabei in der Regel um eine Kumulation von kürzeren und längeren Lücken zwischen zwei Anstellungen (Vakanzen).
- +10,4 Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (LG Nr. 8500) hat den Beschäftigungsumfang von nicht stellenplanrelevanten Stellen im Budget 2009 irrtümlich nicht berücksichtigt
- 2,2 Das Immobilienamt (LG Nr. 8700) hat natürliche Mitarbeiterabgänge im Bereich Gebäudereinigung nicht ersetzt
- 1,8 Das Generalsekretariat (LG Nr. 8000) hat die Kreditorenbuchhaltung an die Finanzdirektion (Buchungszentrum) übergeben

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2009	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Neubau Bezirksgebäude, Dietikon	-12,2	-53,6	-40,0	-13,6
Erweiterung Bezirksgebäude, Meilen	-0,7	-7,3	-6,6	-0,7
Sanierung Hauptgebäude Rechberg, Zürich	-0,1	-23,6	-0,5	-23,1
Neubau Polizei- und Justizzentrum, Zürich	-12,3	-521,0	-27,2	-493,8
Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich	0,0	-12,5	0,0	-12,5
Thurmündung/Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Ausführung	-5,1	-53,6	-13,3	-40,2
Bau Hochwasserrückhaltebecken an der Eulach in Winterthur, Hegmaten (Projektierungskredit)	0,0	-0,9	-0,9	-0,1
Beitrag des Kantons Zürich an die Sanierung des Linthkanals	-1,4	-7,5	-4,4	-3,0
Neubau Westumfahrung der Stadt Zürich (N4.1.4 / N4.1.5 / N20.1.4)	-66,5	-2 850,0	-2 877,3	+27,3
Neubau N4 Knonaueramt (N4.1.6 / N4.1.7)	-76,3	-1 046,7	-853,7	-193,1
Entschädigungen des Bundes für Nationalstrassen 2009 für Westumfahrung und Knonaueramt	+114,2			
Neubau Einhausung Schwamendingen, Zürich	0,0	-51,4	0,0	-51,4
Projektierung Autobahnumfahrung Wetzikon	-0,1	-9,0	-6,8	-2,2
Summe der übrigen Nettoinvestitionen	-112,5			

Leistungsgruppen

8000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Kumulation von Neuerungen im Bereich Finanzen und Controlling

Seit dem 1. Januar des Berichtsjahres sind vier lange vorbereitete Neuerungen in der Finanz- und Betriebsbuchhaltung umgesetzt worden: die Anwendung des neuen Rechnungslegungsstandards IPSAS, die Einführung der damit zusammenhängenden Anlagebuchhaltung, der Wechsel auf den neuen kantonalen SAP-Mandanten (SAP M500) und der Vollzug der Auslagerung der Kreditorenbuchhaltung ins Buchungszentrum der Finanzdirektion. Gleichzeitig waren die neuen Anforderungen aus dem Regierungscontrolling in Bezug auf den Geschäftsbericht und den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) zu erfüllen sowie umfangreiche Vorarbeiten für das anstehende Sanierungsprogramm San10 auszuführen.

Informatik

Unter Leitung der Abteilung Organisation und Informatik hat die Baudirektion ein neues Druckerkonzept umgesetzt. Über 220 Arbeitsplatzdrucker und 50 Kopierer wurden durch 63 Multifunktionsdrucker einer einzigen Marke ersetzt. Dadurch wurde eine Senkung der Unterhaltskosten möglich, zudem wurde der Energieverbrauch halbiert. Das serverbasierte Konzept bietet eine hohe Sicherheit bezüglich Verfügbarkeit und Vertraulichkeit. Der Ausdruck erfolgt erst, wenn sich die Person, von welcher der Druckauftrag ausgeht, am Drucker durch Badge angemeldet hat. Zusätzlich kann der Ausdruck an einem beliebigen Multifunktionsdrucker abgeholt werden.

Personalmanagementstrategie 2007–2011

Die Abteilung Human Resources hat im Geschäftsjahr zentrale Aktivitäten zur Stärkung der Personalbereiche vorangetrieben. Mit der Einführung des Case Managements im Jahr 2008 hat der Kanton die Voraussetzung geschaffen, der Reintegration von Mitarbeitenden im Krankheitsfall erhöhtes Gewicht zu geben. Die Baudirektion hat ihren Prozess der Begleitung von Mitarbeitenden so aufgebaut, dass im Fall von langen Abwesenheiten oder vielen kurzen Absenzen mit den Mitarbeitenden konkrete Lösungen getroffen werden können. Ferner hat die Direktion mit einer neuen integralen Aus- und Weiterbildungsweisung klare Vorgaben geschaffen, um die Möglichkeiten der Förderung von Mitarbeitenden voll ausschöpfen zu können. Schliesslich hat die Direktion das Verfahren und die Unterlagen im Ziel- und Leistungsbeurteilungsprozess (ZLB) effizienter gestaltet und gibt damit der Entwicklungsplanung zugunsten der Mitarbeitenden grösseres Gewicht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Managementsupport für die Direktion und die Leistungsgruppen der Baudirektion (insbesondere Controlling, Finanzen, Informatik, Kommunikation, Organisationsentwicklung, Personal, Politik, Recht und Beschaffungswesen)
A2	Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds
A3	Rechtsetzung insbesondere in den Bereichen Planung, Bau und Umwelt
A4	Bauverfahren und Koordination Umweltschutz: Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren; Erbringung von Querschnittsleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, Ökologische Beschaffung, Beratung, Dokumentation

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Konzentration auf die Kerngeschäfte / Effizienzsteigerungen / straffes Kostenmanagement Planmässig Die Arbeitsplatzdrucker der Baudirektion wurden durch kollektive Multifunktionsdrucker ersetzt. Die Kreditorenprozesse der Baudirektion wurden ins Buchungszentrum der Finanzdirektion ausgelagert. Im Rahmen des Sanierungsprogrammes San10 sind die Leistungen der gesamten Baudirektion als Grundlage für weitere Kostensenkungsmassnahmen analysiert worden.	2012
E2	Teilrevision Planungs- und Baurecht Verzögert Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt von 2009 auf 2010 verschoben. Die Vernehmlassungen zu den drei Teilprojekten Verfahren und Rechtsschutz, Parkierungsregelungen und publikumsintensive Einrichtungen sowie hindernisfreies Bauen wurden durchgeführt. Die Vernehmlassungsfrist wurde auf Antrag verschiedener Vernehmlassungsteilnehmer (darunter der Gemeindepräsidentenverband) von Ende Oktober auf Ende Dezember des Berichtsjahres verlängert. Die Auswertung der Vernehmlassung und die Anträge an den Kantonsrat sind für 2010 geplant. Das Projekt Private Kontrolle wird separat weitergeführt und soll voraussichtlich ebenfalls 2010 abgeschlossen werden. Zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) ist ein Entwurf über ihre mögliche Umsetzung im Kanton Zürich erarbeitet worden. Der weitere Verlauf ist offen, bis Klarheit über den Beitritt des Kantons Zürich zur IVHB herrscht.	2009
E3	Umsetzung Personalpolitik und Personalmanagement-Strategie Planmässig Die verschiedenen Teilprojekte verlaufen planmässig.	2011
E4	Umsetzung Controllingkonzept / Indikatorenbewirtschaftungssystem Verzögert Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt von 2009 auf 2010 verschoben. Die vielen übergeordneten Neuerungen im Bereich Rechnungslegung und Controlling verlangsamten die eigenen Neuerungsprojekte. Für das Indikatorenbewirtschaftungssystem ist die Ausschreibung Ende des Berichtsjahres erfolgt. Die Einführung ist für das 2. Quartal 2010 geplant.	2009
E5	Erarbeitung und Umsetzung Strategie Nachhaltige Entwicklung Verzichtet Die «Strategie Nachhaltige Entwicklung Kanton Zürich» wurde gemäss RRB Nr. 435/2007 erarbeitet und dem Regierungsrat im Januar des Berichtsjahres zum Beschluss vorgelegt. Der Regierungsrat beschloss, auf den Antrag nicht einzutreten.	2012

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14,9	15,2	15,6	0,4
Aufwand	–46,7	–46,9	–46,4	0,5
Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	–18,0	–18,0	–18,0	0,0
Saldo	–31,8	–31,7	–30,8	0,9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0,5	–2,6	–0,1	2,5
Saldo	–0,5	–2,6	–0,1	2,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	87,4	91,2	88,3	–2,9

Erfolgsrechnung

- +0,6 Geringerer Aufwand für Stabsleistungen vor allem aufgrund von geringerem Personalaufwand (Geringerer Beschäftigungsumfang)
- +0,2 Höherer Nettoertrag für Baubewilligungen

Investitionsrechnung

- +1,6 Keine Anschaffung von Multifunktionsdruckern (sondern Miete)
- +1,0 Keine Ausgaben für Software über der Aktivierungsgrenze von Fr. 200 000

Personal

- 2,1 Vakanzen
- 1,8 Transfer der Kreditorenbuchhaltung mit zwei Stellen in die Finanzdirektion (pro rata für elf Monate)
- +1,0 Befristete Erhöhung des Beschäftigungsumfangs in der Personalabteilung für die Integration des Personalwesens vom Amt für Landschaft und Natur

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle 3 Jahre)	min.	77%	–	–	–
W2	Arbeitnehmerszufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre)	min.	–	70%	–	–
W3	Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern)	min.	85%	80%	86%	6%
Leistungen						
L1	Einhaltung der gesetzlichen Behandlungsfrist von 60 Tagen für Rekurse und Aufsichtsbeschwerden	min.	82%	90%	97%	7%
L2	Controllingunterstützung der Ämter (Anteil der Arbeitsstunden für die Unterstützung der Leistungsgruppen)	min.	71%	–	–	–
L3	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration / Benchmark: schlanke Organisation >100)	min.	129	115–120	122	2
L4	Anzahl betreuter Informatikarbeitsplätze pro Supporterstelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut >150)	min.	192	180	205	25
L5	Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche	min.	82%	80%	81%	1%
L6	Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen	min.	95%	90%	78%	–12%
L7	Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1–3%)	min.	1,1%	1,3%	1,3%	0%
Abweichungsbegründungen						
W2	Der Indikator wird nur noch alle 3 Jahre erhoben. Die nächste Erhebung findet im Herbst 2010 statt.					
L2	Der Indikator wird nicht mehr erhoben (vgl. KEF 2009–2012 und KEF 2010–2013).					
L4	Die Anzahl Informatikarbeitsplätze in der Baudirektion hat zugenommen. Gleichzeitig konnten durch Automatisierung pro Supporter mehr Arbeitsplätze betreut werden.					
L6	Bei insgesamt 37 Vorhaben konnten die Beurteilungen in acht Fällen nicht fristgerecht abgeschlossen werden. Bei äusserst komplexen und strittigen Vorhaben (z. B. Nordumfahrung Zürich, Autobahnzubringer Obfelden/Ottenbach, Ausbau Parkieranlagen Flughafen Zürich) benötigten die Fachstellen mehr Zeit für ihre Mitberichte. Die Verantwortlichen waren zu jeder Zeit über den Stand des Verfahrens informiert und es resultierten keine negativen Auswirkungen für die Projekte.					
Rücklagen						
	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand	
Rücklagen	398 703	–203 114	150 000	345 589	–53 114	

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 203 114

- davon Fr. 99 416 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 81 803 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 21 895 übrige Personalbelange

Bildung von Rücklagen 2009: Fr. 150 000

Im Berichtsjahr haben verschiedene Projekte (Einführung IPSAS, Aufbau Anlagenbuchhaltung, Sytemintegration SAP) zu Mehraufwand geführt. Gleichzeitig waren in verschiedenen Abteilungen Personalstellen temporär vakant. Das bestehende Personal konnte den damit verbundenen Mehraufwand durch ausserordentlichen Einsatz ohne Beizug externer Ressourcen bewältigen. Von den dadurch entstandenen Gleitzeitsaldi sind über 700 Stunden entschädigungslos verfallen.

8100 Hochbauamt

Hauptereignisse

Planung und Bau

Das Auftragsvolumen mit einer hohen Anzahl von Aufträgen unterschiedlicher Komplexität und Grösse war im vergangenen Jahr in etwa konstant; insgesamt betrug das Planungs- und Bauvolumen der Direktionen rund 245 Mio. Franken. Dazu kommen die Vorhaben der Beamtenversicherungskasse sowie der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule (PHZH).

Die Leistungsanforderungen sind infolge der Vorgaben aus der neuen Rechnungslegung gemäss dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) und der Finanzcontrollingverordnung (FCV), in Anlehnung an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS), gestiegen.

Public Private Partnership (PPP) – ähnliche Projekte wie zum Beispiel die Vorhaben für die ZHdK und der PHZH erfordern insbesondere aufgrund der komplizierten Bauherrenverhältnisse weiterhin einen hohen, zusätzlichen Betreuungsaufwand des Hochbauamtes.

Für das Grossprojekt Polizei- und Justizzentrum (PJZ) ist die Baueingabe erfolgt und die Baubewilligung liegt vor. Die eingereichten Rekurse sind in Bearbeitung. Das konsolidierte Bauprojekt mit detailliertem Kostenvoranschlag wurde durch die beteiligten Nutzer und die auftraggebenden Direktionen testiert.

Beiträge und Beratung

Die Anzahl der behandelten Staats- und Fondsbeitragsgesuche ist mit rund 400 Antragsdossiers, bedingt durch den Rückgang der hohen Anzahl von Anträgen im Bereich Kindergärten und Kindertagesstätten, etwas tiefer als im Vorjahr. Die Investitionskosten der darin enthaltenen 270 Projekte für einen Staats- bzw. Fondsbeitrag von rund 491 Mio. Franken.

Kunstsammlung Kanton Zürich

Die zweite Standortüberprüfung des Kunstinventars konnte abgeschlossen werden. Es traten keine erwähnenswerten Probleme auf. Parallel dazu wurden in öffentlichen Zonen kantonal genutzter Gebäude insgesamt 60 Kunstgestaltungsprojekte umgesetzt (aus Beständen der Kunstsammlung des Kantons Zürich).

Innere Veränderungen

Um bei einer zukünftig steigenden Zahl komplexer Bauprojekte, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen (Universitätsspital Zürich, 5. Etappe Universität Zürich-Irchel, Hochhaus Kantonsspital Winterthur, eventuell Neubau Kinderspital), die Steuerungsfähigkeit trotz verfügbarem Personalstopp steigern zu können, sind die Rezertifizierung des Qualitäts- und Umweltmanagementsystems erlangt und ein dritter Baubereich geschaffen worden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Gesamtes Hochbauamt: Zentrales Baufachorgan für kantonale Hochbauten, staatsbeitragsberechtigte Bauten und Kunstsammlung Kanton Zürich</p> <p>Die erstmalige Erstellung des Management Reviews HBA (2008) ermöglicht die Erhebung von Leistungsdaten und Wirkungsindikatoren (Input-Output-Betrachtung).</p>
A2	<p>Planung und Bau: Projektmanagement / Bauherrschaft für Neu- und Umbauten, Erneuerungen im Auftrag der Fachdirektionen</p>
A3	<p>Werterhaltung: Unterhaltsplanung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens im Auftrag der für die Bewirtschaftung zuständigen Organisationseinheiten</p> <p>Durch die systematische Erhebung risikobehafteter Bauteile in den Betriebsliegenschaften (Abschluss Frühjahr 2010) wurden die Grundlagen für deren periodische Überwachung erarbeitet.</p>
A4	<p>Begutachtung: Beurteilung der staatsbeitragsberechtigten Vorhaben aus baulicher Sicht im Auftrag der Fachdirektionen</p> <p>Stellungnahmen und Gutachten betreffend Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit sowie Beitragsberechtigung und Beitragshöhe. Gleichartige Beurteilung von Beitragsgesuchen zulasten des Lotteriefonds (zuhanden Finanzdirektion)</p>

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	<p>Bereitstellung staatlicher Hochbauten zu angemessenen Kosten, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, städtebaulicher, architektonischer und ökologischer Anliegen</p> <p>Planmässig</p> <p>Für alle grösseren Projekte des Hochbauamtes wird ein Wettbewerb durchgeführt. Neben der städtebaulichen und architektonischen Beurteilung durch die Jury werden für die Finalisten auch vertiefte Vorprüfungen zu den Kosten und den energetischen und ökologischen Anforderungen durchgeführt. Das Immobilienamt ist in der Jury vertreten. Für alle Projekte, auch diejenigen ohne Wettbewerb, gelten die Vorgaben aus dem zertifizierten Qualitätsmanagement und Umweltmanagement (ISO 9001 und 14001). Ein endgültiger Baustandard für den Kanton Zürich, beruhend auf dem Factsheet «Nachhaltiges Bauen», ist geplant.</p>	laufend
E2	<p>Erstellen von Neubauten nach Minergie-Standard oder höherwertigem Standard, Umbauten entsprechend den Möglichkeiten nach Minergie-Standard (LZ RR 9.3)</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 9.3</p>	2011
E3	<p>Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz</p> <p>Planmässig</p> <p>Von den 42 kantonseigenen Energiegrossverbrauchern sind für vier Areale kantonale Zielvereinbarungen abgeschlossen (53% des Energiebedarfes).</p>	laufend
E4	<p>Steigern des Anteils von Recyclingbaustoffen</p> <p>Planmässig</p> <p>Bei Betonanwendungen wird konsequent nur Recyclingbeton angewendet. Der Anteil an Recyclingzuschlagstoffen kann noch gesteigert werden. Die technischen Grundlagen dazu (SIA-Merkblatt) sind seit Ende des Berichtsjahres vorhanden, ein Merkblatt ist in Vorbereitung. In Zusammenarbeit mit dem Verein Eco-Bau werden Baustoffe ohne umweltschonende Entsorgung (Recycling, vollständige Verbrennung oder unschädliche Lagerung) von einer ökologischen Kennzeichnung ausgeschlossen. Das Hochbauamt verwendet grundsätzlich nur ökologisch gekennzeichnete Baustoffe. Eine direkte Förderung von Recyclingbaustoffen besteht nicht.</p>	laufend

E5	Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, unter Federführung des Immobilienamtes, Investitionsstrategie Planmässig Im Rahmen des Nettoinvestitionsvolumens werden bauliche Investitionen in die energetische Verbesserung der kantonalen Betriebsliegenschaften zur Schonung der Energiereserven, zur Entlastung der Umwelt und zur Kostenreduzierung getätigt.	laufend
E6	Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten (LZ RR 8.7) Planmässig Der vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Bauten wird in allen Bauvorhaben Rechnung getragen. Sie wird im Rahmen der öffentlichen Wettbewerbsverfahren laufend sichergestellt.	2011

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,1	4,8	0,8	–4,0
Aufwand	–18,7	–20,8	–20,2	0,6
Saldo	–18,5	–16,0	–19,4	–3,4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	100,0	108,8	104,4	–4,4

Erfolgsrechnung

- 4,0 Weniger Erträge für Leistungen des Hochbauamtes: Das Budget beruhte auf der Annahme, dass sämtliche Leistungen zu einem branchenähnlichen Honoraransatz (KBOB-Tarif ohne Zuschlag für Gewinn und Risiko) verrechnet werden können. Mit Beschluss vom 25. November 2009 (RRB-Nr. 1860/09) wurde aber festgelegt, dass nur die aktivierbaren Leistungen und diese wiederum nur zum internen Personalkostensatz verrechnet werden können.
- +0,4 Geringerer Personalaufwand aufgrund von geringerem Beschäftigungsumfang
- +0,3 Geringerer Informatikaufwand infolge verzögerter Einführung des neuen Baukosten-Management-Systems

Personal

- 4,4 Vakanzen infolge verzögerter Wiederbesetzungen verschiedener Stellen

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Anzahl abgeschlossener Bauprojekte >1 Mio. Franken	P	–	20	–	–
W2	Volumen abgeschlossener Bauprojekte >1 Mio. Franken	P	–	100	–	–
W3	Abweichung Baukosten vs. Kreditsumme (Unterschreitung) Mio. Franken	P	–	2	–	–
W4	Unterschreitung Bauabrechnung vs. Kreditsumme in %	P	–	3	–	–
Leistungen						
L1	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung) Total	P	596	650	756	106
L2	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung) 50 000–3 Mio. Franken (Anlagekosten)	P	520	580	622	42
L3	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung) >3 Mio.–20 Mio. Franken (Anlagekosten)	P	51	45	97	52
L4	Anzahl Projekte in Bearbeitung (Planung und Ausführung) >20 Mio. Franken (Anlagekosten)	P	25	25	37	12
L5	Umsatz Bauvolumen Total Mio. Franken	P	283	350	245	–105
L6	Anzahl abgeschlossener Verträge (Dienstleistungs- und Werkverträge)	P	2 758	3 000	2 622	–378
L7	Anzahl bearbeiteter Rechnungen	P	18 159	20 000	16 989	–3 011
L8	Anzahl bearbeiteter Planerwettbewerbe	P	7	6	7	1
L9	Beiträge und Beratungen, Anzahl bearbeiteter Staatsbeitragsgesuche	P	465	450	400	–50
Abweichungsbegründungen						
W1–W4	Aufgrund der Neustrukturierung der Daten- und Leistungserfassung sind die Indikatoren neu festgelegt und verfeinert worden. Aus diesem Grund sind die Wirkungsindikatoren W1–W4 für das Jahr 2009 nicht mehr erhoben worden. Die bisherigen Aussagen sind neu in den Indikatoren L1–L4 in verbesserter Form enthalten.					
L1–L4	Die Anzahl bearbeiteter Projekte in der Projektphase der Planung hat über alle Projektkategorien stark zugenommen.					
L5–L7	Die bearbeiteten Projekte in der Projektphase der Realisierung haben entgegen dem Planungsvolumen abgenommen. Demzufolge sank der Umsatz im Bauvolumen und entsprechend wurden weniger Verträge und Rechnungen abgeschlossen bzw. bearbeitet.					
L9	Die Anzahl der behandelten Staats- und Fonds-Beitragsgesuche ist mit rund 400 Antragsdossiers, bedingt durch den Rückgang der hohen Anzahl von Anträgen im Bereich Kindergärten und Kindertagesstätten, etwas tiefer als im Vorjahr.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	548 588	–379 767	0	168 821	–379 767

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 379 767

- davon Fr. 130 290 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 68 805 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 180 672 Übriges (u. a. Westfest)

8300 Amt für Raumordnung und Vermessung

Hauptereignisse

Nach einer Amtszeit von fast 18 Jahren hat der bisherige Kantonsplaner Dr. Christian Gabathuler auf Anfang Oktober des Berichtsjahres die Leitung des Amtes an Dipl.-Ing. Wilhelm Natrup übergeben. Der neue Kantonsplaner ist studierter Raumplaner und blickt auf eine 25-jährige Berufserfahrung in der Privatwirtschaft zurück.

Archäologie und Denkmalpflege

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Rettungsgrabungen und Baubegleitungen durchgeführt. So wurden die Untersuchungen im römischen Vicus von Oberwinterthur abgeschlossen. Weiter wurden mittelbronzezeitliche Gräber und eine jungsteinzeitliche Moorsiedlung im Zuge der Golfplatzenerweiterung Otelfingen untersucht sowie Grabungen beim heutigen Obergericht in Zürich ausgeführt. Beispiele für denkmalpflegerische Begleitungen sind der Wiederaufbau des Zunfthauses Zimmerleuten und die Vorbereitungsleistungen für den Wettbewerb zur Neunutzung der Klosterinsel Rheinau. Im Weiteren wurde im Mai die Studiensammlung archäologischer Funde in Dübendorf und im September das «Alterthümermagazin» der Denkmalpflege offiziell eröffnet (gemeinsam mit der Stadtzürcher Fachstelle).

Raumplanung

Die Anhörung zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans sowie zur Teilrevision des kantonalen Richtplans Flughafen Zürich wurde eingeleitet. Die Ziele der Raumordnungspolitik flossen in die Metropolitankonferenz Zürich ein. Für die Schlüsselgebiete Kloten-Flughafenkopf und Flugplatzareal Dübendorf wurden Testplanungsverfahren durchgeführt und ausgewertet. Die Teilrevision des kantonalen Richtplans in den Bereichen Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung hat der Kantonsrat am 24. November festgesetzt. Im Rahmen der Standortwahl eines geologischen Tiefenlagers erfolgte eine intensive Mitarbeit bei der Konsolidierung der Beurteilungsmethodik sowie bei der Abgrenzung der Planungspereimeter.

Mit der Erarbeitung der Schutzverordnungen Aeugst a.A. und Bachtel wurden für den Landschaftsschutz auf Nutzungsplanungsstufe die erforderlichen Revisionen gemäss kantonalem Richtplan vorangetrieben. Durch die angestrebte innere Verdichtung im Siedlungsgebiet steigt die Komplexität von Planungsvorhaben. Dies bestätigt die stetige Zunahme von privaten und öffentlichen Gestaltungsplänen sowie Festsetzungen von Planungszonen über Arbeitsplatzgebiete. Dieser Trend stellt sowohl die Gemeinden als auch das Amt für Raumordnung und Vermessung vor grosse fachliche, zeitliche und finanzielle Herausforderungen.

Vermessung, GIS und Datenlogistik

Mit RRB Nr. 58/2008 hat der Regierungsrat die Baudirektion beauftragt, ein kantonales Geoinformationsgesetz auszuarbeiten. Das Amt für Raumordnung und Vermessung hat unter Beizug von internen und externen Fachleuten bis im Frühjahr des Berichtsjahres einen Entwurf erstellt. Von Mai bis August im Berichtsjahr fand die öffentliche Vernehmlassung statt. Der Entwurf ist auf sehr hohe Zustimmung gestossen. Der überarbeitete Entwurf wurde Anfang November vom Projektausschuss verabschiedet und wird dem Regierungsrat voraussichtlich im ersten Quartal 2010 zum Beschluss und zur Antragstellung an den Kantonsrat vorgelegt.

Die Nachfrage nach gegenwärtigen Geoinformationen in Verwaltung und Wirtschaft hält weiterhin an. Im GIS-Browser können inzwischen über 120 thematische Ebenen auf einfache Art abgerufen werden. Die Datenlogistik Zürich hat im Oktober des Berichtsjahres die ISO-Zertifizierung 9001 und 27001 über ihre Tätigkeitsbereiche erlangt. Das Gesetz und die Verordnung für die Datenlogistik Zürich wurden im Berichtsjahr erarbeitet und gehen 2010 in die Vernehmlassung bei den anderen Direktionen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Raumplanung (Orts-, Regional- und Kantonalplanung): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raubeobachtung und -controlling
A2	Vermessung/Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunktnetz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
A3	Kulturelles Erbe (Archäologie und Denkmalpflege): Inventarisierung, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Schutzmassnahmen, Bauberatung, Untersuchungen, Begutachtungen, Studiensammlung / Bauteilelager

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des Kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen (LZ RR 8.1) Planmässig Die Anhörung wird Mitte Januar 2010 abgeschlossen. Grundlagen für die Auswertung werden erarbeitet. Anschliessend erfolgt die Festlegung des weiteren Vorgehens.	2012
E2	Erarbeitung Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf und Festsetzung entsprechender Rahmenbedingungen (LZ RR 8.2) Planmässig Das Testplanungsverfahren ist abgeschlossen und die Grundsatzentscheide in Vorbereitung.	2012
E3	Langfristige Erhaltung der Fruchtfolgefläche von 44 000 ha als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft Planmässig Das Thema wird in die Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eingebunden. Die öffentliche Auflage dazu findet im zweiten Halbjahr 2010 statt.	2012
E4	Revision Bauordnungsrecht, Gesetzesvorlage an Kantonsrat Verzögert Ein Entwurf über die mögliche Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zürich liegt vor. Die Entscheidungsgrundlagen werden dem Kantonsrat im Laufe des Jahres 2010 vorgelegt. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunkts von 2009 auf 2010 verschoben.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5,5	4,4	4,8	0,4
Aufwand	–23,9	–24,1	–24,2	–0,1
Abschreibungen und Zinsen	–1,7	–1,6	–1,5	0,1
Staatsbeiträge	–0,2	–0,3	–0,2	0,1
Saldo	–18,4	–19,7	–19,4	0,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,6	0,6	0,4	–0,2
Ausgaben	–1,8	–2,3	–1,4	1,0
Saldo	–1,2	–1,7	–1,0	0,7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	101,6	102,3	103,4	1,1

Erfolgsrechnung

+0,5 Höherer Ertrag aus Vermessungsleistungen

Investitionsrechnung

+0,6 Tiefere Informatikinvestitionen durch Projektverzögerungen in der Datenlogistik

Personal

+1,1 Höherer Beschäftigungsumfang aufgrund von Stellvertretungen und Überschneidungen im Zuge der Nachfolge von pensionierten Mitarbeitenden

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Bauzonenbeanspruchung in m ²	max.	121,2	117	118,7	-1,7
W2	Bauzonenmanagement in ha	max.	10	10	8,70	1,3
W3	Bauzonenverbrauch in ha	max.	153,1	135	151,40	-16,40
W4	Kundenbeziehungen Datenmanagement	min.	61	55	252	197
W5	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse	min.	154	85	119	34
W6	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers	min.	460 000	370 000	656 000	286 000
W7	Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes	min.	900	300	1 048	748
W8	Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten	min.	1 545 571	1 300 000	1 956 000	656 000
W9	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen / in Arbeit	min.	140/30	148/23	148/23	-/-
W10	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten / ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten (in %)	min.	63/20	65/15	68/14	3/-1
W11	Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum; Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in %	min.	85,9	-	-	-
W12	Kundenzufriedenheit Denkmalpflege; Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in %	min.	87	70	75	5
W13	Kundenzufriedenheit Archäologie; Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» in %	min.	100	70	99	29
W14	Fruchtfolgefläche (FFF) gemäss Sachplan des Bundes in ha	min.	-	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl Beteiligungen an Kooperationsprojekten	min.	8	8	8	-
L2	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen/ gesamthaft (in %)	min.	97/82	96/85	98/87	2/2
L3	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche in % (Lagefixpunktnetz / Höhenfixpunktnetz)	min.	100/60	100/80	100/65	-/-15
L4	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: nach Aufwandgruppen	min.	52/67/75	55/70/50	57/68/51	2/-2/1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum in %	min.	94,6	100	99,2	-0,8
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH in %	min.	104,1	100	75,9	-24,1

Abweichungsbegründungen

W3	Der Bauzonenverbrauch pendelt sich seit 2006 bei rund 150 ha pro Jahr ein. Die Gemeinden mit den grössten Verbräuchen im Jahr 2008 (> 4 ha): Zürich 8 ha, Uster 7,4 ha, Winterthur 7 ha, Pfungen 5,4 ha, Neftenbach 4,8 ha, Volketswil 4,7 ha, Pfäffikon 4,3 ha
W4	Die Umsetzung der Projekte «Gabmo» (Verwaltung von Gebäudeadressen) und GWR ZH (Gebäude- und Wohnungsregister) ist schneller als geplant fortgeschritten, mit entsprechender Zunahme der Kundenbeziehungen.
W5	Die planmässige Stilllegung einer Schnittstelle hat sich weniger stark als budgetiert auf die Anzahl der Anschlüsse ausgewirkt.
W6/W7	Die Zunahme der Anzahl Datentransfers und des Volumens ist durch intensivere Nutzung der Dienstleistungen auf breiter Front begründet.
W14	Die Baudirektion hat 2008 das Amt für Landschaft und Natur (ALN) gemeinsam mit dem Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV) beauftragt, eine Übersicht zu den derzeit verfügbaren FFF, gegliedert nach ihrer Nutzungseignung, zu erstellen. In einem ersten Schritt wurden unter Berücksichtigung sämtlicher verfügbarer aktueller Raumdaten für jede einzelne Gemeinde Karten hergestellt, welche die Böden nach ihrer Nutzungseignung und damit ihrer Eignung als FFF ausweisen. In einem zweiten Schritt wurden diese Arbeitskarten von Sommer bis Herbst 2009 durch externe Fachleute und mit Unterstützung der Gemeinden im Feld überprüft und die Korrekturen auf den Karten markiert. Die Datenauswertung dieser Feldüberprüfung ist aufwendig und dauert noch bis Ende Februar 2010. Bis zur öffentlichen Auflage des revidierten Richtplans, die für den Sommer 2010 vorgesehen ist, wird indessen der genaue Stand der FFF im Kanton Zürich feststehen.
B2	Gemäss RRB 1766 vom 28. November 2007 fällt bei der Datenlogistik ZH die jährliche Entschädigung des Statistischen Amtes von Fr. 400 000 weg. Die Entschädigung steht im Zusammenhang mit dem Betrieb des Gebäude- und Wohnungsregisters des Kantons Zürich. Der vorgegebene Kostendeckungsgrad von 100% der Datenlogistik kann laut zitiertem RRB im Umfang dieser Fr. 400 000 unterschritten werden. Der Aufwandüberschuss der Datenlogistik per 31. Dezember 2009 beträgt rund Fr. 397 000.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	440 363	-180 763	0	259 600	-180 763

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 180 763.25

- davon Fr. 99 448.25 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 81 315 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA

Bildung von Rücklagen 2009:

Es wird keine Bildung von Rücklagen beantragt.

8400 Tiefbauamt

Hauptereignisse

Bau und bauliche Anpassung der Strasseninfrastruktur

Im Nationalstrassenbereich erfolgten die Hauptarbeiten an den im Berichtsjahr eröffneten Strecken Uetlibergtunnel und Nationalstrasse im Knonaueramt. Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes, die zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen (wie die Sanierung von Unfallschwerpunkten), und der Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen.

Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes

Im Vordergrund stand auch im Berichtsjahr der Betrieb und Unterhalt der Staats- und Nationalstrassen (Bundesauftrag) mittels einer kostenoptimierten Organisation. Das Strasseninspektorat konnte den für die Volkswirtschaft des Kantons wichtigen Verkehrsfluss jederzeit gewährleisten.

Verkehrstechnik Strasse

Neben dem Betrieb aller elektromechanischen Anlagen auf Staats- und Nationalstrassen im Kanton sind unter anderem folgende Projekte bearbeitet worden: Westumfahrung Zürich, Nordumfahrung Zürich, Gubristtunnel, regionale Verkehrsmanagementsysteme, Rettungskonzepte, übergeordnetes Leitsystem (UeLS), Verkehrsdatenaustausch mit den Städten (City-Link), Breitbandkommunikationsnetz (BKN) und verschiedene Verkehrs- und Systemüberwachungsanlagen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und -ausbauten, einschliesslich Brücken
A2	Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3	Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Bau: Vervollständigen des beschlossenen Autobahnnetzes zur Entlastung der Bevölkerung in den grösseren Siedlungsräumen Planmässig Eröffnung des Uetlibergtunnels sowie der Autobahn im Knonaueramt im Berichtsjahr	2020
E2	Bau: Vervollständigen des Velowegnetzes zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen Planmässig Immer häufiger Verzögerungen durch Einsprachen und Rekurse	2020
E3	Bau: Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen (Einhaltung der eidg. Lärmschutzvorschriften). (LZ RR 8.6) Planmässig Im Februar hat der Regierungsrat die Strassenlärmsanierung in den Regionen Knonaueramt, Limmattal und Flughafen beschlossen. Die Sanierungsarbeiten in diesen Regionen sind im Gange. Die Anträge an den Regierungsrat für weitere drei Regionen (Irchel, Oberland Nord und Seeufer rechts Nord) liegen vor.	2018

E4	Bau: Erneuerung nicht mehr genügend tragfähiger Strassenoberbauten, besonders innerorts und an Kreuzungen (Unfallschwerpunkte) Planmässig Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die geplanten Projekte erfolgreich abgewickelt werden.	2010
E5	Unterhalt: Keine Zustandsverschlechterung bei Staatsstrassen ausserorts sowie bei Einrichtungen zur Regelung des Verkehrs Planmässig Dank grossem Einsatz konnte eine Zustandsverschlechterung vermieden werden.	dauernd

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	282,3	329,5	343,8	14,3
Beiträge vom Bund	14,5	45,4	31,9	-13,5
Übertrag aus Strassenfonds	213,3	244,2	245,3	1,1
Übrige Erträge	54,6	39,9	66,5	26,6
Aufwand	-282,3	-329,5	-343,8	-14,3
Abschreibungen und Zinsen	-122,5	-106,5	-114,2	-7,8
Betriebsaufwand	-159,7	-223,0	-229,5	-6,5
Saldo	0,1	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1,2	149,7	156,1	6,4
Ausgaben	-73,0	-306,3	-264,2	42,0
Saldo	-71,8	-156,6	-108,1	48,5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	407,6	439,2	422,7	-16,5

Erfolgsrechnung

Der Saldo der Erfolgsrechnung ist immer null, da die Aufwendungen des TBA zu 100% durch den Strassenfonds finanziert werden.

Der Budgetkredit betrug 244,2 Mio. Franken. Der Übertrag aus dem Strassenfonds betrug 245,3 Mio. was zu einer Überschreitung des Budgetkredites von 1,1 Mio. oder 0,46% geführt hat.

Innerhalb des Aufwandes und des Ertrages gab es grössere Verschiebungen. Diese heben sich jedoch gegenseitig sowohl betragsmässig als auch ursachenmässig wieder auf und sind daher saldoneutral.

Investitionsrechnung

+48,5 Infolge Projektverzögerungen im Staatsstrassenneubau konnte das Investitionsbudget nicht ausgeschöpft werden. Dies vor allem wegen Einsprachen und Rekursen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken.

Personal

- 16,5 Tieferer Beschäftigungsumfang infolge nicht besetzter Stellen. Dies vor allem, weil Spezialistenstellen noch nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten und Stellen bei der normalen Fluktuation zeitweise unbesetzt waren.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen					
W1 Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 2,5 %)	max.	1,0%	2,5 %	1,1%	-1,4%
W2 Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1,5 %)	max.	1,3%	1,5%	1,3%	-0,2%
W3 Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 3,5%)	max.	-	4,1%	4,28%	0,18%
W4 Mitteleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerkserhaltung), Soll: rund 50 Mio. Franken für Strassen sowie 9 Mio. für Kunstbauten (TBA + VIS)	P	62,9 Mio.	88,1	73,5 Mio.	14,6 Mio.
Wirtschaftlichkeit					
B1 Rund 92% der Ausgaben des Tiefbauamtes sind Fremdleistungen, die unter Konkurrenz offeriert und nach den Vergabekriterien normalerweise an den wirtschaftlich günstigsten Bewerber in Auftrag gegeben werden.					
Abweichungsbegründungen					
W1 Der Miteinbezug der Stützmauern und Lärmschutzwände (Erfassungsarbeiten 2009–2010) hat entgegen der Budgetannahme 2009 zu keiner wesentlichen Erhöhung des Indikatorwertes geführt.					
W4 Geringerer Mitteleinsatz als budgetiert infolge von Projektverzögerungen					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 299 180	-609 760		1 689 420	-609 760

Bestandeskorrektur Rücklagen

- Bestand am 31.12.2008 gemäss Geschäftsbericht 2008: Fr. 2 149 486
- + Zugang vom Amt für Verkehr, Volkswirtschaftsdirektion infolge Reorganisation: Fr. 211 394
- Abgang infolge Umgliederung der Abteilung Gestaltung und Bepflanzung in das Amt für Landschaft und Natur: Fr. 61 700
- = Bestand am 31.12.2008 gemäss Geschäftsbericht 2009: Fr. 2 299 180

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 609 760

- davon Fr. 372 821 für Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 65 330 für Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA
- davon Fr. 171 609 für übrigen Personalaufwand

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hauptereignisse

Neben den Hauptereignissen, die im Baudirektionsteil genannt wurden und damit hier nicht mehr wiederholt werden, sind noch folgende wichtige Geschäfte, Projekte und Ereignisse zu nennen:

Massnahmenplan Luftreinhaltung: Verbesserung der Luftqualität durch Nutzung des technischen Fortschritts

40% der Zürcher Bevölkerung leben in Gebieten, in denen die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung noch nicht eingehalten sind. Mit einer Neuauflage des Massnahmenplans Luftreinhaltung soll die Luftqualität weiter verbessert werden. Durch Nutzung des technischen Fortschritts sollen insbesondere Russemissionen aus Dieselmotoren und Verbrennungsprozessen vermindert werden.

Änderung von Besondere Bauverordnung I und Allgemeine Bauverordnung auf Mitte Jahr

Am 1. Juli im Berichtsjahr sind die Änderungen der Besonderen Bauverordnung I und Allgemeinen Bauverordnung in Kraft gesetzt worden. Damit wurde der zulässige Energiebedarf von Neubauten für Heizung und Warmwasser um einen Drittel gesenkt. Neubauten dürfen jährlich höchstens 48 Kilowattstunden Wärme pro Quadratmeter beheizte Fläche verbrauchen. Dies entspricht 4,8 Liter Heizöl. Der Kanton kommt damit seinen energie- und klimapolitischen Zielen einen weiteren Schritt näher.

Wärmenutzungsatlas ab Sommer 2010 für die Öffentlichkeit zugänglich

Die Vorbereitungsarbeiten für einen umfassenden Atlas zur Wärmenutzung des Untergrundes und des Grundwassers sind abgeschlossen. Der Wärmenutzungsatlas wird ab Juli 2010 über das Internet für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Geothermische Nutzung des Tiefengrundwassers im Raum Triemli

Am 8. Juli hat der Regierungsrat dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich das Recht verliehen, dem Tiefengrundwasser im Raum Stadtspital Triemli Wärme zu entziehen und diese zu Heizzwecken zu verwenden. Beruhend auf den Erkenntnissen der ersten Tiefenbohrung, soll ein endgültiges Betriebskonzept für eine zukunftsweisende Energienutzung erarbeitet werden.

Hochwasserschutz Reppischhof, Dietikon

Im Bereich zwischen Dietikon und Bergdietikon bildet die Reppisch die Kantonsgrenze zwischen den Kantonen Zürich und Aargau. Beidseits dieses Reppischabschnittes sind Bahn-, Gewerbe- und Industrieanlagen hochwassergefährdet. Die Bauarbeiten für ein kantonsübergreifendes Gemeinschaftsprojekt zum entsprechenden Hochwasserschutz konnten gestartet werden (Kostenanteil Kanton Zürich: 2,8 Mio. Franken).

Gewässerunterhalt

Eine erste Phase der Werkhofzusammenlegung wurde programmgemäss umgesetzt. Dabei gilt es, die personell schwach dotierten Gruppen zu grösseren Betriebseinheiten zusammenzuführen. In dieser Phase wurden die Gruppen Oberrieden und Betzholz zum Betrieb «See/Oberland» mit Standort Betzholz sowie die Gruppen Rämismühle, Hettlingen und Bauma zum Betrieb «Töss» mit vorläufigem Standort Hettlingen zusammengeführt. Eine erste Phase der Werkhofzusammenlegungen konnte umgesetzt werden.

Hochwasservorhersagesystem

Das vorläufig besonders für das Einzugsgebiet der Sihl entwickelte Hochwasservorhersagesystem IFKIS hat seinen Probetrieb bestanden. Das kleinere Hochwasser vom vergangenen Juli konnte zwei Tage im Voraus prognostiziert werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das AWEL strebt einen nachhaltigen Umgang mit Abfall sowie mit den natürlichen Ressourcen, Wasser, Energie und Luft an und trägt dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung. Es vollzieht seine Aufgaben im öffentlichen Interesse gemäss dem gesetzlichen Auftrag, dem Stand der Technik und dem Verhältnismässigkeitsgebot. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kundenorientiert und bieten kompetente Auskunft.	
----	---	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

E1	Eigentümerstrategie Strom neu festlegen (LZ RR 10.2) Verzögert Durch die unsicheren rechtlichen Grundlagen für die Strommarktliberalisierung hat sich dieser Entwicklungsschwerpunkt verzögert. Das auf den 1. Januar des Berichtsjahres vom Bund in Kraft gesetzte Stromversorgungsgesetz (StromVG) wird bereits revidiert.	bis 2009
E2	Neuregelung Beteiligung Tankanlage Rümlang Planmässig Im Februar des Berichtsjahres konnte der neue Partnervertrag zwischen den Eigentümern des Tanklagers unterzeichnet werden. Gleichzeitig wurden die neuen Statuten und das neue Organisationsreglement in Kraft gesetzt. Der Ausstieg des Kantons ist nun möglich. Erste Verkaufsverhandlungen wurden geführt.	2009
E3	Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beantragen (LZ RR 10.1) Planmässig Der vom Regierungsrat beantragte Rahmenkredit 2010–2019 über jährlich 4 Mio. Franken wurde vom Kantonsrat durch einen Rahmenkredit 2010–2013 über jährlich 8 Mio. Franken ersetzt.	2009
E4	Anpassung Verordnung und Vollzugsordner Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) 2008 Planmässig Wärmedämmvorschriften, Besondere Bauverordnung I und Allgemeine Bauverordnung wurden auf den 1. Juli an die MuKE 2008 angepasst.	2009
E5	Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten (LZ RR 10.3) Planmässig Die Vorlage wurde im August vom Regierungsrat verabschiedet (Vorlage 4617). Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) nimmt die Beratung im Januar 2010 auf.	2009
E6	Energetische Vorschriften anpassen zur Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich (LZ RR 9.2) Planmässig Die Massnahmen gemäss E4 sind umgesetzt. Die Vorlage «Änderung des Energiegesetzes» ist erarbeitet.	2009
E7	Energieplanungsbericht 2010 Planmässig Die Arbeiten wurden im Herbst aufgenommen.	2010
E8	Kostentransparenz in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Planmässig Die Wegleitung zum finanziellen Führungssystem der Wasserver- und Abwasserentsorgung wurde publiziert, die Schulung der Gemeindeverantwortlichen durchgeführt und eine einfache Anlagebuchhaltung durch das Gemeindeamt entwickelt. Es fand eine Überprüfung der finanziellen Situation der Wasserver- und Abwasserentsorgung in 51 Gemeinden statt.	2010

E9	Festlegung der kantonalen Fahrzeugflottenpolitik Planmässig Die Anforderungskriterien für die Flottenpolitik sowie das Instrument für die Erhebung dieser Anforderungen sind erstellt und mit der Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter Schweiz (KVV) Ost harmonisiert. 2010 sind die Einführung der Instrumente und die Harmonisierung der jährlichen Erfolgsberichte geplant.	2010
E10	Festlegung der Anforderungen an den kantonalen Trinkwasserverbund Verzögert Mit der Teilrevision des Kantonalen Richtplans Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung wurde Ende des Berichtsjahres die Struktur des Trinkwasserverbunds festgelegt. Dies ermöglicht, gestützt auf Untersuchungen zum künftigen Wasserdargebot und -bedarf sowie beruhend auf einer Risikobetrachtung, die Elemente des Trinkwasserverbunds bis Ende 2013 zu dimensionieren.	2010
E11	Vision Zürichsee 2050 Planmässig Ein Visionsentwurf liegt vor und wird zurzeit mit den Planungsregionen und Gemeinden beraten.	2010
E12	Hochwassermanagement Zürichsee–Sihl–Limmat Planmässig Die Grundlagen sind zu 90% vorhanden. Der Handlungsbedarf ist festgelegt, d. h., die Teilprojekte sind definiert und angelaufen. Die Konzeptphase ist angelaufen.	2010
E13	Gewässerraumsicherung Planmässig Die Kriterien für Ausdolungen und Renaturierung sind ausgearbeitet. Der Raumsicherungsbedarf der kantonalen Gewässer ist aufgezeigt.	2011
E14	Renaturierung von Gewässern fördern: Revision Wasserwirtschaftsgesetz WWG (LZ RR 8.3) Planmässig Die Pilotprojekte und technischen Grundlagen sind vollständig erarbeitet. Es folgt der Regierungsratsbeschluss mit dem Konzept zur Erarbeitung des Gesetzestextes.	2011
E15	Kataster der belasteten Standorte Planmässig Die Arbeiten zum Kataster der belasteten Standorte laufen nach Plan. Die Erfassung der Ablagerungs- und Unfallstandorte ist abgeschlossen. Die Erfassung der Betriebsstandorte kann auf Ende 2011 abgeschlossen werden.	2012
E16	Definition und Festsetzung der kantonalen und regionalen Grundwasserschutzareale Verzögert Die übergeordneten Grundwasserschutzareale wurden im Rahmen der Teilrevision des Kantonalen Richtplans Gewässer, Gefahren, Ver- und Entsorgung Ende des Berichtsjahres festgelegt. Dies erlaubt, gestützt auf die Erfordernisse der künftigen Trinkwassergewinnung, die Schutzareale zu konkretisieren und bis Ende 2016 festzusetzen.	2013
E17	Naturgefahrenkarten Planmässig Der Terminplan ist knapp bemessen und kann allenfalls nicht eingehalten werden.	2013
E18	Neuausrichtung der Klärschlamm Entsorgung Planmässig Im Berichtsjahr wurden als Entscheidungsgrundlage für die Standortwahl drei Vorprojekte für eine neue Monoverbrennungsanlage erarbeitet. Ende November haben sich die politisch verantwortlichen Entscheidungsträger der heutigen Klärschlamm Entsorgung dafür ausgesprochen, dass eine Monoverbrennungsanlage erstellt werden soll. Das Projekt liegt bezüglich der Zeitplanung auf Kurs.	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25,6	20,1	24,8	4,7
Aufwand	-118,7	-120,2	-123,7	-3,5
Abschreibungen und Zinsen	-59,7	-60,5	-60,5	0,0
Saldo	-93,1	-100,1	-99,0	1,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	4,9	10,9	6,3	-4,6
Ausgaben	-26,1	-41,7	-24,7	17,0
Kreditübertragungen aus 2008		-3,4		
Saldo	-21,2	-30,8	-18,5	12,4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	233,8	228,2	238,6	10,4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1,9 Durchlaufende Beiträge vom Bund an die Gemeinden an allgemeine Entwässerungspläne (GEP) waren in der Investitionsrechnung budgetiert. Aufgrund der Rechnungslegung sind diese aber über die Erfolgsrechnung zu buchen.
- +0,8 Trotz Verschärfung der Minergie-Anforderungen sind wiederum gegenüber Vorjahr mehr Minergie-Gesuche eingereicht worden (siehe Indikatoren W8 und L8). Entsprechend höher fielen die Entgelte dafür aus.
- +0,7 Die Änderung der Verrechnungsperiode (Anpassung an die neuen Rechnungslegungsvorgaben) führte zu einem ausserordentlichen Ertrag im Zusammenhang mit «Ostluft».
- +0,3 Gegenüber Budget höherer Konzessionsertrag für die Nutzung von Oberflächengewässern
- +0,6 Höherer Ertrag u. a. aufgrund der Erhöhung des für die Erhebung von Staats- und Ausfertigungsgebühren massgebenden Zeit-Mitteltarifs beruhend auf der Empfehlung zur Honorierung von Architekten und Ingenieuren der Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes (KBOB). Die Staats- und Ausfertigungsgebühren der Baudirektion betragen 80% dieses Zeit-Mitteltarifs.

Aufwand:

- 1,8 Gegenüber Budget höherer Personalaufwand. Davon waren rund 0,4 Mio. Franken Aufwendungen im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr aufgelösten Rücklagen, die nicht budgetiert werden (für Einmalzulagen usw., siehe Kapitel Rücklagen). Rund 1,4 Mio. Franken sind auf den gegenüber Budget höheren Beschäftigungsumfang innerhalb des Stellenplans zurückzuführen (siehe Abweichungsbegründung Personal).
- 1,9 Durchlaufende Beiträge vom Bund an die Gemeinden an allgemeine Entwässerungspläne (GEP) waren in der Investitionsrechnung budgetiert. Aufgrund der Rechnungslegung sind diese aber über die Erfolgsrechnung zu buchen.

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 2,4 Gegenüber Budget geringere Bundesbeiträge an Hochwasserschutzprojekte
- 2,2 Geringere durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund an Dritte (Gemeinden usw.): Durchlaufende Beiträge vom Bund an die Gemeinden an allgemeine Entwässerungspläne (GEP) waren in der Höhe von 1,9 Mio. Franken in der Investitionsrechnung budgetiert. Aufgrund der Rechnungslegung sind diese aber über die Erfolgsrechnung zu buchen, was die Einnahmen gleichartig zu den Ausgaben entsprechend verringerte.

Ausgaben:

- +0,5 Im Rahmen der Konjunkturstabilisierung wurde das AWEL vom Baudirektor angewiesen, das Förderprogramm «Energie» so zu konzipieren, dass im Berichtsjahr 12,5 Mio. Franken an Investitionsbeiträgen ausgerichtet werden können. Im Budget waren jedoch nur explizit 4,0 Mio. Franken dafür eingestellt. Ein Nachtragskredit wurde trotzdem nicht eingeholt, da im Rahmen des Globalbudgets die Einsparung auf anderen Konten erfolgte (interne Budgetverschiebung). Aufgrund von Projektverzögerungen bei den Beitragsempfängern konnten doch nicht die vollen 12,5 Mio. Franken ausgerichtet werden, sondern lediglich 3,5 Mio. Franken. Es besteht aber ein Überhang an Zusicherungen von 21,2 Mio. Franken (siehe Finanzbericht, Kapitel Commitments), wovon voraussichtlich 12,0 Mio. Franken 2010 zur Ausrichtung gelangen (im Budget 2010 sind 8,0 Mio. Franken eingestellt).
- +0,7 Gegenüber Budget geringere Investitionsbeiträge an Hochwasserschutzmassnahmen
- +2,2 Im Budget 2009 waren 2,3 Mio. Franken in der Investitionsrechnung aufgrund fehlender Ausgabenbewilligungen gesperrt. Da diese im Berichtsjahr für die drei Wasserbauprojekte Kempt in Illnau-Fehraltorf, Chriesbach und Limmat in Schlieren/Unterengstringen noch nicht vorlagen, blieben diese Budgetkredite 2009 gesperrt. Bisher wurden nur Planungs-/Projektkosten darauf gebucht, weshalb eine Abweichung von 2,2 Mio. Franken resultiert.
- +1,6 In der Investitionsrechnung waren Renaturierungsprojekte in der Höhe von 1,6 Mio. Franken budgetiert, die gemäss den neuen Rechnungslegungsvorgaben über die Erfolgsrechnung zu buchen sind.
- +1,8 Die Kreditübertragung von 3,4 Mio. Franken aus dem Jahr 2008 für Hochwasserschutzprojekte wurde aufgrund von weiteren Projektverzögerungen nur um 1,6 Mio. Franken ausgeschöpft.
- +7,1 Gegenüber dem Budget geringere Wasserbauinvestitionen (Hochwasserschutzprojekte), deren Budgetkredite nicht gesperrt waren und deren Ausgaben nicht zulasten der aus dem Vorjahr bewilligten Kreditübertragung finanziert wurden. Die Budget-Ist-Abweichung ist u. a. bei den Projekten Thurauen, Chämtnerbach in Wetzikon, Auenpark Limmat in Zürich und Seeuferweg Wädenswil-Richterswil entstanden.
- +0,9 Gegenüber Budget geringere Ausgaben für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge aufgrund von Verzicht und Verschiebung von Anschaffungen.
- +2,2 Geringere durchlaufende Investitionsbeiträge vom Bund an Dritte (Gemeinden usw.): Durchlaufende Beiträge vom Bund an die Gemeinden an allgemeine Entwässerungspläne (GEP) waren in der Höhe von 1,9 Mio. Franken in der Investitionsrechnung budgetiert. Aufgrund der Rechnungslegung sind diese aber über die Erfolgsrechnung zu buchen, was die Investitionsrechnung entsprechend entlastet hat.

Personal

+10,4 Der bewilligte Stellenplan wurde eingehalten. Der Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr war zu tief budgetiert (siehe KEF 2010–2013). Bei der Abweichung handelt es sich um zeitlich befristete Stellenüberschneidungen innerhalb des Stellenplans infolge Pensionierungen, um befristete projektfinanzierte Stellen im Zusammenhang mit dem Projekt «Kataster der belasteten Standorte (KbS)» sowie um eine zusätzlich bewilligte Stelle im Sozialstellenplan, die im Beschäftigungsumfang nicht budgetiert war.

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Die Anforderungen an oberirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	75%	73%	73%	–
W2	Die Anforderungen an unterirdische Gewässer sind bis 2020 zu 90% erfüllt.	min.	79%	82%	80%	–2%
W3	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem allgemeinem Entwässerungsplan (GEP)	min.	80%	78%	84%	6%
W4	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigtem allgemeinem Wasserversorgungsprojekt (GWP)	min.	95%	95%	94%	–1%
W5	Anteil Trinkwasser mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020 = 100%)	min.	96%	96%	98%	2%
W6	Aufwertung nicht natürl. Fluss-, Bachabschnitte und Seeufer	min.	8,5 km	4 km	7,3 km	3,3 km
W7	% der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung	min.	*	83%	57%	–26%
W8	Jährlicher Zuwachs an Minergie-Flächen (Ist 31.12.03 = 1170 000 m ²)	min.	1035 657 m ²	200 000 m ²	993 139 m ²	793 139 m ²
W9	% der Bevölkerung mit vollständig oder teilweise genehmigter Energieplanung (EP)	min.	62%	63%	65%	2%
W10	Die Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen sind bis 2010 zu 85% erfüllt.	min.	72%	83%	75%	–8%
W11	Die Anforderungen an Strahlung emitt. Funkanlagen sind bis 2010 zu 98% erfüllt.	min.	90%	97%	92%	–5%
W12	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂	max.	19%	11%	21%	10%
W13	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich PM10	max.	*	12%	24%	12%
Leistungen						
L1	Überprüfte Verdachtsflächen Altlasten aufsummiert (Ziel 13 000)	min.	10 340	10 775	11 465	690
L2	Flächenrecycling (ha/J)	min.	**	25	**	–
L3	Anzahl genehmigte GEP	min.	17	6	13	7
L4	Anzahl genehmigte GWP	min.	7	10	7	–3
L5	Anzahl genehmigte Grundwasser-Schutzzonen	min.	*	15	29	14
L6	Produktive Stunden Gewässerunterhalt	min.	82 824 h	89 500 h	75 959 h	–13 541 h
L7	Realisierte Hochwasserschutzprojekte (Anzahl pro Jahr)	min.	2	2	2	–
L8	Anzahl neue Minergie-Labels jährlich	min.	746	400	960	560
L9	Anzahl genehmigte EP	min.	1	3	4	1
L10	Anz. Einsätze des AWEL-Piketts bei B-/C-Schadenfällen		*189	10/160	7/220	–3/60
L11	BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen	min.	92%	95%	93%	–2%

Wirtschaftlichkeit

B1	Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie (kWh/Fr.)	min.	230	200	224	24
B2	Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro EinwohnerIn (Durchschn. der Kantone 2002 = 4,93 Fr. / EW)	min.	Fr. 3.29	Fr. 4.90	Fr. 5.00	Fr. 0.10
B3	Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung («Ostluft») in Fr. / Einw. und Jahr		Fr. 1.02	Fr. 1.05	Fr. 1.01	-Fr. 0.04

* Neuer Indikator ab Budget 2009, weshalb in der Rechnung 2008 kein Wert aufgeführt ist.

** Die Istwerte sind immer erst zu einem späteren Zeitpunkt verfügbar, weshalb sie im Geschäftsbericht 2008 und 2009 nicht ausgewiesen sind.

Abweichungsbegründungen

W3	Die Bearbeitung der GEP durch die Gemeinden erfolgte schneller als erwartet.
W6	Die Anzahl Kilometer beziehen sich auf Projekte, die vom Kanton und von den Gemeinden realisiert werden. Der Kantonsanteil blieb in den letzten Jahren sehr konstant bei 3 km pro Jahr. Da keine Einsprachen eingereicht wurden, erfuhren die Projekte keine Verzögerungen.
W7	Die Gefahrenkarten für die Regionen unteres Sihltal, Zürichsee rechts und Greifensee konnten nicht wie geplant im Berichtsjahr abgeschlossen werden.
W8	Trotz Verschärfung der Minergie-Anforderungen war der Zuwachs hoch. Im Berichtsjahr konnten sehr viele Überbauungen mit jeweils mehreren Gebäuden zertifiziert werden. Zudem lagen einige Projekte mit grossen Flächen zur Zertifizierung vor.
W10	Gegenwärtige Neuerfassungen dieselbetriebener Maschinen und Geräte mit noch schlechtem Anlagenstatus ergeben für den Bereich der PM10-Emittenten einen Wert von 51%. Die Werte der Bereiche NOx und VOC betragen jeweils 87%.
W11	Die Anpassung der Datenbank beim BAKOM verzögert sich, was zu einem Kontrollrückgang führte. Messberichte ohne Grenzwertverletzungen werden vielfach von den Gemeinden nicht mehr an den Kanton weitergeleitet. Es braucht deshalb Einzelefforts für alle UMTS-Abnahmemessungen.
W12/W13	Die Prognose- und Messwerte weichen seit Jahren immer stärker voneinander ab. Die bisherigen Massnahmen genügen nicht, um die erwünschte Schadstoffsenkung herbeizuführen. Dieser Trend soll mit dem Massnahmenplan Luftreinhaltung 2008 korrigiert werden.
L1	Da im Jahr 2008 mehr Standorte abschliessend klassiert wurden als geplant, war das Budget 2009, ausgehend vom Istwert 2007, zu tief. Die Arbeiten laufen planmässig.
L3	Es wurden mehr GEP durch die Gemeinden eingereicht als erwartet (siehe Indikator W3).
L4	Es wurden weniger GWP durch die Gemeinden eingereicht als erwartet. Die Anzahl ist durch das AWEL nicht beeinflussbar.
L5	Es wurden mehr Grundwasserschutzzonen zur Genehmigung durch die Gemeinden eingereicht als erwartet.
L6	Mit der Neuorganisation Gewässerunterhalt fand eine Verlagerung der Aufgaben statt. Aufgrund des bestehenden Personalbestands war das Budget 2009 zu hoch. Zudem fielen Mitarbeitende über längere Zeit unfallbedingt aus.
L8	Trotz Verschärfung der Minergie-Anforderungen im Berichtsjahr sind wiederum eine hohe Anzahl an Minergie-Gesuchen eingereicht und Labels ausgestellt worden. Im Berichtsjahr konnten sehr viele Überbauungen mit jeweils mehreren Gebäuden zertifiziert werden.
L10	C-Schadenfälle: Die gemeldeten Gewässer- und Bodenverschmutzungen haben in allen Bereichen zugenommen.
L11	Die Anzahl der erteilten Bewilligungen in BVV-Verfahren ist von 875 Bewilligungen 2008 auf 840 Bewilligungen im Berichtsjahr zurückgegangen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	717 293	-362 896	400 000	754 397	37 104

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 362 895.65

- davon Fr. 197 907.50 für Einmalzulagen an Personal,
- davon Fr. 126 428.00 für Vergünstigungen ZVV-Abonnemente/GA,
- davon Fr. 38 560.15 für Übriges (Anlässe, Gesundheitsvorsorge usw.).

Bildung von Rücklagen 2009: Fr. 400 000

- Bei den Maschinen, Geräten und Betriebsmitteln wird davon ausgegangen, dass rund $\frac{1}{3}$ der Budget-Ist-Differenz netto (unter Einbezug der positiven wie auch negativen Abweichungen) endogenen Ursprungs ist (konkreter Verzicht bei der Neuanschaffung sowie günstigerer Einkauf).
- Bei den Planungen Dritter wird ein Teil der Budget-Ist-Abweichung als endogen zugeordnet (günstigere Vergaben und höherer Anteil an Eigenleistungen).
- Bei den Dienstleistungserträgen und Verkäufen wird ein kleiner Teil der Budget-Ist-Abweichung als endogen angenommen (da z. B. Eigenleistungen gegenüber Dritten nach Möglichkeit verrechnet wurden).

8510 Altlasten

Hauptereignisse

Sondermülldeponie Kölliken

Ende Oktober des Berichtsjahres wurde die erste Rückbauetappe abgeschlossen.

Thalwil: Absaugen der teerhaltigen Gaswerkabfälle vom Seegrund beim Strandbad

Von einer auf dem See schwimmenden Plattform aus, im Schutz eines auf den Grund abgesenkten Sanierungskastens, saugten Taucher von Oktober 2008 bis April des Berichtsjahres auf einer Fläche von 6830 m² während rund 100 Tagen 2767 m³ mit Teer verschmutzte Sedimente ab. Die Sanierung verlief reibungslos und ohne Beeinträchtigung der Seewasserqualität. Mehr als 95% der Verschmutzung wurden entfernt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	In dieser Leistungsgruppe werden die Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung und Sanierung von Altlasten im Sinne der Umweltschutzgesetzgebung aufgeführt. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes sind auf den 1. November 2006 neue Bestimmungen in Kraft getreten, wonach der Kanton unter bestimmten Bedingungen nicht nur als Verhaltens- oder Zustandsstörer Kosten zu tragen hat. Neu fallen für den Kanton auch sogenannte Ausfallkosten an, wenn die Verursacher nicht ermittelt werden können oder zahlungsunfähig sind. In der Leistungsgruppe Altlasten werden neben den Verpflichtungen für die Sanierung der Altlast in Kölliken auch die Verpflichtungen des Kantons aus der USG-Revision geführt. Beide Bereiche werden separat ausgewiesen.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Sondermülldeponie Kölliken: Sanierung (LZ RR 8.4) Verzögert Am 26. Juni 2008 ereignete sich ein Brand in der Abbauhalle. Durch die nachfolgenden Untersuchungen und wegen der Anpassung des Rückbauprozesses konnten erste Arbeiten erst im Januar des Berichtsjahres wieder aufgenommen werden, weshalb die Sanierungsarbeiten später abgeschlossen sein werden.	2012
E2	Sondermülldeponie Kölliken: Nachsorge ab 2012 Verzögert Gemäss E1	2020
E3	Altlasten: Durchführung der Voruntersuchungen Planmässig Das gesetzte Ziel, 50 Voruntersuchungen abzuschliessen, konnte erreicht werden.	2017
E4	Altlasten: Detailuntersuchungen ab 2011 Planmässig	2022
E5	Altlasten: Sanierungsprojekte ab 2011 (LZ RR 8.4) Planmässig	2024
E6	Altlasten: Untersuchungen und Sanierungen bei Zustandsänderungen oder Schutzgutbeeinträchtigungen Planmässig Die Sanierung der Teerallast im Zürichsee bei Thalwil konnte erfolgreich im geplanten Kostenrahmen abgeschlossen werden.	2024

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3,5	0,0	0,2	0,1
Aufwand	-117,8	-1,4	-0,3	1,1
Saldo	-114,3	-1,4	-0,2	1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

+0,9 Die Regelung der Kostenverteilung bei Schiessanlagen konnte nicht wie vorgesehen im Berichtsjahr festgelegt werden (Verhandlung Kanton Zürich / VBS).

8700 Immobilienamt

Hauptereignisse

Neunutzungskonzept Kloster Rheinau

Nachdem sich die internationale Schule, mit der über einen Mietvertrag für die seit 2000 leer stehenden Gebäude verhandelt worden war, zurückgezogen hatte, konnte mit der Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau eine solvente Alternative gefunden werden. Ergänzend dazu wurde mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt verhandelt. Der Kanton wird einen Teil der Flächen für die wieder eingeführte Hauswirtschaftsschule nutzen, wobei die Zimmer unter der Woche von den Schülern der Hauswirtschaftsschule, an den Wochenenden aber von den Musikern belegt werden. Das ermöglicht tiefe Kosten für beide Mieter. Ergänzend dazu wurden Abklärungen für ein gastronomisches Angebot gemacht, das vor allem touristische und gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllen soll. Damit konnte das neue Nutzungskonzept abgeschlossen und das Projektpflichtenheft erarbeitet werden. Die Federführung ging im September an das Hochbauamt über, das zurzeit den Projektwettbewerb durchführt.

Standortevaluation Universitätsspital Zürich (USZ)

Das Immobilienamt war Teil einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Spitaldirektion, die ab Frühjahr des Berichtsjahres vier Entwicklungsszenarien für den heutigen Standort erarbeitete und vier weitere alternative Standorte in die Überlegungen mit einbezog. Ab Oktober wirkte es unter Leitung der Gesundheitsdirektion an der Formulierung des Auftrags zur Vertiefung der Entwicklungsplanung für das Universitätsspital Zürich und die Universität Zürich mit. Der Auftrag wurde vom Regierungsrat im Dezember des Berichtsjahres beschlossen.

Richtlinien Flächennutzung (Leistungsvereinbarung)

Entsprechend §50 der Immobilienverordnung erarbeitete das Immobilienamt Richtlinien für Flächennutzung und Dienstleistungen für Liegenschaften, für deren Bewirtschaftung das Immobilienamt zuständig ist. Die Richtlinien wurden vom Regierungsrat auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. Sie regeln die Koordination der Nutzerbedürfnisse, Rechte und Pflichten bei der Nutzung der Betriebsliegenschaften, die Produkte, Leistungen und Preisbildung der Bewirtschaftung sowie die Abrechnung der Leistungen.

Konzeption Betriebsführung Dietikon

Der Neubau des Bezirksgebäudes Dietikon vereint erstmals sämtliche gesetzlich vorgesehenen Bezirksbehörden unter einem Dach. Das Immobilienamt unterstützte die Projektorganisation bei der Planung, indem es das Betriebskonzept erarbeitete. Bereits in der Planungsphase konnte das Bauprojektmanagement mit zahlreichen Hinweisen für eine spätere bestmögliche Betriebsführung unterstützt werden. Nach einer Analyse der nutzerbezogenen Geschäftsabläufe wurden in einem Betriebsführungskonzept die spezifischen Abläufe und Zuständigkeiten für den späteren Gebäudebetrieb und die infrastrukturellen Dienstleistungen festgehalten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümerversammlung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
A2	Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
A3	Die Abteilung Landerwerb bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtstellen in juristischen Fragen.
A4	Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

		bis
E1	Minergie-Standards bei Neubauten und, wo wirtschaftlich vertretbar, bei Umbauten und Erneuerungs- vorhaben des Kantons konsequent durchsetzen (LZ RR 9.3) Vgl. Legislaturziel des Regierungsrates 9.3	2011
E2	Immobilienstrategie erarbeiten und einführen Verzögert Die Verabschiedung der Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich, die für den Herbst des Berichtsjahres vorgesehen war, ist neu für Februar 2010 geplant.	2009
E3	Projektentwicklungseinheit aufbauen und erste Projekte entwickeln Abgeschlossen	2009
E4	Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren (LZ RR 6.1) Planmässig. Nach dem Verzicht des Regierungsrates auf die Einführung eines neuen Corporate Designs werden im Zuge von Umbauten und Erneuerungen wie bisher nach Massgabe der Verhältnismässigkeit die betroffenen Innenräume nach heutigen gestalterischen Grundsätzen gestaltet. Ein besonderes Programm zur Zielerreichung ist nicht vorgesehen.	2015
E5	Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern (LZ RR 6.5) Planmässig Das Sicherheitskonzept und der Kreditantrag an den Regierungsrat wurden erarbeitet. Die baulichen und betrieblichen Massnahmen werden sowohl zu einer Verbesserung der Sicherheit als auch der Kundenzufriedenheit führen. Der Abschluss der baulichen Massnahmen wird im Herbst/Winter 2010 erwartet.	2010

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	49,6	52,5	51,0	–1,5
Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	35,5	35,8	35,3	–0,5
Aufwand	–76,1	–90,4	–75,2	15,2
Abschreibungen und Zinsen	–33,5	–32,8	–34,3	–1,6
Kreditübertragungen aus 2008			–3,2	
Saldo	–26,5	–38,0	–24,3	13,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,3		1,2	1,2
Ausgaben	–24,9	–39,3	–29,5	9,8
Nachtragskredite			–14,1	
Kreditübertragungen aus 2008			–3,3	
Saldo	–24,6	–39,3	–28,3	11,0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	114,1	118,3	115,1	–3,2

Erfolgsrechnung

- +13,6 Geringerer Aufwand für Planungen Dritter für eigene Hochbauprojekte, weil diese nach neuer Rechnungslegung (IPSAS) zum grössten Teil direkt als Investitionsausgaben auf den Investitionsprojekten aktiviert werden.

Investitionsrechnung

- +1,2 Bundessubventionen für Bezirksgebäude Dietikon
- +6,3 Projektverzögerung beim Neubau des Bezirksgebäudes Dietikon infolge Einsparungen
- +1,3 Projektverzögerung Sicherheit in der engeren Zentralverwaltung infolge zeitlichen Mehrbedarfs für das objektbezogene Schutzkonzept
- +1,8 Projektverzögerung bauliche Auffrischung Kaspar-Escher-Haus infolge denkmalpflegerischer Abklärungen sowie Projektänderungen

Personal

- 2,2 Abbau Reinigungspersonal
- 1,0 Vakanz Projektentwicklung

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Verhandlungserfolg Landerwerbsgeschäfte (Prozentualer Anteil an Freihandgeschäften in Enteignungsverfahren)	min.	100%	90%	90%	0
W2	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung	min.	–	83%	80%	–3
W3	Grad der Kundenzufriedenheit Portfoliobetreuung	min.	–	85%	–	–
Wirtschaftlichkeit						
B1	Werterhaltungsindex (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau)	P	–	60%	59,1%	–0,9%
B2	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung	P	18,5 m ²	18,0 m ²	18,8 m ²	0,8 m ²
B3	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung	P	18 m ²	15,5 m ²	18,3 m ²	2,8 m ²
B4	Baulicher Zustandswert		–	0,82	0,79	–0,03
Abweichungsbegründungen						
W2	Mit Ausnahme der Reinigung wurde in allen Bereichen eine gute bis sehr gute Zufriedenheit erreicht. Daher sind die Standards und die Gründlichkeit der Reinigung noch zu verbessern.					
W3	Die Kundenzufriedenheit der Abteilung Steuerung & Portfoliomanagement mit ihrer Querschnittsfunktion über alle Direktionen zu thematisch komplexen Themengebieten (z. B. Einhaltung von Budgetvorgaben) kann nicht mittels Indikator bewertet werden, da divergierende Bedarfsansprüche vorherrschen. Daher wurde im Berichtsjahr keine Umfrage durchgeführt und ab 2010 wird auf diesen Indikator verzichtet.					
B2	Der durchschnittliche Flächenbedarf ist in den letzten vier Jahren dank den Flächenverdichtungsmaßnahmen um rund 4 m ² pro Arbeitsplatz gesunken. Insbesondere in den Generalsekretariaten der Direktionen lässt sich eine weitere Verdichtung kaum oder nur sehr zögerlich weiter umsetzen.					
B3	Der durchschnittliche Flächenbedarf ist in den letzten vier Jahren dank den Flächenverdichtungsmaßnahmen um rund 2 m ² pro Arbeitsplatz gesunken. Da viele Belegungen in Fremdmieten untergebracht sind, ist eine Verdichtung meist erst bei Veränderungen der Mietverhältnisse oder Neumieten möglich.					
B2/B3	Der Kreis der überprüften Organisationseinheiten ist im letzten Jahr wesentlich erweitert worden. Dies hat zur Folge, dass der Durchschnitt durch die noch «unverdichteten» Belegungen und die zeitlich verzögerten Verdichtungsmöglichkeiten ansteigt und nicht wie prognostiziert gesenkt werden kann.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	406 517	-221 223	150 000	335 294	-71 223

Auflösung Rücklagen: Fr. 221 223.10

- davon Fr. 104 318 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 67 925 Vergünstigungen ZVV-Abonnemente / GA
- davon Fr. 48 980.10 Übriges (Teamentwicklung, Fruchtkorb, Jahresessen, Abteilungsausflüge usw.)

Bildung Rücklagen 2009: Fr. 150 000

Aufgrund von personellen Mehrleistungen im Bereich von direktionsübergreifenden Grossprojekten, wie sie die strategische Entwicklung USZ (Universitätsspital Zürich), das Nutzungskonzept des Klosters Rheinau sowie die Neunutzung des Kasernenareals darstellen, konnte mehrfach auf die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter verzichtet werden.

8710 Liegenschaftenerfolg

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe Nr. 8710 Liegenschaftenerfolg setzt sich zusammen aus den Liegenschaften des ehemaligen Fluglärmfonds und den Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen.

Marketingkonzept, Betreiber Auswahl Schloss Laufen

Im Berichtsjahr wurde für das Schloss Laufen ein Marketingkonzept entwickelt, mit dem die Tourismusdestination gestärkt werden soll. Im Zuge dieses Konzeptes musste auch das Betriebskonzept angepasst werden. Das Immobilienamt ermittelte in einem offenen Betreiber Auswahlverfahren geeignete Pächter, welche die Gesamtanlage Schloss Laufen erfolgreich führen können und dazu beitragen, das Naturschauspiel Rheinfall auch in Zukunft als Topdestination für den Tourismus zu erhalten.

Ein Beurteilungsgremium, bestehend aus Vertretern des Immobilienamtes, der Kantag Liegenschaften AG und externen Beratern aus den Bereichen Tourismus und Gastronomie, beurteilte die sechs eingegangenen Angebote nach vordefinierten Bewertungskriterien und einheitlichem Raster.

Mit SV Schweiz wurde ein kompetenter Partner gefunden, der die Tourismusdestination Schloss Laufen aus einer Hand führen wird.

Kauf des Haldengutareals

Im Januar des Berichtsjahres fanden erste Kontakte zwischen Heineken Switzerland AG und Vertretern des Kantons statt. Die Heineken Switzerland AG beabsichtigte den Verkauf einer Teilfläche des Haldengutareals von rund 4000 m² mit dem sogenannten Türmlihaus (Türmlihausareal) direkt hinter dem Kantonsspital Winterthur. Eine Lagebeurteilung durch das Immobilienamt ergab, dass der Erwerb des Türmlihausareals für sich allein aus strategischer Sicht nicht sinnvoll war, da aufgrund der kleinen Fläche sowie von Schutzauflagen die Nutzungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt waren. Dagegen eröffnet das gesamte Haldengutareal im Geviert Halden-, Rychenberg-, Hopfen- und Brauerstrasse von rund 16 000 m² mittel- und längerfristig für das Kantonsspital Winterthur interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Aufgrund seiner zentrumsnahen Lage in Winterthur sind für dieses Areal jedoch auch vielfältige Wohn-, Gewerbe- oder Dienstleistungsnutzungen denkbar, was das Areal auch für Investoren interessant macht.

Nach intensiven Verhandlungen ist es gelungen, das gesamte Haldengutareal von Heineken Switzerland AG zu erwerben und so für die mittel- und langfristige Spitalentwicklung zu sichern. Den Bedürfnissen von Heineken Switzerland AG, das Haldengutareal ohne das Türmlihausareal für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre weiterhin selbst zu nutzen, konnte mit der Einräumung eines Baurechts zugunsten von Heineken Rechnung getragen werden, ohne dass die Entwicklungsmöglichkeiten des Kantonsspitals dadurch wesentlich beeinträchtigt werden. Die Eigentumsübertragung und die Einräumung des Baurechts wurden am 22. Dezember vollzogen. Dadurch ist eine einmalige Chance genutzt worden, ein Areal an bester Lage in Winterthur für den Kanton zu sichern.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs	
A2	Operative Liegenschaftsbewirtschaftung, einschliesslich Betreuung Bauvorhaben FV	
A3	Strategisches Portfoliomanagement FV	

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Portfoliobereinigung Liegenschaften VV/FV Abgeschlossen Mit der Einführung von IPSAS und dem sich daraus ergebenden Bilanzanpassungsbericht (Vorlage 4625) wurden die Liegenschaften im Finanzvermögen und jene des Verwaltungsvermögens bereinigt.	2009
E2	Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau Planmässig Das Nutzungskonzept wurde bewilligt und verbindliche Zusagen der Hauptnutzer liegen vor.	2012
E3	Umsetzung touristisches Gesamtkonzept Schloss Laufen Planmässig Die Pächterausschreibung wurde erfolgreich abgeschlossen. Der Pächter (SV Schweiz) steht fest. Die Einweihung findet am 28. März 2010 statt.	2010
E4	Periodische Neubewertung FV Planmässig Die Folgebewertung des allgemeinen Finanzvermögens erfolgt im Jahr 2013. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes auf 2013 festgelegt.	
E5	Zustandsbewertung FV Abgeschlossen Der Zustandswert der Liegenschaften im Finanzvermögen wurde unter Einhaltung der Bewertungsvorgaben nach IPSAS Standard-Nr. 17 neu ermittelt (Erstbewertung).	2009
E6	Überarbeitung Immobilienstrategie FV Verzögert Die Erarbeitung der Teilstrategien mit den Nutzern erfordert mehr Zeit, als ursprünglich angenommen. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2011 verschoben.	2009
E7	Einführung Immobilien-Management-System Verzögert Das Teilprojekt Immobilienregister wurde vorgezogen. Dadurch verzögert sich das Projekt. Im KEF 2010–2013 wurde der Erfüllungszeitpunkt dieses Entwicklungsschwerpunktes von 2009 auf 2012 verschoben.	2009

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	36,1	19,1	23,1	4,1
Mietzinsertrag	21,6	18,4	17,2	-1,2
Aufwand	-28,5	-19,7	-25,4	-5,7
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-22,0	-13,9	-19,5	-5,7
Saldo	7,7	-0,6	-2,3	-1,7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- +5,6 Buchgewinn aus Liegenschaftenhandel
- 1,3 Weniger Mieterträge infolge Abtretung von Liegenschaften an die Bildungsdirektion
- 0,4 Weniger Benutzungsentgelte (vor allem Kasernenareal)
- 5,7 Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand infolge Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV	P	4,3%	2,36%	1,8%	-0,56%
Leistungen						
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV (in Mio. Franken)	P	256	367	504	137
L2	Anzahl Liegenschaften FV	P	365	321	347	26
L3	Anzahl betreuter Bauvorhaben Liegenschaften des FV	P	2	5	7	2
L4	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in nicht staatlichen Liegenschaften	P	451	410	463	53
L5	Anzahl neuer Mietverhältnisse in nicht staatlichen Liegenschaften	P	67	20	41	21
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	P	2.90	3.24	2.80	-0.44
Abweichungsbegründungen						
W1	Abnahme der Rendite aufgrund eines höheren Bilanzwertes durch Neubewertung					
L1	Zunahme des Bilanzwertes, v. a. infolge Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens					
L2	Zunahme durch Übertrag von Liegenschaften anderer Direktionen in das Finanzvermögen sowie durch Neuerwerbungen					
L4/L5	Die ausserordentliche Übernahme von Mietverhältnissen im Geschäftsjahr 2008 war im Budget 2009 noch nicht berücksichtigt.					

8800 Amt für Landschaft und Natur

Hauptereignisse

Strickhof zum überkantonalen landwirtschaftlichen Kompetenzzentrum weiterentwickelt

Die Zusammenarbeit des Strickhofs mit landwirtschaftlichen Bildungszentren anderer Kantone wurde weiter ausgebaut. Die Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil sowie das Konzept von Strickhof, ETH und Universität Zürich für ein gemeinsames Rindviehzentrum in Lindau wurden vorangetrieben. Im Schuljahr 2009/10 wurden am Strickhof 1610 Lernende ausgebildet. Zwischen der Bildungsdirektion und der Baudirektion wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, um den Vollzug des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz sicherzustellen und die Abgeltung der vom Strickhof erbrachten Leistungen im Bildungsbereich zu regeln.

E-Government bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Betriebsdaten eingeführt

Die Datenerfassung durch die 3500 Landwirte für das Direktzahlungsmanagement in der Abteilung Landwirtschaft erfolgte erstmals fast vollständig auf elektronischer Grundlage. Zudem wurden die Flächen-daten auf die Daten der amtlichen Vermessung (AV 93) abgeglichen und angepasst.

Sektion «Gestaltung und Bepflanzung» des Tiefbauamtes ins Amt für Landschaft und Natur integriert

Die Sektion Gestaltung und Bepflanzung des Tiefbauamtes wurde erfolgreich in den Staatswaldbetrieb integriert.

Die Abteilung Wald hat den Waldentwicklungsplan Kanton Zürich (WEP) für die Vorprüfung fertiggestellt, die Rückmeldungen ausgewertet und die öffentliche Auflage (2010) vorbereitet. Zu den Themen «Waldzustand zehn Jahre nach «Lothar» und «Bodenversauerung im Wald» wurde an öffentlichen Anlässen informiert.

Feldverifizierung der Fruchtfolgeflächen des Kantons Zürich wurde durchgeführt

Im Rahmen der Richtplanrevision wurden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Fruchtfolgeflächen des Kantons auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Bodennutzungseignungskarte im Feld überprüft. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Auftrag der KEF-Erklärung von 2008 «Sicherstellung von 44 000 ha Fruchtfolgeflächen» umzusetzen. Gemeinsam mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft wurde die Internetseite www.erdreich.zh.ch geschaffen, die über den Themenkomplex Altlasten und schadstoffbelastete Böden im Zusammenhang mit Liegenschaften bzw. Bauvorhaben orientiert.

Plan für die weitere Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts bis 2015 liegt vor

Gemäss Auftrag aus dem Bericht «10 Jahre Naturschutz-Gesamtkonzept für den Kanton Zürich 1995–2005» (RRB Nr. 1556/2006) wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet und als Antrag an den Regierungsrat vorbereitet. Zudem hat die Fachstelle Naturschutz die Revision der Schutzverordnung Wetzikon abgeschlossen sowie Aufwertungs- und Gestaltungsmaßnahmen, z. B. am Ziegeleiweiher in Wettswil und in der Kiesgrube Hagenbuch, ausgeführt.

Neuverpachtung der Jagd- und Fischereireviere abgeschlossen

Auf der Grundlage des im Jahr 2008 eingeführten neuen Revierbewertungsmodells wurden die Jagdreviere der Neuverpachtung durch die Gemeinden zugeführt. Die Fischereireviere wurden durch den Kanton neu vergeben. Für die langfristige Sicherstellung des jagdlichen Schiessens im Kanton Zürich wurden Vorarbeiten getroffen. In den Fischzuchtanlagen Stäfa und Dachsen wurden Umbauten u. a. zur Vermehrung der bedrohten Äsche, Seeforelle und Seesaibling realisiert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
A2	Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
A3	Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
A4	Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Umsetzung und Weiterentwicklung der Ergebnisse aus dem Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof» (RRB Nr. 40/2006) Planmässig Im Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof» wurden in vier Teilprojekten eine Stärkung des grünen Bildungs- und Beratungszentrums Strickhof vorbereitet und eine Umsetzung bis 2012 beschlossen: 1. Zusammenarbeit in Fragen der landwirtschaftlichen Bildung der Kantone Aargau, Zug und Zürich; 2. Gemeinsames Rindviehzentrum von ETH Zürich, Universität Zürich und Amt für Landschaft und Natur am Strickhof («Agrovet-Strickhof»); 3. Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil in den Strickhof und 4. Stärkung der Vollzugsunterstützung des Strickhofs für das Amt für Landschaft und Natur und teilweise für das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.	2010
E2	Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an die Ausbildungsbedürfnisse und Tierhaltungsbestimmungen Planmässig Sowohl die mit E1 angestrebte Stärkung des Strickhofs als auch allgemein die sich ändernden Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft führen zu Anpassungserfordernissen der Infrastrukturen am Strickhof. In einem Massnahmenplan werden 2010 alle Erfordernisse aufgezeigt und die Umsetzungsschritte vorgeschlagen.	2010
E3	Langfristige und verbindliche Sicherung der Fruchtfolgeflächen von 44 000 ha (KEF-Erklärungen Nr. 22 & 23; RRB Nr. 503/2008) Planmässig Gemeinsamer Entwicklungsschwerpunkt des Amtes für Landschaft und Natur und des Amtes für Raumordnung und Vermessung. In einem gemeinsamen «Projekt Fruchtfolgeflächen» wird erstens mithilfe der Gemeinden der Istbestand für den ganzen Kanton überprüft (2009). Zweitens werden für die öffentliche Auflage des überarbeiteten kantonalen Richtplans (2010) Massnahmen vorgeschlagen, um den vorhandenen Bestand langfristig verbindlich sicherzustellen.	2012
E4	Umsetzung der Ökoqualitätsverordnung (ÖKV) sowie der Landschaftsentwicklungskonzepte (LEK) Abgeschlossen Die veränderte Agrarpolitik des Bundes (Stärkung des Erfolgs von ökologischen Massnahmen in der Landwirtschaft mit der Einführung des sogenannten «ökologischen Leistungsnachweises») erforderte Anpassungen des Vollzugs durch den Kanton. Diese konnten vorgenommen werden.	2009
E5	Umsetzung der E-Government-Lösung für die Direktzahlungen bei Landwirten Planmässig Die jährliche Erhebung der Angaben aller Landwirtschaftsbetriebe als Voraussetzung für die Ausrichtung der Direktzahlungen des Bundes und der ergänzenden kantonalen Beiträge ist mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden. Es wird angestrebt, dass der überwiegendste Anteil des Datenflusses auf elektronischem Weg erfolgen kann, indem die Landwirte via Internet die erforderlichen Daten elektronisch erfassen und dem Kanton übermitteln können.	2010

E6	<p>Entwickeln und umsetzen der Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung Planmässig</p> <p>Analysen der Fachstelle Bodenschutz und der Abteilung Wald zeigen, dass Waldböden immer mehr versauern. Im Massnahmenplan Luft der Baudirektion werden daher Massnahmen gefordert, um die für die Versauerung mitverantwortlichen Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft zu senken. In einem sogenannten «Ressourcenprojekt» werden hierzu Vorschläge erarbeitet. Gleichzeitig werden Massnahmen geprüft, um die bereits versauerten Standorte zu «neutralisieren».</p>	2015
E7	<p>Erstellen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich (gem. Kt. Waldgesetz vom 7. Juli 1998) Planmässig</p> <p>Mit dem Waldentwicklungsplan wird eine auf die lokal bedeutsamen Waldfunktionen und die naturräumlichen Standortgegebenheiten abgestimmte Waldnutzung und -entwicklung festgelegt. Die Vernehmlassung wurde durchgeführt, ausgewertet und der Direktion wurde hierzu Bericht erstattet.</p>	2011
E8	<p>Förderung der eigentümerübergreifenden Holznutzung im Privatwald Planmässig</p> <p>Die Hälfte des Zürcher Waldes gehört Privatpersonen. Diese rund 18 000 Eigentümer besitzen durchschnittlich 1,4 ha Wald, verteilt meist noch auf mehrere Parzellen. Eine rationelle Bewirtschaftung ist deshalb sehr schwierig. Das Amt für Landschaft und Natur versucht daher, via Beratung und mit finanziellen Beiträgen an die Bewirtschaftung steiler Privat- und Korporationswälder die Holznutzung über mehrere Eigentümer zu fördern.</p>	2011
E9	<p>Langfristige und verbindliche Sicherung der bezüglich Artenvielfalt wertvollsten Lebensräume (etwa 3600 ha) Planmässig</p> <p>Gemäss Naturschutzgesamtkonzept sollen rund 3600 betreffend Arten- und Biotopvielfalt wertvollste Lebensräume im Kanton Zürich verbindlich geschützt werden. Ein wichtiges Instrument dazu sind kantonale Schutzverordnungen, die schrittweise, entsprechend der knappen Ressourcen im Naturschutz, erlassen und vollzogen werden. Zur Pflege dieser Standorte wird in Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft ein möglichst hoher Anteil landwirtschaftliche Bewirtschafter angestrebt.</p>	2012
E10	<p>Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) Planmässig</p> <p>Das Naturschutzgesamtkonzept «NSGK» von 1995 sieht eine Umsetzung der darin definierten Massnahmen bis 2015 vor. 2005 erfolgte durch das Amt eine Zwischenbilanz mit Bericht an den Regierungsrat (10 Jahre NSGK, RRB Nr.1556/2006). Beruhend darauf, wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet, wie die Ziele des NSGK trotz knapperen Ressourcen und fokussiert auf die dringendsten Handlungsachsen weiter umzusetzen sind. Der «Umsetzungsplan NSGK 2009–2015» wird dem Regierungsrat 2010 vorgelegt.</p>	2025
E11	<p>Festlegen der neuen Pachtbedingungen und der Kalkulation der Jagd- und Fischereirevierpreise Abgeschlossen</p> <p>2008 wurden die Jagdreviere, 2009 die Fischereireviere neu versteigert. Dabei wurde die Bewertung der Reviere den neuen Rahmenbedingungen für die Fischerei und die Jagd angepasst.</p>	2009
E12	<p>Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft (LZ RR 8.5) Planmässig</p> <p>In der Vollzugsarbeit der Abteilungen Landwirtschaft und Wald, aber auch am Strickhof, im Naturschutz, der Jagd/Wildökologie und im Bodenschutz werden alle Massnahmen darauf ausgerichtet, die unter starkem ökonomischem Druck stehende Land- und Forstwirtschaft in ihrer unternehmerischen Entwicklung nicht zu behindern bzw. zu stärken.</p>	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	171,1	174,7	186,5	11,8
Durchlaufende Bundesbeiträge	149,6	152,4	163,8	11,4
Aufwand	–235,8	–240,7	–253,7	–13,0
Durchlaufende Bundesbeiträge	–149,6	–152,4	–163,8	–11,4
Kreditübertragungen aus 2008			–0,1	
Saldo	–64,6	–66,0	–67,2	–1,2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2,0	2,4	2,5	0,1
Durchlaufende Bundesbeiträge	1,7	2,2	2,1	–0,1
Ausgaben	–14,1	–16,5	–12,9	3,6
Durchlaufende Bundesbeiträge	–1,7	–2,2	–2,1	0,1
Kreditübertragungen aus 2008			–0,2	
Saldo	–12,1	–14,1	–10,5	3,6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	251,5	264,5	264,7	0,2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +11,4 Höhere durchlaufende Beiträge
- 1,3 Niedrigere Erträge aus Holzverkäufen sowie aus Lieferungen und Dienstleitungen des Pflanzgartens
- +1,7 Höhere übrige Erträge (v.a. Beiträge für Naturschutzmassnahmen, Erträge für Aus- und Weiterbildung, Einnahmen aus Fischerei- und Jagdregal)

Aufwand:

- 11,4 Höhere durchlaufende Beiträge
- 1,7 Höherer Sachaufwand aus diversen Gründen (Projekt Fruchtfolgeflächen, Mehrleistungen Holzernte und Schnitzelherstellung, höhere Futterzukaufe, Lehrmittel und Drucksachen für Aus- und Weiterbildungskurse)

Investitionsrechnung

- +2,4 Geringere Ausgaben infolge von Verzögerungen bei Hochbauprojekten (Strickhof und Bereich Wald)
- +1,1 Geringere Ausgaben für Investitionsbeiträge im Bereich Landwirtschaft

Indikatoren		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Wirkungen						
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschl. landwirtsch. Ausbildung am Strickhof	min.	–	–	–	–
W2	Landwirtschaft: Hochbausubventionen; Kostensenkungseffekt je kg produzierte Milch	P	2,70%	3,75%	2,69%	– 1,06%
W3	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen	min.	90%	93%	91%	–2%
W4	Wald: Holznutzung im Privatwald (Vergleich z. Zuwachs)	min.	95%	100%	102%	2%
W5	Wald: Holznutzung im öff. Wald (Vergleich z. Zuwachs)	min.	98%	100%	108%	8%
W6	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten	min.	1,61	1	1,44	0,44
W7	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigter Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000 m ² Fläche	max.	22%	15%	18%	3%
W8	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anz. Rehwild	P	11 000	12 000	10 700	–1 300
Leistungen						
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung)	P	71 359	65 000	78 222	13 222
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	P	67 731	35 000	56 838	21 838
L3	Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume	P	80%	83%	81%	–2%
L4	Naturschutz: Anz. Bewirtschafter von Naturschutzflächen	P	1 634	1 700	1 661	–39
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial	min.	78%	75%	78%	3%
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	P	9 527	9 200	10 474	1 274
Wirtschaftlichkeit						
B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtsch. Hochbauprojekt	P	32	42	38	–4
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald	min.	56%	50%	49%	–1%
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad	min.	81,5%	69%	77%	8%
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Indikator wird alle 4 Jahre erhoben (2007, 2011, 2015 usw.).					
W2	Die neu erstellten Ställe werden immer grösser. Der auf Grossvieheinheit (GVE) umgerechnete Subventionsanteil nimmt damit ab. Der Indikator wird im GB 2009 zum letzten Mal ausgewiesen.					
L1	Mehr Lernende infolge hoher Nachfrage nach Zweitausbildung Landwirte und Ausbildung Hofmitarbeitende					
L2	Gut besuchte Strickhof-Fachtagungen infolge attraktiver Themen					
L3	Aufgrund knapper Ressourcen konnte lediglich eine neue Schutzverordnung erlassen werden.					
L6	Die Reduktion der Tageskartenpreise erhöhte die Attraktivität der Fischerei-Berechtigungen, insbesondere der Tages- und Dreitageskarten.					
B2	Die erzielten Verkaufspreise für Holz lagen unter den Werten von 2008.					
B3	Durch die grössere Zahl an Fischereiberechtigungen konnten höhere Regaleinnahmen realisiert werden. Es mussten kaum Pachtzinsreduktionen infolge Luchspräsenz vorgenommen werden.					

Rücklagen

	Bestand 31.12.2008 plus Bildung 2008	Auflösung 2009	Antrag Bildung 2009 (verbucht 2010)	Bestand 31.12.2009 plus Bildung 2009	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 039 584	-439 450	0	600 134	-439 450

Bestandeskorrektur Rücklagen

- + Bestand am 31.12.2008 gemäss Geschäftsbericht 2008: Fr. 977 884
- + Zugang durch Integration der Abteilung Gestaltung und Bepflanzung vom Tiefbauamt: Fr. 61 700
- = Bestand am 31.12.2008 gemäss Geschäftsbericht 2009: Fr. 1 039 584

Auflösung Rücklagen 2009: Fr. 439 450

- davon Fr. 249 000 Einmalzulagen an Personal
- davon Fr. 73 000 ZVV-Abonnemente / GA
- davon Fr. 117 450 Übriges (Teamentwicklung, Staatsbeiträge, Jahresessen, Westfest und Infrastruktur)

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Hauptereignisse

Im Bereich Naturschutz wurden Mittel des Fonds im Rahmen des Naturschutz-Gesamtkonzeptes eingesetzt. So wurden zahlreiche Unterhalts- und Pflegemassnahmen durchgeführt (z. B. Neugestaltung der Uferbereiche der Ziegeleiweiher in Wettswil). Es wurden Massnahmen im Bereich Arten- und Biotopschutz unterstützt sowie Projekte gemäss dem Konjunkturprogramm des Bundes umgesetzt. Weiter richtete der Fonds Bewirtschaftungsbeiträge für die Pflege von Naturschutzgebieten von überkommunaler Bedeutung und von Obstgärten aus.

Im Bereich der Denkmalpflege wurden Parkpflegewerke finanziert und Massnahmen für den Erhalt von Schutzobjekten geleistet (z. B. Studie Allenbergstrasse in Männedorf). Für das Nationalfondsprojekt «Ein Jahrhundert Schweizer Glasmalerei» wurde ein Beitrag geleistet. Für die europaweit grösste Sammlung von Webmaschinen wurden die Gebäude in Bäretswil (Neuthal) baulich angepasst.

Bei archäologischen Vorhaben wurden Fondsmittel für Rettungsgrabungen (z. B. in Otelfingen und in Oberstammheim), für Projekte der Unterwasserarchäologie (z. B. im Greifensee und bei Rüslikon) und für Fundkonservierungen durch das Landesmuseum verwendet. Damit ein Teil eines römischen Gutshofs ohne Notgrabungen erhalten werden konnte, wurde ein Grundstück erworben (Dällikon).

Der Ortsbild- und Landschaftsschutz wurde mit Fondsbeiträgen an planerische Mehrleistungen (z. B. in Kyburg und in Dällikon), an die Signalisation der Fuss- und Wanderwege im Kanton und an die Sanierung der Dorfstrasse in Kyburg unterstützt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Ausrichtung von Beiträgen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2	Erwerb von Grundstücken (z. B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3	Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	29,3	29,0	31,8	2,8
Übertrag vom GS (8000)	18,0	18,0	18,0	0,0
Aufwand	–27,8	–31,3	–32,4	–1,0
Abschreibungen und Zinsen	–3,4	–5,0	–5,6	–0,5
Saldo	1,5	–2,3	–0,5	1,8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0,0		0,6	0,6
Ausgaben	–2,2	–3,8	–4,1	–0,3
Saldo	–2,2	–3,8	–3,5	0,3
Fondsbestand				
Fondsbestand	18,1	0,8	17,6	16,8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1,3 Höhere Entschädigungen für archäologische Arbeiten
- +0,7 Höhere Bundesbeiträge Naturschutz infolge Konjunkturförderungsprogramm
- +0,6 Ertrag für die Unterbringung der Webmaschinensammlung in Neuthal

Aufwand:

- 1,1 Höherer Aufwand für archäologische Arbeiten
- 0,7 Höherer Aufwand für Naturschutzprojekte
- +0,7 Geringerer Transferaufwand im Ortsbild- und Landschaftsschutz
- +0,2 Geringerer Aufwand für Denkmalpflegeprojekte

Investitionsrechnung

- +0,4 Geringere Investitionsbeiträge im Naturschutz

Fondsbestand

- +15,0 Ende 2008 wurde die Bewertung der Fondsliegenschaften von der Finanzdirektion nach oben korrigiert. Diese Korrektur konnte im KEF 2009–2012 für den Fondsbestand nicht mehr berücksichtigt werden. Der daraus resultierende Zins- und Abschreibungseffekt wurde allerdings mit Nachtrag zum Budget 2009 (Novemberbrief) angepasst.
- +1,8 Geringere Entnahme aus dem Fondsbestand aufgrund von besserem Abschluss in der Erfolgsrechnung

Indikatoren

		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Leistungen						
L1	Anzahl Beitragsempfänger Naturschutz	P	1634	1700	1661	-39
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte	P	0	5	2	-3
L3	Anzahl archäologische Projekte	P	190	175	176	1
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	P	2	5	4	-1

8940 Denkmalpflegefonds

Hauptereignisse

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Fondsmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. So wurden Beiträge an die Wiederinbetriebnahme der Kraftwerke Ober- und Niedertöss in Winterthur und an die Zunft zur Schmiden in Zürich für bauliche Erhaltungsmassnahmen geleistet. Das Museum Schloss Kyburg und das Museum des Ritterhauses Bubikon erhielten Betriebsbeiträge aus dem Denkmalpflegefonds.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Auftragschwergewicht liegt bei der Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Grundlage von Subventionen.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8,3	9,6	4,2	–5,4
Übertrag vom Lotteriefonds	7,5	8,5	3,4	–5,1
Entnahme aus Bestandeskonto		0,4		–0,4
Aufwand	–8,3	–9,6	–4,2	5,4
Staatsbeiträge		–0,1	–0,4	–0,3
Abschreibungen und Zinsen	–7,0	–9,5	–3,0	6,5
Einlage in Bestandeskonto	–1,3	0,0	–0,8	–0,8
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–7,0	–9,5	–3,0	6,5
Saldo	–7,0	–9,5	–3,0	6,5
Fondsbestand				
Fondsbestand	25,0	21,8	25,8	4,0

Erfolgsrechnung

- 5,1 Geringerer Übertrag vom Lotteriefonds. Neu wird keine Jahrespauschale, sondern nur noch gemäss Projektaufwand übertragen.
- 0,4 Keine Entnahme aus dem Fondskapital notwendig
- +6,5 Geringere Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen infolge geringerer Investitionsbeiträge (Sofortabschreibungen auf Kulturgütern)
- 0,3 Höhere Betriebsbeiträge
- 0,8 Einlage in Fondskapital im Umfang der Zinserträge auf dem Fondskapital

Investitionsrechnung

6,5 Geringere Investitionsbeiträge

Fondsbestand

+2,8 Bestandeskorrekturen nach Fertigstellung KEF 2009–2012

+1,2 Im Berichtsjahr wurden 0,8 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt anstatt 0,4 Mio. entnommen, wie im Budget vorgesehen.

Indikatoren

		Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009
Leistungen						
L1	Anzahl Zusicherungen von Beiträgen	P	42	50	31	-19
Abweichungsbegründung						
L1	Der Indikator ist weitgehend von äusseren Faktoren abhängig. Es wurden weniger Beitragsgesuche gestellt.					

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Hauptereignisse

Die jährliche Sonderabfallabgabe pro Einwohner, welche mit Beschluss des Regierungsrates vom 30. Mai 2007 im Jahr 2008 von Fr. 3 auf Fr. 1,20 gesenkt wurde, deckt auch im Berichtsjahr die Kosten und kann auf diesem tiefen Niveau beibehalten werden. Der Ausbau der mobilen Sonderabfallsammlungen, praktische Informationen im Internet und der vermehrte Einsatz der Gemeinden von durch den Sonderabfallfonds finanzierten Kommunikationsmitteln wie Flugblättern zeigen unmittelbaren Erfolg. So stieg die Anzahl der Abgeber noch einmal leicht auf einen weiteren Höchstwert an.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden gesammelten und triagierten Kleinmengen von Sonderabfällen zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Optimierung Sammlung Kleinmengen an Sonderabfall; Senkung der Kosten Planmässig
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1,6	1,6	1,6	0,0
Abgaben von Gemeinden	1,6	1,6	1,6	0,0
Aufwand	-1,4	-1,3	-1,2	0,1
Beiträge an Betriebe	-0,9	-0,7	-0,5	0,2
Saldo	0,2	0,3	0,4	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,4	1,8	1,8	0,1

Erfolgsrechnung

+0,1 Gegenüber Budget geringerer interner Aufwand

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Gesammelte Abfallmenge in t	P	344	250	306	56
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen:	P	26 104	22 300	27 603	5 303
W3	– davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	4 022	2 600	4 452	1 852
W4	– davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4 149	4 700	3 668	-1 032
W5	– davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	17 933	15 000	19 483	4 483
Leistungen						
L1	Anzahl mobile Sammlungen jährlich:	P	271	260	276	16
L2	– davon in den Städten Zürich und Winterthur	P	39	40	39	-1
L3	– davon im restlichen Kantonsgebiet (d. h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	232	220	237	17
Wirtschaftlichkeit						
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin	P	Fr. 1.20	Fr. 1.20	Fr. 1.20	-
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Budgetierung 2009 erfolgte zu vorsichtig. Siehe auch Abweichungsbegründung W2					
W2	Durch intensive Werbung für das Sonderabfallmobil und durch die zusätzliche Annahme an Samstagen im Recyclinghof Hagenholz in Zürich als Annexbetrieb zur Sammelstelle waren die Menge und die Anzahl Abgeber sowohl bei den mobilen Sammlungen wie auch an der stationären Sammelstelle weiterhin hoch.					
L1	Die durch den Fonds finanzierte höchste Anzahl Sammlungen ist aufgrund der Einwohnerzahl festgelegt. Die Teilnahme der Gemeinden an den Sammlungen ist freiwillig. Die Gemeinden können auf eigene Rechnung zusätzliche Sammlungen bestellen.					

8960 Deponiefonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden alle Deponien, die im Nachsorgefonds geführt werden, einer individuellen Risikoanalyse unterzogen. Wo nötig, sind entsprechende Massnahmen in die Wege geleitet worden. Im Weiteren wurde der Zweijahresbericht zum Risikomanagement des Deponiefonds erstellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der gegenwärtig betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.
----	--

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

bis

E1	Planmässig
----	------------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,7	1,2	0,9	–0,3
Beiträge von Deponiebetreibern	0,3	0,7	0,4	–0,3
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,5	0,5	0,5	–0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–0,7	–1,2	–0,9	0,3
Einlagen in Bestandeskonto	–0,7	–1,1	–0,9	0,3
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	15,4	16,8	16,3	–0,5

Erfolgsrechnung

- 0,3 Die Deponiebetreiber äufnen den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das im Vorjahr abgelagerte Material. Bei den Beiträgen von Deponiebetreibern wurde eine höhere Menge angenommen, als effektiv die Berechnungsgrundlage bildete.
- +0,3 Entsprechend tiefer gegenüber Budget war auch die Einlage in das Bestandeskonto des Fonds, die sich aus der Differenz zwischen Aufwand und Ertrag ergibt, da der Saldo der Erfolgsrechnung des Fonds im Fremdkapital ausgeglichen sein muss.

8970 Kantonaler Waldfonds

Hauptereignisse

Der Waldfonds richtete einen Beitrag von Fr. 9300 für Ersatzaufforstungen aus.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	–0,0	–0,0	–0,0	–0,0
Einlage in Bestandeskonto	–0,0	–0,0	–0,0	0,0
Saldo	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0,8	0,8	0,8	–0,0

8980 Wildschadenfonds

Hauptereignisse

Die hohen Abschusszahlen des Vorjahres sowie der strenge Winter 2008/09 haben zu einem deutlichen Einbruch der Wildschweinbestände geführt. Dies zeigt sich unter anderem an der Abschuss- und Fallwildquote. Die Wildschadensituation hat sich aber als Folge davon nicht wie erwartet beruhigt. Die verursachten Schäden sind in etwa gleich hoch geblieben wie 2008. Der grösste Teil der Schäden wurde in wenigen begrenzten Regionen festgestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2008	B 2009	R 2009	Abweichung von B 2009
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0,5	0,4	0,3	–0,0
Erträge aus Regalien		0,1	0,1	0,0
Interne Zinsen und weitere interne Erträge		0,1	0,1	–0,0
Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung		0,2	0,2	0,0
Aufwand	–0,5	–0,6	–0,4	0,1
Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen		–0,5	–0,3	0,2
Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)		–0,1	–0,1	0,0
Saldo	0,0	–0,2	–0,1	0,1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	1,7	1,4	1,6	0,3

Erfolgsrechnung

+0,2 Geringere Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2008	B 2009	GB 2009	Abweichung von B 2009	
Wirkungen						
W1	Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben in Fr.	P	187 755	305 000	197 054	-107 946
Leistungen						
L1	Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	P	358	350	320	-30
L2	Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	P	123	75	53	-22
L3	Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	P	46	60	45	-15
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen	P	26,85%	52%	38,72%	-13,28%
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Vergütung für Wildschäden lag deutlich unter den durchschnittlichen Schadenswerten der letzten Jahre.					
L3	Neue Jagdprojekte wurden nach wie vor zurückhaltend eingereicht.					
B1	Die Wildschäden sind tiefer ausgefallen als erwartet. Zudem konnten höhere Erträge aus den Jagdpachtzinsen realisiert werden.					